

»Wie hältst du's mit israel?«

zum
historischen verhältnis
der radikalen linken
zum zionismus



Mit Beiträgen von:
antifa désaccord krefeld, Alex Gruber, Balász Berkovits, Eklat Münster, Jan Gerber, Joachim Bruhn,
Nkululeko Nkosi, Olaf Kistenmacher, Karin Stögner, Stephan Grigat, Revolutionäre Zellen

1. Auflage: November 2023 | Auflage: 500 Stück
2. Auflage: Dezember 2023 | Auflage: 2500 Stück

Mit einem großen Dank an alle, die zur Veröffentlichung dieser Broschüre beigetragen und ihre Texte zur Verfügung gestellt haben.

Titelbild:

Meorot. Zeitschrift der zionistischen Jugend Deutschlands. (1970-1971)
Jüdisches Museum Frankfurt, Foto: Herbert Fischer, CC BY-SA 4.0

Herausgegeben:

 **antifa^{KR}**
désaccord

adkr.noblogs.org



**Bündnis gegen
Antisemitismus
Köln**

bga-koeln.tumblr.com

zur niederlage antideutscher kritik

Als „deutsches Phänomen“ bezeichnen antizionistische Strömungen innerhalb der radikalen Linken den Versuch, den antisemitischen Gehalt des Antizionismus zu kritisieren. Für sie ist Antisemitismus nicht der Fluchtpunkt eines gleichermaßen modernen wie antimodernen Weltbildes, das sich auch im Antizionismus wiederfindet, sondern schlicht eine Unterform des Rassismus oder ein Spaltungsinstrument der herrschenden Klasse. Die Kritik an Antisemitismus – sowie ihrem Ausdruck im Antizionismus – sei, so der Vorwurf, weniger das Resultat einer notwendigen Reflexion von Auschwitz als vielmehr ein Umgang mit dem Schuldkomplex, der gerade in Deutschland zu einem Philosemitismus, also einer irrationalen Zuneigung zu Jüdinnen und Juden, führe (Vgl. Demospruch: „Free Gaza from German guilt“).

Und tatsächlich sind die Stimmen, welche sich gegen Antisemitismus positionieren, in weiten Teilen der weltweiten Linken marginal, teilweise gar nicht vorhanden. Dass das in Deutschland anders ist, geht jedoch weniger auf eine Kumpanei *mit* Deutschland, statt eine Wendung *gegen* Deutschland zurück. Es waren vor allem Jüdinnen und Juden, die gegen erbitterten Widerstand im postnazistischen Deutschland, das von Auschwitz ebenso wenig wissen wollte wie von streitenden Jüdinnen und Juden, ein Ende ihrer fortwirkenden und eine Anerkennung der vergangenen Diskriminierung forderten. Es waren weiterhin die aus den USA stammende Fernsehserie *Holocaust* (1978) sowie die französische Doku-Reihe *Shoah* (1985), welche überhaupt erst eine Betrachtung von Auschwitz als singuläres Verbrechen und vom Antisemitismus als eliminatorisches Massenphänomen ermöglichten – sowohl in der deutschen Mehrheitsbevölkerung als auch in der deutschen radikalen Linken. Das, was heute als „bürgerliche Erinnerungskultur“ bezeichnet wird, ist in erster Linie eine Errungenschaft, welche zwar wegen ihres instrumentellen Charakters kritisiert, jedoch nicht abstrakt negiert gehört. Was in der deutschen Linken anders gewesen sein könnte als in anderen Ländern – so eine Mutmaßung –, ist, dass jüdische Stimmen und die mittlerweile umfassende Literatur zum Wesen des Antisemitismus (auch in Form des Antizionismus) zu einem gewissen Umdenken drängten. Dass etwa die *Kommunistische Partei* in Israel heute eine antizionistische Position vertritt, war keine Selbstverständlichkeit und geht nicht zuletzt

auf den fortwährenden Einfluss aus Moskau zurück. Es entspricht gewissermaßen einer selbsterfüllenden Prophezeiung, kritische Stimmen zum Antizionismus aus dem linken Diskurs auszuschließen, um sie fortan als *nicht links* zu labeln. Dabei gäbe es gute Gründe, diese strikte Einteilung zu überdenken, wie viele der hier gesammelten Texte darlegen. Dass es nun ausgerechnet Deutschland (und Österreich) waren, wo sich eine solche Einsicht – in Form der „antideutschen“ Bewegung – breit machen konnte, liegt sicherlich auch an dem ohrenbetäubenden Widerspruch, den man aushalten muss, als „antifaschistischer Freiheitskämpfer“ Jüdinnen und Juden bei einer Flugzeugentführung als Geiseln zu nehmen und alle anderen Insassen freizulassen (siehe dazu: „Gerd Albartus ist tot“).

Viel Staub haben die „Antideutschen“ in den 80ern bis in die 00er-Jahre aufgewirbelt. Heute scheint davon auf den ersten Blick wenig übrig zu sein. „Antideutsch“ fungiert vielmehr als Schimpfwort, gar als Paranoia, die gerade dann besonders stark wird, wenn es kaum noch personell oder politisch einflussreiche Gruppierungen gibt. Viele Erkenntnisse aus früheren Diskussionen gelten heute in weiten Teilen der radikalen Linken jedoch als selbstverständlich und werden – eher affektiv statt reflektiv – zum Maßstab des eigenen Handelns gemacht. Mit dem Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 und den Reaktionen auf deutschen Straßen wurde jedoch deutlicher als je zuvor, dass diese „Selbstverständlichkeiten“ eine bloße Fiktion waren.

Eine ganze Generation aktiver Antifaschistinnen und Antifaschisten kennt frühere Debatten (beiträge) nur in Form ihrer negativen Rezeptionen, welche durch ein Abgrenzungsbedürfnis zum allzu *Bürgerlichen* geprägt sind. Mit dieser Broschüre soll die Debatte nicht etwa neu aufgerollt werden, schließlich ist die bloße Wiederholung des Scheiterns kein sinnvoller Ansatz, sie soll jedoch zu einem Verständnis antisemitismuskritischer Positionen in Bezug auf Israel beitragen und dabei helfen, überhaupt erst einen Startpunkt für zukünftige Diskussionen zu bieten, welche vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Nahostkonflikt wieder zunehmend notwendig werden.

– antifa désaccord krefeld, November 2023

Antideutsche Kritik wird gemeinhin mit einer „pro-Israel“ Position gleichgesetzt. Obgleich die Kritik des Antizionismus tatsächlich ein wesentlicher Bestandteil dieser ist, scheint die Reduzierung heutiger Bezugspunkte darauf jedoch unangebracht. „Antideutsch“ umfasst eine deutlich vielfältigere Theorieentwicklung, die sich mit dem Scheitern des Kommunismus und der Ignoranz dieses Scheiterns innerhalb der Linken befasst. Wohl oder übel trägt auch diese Broschüre zur Verfestigung der Reduzierung bei, befasst sie sich doch ausschließlich mit dem Zionismus. Eine Relektüre antideutscher Literatur und ihren Erwiderungen wird an dieser Stelle jedoch ausdrücklich empfohlen.

Antijudaismus bezeichnet im engen Sinne die christliche Judenfeindschaft, im weiteren Sinne jede religiös und theologisch motivierte Judenfeindschaft seit der Antike. Der Begriff „Antisemitismus“ etablierte sich erst ab Ende des 19. Jahrhunderts und umfasste eine an den Antijudaismus anknüpfende und eine mit ihm verschlungene völkisch-rassistische – also pseudo-wissenschaftliche – Judenfeindlichkeit. Mit „Semitismus“ wurde insbesondere von den Nationalsozialisten eine vermeintlich natürliche Unterscheidung zum „indogermanischen“ Volk beschworen – „Semit“ wurde im Antisemitismus dabei als Synonym für Jüdinnen und Juden genutzt und galt nicht als Bezeichnung für alle, auch arabische, Menschen aus dem Nahen Osten, wie häufig behauptet wird. Antisemitismus wird heute vor allem als Ausdruck einer tief sitzenden antimodernen Weltanschauung gefasst, die in der Existenz von Jüdinnen und Juden die Ursache aller Probleme sieht.

Als Apartheid wird die Zeit der „Rassentrennung“ in Südafrika und Südwestafrika bezeichnet. Antisraelische Aktivist:innen versuchen, den Begriff auf die Situation in Israel/Palästina zu übertragen. Eine ausführliche Auseinandersetzung findet sich in den Texten ab Seite 56 und 64.

Imperialismus bezeichnet das Streben von Staaten, ihren Machtbereich über die Staatsgrenze hinaus auszudehnen. Das erfolgt entweder durch kriegerische Handlungen oder politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Einfluss, insbesondere durch das Abhängigmachen „schwächerer“ von „stärkeren“ Ländern. Antiimperialismus ist eine den Imperialismus ablehnende Haltung, umfasst jedoch deutlich konkreter die Bekämpfung des modernen, seit etwa 1890 bestehenden, europäischen und US-amerikanischen Imperialismus. Andere imperialistische Bestrebungen werden in weiten Teilen der antiimperialistischen Bewegung vermehrt ausgeblendet. Häufig wird im Antiimperialismus eine Unterscheidung zwischen „echten Völkern“, deren nationale Befreiung militärisch zu unterstützen ist, und „künstlichen Völkern“ aufgemacht, was als Einfallstor für antisemitische Deutungsmuster dient.

Anmerkung: Für das (Nicht-)Gendern in den einzelnen Texten sind die jeweiligen Autor:innen verantwortlich, es erfolgte für den Druck in dieser Broschüre keine nachträgliche Anpassung.

Kolonialismus ist die insbesondere durch europäische „Großmächte“ deklarierte Inanspruchnahme von Territorien, die außerhalb der eigenen Staatsgrenzen, meist auf anderen Kontinenten, liegen. Kolonialismus ist durch die Vertreibung und Ermordung der in den kolonisierten Gebieten lebenden Bevölkerung geprägt. Kolonialisten rechtfertigten die „Aufteilung der Welt“ im 19. und 20. Jahrhundert mit einer angeblichen „Zivilisierung“ der Einheimischen, wurden aber vor allem durch den Materialreichtum und die Vergrößerung des Machtbereiches angetrieben. Häufig wird der Zionismus als kolonialistisches Projekt bezeichnet, durch das europäische Jüdinnen und Juden die arabische Bevölkerung im heutigen Israel kolonialisierte. Probleme dieser Ineinsetzung finden sich unter anderem in den Texten ab Seite 56 und 64.

Palästina als Nationalbewegung ist ein sehr junges Phänomen, das sich erst nach und aufgrund der israelischen Staatsgründung ausbreitete. Gleichwohl geht die Landbezeichnung „Palästina“ auf das 5. Jahrhundert v. Chr., je nach Wortstamm auch auf einen noch früheren Zeitpunkt, zurück. Das hebräische Wort Peleschet beschrieb in der Bibel das Gebiet der von den Philistern gegründeten Stadtstaaten Gaza, Aschdod, Aschekol, Ekron und Gath. Mit der islamischen Expansion seit dem 7. Jahrhundert n. Chr., den Kreuzzügen und der Gründung des Osmanischen Reiches verschwand der Name „Palästina“, ebenso wie die Betrachtung Palästinas als ein Gebiet. Erst nach dem Ersten Weltkrieg war wieder von Palästina die Rede, vor allem aufgrund des gleichnamigen britischen Mandatsgebietes und weil Teile der zionistischen Bewegung diese Bezeichnung verwendeten. Heute sind die Begriffe Palästina und palästinensisch im Gegensatz zu ihrer früheren Bedeutung mit der arabischen Bevölkerung in und um Israel verknüpft.

Zionismus heißt die Bewegung zur Errichtung einer jüdischen Heimatstätte im Gebiet des heutigen Israels, welche in Form eines Nationalstaates entstehen kann, jedoch nicht muss. Im Gegensatz zu anderen nationalen Bewegungen gewann der Zionismus erst spät an Einfluss, obgleich die Vorstellung einer „Rückkehr ins heilige Land“ im Judentum deutlich länger vorhanden ist. Die Unterstützung für den Zionismus erfolgt aufgrund sehr unterschiedlicher Motivationen – religiös oder als Reaktion auf die Verfolgung von Jüdinnen und Juden in weiten Teilen der Welt. Der wohl wichtigste und bekannteste Vertreter letzteren Ansatzes war Theodor Herzl, der mit seinem Buch *Der Judenstaat* 1896 den Grundstein für das heutige Israel legte. Die in dieser Broschüre vertretenen Positionen beziehen sich vordergründig auf die Notwendigkeit des Zionismus nach der Shoah.

einleitendes

- 6 Eklat Münster (2020)
Ja, Israel. Darum. Eine kleine Handreichung
-

vor der israelischen staatsgründung

- 14 Olaf Kistenmacher (2005)
Vom „Judenkapital“ zur „jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem“
Zur Entwicklung des „Antizionismus“ in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik, 1925-1933
 - 24 Olaf Kistenmacher (2015)
„Zionist kann man sein“
Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und zum Staat Israel
-

zur israelischen staatsgründung

- 28 Stephan Grigat (2014)
Die kommunistische Partei in Israel
 - 34 Joachim Bruhn (1997)
Vom Antizionismus zum Antisemitismus
Der Zionismus ist eine falsche Antwort auf den Antisemitismus. Er war jedoch die historisch einzig angemessene.
-

innerlinke konflikte & gründung der »antideutschen«

- 38 Jan Gerber (2010)
„Nie wieder Krieg“ versus „Nie wieder Auschwitz“
Von der Neuen zur deutschen Linken
 - 42 Revolutionäre Zellen (1991)
Gerd Albartus ist tot
 - 50 Joachim Bruhn (2007)
Wer sind die Anti-Deutschen?
Interview von Stephen Cheng
-

der (nahost-)konflikt heute

- 56 Nkululeko Nkosi (2007)
Wir fordern das Wort „Apartheid“ zurück!
Warum die Gleichsetzung von Israel mit dem rassistischen Südafrika falsch ist
 - 60 Stephan Grigat (2014)
Zionistische und antizionistische Sorge in Israel
 - 64 Balázs Berkovits (2021)
Israel als weißer, siedlerkolonialistischer Staat in den aktivistischen Sozialwissenschaften
 - 72 Karin Stögner (2022)
Hat Intersektionalität ein Problem mit Antisemitismus?
 - 74 Alex Gruber (2023)
Revisionismus von links
Der „multidirektionale“ Angriff auf das Holocaustgedenken und den jüdischen Staat
-



eklat münster
2020

ja, israel. darum.

Eine kleine Handreichung

I. Zum Begriff des Antisemitismus

1. „Wenn es den Juden nicht gäbe, würde ihn der Antisemit erfinden.“

Eine Definition von Antisemitismus ist nicht ohne weiteres möglich, da das Phänomen vielfältige Erscheinungsformen aufweist, anpassungsfähig ist und, als Ausdruck von Irrationalität, nicht ohne weiteres auf einen Begriff gebracht werden kann. Allerdings lassen sich wiederkehrende Muster und Funktionen erkennen.

Man könnte sagen: Antisemitismus ist eine negative Einstellung, die sich gegen Juden und Jüdinnen richtet. Dabei ist wichtig festzustellen, dass weder das Judentum noch das Verhalten von Juden*Jüdinnen konstitutiv ist für antisemitischen Ressentiments, sondern das imaginierte Bild des angeblich „Jüdischen“ – trifft aber die ganz realen Juden*Jüdinnen.

Antisemitismus funktioniert als eine Welterklärung, die in der Gedanken- und Affektwelt der Antisemiten fußt und die die Fähigkeit hat, widersprüchliche Momente zusammenzuhalten und gleichzeitig aufgrund seiner Struktur selbsterfüllend ist: „Existiere der Jude nicht, der Antisemit würde ihn erfinden“ (Sartre).

Anmerkung: (Sucht man dennoch nach einem Grund, weshalb immer wieder in der Geschichte gerade Juden*Jüdinnen zum prädestinierten Gegenstand derartiger Projektionen und zum Opfer eines absoluten Hasses gemacht wurden, könnte es vielleicht darin gefunden werden, dass das Judentum den Opfercharakter der bisherigen Gesellschaften denunziert und damit das Misslingen von Zivilisation und Universalität; gleichzeitig verweigert sich das Judentum der Regression ins Mythische, die immer wieder Gesellschaften heimsucht. Juden*Jüdinnen stehen damit als „schlechtes Gewissen“ der Zivilisation dar – das stillgelegt werden muss. Gerade weil das Judentum die Aufgabe der Vermittlung betont, macht es zum einen das Ausbleiben einer gelungenen Vermittlung des Realen (von Partikularem und Allgemeinem, von Natur und Gesellschaft, von Bedingtheit und Freiheit, von Konkretem und Abstraktem) sichtbar und weist auf die Unzulänglichkeit von vermeintlichen Lösungen, die die Widersprüche durch die Parteinahme für eine Seite zu überwinden trachten. So werden Juden und Jüdinnen auch Gegenstand entgegengesetzter Zuschreibungen: Mal sind sie zu materiell, der geistigen Erhebung unfähig – mal sind sie zu geistig, abstrakt, wurzellos. Es bleibt: Antisemitismus ist ein pathischer Umgang mit den Konsequenzen scheiternder Emanzipation).

Projektion ist ein psychoanalytischer Begriff, der die unbewusste Übertragung eigener innerpsychischer Konflikte und Wünsche auf ein Objekt der Außenwelt (Personen, Menschengruppen, Lebewesen) überträgt und durch die Abwehr der Bearbeitung verdrängt.

Pathisch ist eine Projektion dann, wenn jegliches reflexives Moment auf sich selbst ausbleibt, wie es im Antisemitismus der Fall ist.

Daraus folgt zum einen, dass Antisemitismus aufklärungsresistent ist, sondern sich auch einer Erklärung und deutlichen Definition entzieht. Daraus folgt zum anderen: Antisemitismus lässt sich nicht durch ein bestimmtes Handeln der Juden*Jüdinnen lösen, sondern nur durch die Überwindung von Antisemitismus. Juden*Jüdinnen steht nur die Möglichkeit offen, die Abwehr der Konsequenzen des Antisemitismus zu organisieren – oder die Folgen des Antisemitismus hinzunehmen. Tertium non datur.

2. Antisemitismus fällt nicht vom Himmel. Antisemitismus und bürgerliche Gesellschaft

Antisemitismus ist von einer materialistischen Kritik auch immer als die umfassende soziale Pathologie bürgerlicher Gesellschaft und als eminentes Produkt von Herrschaftsverhältnisse (also, den Inbegriff von Irrationalem) überhaupt zu betrachten. Antisemitismus ist dabei die stärkste Ausprägung des „notwendig falschen Bewusstseins“ bürgerlicher Gesellschaft, ihre synthetische Ideologie, aber auch wesentlicher (wenn auch nicht immer expliziter) Moment der unzureichenden oder verdrehten Versuche, die gegebenen Herrschaftsverhältnisse zu begreifen und zu überwinden. Im Antisemitismus bricht die Widersprüchlichkeit bürgerlicher Vergesellschaftung als offener Wahn heraus. Auf der Grundlage einer materialistischen Gesellschafts- und Ideologiekritik lassen sich mehrere ineinander verflochtene Motive ausmachen, die das Verhältnis zwischen der bürgerlichen Moderne und Antisemitismus kennzeichnen. Folgende Darstellung soll dabei einen Überblick über die wichtigsten geben.

Fetisch. Ein erster Aspekt bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung ist ihr ‚Fetischcharakter‘: Von Menschen gemachte Verhältnisse treten den Menschen als ihnen Äußeres und sie Beherrschendes gegenüber, dem die Menschen ohnmächtig ausgeliefert scheinen. Gleichzeitig scheint alles, was die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft tun als freie Entscheidung. Das ist falsch. Tatsächlich sind die Entscheidungen der Einzelnen von den gesellschaftlichen Verhältnissen mitgeprägt. Sie bestimmen den Rahmen und prägen maßgeblich das Bewusstsein der Einzelnen, das wiederum zur Grundlage der Entscheidungen wird.

Hierin zeigt sich die Herrschaft des Kapitals, die den Menschen als von einzelnen Individuen unabhängiger Prozess der ständigen Wertmaximierung und des Effizienterwerdens in Erscheinung tritt. Was denn jetzt, sind wir nun ohnmächtig oder frei in unseren Entscheidungen? Genau darin liegt der Widerspruch moderner Gesellschaften: Man wird als eigenmächtig handelndes Individuum in Anspruch genommen, erfährt sich dabei aber immer wieder als ohnmächtig. Die Rechnung geht nicht auf. Sofern das Kapitalverhältnis nicht begriffen ist, wird nach einer im Hintergrund wirkenden Macht gesucht, die

für die herrschenden Verhältnisse verantwortlich gemacht wird. Genau als diese verborgene Macht wägt der Antisemit die Juden*Jüdinnen. Das Problem: Etwas Widersprüchliches zu begreifen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das einzig mögliche Verhalten zu den gesellschaftlichen Verhältnissen ist deshalb, dessen permanente Kritik und schließlich ihre Abschaffung selbst.

Abstraktion. Kapitalistische Wirtschaft und bürgerliche Gesellschaft lösten die unmittelbaren Abhängigkeiten der feudalen Gesellschaft ab, die von Leibeigenschaft, Lehwesen und Erbmonarchien geprägt waren. Es ist deshalb ignorant und naiv, die emanzipatorischen Momente in dieser Entwicklung zu leugnen. Doch verbindet sich die Loslösung von der direkten Herrschaft im Kapitalismus eben mit jener Einverleibung von allem und jedem*r im Prozess des Kapitals selbst.

Die Emanzipation bleibt unvollkommen: Menschen sind dem Zwang zur Arbeit unterworfen, während die Furcht vor dem täglichen Konkurrenzkampf im Wertvermehrungsprozess internalisiert wird. Zählt doch die bestimmte, konkrete Arbeit des Einzelnen nur in dem Maße, in dem sie einen Tauschwert erzeugt, kurz sich verkaufen lässt (als „abstrakte Arbeit“). Die einzelnen Menschen erfahren somit an ihrem eigenen Leib eine reale Abstraktion von ihrer Individualität und ihren Bedürfnissen und werden auf bloße „Behälter“ der Ware „Arbeitskraft“ („Human Resources“) und Warentauschsubjekte reduziert. Sie sind somit bloße Funktionen des Kapitals. Die einzige emanzipatorische Antwort kann auch hier nur die Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse bedeuten, in der Arbeit und Kapital (Produktion und Zirkulation, Recht und Gewalt...) gegenseitig vermittelt werden. Wer versucht, das als unheilvoll Wahrgenommene im Kapitalismus von der Gesamtdynamik abzuspalten und isoliert zu bekämpfen, landet somit schnell bei personalisierten Vernichtungsfantasien, die sich schließlich aufgrund der historischen Bedingungen gegen Jüdinnen und Juden richtet: Das Nichtbegreifen des in sich wahn-sinnigen Kapitalverhältnisses findet im antisemitischen Wahn einen Ersatz.

Anmerkung: Es lässt sich auch ein nur dem Schein nach entgegengesetztes Muster beobachten: Das Jüdische wird mit dem Partikularen und Besonderen assoziiert, das wiederum für die Realisierung des Kapitalverhältnisses notwendig sei: Träger des Wertes sind bestimmte Waren, die aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften getauscht werden. Die Kritik der kapitalistischen Vergesellschaftung ergeht dann als Kritik deren mangelhafter Universalität und drängt auf die Aufopferung des Besonderen hin, das wiederum jüdisch konnotiert wird (vgl. Badiou) und dessen Fluchtpunkt die Angleichung aller in der heroischen Bereitschaft zum Tode für das politische Kollektiv ist.

Tertium non datur
= Satz vom ausgeschlossenen Dritten.
Aussage, dass es nur zwei entgegengesetzte Aussagen gibt, keine dazwischenliegende dritte Position.

Materialismus ist ein marxistisch-philosophischer Begriff, der selbst Gedanken, Gefühle und Bewusstsein auf materielle Bedingungen zurückführt und damit im Gegensatz zum Idealismus steht.

Kapital = Produktionsmittel, die zur Produktion von Gütern zu Verfügung gestellt werden

Feudalismus = im mittelalterlichen Europa herausgebildete Gesellschaftsordnung, in der ein Lehnsherr ein Teil seines Landes an Untertanen weitergab und dafür Gefolgschaft und Treue verlangte

Alle kapitalistischen Produktionsprozesse zielen auf eine Wertvermehrung ab, die durch die Ausbeutung der Arbeitskraft (Lohnarbeit) erreicht wird.

partikular = eine Minderheit betreffend

Krise und Staat. Das „Jüdische“ galt seit jeher als feindlich gegenüber dem Prinzip der Staatssoveränität. Juden*Jüdinnen werden im antisemitischen Wahn mit dem Weltmarkt und der globalen Dynamik des Kapitals assoziiert, die stets in einem gewissen Widerspruch zur Souveränität der Staaten steht. Dabei wird verkannt, dass Staatssoveränität und Weltmarkt gegenseitig vermittelt sind und eine, wenn auch widersprüchliche und krisenanfällige, Einheit bilden. Die dadurch begrenzte Handlungsfähigkeit des Staates zeigt sich gerade in Zeiten der Krise, in denen der Staat als souveräner Krisenmanager in Anspruch genommen werden soll. Diese Sehnsucht nach absoluter Souveränität kann in einem Versuch der Überwindung bürgerlicher Staatlichkeit hin zur Formierung einer substantiellen Gemeinschaft und damit eines als *ursprünglich* imaginiertes Kollektiv münden: Nation, „Rasse“ oder „Volk“.

Für den Antisemiten gelten Juden*Jüdinnen jedoch als die „Gegenrasse, das negative Prinzip als solches“ (Dialektik der Aufklärung, 177), das es zu vernichten gilt, um Erlösung zu erfahren: Während andere „Rassen“ untergeordnet oder auch nur an ihrem Platz bleiben sollen, gibt es für die Juden*Jüdinnen als Anti-Volk keinen Platz: Der Antisemitismus drängt immer auf Vernichtung.

Antimoderne Ressentiments. Im Antisemitismus drückt sich der Hass gegen die Herausforderungen und Widersprüchlichkeiten der Moderne aus: dass die Moderne die Versprechen von Freiheit und Gleichheit einerseits nicht einhalten kann und sie andererseits auf eine solche Weise affirmiert, dass sie auch immer im Dienste von Herrschaft geratet; dass die individuelle Freiheit als bürgerliche Freiheit dem Kapitalverhältnis unterworfen wird; die Koexistenz von bürgerlicher Freiheit und rassistischer Entmenschlichung durch koloniale Praktiken und damit die Einbindung der Kategorien der aufgeklärten Moderne in koloniale Projekte; die Tatsache, dass der erreichte Entwicklungsstand nicht für eine Abschaffung von Herrschaft und Zwang eingesetzt wird.

Statt die Dialektik der Aufklärung und der Moderne zu erkennen, wird Moderne als solche verworfen. Wohl aufgrund der Tatsache, dass für Juden*Jüdinnen in Westeuropa mit der aufgeklärten Moderne eine tendenzielle Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einhergegangen ist, assoziiert der Antisemit Juden*Jüdinnen mit der Moderne und identifiziert sie als deren Profiteur*innen, wenn nicht gar als ihre Strippenzieher (so funktionieren fast alle Verschwörungstheorien!).

Juden*Jüdinnen seien kosmopolitisch, wurzellos, befreit von physischer Arbeit, städtisch – sie seien die Ursache der Zersetzung von vermeintlich *natürlichen* Kollektiven (Familie), der Verwirrung der Traditionen und Bindungen. Zu diesem Muster gehört auch die Verbindung von Juden*Jüdinnen mit der europäischen Kolonisierung

Eins darf in den Erklärungen jedoch nicht vergessen werden: Dies ist keine Rechtfertigung. Trotz der geschilderten gesellschaftlichen Ursachen bleibt es dabei, der Antisemit ist für seinen Antisemitismus selbst verantwortlich. Niemand muss Antisemit sein.

3. Antisemitismus und falsche Überwindungen

Antisemitismus begleitet nicht nur als Möglichkeit das Bewusstsein des modernen Menschen, sondern erscheint immer dort, wo bürgerliche Gesellschaft nicht adäquat auf ihren Begriff gebracht wird.

Die Gefährlichkeit liegt dabei – wie bereits erwähnt – in dem Versuch, die widersprüchliche Einheit der Momente der Wertvergesellschaftung (Staatssoveränität und Weltmarkt, Arbeit und Kapital, Selbstbestimmtheit und Abhängigkeit und Ohnmacht im kapitalistischen Verwertungszwang ...) zugunsten eines Momentes gegen ein anderes aufzulösen. Ein Moment wird dabei versucht, der Krisenanfälligkeit des Marktes zu entziehen, die Vermitteltheit geleugnet. So entsteht eine Unterteilung in ein beständiges und ein zersetzendes Moment, die sich in den Imaginationen jenes homogenen, *ursprünglichen* Kollektivs wie z. B. „Volk“ niederschlägt, während das „Jüdische“ mit dem Zersetzenden assoziiert wird.

All diese Tendenzen sind nicht nur ein falscher Versuch der Überwindung bürgerlicher Vergesellschaftung, sondern auch mit der Preisgabe der emanzipatorischen Momente innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft (u. a. Vergleichbarkeit und Individualisierung) verbunden. Jene Momente erscheinen zwar sogleich entstellt, doch wäre es fatal, ihre Ansätze zu leugnen. Tatsächlich ist das angestrebte Kollektiv entweder eine irgendwie geartete Regression hinter der bürgerlichen Staats- und Rechtsform oder sogar eine „Progression“ in einem neuen substantiellen, politischen Kollektiv:

So oder so beschwört es einen Mythos des Unmittelbaren und bedeutet konkret unmittelbare Abhängigkeitsverhältnisse und Willkür. All das bedeutet auch immer eine Negation von Zivilisation und Moderne als solche und nicht ihrer Selbstwidersprüchlichkeit und Unvollendung.

Staatssoveränität = Unabhängigkeit eines Staates

Dialektik beschreibt die in einem Gegenstand vorhandenen, sich gegenseitig bedingenden Gegensätze. Eine dialektische Betrachtung der Aufklärung erkennt daher nicht nur die Gleichzeitigkeit von Befreiung und der Erschaffung neuer Unfreiheiten, sondern beides als untrennbar miteinander verbunden, was gleichwohl nicht dazu führen darf, die Wahrheit der Aufklärung (Befreiung) gegen die Wirklichkeit (Unfreiheit) zu verteidigen und mit der Moderne über die Moderne hinaus zu gehen, statt sie als Gesamtes zu negieren.

Die bürgerliche Gesellschaft auf den Begriff bringen meint, die bürgerliche Gesellschaft in all ihrer Widersprüchlichkeit zu verstehen.

Vermitteltheit = Das Ursprüngliche eines Gegenstandes, sofern es das gibt, ist dem Menschen nicht ersichtlich, da es stets durch die je aktuelle gesellschaftlichen Bedingungen vermittelt wird.

Diese regressiven Formen, die Widersprüche der bürgerlichen Moderne und der Wertvergesellschaftung aufzulösen zu versuchen und dabei antisemitische Implikationen zu entfalten oder sich gar an zentralen Stellen antisemitisch zu artikulieren, findet man in ganz unterschiedlichen Strömungen.

Die islamistische Vorstellung einer Einheit des muslimischen Kollektivs jenseits bürgerlicher Staatlichkeit, die konkret durch unmittelbare Abhängigkeitsverhältnisse (und nicht in der Vermittlung eines allgemeinen Rechts) organisiert wird und Individuen in diesem höheren Kollektiv aufhebt, ist kaum zu trennen von Antisemitismus und vom Imperativ, Israel zu zerstören.

Aber auch das klassisch antiimperialistische Verständnis nationaler Befreiung, eventuell in der Formierung in einem staatssozialistischen nationalen Kollektiv, kann für ähnliche Dynamiken anfällig sein. Die damit verbundene Reduktion des Kapitalverhältnisses auf die hegemoniale Rolle einzelner Staaten, die Fetischisierung von Völkern und vom Kollektiv als solches, die Romantik des *Ursprünglichen*, der Identität, der „Wurzeln“ verlieren nicht nur sehr schnell ihren emanzipatorischen Impetus (als Widerstandsmoment gegen Kolonialherrschaft und Subsumtion unter dem Kapitalverhältnis), sondern münden fast immer in der Befürwortung reaktionärer Vorstellungen. Die Wiederholung antisemitischer Formen ist nicht selten, antisemitische Inhalte sind nie fern.

Die Disproportion, die die Parteilichkeit mit dem „palästinensischen Befreiungskampf“ im Vergleich auch zu anderen „nationalen Befreiungskämpfen“ und die Fixierung auf die Abschaffung Israels, das einzig als kolonialer, kapitalistisch-imperialistischer Staat wahrgenommen wird, lassen keine Zweifel übrig.

4. Negative Aufhebung im antisemitischen Kollektiv: Der NS-Unstaat

Die absolute und qualitativ andere Form falscher Überwindung und darin die absolute Form des Antisemitismus wurde im nationalsozialistischen Unstaat erreicht.

Die immanente Krise bürgerlicher Gesellschaft sollte dadurch abgewehrt werden, dass Gesellschaft zur substantiellen Gemeinschaft des Volkes formiert wird. Während zum einen die Gesellschaft durch konkurrierende Rackets organisiert wurde, wurde eine höhere Einheit durch Integration aller in die Volksgemeinschaft unter dem Führerprinzip und in der Teilhabe an der Vorbereitung und Ausführung des Raubkrieges. Durch Raubkrieg, Momente der Kommandowirtschaft, sowie staatliche Organi-

sierung von Arbeit wurde real versucht, eine noch kapitalistische Wirtschaft den Schwankungen des Marktes zu entziehen. Arbeit wurde real in das umgewandelt, was darunter deutsche Ideologie immer verstanden hat: Beitrag zum Aufbau des Volkes.

Doch der Kern der Formierung zur Volksgemeinschaft bestand in der Vernichtung der Juden*Jüdinnen als Selbstzweck: In ihnen wurde zum einen das vermeintlich falsche des Kapitalverhältnisses bekämpft, zum anderen die „Gegenrasse“ schlechthin, die der Selbstidentität des „deutschen Volkes“ mit sich im Weg steht. Die Vernichtung der Juden*Jüdinnen gewinnt darin einen mystischen und erlösenden Charakter – die aber in jeder Form des Antisemitismus mitschwingt.

II. Zu Israel und Antizionismus

1. Antisemitismus und Israel

Angesichts einer Geschichte immer wiederkehrender Pogrome und Drangsalierungen von Juden*Jüdinnen, der realen Gefahr totaler Vernichtung und ihrer Verwirklichung in der Shoah, muss sich die Abwehr einer erneuten Katastrophe im Bestehenden artikulieren – mit den Mitteln, die die bestehende Gesellschaftsform zur Verfügung stellt. Deshalb nimmt der Kampf gegen Antisemitismus in gewisser Hinsicht oft einen „bürgerlichen“ Charakter an.

Ganz konkret heißt es: Es ist ein staatlicher Souverän nötig, in dem Antisemit*innen aus dem Gewaltmonopol ausgeschlossen sind (und das heißt: in dem Juden*Jüdinnen die Mehrheit bilden), der wiederum jüdischen Selbstschutz und der jüdisches Leben sorgenfrei ermöglicht. Das ist der Sinn des zionistischen Projektes eines Judenstaates – das sich nicht erübrigt hat. Das ist auch der Grund, weshalb jede linke Kritik, die ihre Solidarität an die politische Organisation des Staates knüpft, komplett an der Sache vorbei geht: Es geht nicht um die Frage, inwiefern Israel irgendwie der kommunistischen, anarchistischen Sache (oder wie auch immer) dienlich sei, sondern um die Frage, wie Israel (alle) Juden*Jüdinnen vor dem Antisemitismus schützt. Die Notwendigkeit aber dieses Projektes einzusehen, gebührt auch – und gerade – einer staatskritischen (kommunistischen, aber auch anarchistischen) Linken. Dazu ist sie verpflichtet im Namen des Universalismus von Emanzipation: Keine Emanzipation, keine Überwindung der Spaltung der Gattung ohne Juden*Jüdinnen.

hegemonial = vorherrschend

Impetus = innerer Antrieb

Subsumtion beschreibt, dass die Arbeit dem Zweck des Kapitals untergeordnet wird.

Der Racket-Begriff wurde von Max Horkheimer geprägt und beschreibt Herrschaft als generell auf Gewalt beruhend. Rackets sind grob mit den Bezeichnungen Clique, Bande oder Gang zu vergleichen.

Deutsche Ideologie meint hier die Verknüpfung der ökonomischen Funktion der Menschen mit ihren Gedanken, genauer genommen die Zurückführung zweiteres auf ersteres.

2. Warum Israel ein emanzipatorisches Anliegen ist und bleibt

„I am not only a Zionist, I am a super-Zionist. For me, Zionism was and remains the right of the Jews to control their fate and their future. Only then, when I disembarked Haifa, did I stop being an object of others' action and became a subject“ (Zeev Sternhell)

Israel ist kein gewöhnlicher Staat. Als „Judenstaat“ ist Israel auch immer Instrument der (bürgerlichen) Selbstemanzipation und des Selbstschutzes vor der drohenden Katastrophe für Juden*Jüdinnen, nach der Erfahrung, dass Juden*Jüdinnen zum Schutz ihres Lebens und zur Bekräftigung ihrer Rechte sich auf niemandem verlassen können.

Es geht darum, einen Raum schaffen, in dem nicht nur das physische Leben von Juden und Jüdinnen nicht bedroht ist, sondern in dem sie sich ohne Sorgen und Einschränkungen entfalten können. Anders als allen anderen Staaten, ist Israels primärer Zweck auf Juden*Jüdinnen bezogen. Keine andere Gruppe erfährt eine Form von so universaler und so zerstörerischer Anfeindung, dass sie prinzipiell (und nicht nur kontingent) nur im Selbstschutz eine Antwort finden kann. Auch das Rückkehrrecht für alle Juden*Jüdinnen, die von Antisemitismus bedroht sind, unabhängig von ihrer persönlichen Einstellung zu Israel, gehört zum Wesen des Staates. Deshalb muss Israel als jüdischer Staat existieren.

Israel muss sich dementsprechend organisieren und handeln. Will es seiner ersten Aufgabe gerecht werden, muss Israel dafür sorgen, dass es existieren kann und Sicherheit und Ruhe für seine Bewohner*innen garantieren. Dabei ist zu bedenken, dass Israel seit seiner Gründung in einem permanenten Ausnahmezustand lebt – weil am Antisemitismus sich der Ausnahmezustand, der hinter der bürgerlichen Gesellschaft immer steht, zeigt und weil Israel dann notwendig wurde, als die Katastrophe schon realisiert war; aber auch, weil Israel seit seiner Gründung mit absolut starken Bestrebungen, seine Gründung rückgängig zu machen, konfrontiert ist (in der Form mehrerer Angriffskriege, sowie der Formierung einer antizionistischen Internationalen). Konkret heißt das unter anderem, dass Israel sich verteidigen können, Angriffe vorbeugen und über sichere Grenzen verfügen muss. Das ist die erste permanente Bemühung einer jeden israelischen Regierung. Der Schutz der Grenzen, die starke Militarisierung (auch der Bevölkerung), die ausgeprägte Sicherheitspolitik sind keine Wahl für Israel, sondern eine Notwendigkeit und gehören zum Alltagsgeschäft.

Und trotzdem schafft es Israel, sich in Vielem von diesem Ausnahmezustand zu befreien und sich als Demokratie zu vollziehen: Als die einzige liberale Demokratie in der gesamten Region. Dies ist keineswegs selbstverständlich.

Anmerkung: Rechte Bewunderung für Israel?

Die positive, wenn auch ganz eigentümliche Berufung auf Nation, die Politik im Modus des Ausnahmezustandes, die Rede von sicheren Grenzen und die Militarisierung sind oft anderswo Wahrzeichen rechter Politik – in Israel die Folge ganz realer Verhältnisse.

Deshalb funktioniert auch nicht der Versuch, die Politik Israels in einem Atemzug mit Trump und Faschismus zu nennen: Auch eine explizit rechte Politik der israelischen Regierung wäre immer noch primär von den besonderen Umständen und der besonderen Aufgabe, die Israel kennzeichnet, bestimmt.

Selbstverständlich kann man auch in der israelischen Politik Tendenzen zu Ethno-Nationalismus und allgemein eine Stärkung des konservativen und rechten Lagers registrieren. Doch auch diese Entwicklungen müssen in Bezug zu den Besonderheiten israelischer Politik gesetzt werden und aus der spezifischen Situation Israels und der jüngeren Geschichte verstanden werden. Die Sorge, dass Israels jüdischer Charakter ethnisch-nationalistisch ausgelegt werden kann, wird dabei nicht nur selbst in Israel wahrgenommen und von zionistischen Parteien ausgetragen, sondern fußt im Selbstverständnis des Zionismus: Selbst rechte Zionisten, wie Ze'ev Jabotinsky und Menachem Begin, betonten stets, dass Israel Gleichberechtigung für alle seine Bürger*innen garantieren muss und dies nicht in Widerspruch zum jüdischen Charakter steht.

Die neulich entdeckte Leidenschaft einiger Teile der internationalen Rechten für Israel ist Folge des selben radikalen Missverständnisses über Israel, das selbst mit Projektionen operiert, und Ergebnis ihrer spezifischen Weise, den bürgerlichen Souverän nicht zu begreifen. Israel wird gefeiert als vermeintliches Bollwerk gegen den Islam, als Staat, der militärisch seine Grenzen und darin seine Souveränität verteidigt, sogar als völkisch-nationalistisches Projekt und wird von Rechten als Beispiel für die völkische Deutung von Nationen genommen. Tatsächlich ist der Grund der Bewunderung in letzter Instanz selbst antisemitisch. Die imaginierte und ersehnte absolute Souveränität eines substantiellen Volksstaates, jenseits der Krisendynamik des Weltmarkts, kann es nicht geben, außer performativ in dem Akt der Formierung der Volksgemeinschaft im Kampf gegen den absoluten Feind. Diesen fanden sie bisher immer in den Juden*Jüdinnen und so reden dieselben Bewunderer*innen Israels auch von der „zionistisch okkupierten Regierung“, von „Diktatur der East Coast“ und sehen eine Verschwörung von George Soros am Werk.

Zeev Sternhell (1985-2020) war ein israelischer Historiker, der sich vor allem mit dem Wesen des Faschismus auseinandersetzte. Sternhell galt als ein wichtiger Gegner der „Totalitarismustheorie“ insbesondere von Ernst Nolte, die versuchte, Kommunismus und Faschismus in eins zu setzen.

kontingent = zufällig, möglich

George Soros (*1930) ist ein jüdischer Philanthrop, der aufgrund seines zivilgesellschaftlichen Handelns als Hauptakteur in zahlreichen (antisemitischen) Verschwörungstheorien gilt.

3. Israel ist ein bürgerlicher Staat. Oder: Keine doppelten Standards

Wie jeder andere bürgerliche Staat, vereint auch Israel in sich die typischen Vorzüge und Widersprüche eines solchen.

Zu den Widersprüchen gehört die Verflechtung von der Allgemeinheit des Rechts einerseits und dem staatlichen Gewaltmonopol andererseits und damit von einem Moment setzender und erhaltender Gewalt, sowie die wesentliche und funktionale Abhängigkeit der Staatsform von kapitalistischer Akkumulation und die Rolle des Staates in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Dazu gehört, dass sich selbstverständlich auch in Israel rassistische Strukturen reproduzieren, die typisch für die bürgerliche Gesellschaft sind. Bestimmte problematische Aspekte der bürgerlichen Staatlichkeit sind dabei sichtbarer, weil Israel die notwendigen Prozesse einer Staatskonstitution bzw. Nation Building in kurzer und junger Zeit und unter extremen Bedingungen durchmachte. Zu nennen sind u. a. die auch militärische Durchsetzung der Souveränität, die Bestimmung des Territoriums, eine gewisse Homogenisierung der Bevölkerung durch Sprache und Kultur, der Kampf um internationale Anerkennung etc. Diese Prozesse haben an sich problematische Aspekte und sind dabei allen staatlichen Gebilden gemein.

So geschieht es leider allzu oft, dass sich ein wesentlicher Teil linker Kritik auf Aspekte bezieht, die Israel als bürgerlicher Staat mit vielen anderen Staaten teilt. Sie sollte sich somit nicht gegen Israel richten, sondern gegen die Staatsform als solche und damit gegen die kapitalistische Weltgesellschaft. Gerade deshalb muss eine solche Kritik die Besonderheit Israels unbedingt berücksichtigen.

Doch genau das Gegenteil passiert: Gerade weil der größte Teil der Linken über keine adäquaten Begriffe zur Kritik bürgerlicher Gesellschaft verfügt, leistet sie keine Kritik, sondern ideologische Opposition. Es wird keine Kritik an Staats- und Rechtsform geleistet, sondern entweder selbst dem Staatsfetisch in unterschiedlichen Formen erlegen oder eine abstrakte Negation des Staates betrieben, die eine rettende, allumfassende und dialektische Kritik, die auch die emanzipatorischen Momente bürgerlicher Vergesellschaftung berücksichtigt, verhindert.

Jene verfehlte Kritik äußert sich allzu gerne als „Israelkritik“: Die Konstitution bürgerlicher Staatlichkeit, die immer ein gewalttätiger Prozess ist, der allen bürgerlichen Staaten gemein ist, wird einseitig, übermäßig oder gar ausschließlich an Israel kritisiert. Genau das meint die richtige Behauptung, man bewerte Israel allzu oft mit doppelten Standards: Was für alle Staaten gilt, wird nur, hauptsächlich oder unverhältnismäßig an Israel kritisiert. Von Juden*Jüdinnen wird somit das verlangt, was von keiner anderen Gruppe verlangt wird: sich in der bürgerlichen Welt jenseits bürgerlicher Kategorien und Strukturen zu artikulieren. (Tatsächlich hat Israel dies sogar zu Beginn versucht, als es in der zionistischen Bewegung eine sozialistische Mehrheit gab.) Viele „Israelkritiker“ halten Israel vor, dass die zionistisch-sozialistische Orientierung von einer bürgerlich-liberalen ersetzt wurde, der Normalfall in allen westlichen Ländern. Hieran entlarvt sich der projizierende Charakter ihrer „Kritik“.

In diesem Sinn steht es außer Frage, dass Israel auch jenseits seiner besonderen Schutzfunktion absolut legitim ist bzw. nicht weniger illegitim als jedes andere Staatsgebilde.

4. Israel bis zur befreiten Gesellschaft

Gerade eine kritisch-kommunistische, emanzipatorische Linke, die weiß, dass Staat und Nation nicht definitive Instrumente der Emanzipation sein können, kann und muss den besonderen Charakter des jüdischen Staates erkennen. Tatsächlich wird an Israel der progressive Kern bürgerlicher Vergesellschaftung deutlich. So ist der Staat Israel trotz seiner besonderen Bedeutung und feindlichen Umgebung, deutlich progressiver als alle anderen Gesellschaften und Verfassungen: Rechtsstaat, Allgemeinheit des Rechts, Schutz individueller Freiheiten, demokratische Teilhabe. (Dass es Besseres als diese Verfassung geben könnte, steht auf einem anderen Blatt und ist eine andere Frage.) Staaten sind auch immer Instrumente bürgerlicher Emanzipation und dienen der Abwehr des Rückfalls in die Barbarei, die im Falle Israels dringend notwendig sind. Auch das Ziel der Überwindung von Staat und Nation (das nur mit der Überwindung der wertvermittelten, kapitalistischen Gesellschaft wirklich erreichbar ist) müsste Rechenschaft für den Antisemitismus tragen. Denn Juden*Jüdinnen würden auch postnational durch Antisemit*innen zum Kollektiv geschweißt und angefeindet werden, solange Herrschaft nicht selbst abgeschafft ist.

Akkumulation =
Anhäufung von Reichtum, besonders von Produktionsmitteln

5. Antizionismus

Tatsächlich lässt sich konstatieren, dass es eine regelrechte Obsession um Israel gibt, die bis in einen Vernichtungswunsch reicht und die aktuell vor allem unter Linken und in arabischen Ländern verbreitet ist. Israel gerät in doppelter Weise unter Beschuss: Dort, wo seine Sonderfunktion erkannt werden müsste, werden die besonderen Maßnahmen, die Israel aufgrund seiner spezifischen Aufgaben trifft, zu dessen Nachteil mit dem gewöhnlichen Maßstab für andere Staaten gemessen und als unverhältnismäßig kritisiert. Dort, wo Israel die gewöhnlichen Momente bürgerlicher Herrschaft reproduziert (die nicht selten im Falle anderer Staaten nicht mal wahrgenommen werden), wird Israel gemessen mit einem komplett disproportionierten Standard.

Es wurde nie behauptet, dass jede Kritik an israelischer Politik antisemitisch sei. Rein theoretisch muss auch nicht jeder Antizionismus per se antisemitisch sein. Auch eine Definition von Antisemitismus, welche die antisemitischen Momente von vielen Varianten von Antizionismus berücksichtigt, läuft keineswegs darauf hinaus, Antisemitismus mit Antizionismus zu identifizieren oder Juden*Jüdinnen mit Israel gleichzusetzen. Doch ist einerseits Antizionismus (in jeder Form) extrem anfällig für antisemitische Muster und sehr häufig in Antisemitismus begründet. Andererseits trägt Antizionismus (auch jüdischer Antizionismus) nie Rechenschaft des Ausmaßes des geschichtlich Ereigneten sowie des gegenwärtigen Antisemitismus und hat damit praktische antisemitische Konsequenzen. Tatsächlich fasst der „Durchschnittsantizionist“ bereits den Zionismus typischerweise antisemitisch auf: Er versteht den Zionismus nicht als bürgerlichen Nationalismus neben anderen (und gleichzeitig als etwas ganz Besonderes, weil er Mittel der Selbstemanzipation und Selbstschutz der Juden*Jüdinnen angesichts der antisemitischen Gefahr ist), sondern als besonders aggressive, rassistische, faschistische, großwahnsinnige und irgendwie nach Weltherrschaft strebende Ideologie. Entsprechend antisemitisch ist auch die typische Antwort auf den Vorwurf, der geäußerte Antizionismus sei antisemitisch. Der Vorwurf wird sodann zum Trick degradiert und als Diffamierung der Kritik genutzt.

6. Einordnung des „Nahostkonflikts“

Auch die gewöhnliche Interpretation des „Nahostkonflikts“ gibt grundsätzlich Israel an allem die Schuld und neigt dazu, die Palästinenser*innen zu den Opfern und Verfolgten schlechthin zu machen, sowie in ihnen die neue Gestalt der staatenlosen Entrechteten zu suchen.

Es wird dabei ausgeblendet, dass zum Teil von arabischen Ländern und der internationalen Gemeinschaft so operiert wurde, dass diese Projektion wahr wurde. In der Behauptung, Israel sei ein „faschistischer Staat“, der einen „Genozid“ an den Palästinenser*innen betreibt, sind die Projektion und die Paranoia vollkommen.

Die einfachste Beschreibung des Kontextes des „Nahostkonfliktes“ ist hingegen: Es gab/gibt einen Krieg diverser arabischer und muslimischer Länder gegen Israel – seit seiner Gründung. Ist man nicht der Meinung, dass Israel nie hätte sein sollen, ist damit schon alles gesagt: Seit Beginn an muss sich Israel vor Angriffen verteidigen, hinter denen mal impliziter, mal expliziter ein Vernichtungswunsch lauert.

Dabei wird immer wieder der Sachverhalt des Konfliktes so verdreht, dass suggeriert wird, es bestünde ein Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser*innen. So wird Israels militärisches und politisches Handeln immer als direkt gegen die palästinensische Bevölkerung gerichtet dargestellt. Nichts ist irreführender. Die Konfliktlinie läuft zwischen Israel, das sein Existenzrecht und die Sicherheit seiner Bürger*innen behauptet, und all jenen Akteuren, die feindlich gegenüber Israel stehen – nicht zuletzt aufgrund antisemitischen Hasses.

Das Verhalten dieser Akteure ist auch maßgeblich daran beteiligt (gewesen), aus dem Schicksal der arabischen Bevölkerung der Region, die nicht israelisch gewordenen ist, einen internationalen Fall zu machen und sie in eine Lage zu führen, in der sie ihr objektives Interesse zum Teil unmittelbar gegen die Interessen der israelischen Bevölkerung artikulieren muss. Das „Palästinenserproblem“ wurde so konstruiert – und zwar real konstruiert –, dass die Existenz von Palästinenser*innen sehr leicht zum Instrument im Kampf gegen Israel gemacht werden kann und Palästinenser*innen als Opfer Israels, als Israels negativer Gegenpart real konstruiert wurden.

Erst in diesem Zusammenhang ist eine Spannung zwischen Israel und palästinensischer Führung zu deuten und erst in diesem Zusammenhang ist das Leid der palästinensischen Bevölkerung zu erörtern. Selbstverständlich hat die Staatsgründung Israels – gerade als Staatsgründung „aus dem Nichts“ und als

zum Teil noch offener Prozess – ein gewisses Maß an Gewalt und Verdrängung hervorgebracht, die besonders Palästinenser*innen trifft. Allerdings ist dieser Prozess mit Unzähligen vergleichbar, die in der Nachkriegszeit stattgefunden haben und dessen negative Folgen hätten längst behoben werden können. Es darf dabei nicht vergessen werden, dass es der palästinensischen nationalen Bewegung nie wirklich um einen palästinensischen Staat neben Israel ging, sondern sie stets die Rückgängigmachung von 1948 als Ziel anstrebte.

III. Fazit

1) Es stimmt nicht, dass Linke immun gegenüber Antisemitismus sind. Immun wären sie nur, sofern sie einer adäquaten Kritik bürgerlicher Vergesellschaftung mächtig wären – und dann auch nur, indem sie dadurch den eigenen Antisemitismus permanent abbauen. „Links“ verkommt leider nur all zu oft zur Weltanschauung und Ideologie unterschiedlicher Ausprägung, zur linksliberalen Teilhabe am bürgerlichen politischen Diskurs, zur fetischisierenden Kritik bürgerlicher Gesellschaft, die einige ihrer Momente affirmiert, zur abstrakten Negation, die das zu Negierende wiederholt; zur Reduktion von Kritik auf subjektive Praktiken. Alle diese Haltungen/Positionen, reproduzieren zwangsläufig auch den Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft, in deren Raum sie sich bewegen oder bringen einen eigenen Antisemitismus hervor.

Sicher erweisen sich Linke allzu oft unfähig, Antisemitismus zu bekämpfen. Zumindest die Konsequenzen einiger linker Positionen haben antisemitische Effekte: Sie sind eine Bedrohung in Leib und Seele für Juden*Jüdinnen, weil sie deren Selbstschutz unterminieren.

Eine wichtige Voraussetzung des gegenwärtigen linken Antisemitismus ist u. a. die Nichtaufarbeitung des linken Antisemitismus der 70er und 80er, dessen zentraler Austragungsort Antizionismus war.

2) „Solidarität mit Israel“ seitens emanzipatorischer Kräfte, die eine Kritik bürgerlicher Gesellschaft formulieren, heißt nicht, sich selbst zu widersprechen. Sie fußt auf der Einsicht, dass es Schlimmeres gibt, als die Subsumtion von Leib und Freiheit unter das Kapital: Die Regression in die Barbarei, die offen die Opferung und Selbstaufopferung von Individuum, Freiheit, Leib einfordert und ihren Wahn direkt gegen Juden*Jüdinnen loslässt. In diesem Sinn und angesichts der Tatsache, dass die Katastrophe nicht nur real wurde, sondern Kontinuitäten noch heute entfaltet und immer noch möglich ist, ist Solidarität mit Israel geboten. Diese Solidarität – die darin unbeding ist, dass sie sich nicht von Tagespolitik abhängig macht – heißt nicht, dass die Folgen der

israelischen Staatsgründung für die arabische Bevölkerung gleichgültig seien oder dass man die rechte Entwicklung in Israel nicht mit Sorge beobachten darf. Auch bedeutet sie keine Apologetik. Doch eine Kritik auch an punktuellen Aspekten der israelischen Politik scheint unmöglich im gegebenen Zusammenhang, ohne schon an der Fixierung auf Israel teilzuhaben. Stets ist außerdem die besondere Funktion und die bestimmte Geschichte Israels zu berücksichtigen.

Hingegen müsste sich der Einsatz für Rechte und das Wohl von Palästinenser*innen von ideologischen Verzerrungen befreien. Voraussetzung dafür ist zum einen die Anerkennung des realen Existenzrechts Israels (inklusive dessen Notwendigkeit, sich zu verteidigen im Kontext der Nahost-Region) – zum anderen die Beendigung der impliziten Annahme, der Kampf der Palästinenser*innen sei von besonderer emanzipatorischer Bedeutung. Dessen verbreitetste Erscheinungsform sieht vor, dass man alle mögliche utopische Projekte in Verbindung mit Palästina setzt, in kompletter Absehung von den realen Bedingungen.

So wurde der Kampf der Palästinenser*innen schlechthin mit dem Kampf um Sozialismus und koloniale Befreiung assoziiert; genauso wie mit der Möglichkeit, einen demokratischen Konföderalismus in der Region zu etablieren, während die palästinensische Gesellschaft real durch konservativ-islamische und islamistische Rackets organisiert ist. Diese linke Projektion auf Palästina – die nicht ohne eine negative Projektion auf Israel auskommt – ist ein erhebliches Problem.

3) Besonders wichtig scheint uns aktuell die Entflechtung von antirassistischen Diskursen und Praktiken und von der Thematisierung (post)kolonialer Verhältnisse von einem antizionistischen Paradigma. Das gilt für die konkreten Bewegungen aber auch für die Theorien, die im Hintergrund stehen.

Auch Theorien des Postnationalen, eine Kritik an Staat und Nation sowie kosmopolitische und universalistische Ansätze sollten die (historisch gewachsene) Besonderheit Israels berücksichtigen, also immer Antisemitismus mitbedenken. Es gilt zum einen zu bedenken, dass sich in Bezug auf Juden*Jüdinnen eben die Frage nach der adäquaten Vermittlung von Partikularem und Universalem, von Identität und Nichtidentität entfaltet hat: Auch schon der Verlust einer Sensibilität für Antisemitismus ist oft Anzeichen für eine abstrakte, rein behauptete Universalität. Zum anderen müsste mitbedacht werden: die angestrebte „freie Assoziation“ stünde keineswegs im Widerspruch zu einer expliziten, selbstbestimmten, freien Assoziation jüdischer Menschen.

Freie Assoziation =
Beziehung zwischen
Menschen in einer
noch zu erbauenden
Gesellschaft frei von
staatlichen und öko-
nomischen Zwängen



Olaf Kistenmacher
28.7.2005

vom »judenkapital« zur »jüdisch-faschistischen legion in jerusalem«

Zur Entwicklung des »Antizionismus«
in der Kommunistischen Partei Deutschlands
der Weimarer Republik, 1925-1933

„Antizionismus“ in der politischen Linken wird bislang vor allem als ein Nach-1945-Phänomen verstanden und besonders auf die Zeit nach 1967 verortet. Bis dahin, bis zum Sechs-Tage-Krieg – so das verbreitete Bild –, sei die Linke in Deutschland von der Aufbauarbeit des Staates Israels und der Kibbuzbewegung fasziniert gewesen und habe sich eher pro-israelisch positioniert. Nach 1967 aber sei sie radikal umgeschwenkt und habe eine antiimperialistische und pro-palästinensische Haltung eingenommen. Seitdem lehne die Radikale Linke den Staat Israel grundsätzlich ab; und dieser „Antizionismus“ habe dann zu einer Übernahme alter antisemitischer Stereotype geführt. Hinter diesem Bild steckt folgende Deutung des Antisemitismus in der Linken: Zwar hätten schon immer, wegen der offiziellen Ablehnung, antisemitische Äußerungen und Handlungen innerhalb der Linken verpönt gewesen sein müssen. Aber erst der Bruch in der Geschichte, den die Shoah darstellt, dieses „Verbrechen ohne Namen“ (Jan-kélévitch), habe dafür gesorgt, dass dieses Verbot unbedingt eingehalten werden musste. Antisemitische Ressentiments mussten sich also andere Kanäle schaffen, und so trat der Hass auf den „Zionismus“ und die „Zionisten“, wie Gerhard Scheit in *Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt* schreibt, als „perfekte[r] Ersatz“ „buchstäblich an die Stelle“. Die *Initiative Sozialistisches Forum*, mittlerweile eine der

schärfsten Polemikerinnen gegen den Antisemitismus in der Linken, schreibt in einem Flugblatt von 1988, dass der Antizionismus vor 1945 „erst einmal nicht des Antisemitismus zu verdächtigen wäre – erst das Fortwesen seiner Inhalte nach 1945 erfüllt, gerade in der deutschen Linken, diesen Tatbestand“

„Antizionismus“ erscheint demnach als eine Form des „sekundären Antisemitismus“, als eine Form der „Schuldabwehr“. Ingrid Strobl führt unter dem bezeichnenden Titel *Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken* über die Motive für den „Antizionismus“ der Linken nach 1967 aus: „Wie unbewußt auch immer, durch die israelische Politik gegen die Palästinenser fühlten sich viele deutsche Linke befreit von jeder Verantwortung, die sie sich als Nachkommen womöglich stellen müßten. Da jedoch die Ungeheuerlichkeit der Shoah selbst für diejenigen, die sich nie näher mit ihr konfrontiert haben, so ohne weiteres nicht zu ignorieren ist, mußte sie auf Teufel komm raus relativiert werden.“

Unbestreitbar ist, dass die Shoah den Antisemitismus nach 1945 elementar verändert hat. Das soll im Folgenden nicht bestritten werden. Aber anhand von Überschriften und Artikeln aus der Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands,

Als Kibbuz bezeichnet man eine ländliche Kollektivsiedlung in Israel mit gemeinsamem Eigentum und basisdemokratischen Strukturen.

Sekundärer Antisemitismus speist sich aus Shoa-Leugnung und -Relativierung, bezeichnet also einen Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz.

der *Roten Fahne*, lässt sich zeigen, dass sich die KPD bereits in den 1920er-Jahren in einer Weise „antizionistisch“ positionierte, die inhaltlich den „Antizionismus“ der außerparlamentarischen Linken der 1970er-Jahre vorweggenommen hat. In der Weimarer Republik bezeichnete die KPD den Zionismus als „faschistisch“ und setzte ihn mit dem Nationalsozialismus gleich. Der „Antizionismus“ der KPD der Weimarer Republik entwickelte sich aber nicht über den Umweg der „Schuldabwehr“, sondern ergab sich aus den in der KPD virulenten antisemitischen Stereotypen und dem Antimperialismus und linken Befreiungsnationalismus.

Diese Art „Antizionismus“ – die von der innerjüdischen Ablehnung eines eigenen Staates in Palästina zu unterscheiden ist und von der ich deswegen in Anführungszeichen schreibe – war also nicht nur eine Erscheinungsform des sekundären Antisemitismus, sondern auch des primären. Er ergab sich als Konsequenz aus der Übertragung antisemitischer Stereotype auf eine jüdische Nationalbewegung. Diese Übertragung hatten, wie Alex Gruber zeigt, die Nationalsozialisten in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ebenfalls vorgenommen: „Bereits 1922, also 26 Jahre vor der Gründung Israels, veröffentlichte Alfred Rosenberg seine Schrift *Der staatsfeindliche Zionismus*, in der er so gut wie alle Argumente vorwegnimmt, welche die FeindInnen Israels heute gegen den jüdischen Staat vorbringen und somit implizit die Schutzbehauptung Lügen straft, die Israelkritik, als welche der Antizionismus sich bemäntelt, sei eine Reaktion auf die politische Praxis dieses Staates.“ Gruber zitiert aus Rosenbergs Veröffentlichung: „Alle arabischen Proteste, die gegen die gewaltsame Judaisierung Palästinas gerichtet waren, halfen nichts. Palästina, ein Land mit 500 000 Moslems, 65 000 Christen – und 63 000 Juden erhielt keine Selbstverwaltung, sondern wurde rücksichtslos den Wünschen der Zionisten ausgeliefert“. ... „(Durch) abgezwungene wirtschaftliche und politische Vorrechte soll die kleine Minorität von vornherein herrschend gemacht werden und Juden aller Länder anlocken, das neue jüdische Zentrum zu besiedeln, nach alter Methode, die eigentlich, Jahrtausende hier lebenden Bewohner auf ‚legalem‘ Wege auszuwuchern, zu verdrängen und ein rein jüdisches (...) Sammelbecken für eine weit ausgreifende Orientpolitik zu schaffen. (...) Wenn jüdische Politiker vom zukünftigen Musterstaat Palästina sprechen, so weiss jeder Kenner, dass diese nie eintreten wird. Denn auf keinem Gebiet des Wissens, der Kunst, des Lebens ist der Jude wirklich schöpferisch gewesen. Sein ‚Staat‘ wird genau so lange dauern, als die Millionen des den Völkern der Welt abgewucherten Geldes ihm künstlich Lebenskraft einpumpen.“

An der völkisch-antisemitische Rede „der Jude“ ist erkennbar, dass sich der „Antizionismus“ eines Alfred Rosenberg aus seiner primär antisemitischen Weltanschauung ergab. Warum sollte das in der KPD der Weimarer Republik gar nicht der Fall gewesen sein? Eine Parallele zu einer linken Position ist auf jeden Fall bemerkenswert: Auch Rosenberg argumentierte ‚antimperialistisch‘, wenn er darauf verwies, dass „ein Land mit 500 000 Moslems, 65 000 Christen“ „rücksichtslos den Wünschen der Zionisten ausgeliefert“ worden sei.

Zum Begriff „Zionismus“ in der kommunistischen Linken vor und nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Begriff „Zionismus“ machte in der sozialistischen und kommunistischen Linken im 20. Jahrhundert eine bemerkenswerte Wandlung durch. Dies lässt sich an der Gegenüberstellung der Jahre bis 1918/19 und der Zeit nach 1945 zeigen. Die sozialistische und kommunistische Linke der Zweiten Internationale, also bis 1919, vertrat in der Mehrheit eine antizionistische Position. Die meisten Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten lehnten den zionistischen Anspruch auf einen eigenen Nationalstaat der Jüdinnen und Juden im britischen Mandatsgebiet Palästina als „reaktionär“ und kleinbürgerlich ab. Diese Ablehnung war ihnen und der Mehrheitsgesellschaft gemeinsam. Nur die gegebene Begründung war eine andere: In einer „internationalistischen“ Perspektive einer zukünftigen sozialistischen bzw. kommunistischen Welt, in der nationale Staaten überwunden seien, wurde es als rückschrittlich angesehen, einer neuen Staatsgründung zuzustimmen.

Nach 1945 kam es in mehreren Staaten des real existierenden Sozialismus im Namen eines „Antizionismus“ zu großen Verfolgungswellen. In der Sowjetunion, der ČSR und der DDR wurden Ende der 1940er- und Anfang der 1950er-Jahre Tausende von Menschen verhaftet, gefoltert und getötet, weil sie entweder als „Trotzkisten“, als „Nationalisten“ oder als „Zionisten“ galten. 1968 kam es in Polen zu einer Vertreibung fast aller Jüdinnen und Juden, also rund 20 000 – ebenfalls mit einer „antizionistischen“ Begründung. Für die frühe DDR hat Thomas Haury anhand der staatsoffiziellen Legitimation für die Verhaftung Paul Merkers und der anderen Mitglieder seines angeblichen „Verschwörerzentrums“ herausgearbeitet, dass der Begriff „Zionismus“ in dieser Zeit etwas ganz anderes bedeutete, als der 1948 erfolgten Staatsgründung Israel zuzustimmen: „Zionismus“ fungierte jetzt vielmehr als zentrale Metapher innerhalb des marxistisch-leninistischen Weltbildes und war verknüpft mit der Behauptung einer weltweiten Verschwörung anationaler Wallstreet-Kapitalisten, der Entgegensetzung ‚schaffende Völker‘ versus ‚Finanzhyänen und Parasiten‘ und einer Bedrohung

Alfred Rosenberg (1892-1946) war einer der einflussreichsten NSDAP-Ideologen in der Weimarer Republik.

„Internationale“ nannte sich der Zusammenschluss von Arbeiterorganisationen unterschiedlicher Länder. Die Zweite Internationale existierte von 1889 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs.

In der marxistisch-leninistischen Terminologie werden mit „Kleinbürgern“ Nichtproletarier benannt, die sich ohne festen Klassenstandpunkt der gerade herrschenden Klasse anpassen.

Die DDR-Führung verurteilte den KPD- und SED-Politiker Paul Merker (1894-1969) zu acht Jahren Zuchthaus. Merker hatte zuvor seine Sympathie für den Zionismus bekundet und eine Entschädigung für die von den Nationalsozialisten enteigneten jüdischen Vermögen gefordert, was ihm als „zionistischen Agenten“ den Vorwurf der „Ausplünderung Deutschlands“ einbrachte. Merker wurde etwas ein Jahr später entlassen und rehabilitiert.

durch die Zersetzungsarbeit getarnter innerer Feinde.“ Das manichäische Weltbild, der Nationalismus und die „Entgegensetzung ‚schaffende Völker‘ versus ‚Finanzhyänen und Parasiten‘“ prägen die antiimperialistische Linke bis heute. Dieser „Antizionismus“ kommt seit den 1970er-Jahren in der Positionierung vieler Linker vor allem zum Israel-Palästina-Konflikt zum Tragen. Aber nicht nur dort: Auch in linken Verschwörungstheorien über die Hintergründe der Anschläge in den USA am 11. September 2001 taucht er auf.

Für die stalinistische Epoche ist deutlich, dass „Zionisten“ mehr oder minder offen ihr Menschsein abgesprochen wurde. Während andere Menschen arbeiten, Volkswirtschaften aufbauen und insofern Gesellschaften bilden, sollten „Zionisten“ das nicht können: Ihr vermeintliches Wesen sollte „parasitär“, „zersetzend“ und „antinationale“ sein. Anders ausgedrückt, die „zionistische“ Identität der „Zionisten“ bestand innerhalb des marxistisch-leninistischen „Antizionismus“ in genau dem, was im modernen Antisemitismus „das Jüdische“ von Jüdinnen und Juden ausmachen sollte, nämlich eine bestimmte Art „Internationalismus“: dass sie „überall“ wären, dass sie überall die Profite abzögen, dass sie sich, wie „Parasiten“, an anderen Volkswirtschaften nährten. „Dementsprechend wurzelt der ‚jüdische‘ Kosmopolitismus/Nationalismus nicht in der Geschichte, im Boden, in großen Taten, wie sich dies ‚eigentlich‘ für einen Nationalismus gehören würde. Vielmehr wurde er in der ‚Wall Street geprägt‘, also in der Börse gemacht. Der spezifisch ‚jüdische‘ Nationalismus/Kosmopolitismus erwächst nicht aus einem wirklichen, produktiven ‚Volk‘, sondern entspringt der Zirkulation.“ (Klaus Holz)

Kurz gesagt, „Zionismus“ bezeichnet hier das besondere ‚Wesen der jüdischen Nation‘: die weltweite Vertretung des Imperialismus“ (Holz).

Von der bis 1919 verbreiteten grundsätzlichen Ablehnung des zionistischen Anspruchs auf einen eigenen Nationalstaat bis zu den Verschwörungstheorien nach 1945, die mit dem Staat Israel nur noch wenig zu tun hatten, musste sich also ein Begriffswandel vollzogen haben, in dessen Namen die Verfolgungswellen und Schauprozesse in den sozialistischen Staaten legitimiert wurden. Dieser Bedeutungswandel muss sich entweder im Laufe der 1920er-Jahre vollzogen haben oder – was noch erschreckender wäre – in den 1930er- und 1940er-Jahren – also zeitlich parallel mit der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtungspolitik.

Die Entwicklung des Antimperialismus und „Antizionismus“ in der Roten Fahne Mitte der 1920er-Jahre

Die erste Überschrift in der *Roten Fahne*, die das Wort „Zionismus“ enthielt, lautete: „Zionismus – Kettenhund des englischen Imperialismus. Zum Wiener Zionistenkongress.“ (RF 168, 25. Juli 1925)

Eine solche Ablehnung des Zionismus war etwas anderes als die Kritik, wie sie vor 1919 beispielsweise Karl Kautsky in *Rasse und Judentum* formuliert hatte, oder die taktischen Einwände Wladimir Iljitsch Lenins gegen die „Bundisten“. Auch Kautskys Argumentation war teilweise von rassifizierenden Denkmustern geprägt, aber sie war moderater, abwägender als der Aufruf der *Roten Fahne*, den Zionismus nicht mehr nur abzulehnen, sondern zu verabscheuen und zu hassen.

Dieser Hass auf den Zionismus war nicht selbstverständlich, denn es gab aus kommunistischer Sicht durchaus Argumente für den Zionismus. Zwar hätten Kommunistinnen und Kommunisten grundsätzlich Nationalbewegungen ablehnen können, weil sie, wie Rosa Luxemburg, jede nationale Bewegungen ablehnten. Aber die KPD war erstens weder „antinationale“ noch „antideutsche“, wie Paul Frölich unter der Überschrift *Nationale Frage und Revolution* 1923 in der *Roten Fahne* schrieb (RF 177, 3. August 1923). Zweitens unterstützte sie in ihrem Antimperialismus nationale Bewegungen. Und als eine „nationale Befreiungsbewegung des Judentums“ ließ sich die zionistische Bewegung in Europa und in Palästina durchaus ansehen (vgl. RF 168, 25. Juli 1925).

Für den Zionismus hätte aus kommunistischer Sicht sprechen können, dass ein jüdischer Staat einen Schutzraum vor dem stärker werdenden Antisemitismus in Europa bieten könnte. Gerade nach den Erfahrungen im Ersten Weltkrieg waren die Hoffnungen auf eine internationale Überwindung von nationalen Feindschaften erschüttert worden, was, wie Martin Kloeke schreibt, „die SPD in ihrer Gesamtheit zu vermehrtem Verständnis für das zionistische Projekt“ veranlasste. Dieses Motiv wurde in der *Roten Fahne* sogar genannt. Aber es wurde als Verschleierung der wirklichen Tatsachen, als „Maske“ des „englischen Imperialismus“, abgetan: „Der Zionismus ist unter der Maske einer ‚wohlthätigen‘, die durch Pogrome usw. verfolgten armen Juden schützende, ihnen eine ‚Heimstätte‘ verschaffende Bewegung, in Wirklichkeit ein Werkzeug des englischen Imperialismus. [...] Unter der Parole ‚Ruhe und Ordnung‘ am Suezkanal hat England eine wütende Terror- und Verfolgungskampagne in Palästina eingeleitet. Dabei hat es sich zur Ausführung dieser verworfenen Henkersarbeit seiner zuverlässigen und ergebenen Lakaien, der zionistischen Kolonisatoren-

Karl Kautsky (1854-1938) war ein österreichisch-tschechischer marxistischer Theoretiker und galt als Vermittler zwischen reformorientierter SPD-Partei und der radikalen Linken.

Bundisten ist eine Bezeichnung für Mitglieder jüdischer Organisationen, die auf den sozialistischen Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund (Der Bund) in Russland zurückgehen.

bourgeoisie, bedient.“ (RF 168, 25. Juli 1925) Man konnte zwar, gerade wegen der Bedrohung durch den Antisemitismus, deswegen dem Zionismus kritisch gegenüberstehen, weil dieser die „jüdische Identität“ als eine nationale Identität hervorhob und weil man befürchten konnte, dass das Hervorheben einer nationalen jüdischen Identität in Europa den wirksamsten Schutz vor Antisemitismus verhindere: sich zu assimilieren. Dass die KPD die Assimilation befürwortete, erklärte das Zentralkomitee der KPD in der einzigen parteioffiziellen Veröffentlichung mit dem Titel *Kommunismus und Judenfrage* 1932: „Die Kommunisten begrüßen jede Assimilation [...]“ (ZK der KPD 1932: 285) Aber diese Begründung hätte zu einer skeptischen Kritik, nicht aber zu einer solch hasserfüllten Ablehnung geführt.

Schließlich ließ sich zwar gegen ein Siedlungsprojekt in Palästina einwenden, dass dort bereits eine arabische Gesellschaft existiere, die von einem „jüdischen“ Nationalstaat verdrängt werden konnte. Der Kommunist Otto Heller, der 1931 das Buch *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus* veröffentlichte, drückte diese Kritik noch mit den Worten aus, dass der „Judenstaat“ deswegen „eine Utopie“ sei, weil er unter anderem „die arabischen Fellachen“ missachte. Das ZK der KPD machte aus dieser Kritik in der Erklärung von 1932, der Zionismus wolle die Menschen „in einer Volksgemeinschaft [sic] mit den jüdischen Ausbeutern zu Instrumenten“ im „Kampf gegen die koloniale Befreiungsbewegung der Araber“ machen (ZK der KPD 1932: 284-285). Dass in Palästina bereits Araberinnen und Araber lebten und jüdische Siedlungen existierten, sprach aber – genauso wenig wie ein staatssozialistisches Siedlungsprojekt in Birobidjan (siehe unten) – nicht generell gegen eine zionistische Besiedlung, denn gerade von kommunistischer Seite hätte vorgebracht werden können, dass eine Einwanderung europäischer Jüdinnen und Juden einen „Entwicklungsschub und die Annäherung des Orients an das europäische Niveau“ nach sich ziehen würde. Dieses Argument brachten nicht nur Linkszionistinnen und -zionisten vor, sondern diese Sicht teilten in den 1920er-Jahren auch „wichtige Repräsentanten der arabischen Welt“ (Matthias Küntzel).

Noch etwas hätte eigentlich für eine Solidarität mit den neu angekommenen Jüdinnen und Juden in Palästina sprechen müssen: Von ihnen war 1919 die *Kommunistische Partei Palästina* gegründet worden. Die KP Palästina war „ursprünglich eine rein jüdische Partei“, und nach dem Ersten Weltkrieg gab es „außer ihr keine nennenswerten sozialistischen Organisationen im arabischen Osten“ (Alexander Flores). Aber nicht nur das: Die zionistische Bewegung in Palästina war am stärksten vom Linkszionismus geprägt, die jüdische Gewerkschaft war die stärkste Kraft in der jüdischen Community. Wie Tom Segev in *Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor*

der Staatsgründung Israels schreibt, übernahm die „Arbeiterbewegung“ „schon bald die Führung in der jüdischen Gemeinschaft und formulierte deren Werte und Symbole“.

Damit soll nicht behauptet werden, dass die KPD eine pro-zionistische Position zwingend hätte vertreten müssen. Aber für die KPD wären sehr verschiedene Positionierungen zum Zionismus möglich gewesen. Trotzdem legte sich die KPD von ihrem ersten Beitrag in der *Roten Fahne* an auf einen hasserfüllten „Antizionismus“ fest, und dafür musste es Gründe geben.

Der erste Grund war, dass die KPD der Weimarer Republik die Vorstellung, es gebe quasi-natürliche Nationalitäten und nationale Territorien, nicht in Frage stellte, sondern dass es vielmehr diese Vorstellung war, die die Grundlage für ihren Antimperialismus bildete.

Grundlegend für die Nationalismusdiskussion in den 1920-Jahren war Jossif Wissarowitsch Stalins Aufsatz zu *Marxismus und Nationale Frage* von 1913, in dem er „Nationen“ wie folgt definierte: „Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.“

Nach dieser Definition bildeten „die Juden“ keine „wirkliche Nation“, für die „die Sozialdemokratie ihr nationales Programm“ aufstellte. Die russische Sozialdemokratie, so Stalin, „kann nur mit wirklichen [sic] Nationen rechnen, die handeln und sich bewegen und darum auch erzwingen, daß man mit ihnen rechnet“.

Seit den frühen 1920er-Jahren berichtete die *Rote Fahne* nicht nur zustimmend über „nationale Befreiungskämpfe“ in den Kolonialgebieten und -staaten, sondern eine Überwindung nationaler und nationalistischer Zuschreibungen war gar nicht das Ziel des staatlichen Kommunismus. Statt dessen schuf die KP der Sowjetunion für „nationale Minderheiten“ neue eigene „(teil)autonome“ Republiken innerhalb in der sozialistischen Sowjetunion. Zu diesen nationalen Siedlungsgebieten gehörte ab dem 28. März 1928 auch das ost-asiatische Birobidjan als einer „jüdischen nationalen Verwaltungseinheit“ (Otto Heller), ab dem 7. Mai 1934 sogar als Jüdisches Autonomes Gebiet. Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland mussten also eine Doppelstrategie vertreten: das zionistische Projekt in Palästina ablehnen und gleichzeitig das Siedlungsprojekt in Ostasien begrüßen. Dass Jüdinnen und Juden ein Anrecht auf ein eigenes, zumindest „teilautonomes“ nationales Territorium hätten, konnte nicht mehr generell abgelehnt werden.

ZK = Zentralkomitee

Mit der östlichen Stadt Birobidjan stellte die Sowjetunion Jüdinnen und Juden eine „Jüdische Republik“, also eine eigene Nation, in Aussicht, in der Juden nominell die führende Rolle innehaben sollten. Im Gegensatz zum zionistischen Projekt sollte hier die Assimilation und die Auflösung jiddischer Strukturen in der gesamten Sowjetunion vorangetrieben und auf ein Ende des religiösen Judentums und damit das Ende des Antisemitismus hingearbeitet werden. Doch das als Jüdisches Autonomes Gebiet angepriesene Birobidjan entpuppte sich schnell als Reifall. Nur wenige tausend Juden zogen 1928 in die unwirtschaftliche, kaum bewohnbare Region 8000 km von Moskau entfernt.

Der zweite Grund ergab sich aus den primär antisemitischen „Bildern vom Juden“: Da die KPD „Juden“ mit „Kapitalist“ und „Kapital“ identifizierte, lag eine Identifikation von „Zionismus“ mit „Kapitalismus“ und dementsprechend mit „Imperialismus“ nahe. Entscheidend für die Beurteilung einer nationalen Bewegung war nämlich, wie der politische und soziale Charakter des „nationalen“ Kollektivs bewertet wurde. Zu den Grundsätzen der KPD gehörte seit ihrer Gründung der Kampf gegen „Imperialismus und Krieg“; Kriege wurden dann abgelehnt, wenn sie sozusagen im Dienste des Imperialismus – und das hieß des Kapitalismus – standen. Der Imperialismus war nach Wladimir Iljitsch Lenin und Rosa Luxemburg die aktuelle Erscheinungsform des Kapitalismus im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert.

Einen Monat nach der Bezeichnung des „Zionismus“ als „Kettenhund des Imperialismus“ drückte die *Rote Fahne* ihre generelle Solidarität mit den „antikolonialen Befreiungskämpfen“ mit dem Titel aus: „Rotfront gegen den Imperialismus!“ (RF 175, 2. August 1925) Illustriert wurde die Parole durch eine Faust, die von unten einen Tisch mit einer Weltkarte durchschlug, dabei ebenfalls die versammelten Militärs (die „Imperialisten“) zu Boden werfend. Am Rand war übrigens, hinter dem Vorhang, „der Kapitalist“ zu sehen, der nicht von der Faust getroffen wird und der mit hinterhältigem Gesichtsausdruck zusieht. In der *Roten Fahne* wurden Kriege oder militärische Akte dann befürwortet, wenn sie den Kampf einer „Nation“ gegen ihre Unterdrückung bedeuteten, wenn sie, kurz gesagt, als „antiimperialistisch“ galten. Spätestens seit dem Beschluss des Internationalen Kongresses in London 1896 gehörte das „Selbstbestimmungsrecht aller Nationen“ zum Selbstverständnis der Zweiten Internationale (Lenin). Die Dritte Internationale hatte die Forderung aus dem Kommunistischen Manifest „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ um ein weiteres angebliches revolutionäres Subjekt erweitert: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ (RF 153, 8. Juli 1925)

Die zionistische Bewegung wurde nie als „unterdrückt“ dargestellt, sondern von Beginn an als „imperialistisch“ – also „kapitalistisch“ und international mächtig – bezeichnet. Das heißt, die zionistische Bewegung wurde nicht nur kritisiert und abgelehnt, sondern ihr wurde jegliche Berechtigung abgesprochen: „Juden“ waren nach der Darstellung der *Roten Fahne* „Luftmenschen an den Grenzbezirken des sozialen Organismus“, und als solche würden sie gar keine eigene Volkswirtschaft und keinen eigenen Staat aufbauen können. „[...] da entstand der Zionismus als eine Ideologie verzweifelter Kleinbürger. Luftmenschen an den Grenzbezirken des sozialen Organismus, kamen sie nicht zu Sozialismus, mit dem die jüdischen Arbeiter bereits eng verbunden

waren, sondern suchten ihre Rettung vor den wirtschaftlichen und politischen Verfolgungen in einer Utopie, dem palästinensischen Judenstaat.“ (RF 164, 28. August 1929)

Zu den wesentlichen Bestandteilen des modernen Antisemitismus gehört die Behauptung, dass „Juden“ nicht zum „sozialen Organismus“, also zur Volkswirtschaft, gehörten, sondern wie „Parasiten“ von ihm lebten. Bemerkenswert ist, dass im Gegensatz zu völkischen Antisemiten die KPD in der staatssozialistischen Sowjetunion die Möglichkeit in Erwägung zog, dass in Birobidjan Jüdinnen und Juden durchaus eine eigene Volkswirtschaft aufbauen konnten. Für die Menschen in Palästina wurde es auch von der KPD grundsätzlich geleugnet. Entsprechend durfte der Zionismus nicht als „nationale Befreiungsbewegung der Juden“ gesehen werden. So sahen es laut Rote Fahne lediglich „[j]üdische Intellektuelle“: „Jüdische Intellektuelle gefallen sich in der Pose der zionistischen „nationalen Befreiungsbewegung des Judentums“.“ (RF 168, 25. Juli 1925). Für die KPD war das nur ein „philantropische[r] Vorwand“, wie sie unter der Überschrift „Gegen den britischen Imperialismus und seine zionistischen Agenten in Palästina! Manifest der Liga gegen Imperialismus“ schrieb: „Unter dem ‚philantropischen‘ Vorwand, ein Heim für die armen, unterdrückten Juden der Welt zu schaffen, nehmen die zionistischen Kapitalisten den Arabern ihr Land weg, während arme jüdische Arbeiter eingeführt werden, um für die zionistischen Kapitalisten und für die militärisch-strategischen Ziele des britischen Imperialismus in Palästina zu arbeiten.“ (RF 167, 31. August 1929)

Die jüdischen Gemeinden, deren Mitglieder bereits seit dem 19. Jahrhundert als Minderheit in dem britischen Mandatsgebiet Palästina lebten, mussten damit ignoriert werden. Alle in Palästina lebenden Jüdinnen und Juden wurden in der *Roten Fahne* als Feinde der „unterdrückten Völker“ dargestellt, als „Agenten“ des Imperialismus bezeichnet, also als Eindringlinge – die Araberinnen und Araber dagegen als „werktätiges Volk“. Dabei musste zweierlei ausgeblendet werden: nämlich zum einen die bereits vor der zionistischen Siedlung bestehenden jüdischen Gemeinden und zum anderen die Klassenkonflikte unter den Araberinnen und Arabern. In einer weiteren Radikalisierung wurde von den Zionistinnen und Zionisten nicht mehr als Menschen geschrieben, sondern die *Rote Fahne* setzte im August 1929 in einer fett gesetzten Bildbetitelung den „arabischen Arbeiter[n]“ einen anonymen „jüdisch-faschistischen Terror“ entgegen: „Demonstration arabischer Arbeiter in Jerusalem gegen den jüdisch-faschistischen Terror für das Recht, Gewerkschaften zu gründen und für den Achtstundentag“ (RF 164, 28. August 1929).

Die Dritte Internationale existierte von 1919 bis 1943.

Ab Ende der 1920er-Jahre setzte die KPD Zionismus mit „Faschismus“ gleich. Dass die *Rote Fabne* vom „jüdischen Faschismus“ schrieb, passte zwar zum politischen Vokabular der End-1920er-Jahre, wonach alle gegnerischen und feindlichen politischen Bewegungen – von der SPD („sozialfaschistisch“) bis zur NSDAP („nationalfaschistisch“) – einheitlich als „faschistisch“ bezeichnet wurden. Als grundsätzliche Verurteilung der zionistischen Bewegung bewegte sich die Kennzeichnung aber auf einer anderen, nämlich außenpolitischen Ebene: Mit ihr wurde nicht nur eine politische Bewegung innerhalb der deutschen Gesellschaft oder in einem anderen Land, sondern gewissermaßen ein entstehendes nationales Kollektiv im ganzen als „faschistisch“ stigmatisiert. Dafür war die synonyme Verwendung von „zionistisch“ und „jüdisch“ wesentlich: Schon mit der Bezeichnung „zionistischer Faschismus“ wäre die Nationalbewegung als ganze diskreditiert worden und hätte eine Identifikation von „Zionismus“ und „Imperialismus“ bedeutet. Aber die generelle Darstellung der „zionistischen“ Bewegung als imperialistisch war verknüpft mit den verbreiteten Bildern vom „Juden“; insofern waren „zionistisch“ und „jüdisch“ letztlich gleichbedeutend, und so schrieb die *Rote Fabne* ebenso vom „jüdischen Faschismus“.

Die „koloniale Befreiungsbewegung der Araber“ gegen die „Agenten des Imperialismus“ in Palästina

1927 stellte die *Rote Fabne* zur Rolle der antikolonialen Kämpfe klar: „Die koloniale Befreiung – keine nationalistische, sondern eine soziale Forderung“, wie in der Überschrift zu lesen war. „[...]Den schwachen und nur mangelhaft organisierten Völkern [...] ist der Fremde nur der Ausbeuter! Wenn ein derart getretenes Volk sich von seinen europäischen Parasiten zu befreien sucht, so ist das kein nationalistischer Fanatismus, sondern eine soziale Tat.“ (RF 92, 20. April 1927)

Konflikte zwischen verschiedenen kolonisierten und ausgebeuteten Nationen und Ethnien, die „Abneigung der Rassen untereinander“, wurden lediglich vom „europäischen Imperialismus“ benutzt, „um die Unterdrückten uneins zu machen und Gewinn für den Kapitalismus daraus zu schlagen“ (RF 92, 20. April 1927). Wenn der Imperialismus besiegt würde, dann, so die Argumentation, würden alle Nationen und „Rassen“ friedlich miteinander leben.

Zwischen dem 28. August und dem 6. September 1929 erschienen fast jeden Tag ausführliche Berichte über die „Kämpfe in Palästina“:

- „Die Ursachen der Kämpfe in Palästina“ (RF 164, 28. August 1929);
- „Nordpalästina in den Händen der aufständischen Araber / Neue blutige Kämpfe in Jerusalem, Jaffa, Haifa und an der Grenze Transjordaniens – Verbrüderungsdemonstrationen mit den Aufständischen in Syrien und Aegypten“ (RF 165, 29. August 1929);
- „Macdonalds Gemetzel in Palästina / Standrecht in Haifa – Schiffsbombardement gegen Aufständische – Labourregierung verspricht Förderung der Zionisten zur Unterdrückung der Araber“ (RF 166, 30. August 1929);
- „Gegen den britischen Imperialismus und seine zionistischen Agenten in Palästina! Manifest der Liga gegen Imperialismus“ (RF 167, 31. August 1929);
- „Die Araber im Vormarsch / Arabische Streitkräfte aus Syrien überschreiten die Grenze – Palästina-Demonstrationen in Bagdad – Macdonalds Truppen morden weiter“ (RF 168, 1. September 1929);
- „Kämpfe in Nordpalästina“ (RF 169, 3. September 1929);
- „Solidarisch mit dem Araberaufstand! / Kundgebung der Anti-Imperialistischen Liga“ (RF 170, 4. September 1929);
- „Palästinas Befreiungskampf / Von Albert Norden“ (RF 172, 6. September 1929).

Der vorherrschenden Identifikation der „Juden“ mit dem „Imperialismus“ korrespondierte damit, dass auf der positiv dargestellten Seite alle Gegensätze nivelliert wurden. In den Artikeln wurde zwar erwähnt, dass die „Entwicklung der arabischen Aufstandsbewegung“ „noch zum großen Teil unter dem Einfluß der Effendis (Großgrundbesitzer)“ stehe (RF 164, 28. August 1929), aber in den Überschriften wurde die Positionierung der KPD eindeutig: Durch die Beteiligung der „Großgrundbesitzer“ wurde die „arabische [] Aufstandsbewegung“ nicht etwa zu einer bourgeoisen politischen Bewegung, sondern ihr revolutionärer Charakter blieb unangezweifelt. Die uneingeschränkte Parteinahme für die arabische Nationalbewegung war auch vor dem Hintergrund erstaunlich, dass die Kommunistische Partei Palästinas 1921 selbst Opfer von arabischen Nationalisten gewesen war. In diesem Zusammenhang sprach man in der Komintern sogar von einer „Pogromstimmung“ in der „eingeborene[n] Bevölkerung“: „Am 1. Mai 1921 veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration, die von den Mitgliedern der gelben Gewerkschaften angegriffen wurde. Die eingeborene Bevölkerung, deren Pogromstimmung von den englischen und französischen Provokateuren und von ihren eigenen Nationalisten schon lange geschürt wurde, und die den Sinn der Demonstration nicht

Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit war eine grenzüberschreitende Organisation. Sie wurde unter Federführung der Kommunistischen Internationale (Komintern) aufgebaut und zielte auf die Ausbreitung der Revolution des Proletariats durch Unterstützung der Freiheitskämpfe vom Kolonialismus betroffener Nationen.

begriff, stürzte sich auf die Demonstranten und ging dann zu einem allgemeinen Pogrom gegen die Juden über.“ (Awigdur: Die Arbeiterbewegung in Palästina) Aber Schilderungen eines solchen Antikommunismus und Antisemitismus der „eingeborene[n] Bevölkerung“ fehlten in der *Roten Fahne*.

Ebenfalls fehlten, zumindest in den Überschriften und in der Parteinarbeit, die Klassengegensätze innerhalb der arabischen Gesellschaft. Für die KPD habe überhaupt erst „der britische Imperialismus“ Klassenunterschiede gebracht, und so wären sie im Kampf gegen den äußeren Feind einfach aufgehoben: „Der allgemeine Aufstand der Araber gegen die Zionisten ist in Wirklichkeit ein Aufstand gegen die wirtschaftliche und politische Sklaverei, in die sie der britische Imperialismus gebracht hat.[...] Dank dem antiimperialistischen Charakter dieses Kampfes haben die Araber Palästinas auch die moralische und materielle Unterstützung der Araber Ägyptens, Syriens und Transjordaniens wie auch der Massen der indischen Bevölkerung gewonnen, die in ihrem revolutionären Kampf für die Befreiung aus dem Joche des britischen Imperialismus stehen.“ (RF 167, 31. August 1929)

In den Überschriften der *Roten Fahne* positionierte sich die KPD eindeutig, 1925, als der Zionismus bereits durch die Überschrift als „Kettenhund des Imperialismus“ gebrandmarkt wurde, wurde im Beitrag selbst noch der Klassenkonflikt innerhalb der arabischen Gemeinschaft thematisiert, wonach die „Effendi“ an der zionistischen Besiedlung nicht unschuldig waren: „Im Bunde mit der europäischen Bourgeoisie tritt die reiche arabische Feudalaristokratie auf, die „Effendi“, die ihre Ländereien bereitwillig den jüdischen Kapitalisten verkauft, ohne sich auch nur im geringsten um das Schicksal der verarmten arabischen Bauernschaft zu kümmern, die diesen Boden seit Jahrzehnten gepachtet hat.“ (RF 168, 25. Juli 1925)

Die Effendis also hatten die Ländereien den „jüdischen Kapitalisten“ verkauft. Die diskursive Verknüpfung von „Jüdisch“-Sein mit „Kapitalismus“, „Imperialismus“ und „Faschismus“ blieb bis 1933 die in der KPD diskursiv vorherrschende.

Die Solidarität mit den Menschen in den Kolonialgebieten sollte in der *Roten Fahne* dadurch erzeugt oder noch verstärkt werden, indem das Schicksal der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland mit dem der versklavten Menschen gleichgesetzt und Deutschland als „Kolonie“ bezeichnet wurde. Bereits im Januar 1922 hatte Karl Radek Deutschland als „eine Kolonie erster Kategorie“ und Sowjetrußland als „eine Kolonie zweiten Grades“ des „Imperialismus“ bezeichnet.

Im Krisenjahr 1923 lautete eine Schlagzeile der *Rote Fahne*: „Der internationale Schacher um die Kolonie Deutschland“ (RF 9, 26. Februar 1923). Das Bild des vom „internationalen Schacher“ ausgebeuteten „deutschen Volkes“ wurde mit dem zweiten großen Parteiprogramm der KPD in der Weimarer Republik von 1930, dem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, noch einmal betont (Berthold 1956; RF 197, 24. August 1930). Durch die ganze Weimarer Republik hindurch wa-

»Die diskursive Verknüpfung von ‚Jüdisch‘-Sein mit ‚Kapitalismus‘, ‚Imperialismus‘ und ‚Faschismus‘ blieb bis 1933 die in der KPD diskursiv vorherrschende.«

ren in Überschriften der *Roten Fahne* die „nationale Befreiung“, die man zunächst als eine Forderung der rechten Parteien verstehen könnte, und „soziale Befreiung“ in eins gesetzt. Die Gleichsetzung der deutschen Arbeiterklasse mit Sklaven und anderen vom Kolonialismus Ausgebeuteten macht auch deutlich, dass es nicht einfach nur ein taktischer Anpassungsversuch an die nationalistischen Parolen der rechten Parteien, sondern das Ergebnis der Übertragung des marxistisch-leninistischen Antimperialismus auf die Innenpolitik war.

Wenn aber der Begriff „Zionisten“ gleichbedeutend sein sollte mit „Kapitalisten“ und der Begriff „die Araber“ mit „das werktätige Volk“ und auch „Deutschland“ eine „Kolonie“ sein sollte, dann bestünde eine Parallele zwischen dem Schicksal der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter und dem der von den „Zionisten“ Unterdrückten. Diese Parallele brachte die Überschrift auf den Punkt: „Arbeiterfeinde sind Führer des Zionismus!“ (RF 165, 29. August 1929)

Die „Bilder vom Juden“ zur gleichen Zeit

Der „Antizionismus“ Ende der 1920er-Jahre war Bestandteil eines umfassenderen Diskurses innerhalb der KPD über „die Juden“. Der Hass auf die „jüdischen Faschisten“ in Palästina ergab sich aus den antisemitischen Stereotypen, die in der Weimarer Republik in vielen Beiträgen der *Roten Fahne* reproduziert wurden. Obwohl die KPD durch die 1920er-Jahre hindurch den Antisemitismus in öffentlichen Erklärungen verurteilte und die Rote Fahne bis 1933 wiederholt Bebel, Engels, Lenins oder Stalins Verurteilungen des Antisemitismus abdruckte (RF 224, 23. September 1930; RF 2, 3. Januar 1931; RF 28, 3. Februar 1931), waren ihre Beiträge oft von antisemitischen Bildern von „den Juden“ und einer verschwörungstheoretischen Argumentation geprägt. Bemerkenswerterweise tauchten die Verlautbarungen der führenden Köpfe gerade in den Phasen wieder auf, in denen die KPD sich selbst dem Verdacht des Anti-

Feudalismus = im mittelalterlichen Europa herausgebildete Gesellschaftsordnung, in der ein Lehnsherr ein Teil seines Landes an Untertanen weitergab und dafür Gefolgschaft und Treue verlangte.
Aristokratie = gesellschaftliche Herrschaft einer kleinen Gruppe Menschen.
Feudalaristokratie = Staatsform, in der die Herrschaft in den Händen einer kleinen durch Grundbesitz mächtigen aristokratischen Oberschicht liegt.

semitismus aussetzte, weil sie in der *Roten Fahne* entweder „jüdische Kapitalisten“ angriff oder über den Zionismus als „jüdischem Faschismus“ schrieb.

Sogar in den Beiträgen, in denen der völkische Antisemitismus kritisiert wurde, wurden antisemitische Bilder reproduziert. Im September 1929, parallel zu der „antizionistischen“ Berichterstattung, erschien ein Beitrag „eines Arbeiterkorrespondenten“ über das als „ostjüdisches“ Viertel bekannte Berliner Scheunenviertel unter der Überschrift: „Die Blutsauger des deutschen Volkes im Scheunenviertel“ (RF 183, 19. September 1929). Die in der Überschrift gemachte Aussage wurde zwar, obwohl keine Anführungszeichen verwendet wurden, als „Lüge“ der „Faschisten“ bezeichnet. Aber wie in anderen Fällen folgte auf die Kritik der antisemitischen Behauptungen sogleich eine eingeschränkte Bestätigung, wonach eine Verantwortung der wirklichen „Blutsauger des deutschen Volkes“, nämlich des „jüdischen Großkapital[s]“, für die Aktivitäten der Nazis konstruiert wurde: „Wenn man in die Elendsquartiere des Scheunenviertels hineinleuchtet, muß man sagen, gemeiner und tierischer kann eine Lüge nicht sein wie dieser mörderische Antisemitismus gegen die Aermsten der Armen. Die Pogrome, die diese von dem jüdischen Großkapital [sic] gut bezahlten Horden durchführen sind Mörderfeldzüge gegen arme Proletarier, die nicht nur in dem tiefsten Elend dieser kapitalistischen Gesellschaft ihr Dasein fristen, sondern Sklaven einer mittelalterlichen Zurückgebliebenheit sind.“ (RF 183, 19. September 1929)

Diese Argumentation war nicht ironisch gemeint, denn dann hätte zumindest die Kennzeichnung „jüdischen“ bei „Großkapital“ in Anführungszeichen gesetzt werden müssen. Tatsächlich behauptete die KPD Ende der 1920er- und Anfang der 1930er-Jahre wiederholt, dass ein „jüdisches Großkapital“ existiere, das die NSDAP finanziere und beeinflusse. So war also auch nicht der Begriff „Blutsauger“ ironisch gemeint; denn dass die Arbeiterinnen und Arbeiter von „Parasiten“ und „Blutsaugern“ ausgebeutet würde, war Bestandteil der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und in Lenins *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* von 1916 nachzulesen. Falsch an der „Lüge“ der „Faschisten“ war also für die KPD nicht, dass es „Blutsauger“ gebe, sondern nur, dass sie die armen Jüdinnen und Juden im Berliner Scheunenviertel und nicht das „jüdische Großkapital“ als solche identifizierten.

Das Pogrom 1929 und der „jüdische Faschismus“ in Palästina

Seinen Höhepunkt erreichte der „Antizionismus“ der Weimarer KPD während der pogromartigen Ausschreitungen im Spätsommer 1929. Im britischen Mandatsgebiet Palästina war es in den 1920er-Jahren wiederholt zu bewaffneten Konflikten zwischen den jüdischen Siedlerinnen und Siedlern und Araberinnen und Arabern, aber auch zu gezielten antijüdischen Ausschreitungen gekommen. Die Ausschreitungen waren nicht nur gegen die neue zionistische Besiedlung, sondern auch gegen alte jüdische Gemeinschaften gerichtet. Vom 14. bis zum 31. August 1929 kam es im ganzen Mandatsgebiet zu Ausschreitungen, in deren Verlauf 133 Jüdinnen und Juden ermordet wurden. 116 Araberinnen und Araber wurden von Militär oder Polizei getötet. In Hebron und Safed waren vor allem orthodoxe Jüdinnen und Juden, deren Gemeinschaft bereits vor der zionistischen Besiedlung bestand, Ziel der Angriffe, die unter Parolen wie „Schlachtet die Juden!“ geführt wurden. Der Kampf gegen die „zionistischen Kolonisatoren“ wurde, wie Michael Kiefer in seiner Studie über Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften schreibt, „zunehmend von antisemitischen Feindbildern überformt [...], welche die Juden insgesamt als zersetzende, mordende und zur Verschwörung neigende Gruppe dämonisierten“.

Antisemitische Feindbilder aus Westeuropa und Russland fanden in den 1920er-Jahren verstärkt Eingang in die arabische Nationalbewegung – auch über Führer wie den Jerusalemer „Großmufti“ Amin al-Husaini. In der *Internationale Presse-Korrespondenz Inprekorr* beschrieb „J. B.“ aus Jerusalem die antisemitische Gewalt eindrücklich: „Denn die unter finster-klerikaler, feudaler und bürgerlicher Führung stehenden fanatischen Massen mohammedanischer Bauern überfielen sengend und mordend vor allem die unbewehrten armen jüdischen Siedlungen, jüdische Synagogen und Schulen, wo furchtbare Blutbäder angerichtet wurden. In der Talmudschule von Hebron wurden 60 jüdische Schüler – auch Kinder – getötet und verstümmelt. In der Kolonie Moza wurde eine jüdische Familie samt Frau und Kind abgeschlachtet.“

In der *Roten Fahne* fehlte eine solche Schilderung. Sie erschien am 28. August 1929 mit der Headline: „Faschisten morden in Berlin“. In diesem Fall war die Anordnung der verschiedenen Titelbeiträge bedeutsam: Neben einem kleineren Leitkommentar war der zweite größere Artikel auf der ersten Seite betitelt: „Der Araberaufstand wächst!“ Darunter eine fotografische Abbildung eines Uniformierten mit der Bildunterschrift: „Stahlhelmlümmel? Nein, ein Mitglied der jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem“ (RF 164, 28. August 1929)

Weiter wurde nicht erklärt, wer auf dem Foto abgebildet war und wer mit „jüdischfaschistische Legion“ gemeint sein könnte. Wenn man über eine gewisse Kenntnis der verschiedenen zionistischen Gruppierungen in Palästina verfügte, konnte man wissen, dass damit wahrscheinlich ein Vertreter der Jüdischen Legion um Wladimir Jabotinsky gemeint war (vgl. RF 165, 29. August 1929). Die Bataillone der Jüdischen Legion waren 1917 bei der britischen Eroberung Palästinas beteiligt gewesen; 1925 hatte Jabotinsky die Revisionistische Partei gegründet, deren oberstes Ziel ein jüdischer Staat auf beiden Seiten des Jordans war. Um den Zionismus generell zu verteufeln, dazu wären entsprechende Differenzierungen hinderlich gewesen.

In dem anonymen Artikel wurde auch nicht eine zionistische Strömung kritisiert, sondern der Zionismus als ganzes verurteilt und generell die Angriffe „der Araber“ auf „die jüdische Bevölkerung“ gepriesen: „Besonders charakteristisch für die Entwicklung dieser Bewegung ist, daß die Angriffe der Araber nicht auf die jüdische Bevölkerung beschränkt bleiben, sondern sich gegen ihren Hauptfeind, den englischen Imperialismus, zu richten beginnen. [...] Die Kämpfe in Palästina werden von den Zionisten in einer Reihe von Ländern mit nationalistischen Demonstrationen beantwortet. Es ist charakteristisch, daß der stärkste Widerhall in Amerika zu finden ist, wo die jüdischen Finanzmagnaten [sic], die Geldgeber der zionistischen Bewegung, die gleichzeitig viele Millionen Dollars in Palästina angelegt haben, von der Regierung schärfstes Eingreifen gegen die arabischen „Rebellen“ fordern. Auf ihren Druck [sic] hat die amerikanische Regierung durch ihren Botschafter in London, General Dawes, an die Labour-Regierung die Forderung stellen lassen, energische Maßnahmen in Palästina gegen die Araber zu ergreifen (!). Die Entwicklung der arabischen Aufstandsbewegung, die noch zum großen Teil unter dem Einfluß der Effendis (Großgrundbesitzer) steht, hat, wie die letzten Meldungen zeigen, an Umfang zugenommen und richtet sich, wie die Ueberfälle auf Regierungsgebäude und Polizeistationen sowie englische Truppen beweisen, folgerichtig gegen die Hintermänner des Zionismus in Palästina, die englischen Imperialisten. Sie birgt in sich die Möglichkeit der Entfaltung der gesamtarabischen Aufstandsbewegung gegen die englischen imperialistischen Unterdrücker. Die Schläge, die die arabischen Eingeborenen gegen die zionistische

Bourgeoisie [sic] und den zionistischen Faschismus [sic] in Palästina führen, sind gleichzeitig Schläge gegen England. Das jüdische Proletariat Palästinas muß Schulter an Schulter mit den arabischen Werktätigen den Kampf gegen ihre[n] gemeinsamen Klassenfeind, den englischen Imperialismus und die mit ihm auf Leben und Tod verbundene jüdische Bourgeoisie führen.“ (RF 164, 28. August 1929, Hervorhebungen im Original)

Dass das Pogrom als Ausdruck von Antisemitismus verstanden werden konnte, fiel der *Roten Fahne* nicht ein, auch obwohl sich nach eigener Berichterstattung „die Angriffe auf die jüdische Bevölkerung“ richteten. Um so sonderbarer war die Erwähnung des „jüdische[n] Proletariat[s] Palästinas“ in der *Roten Fahne* – während die KP Palästina wieder einmal verschwiegen wurde. Die Erwähnung macht zwar deutlich, dass der „Antizionismus“ von links, obwohl er stets rassifizierende Elemente aufwies, nie dem strengen Sinn rassistisch argumentierte, dass es keine nicht-kapitalistischen, sozusagen „gute Juden“ geben konnte. Trotzdem hätte die Frage, ob die Angriffe, die sich gegen „die jüdische Bevölkerung“ richteten, auch gerechtfertigt waren, wenn sie sich gegen das Proletariat richteten, oder ob das „jüdische Proletariat“ das Recht habe, sich in Palästina anzusiedeln, offen bleiben müssen. Auf sie wäre keine Antwort möglich gewesen, die innerhalb der Darstellung der *Roten Fahne* konsistent gewesen wäre.

Als „Hauptfeind“ wurden 1929 nicht die „Zionisten“, sondern wurde der „englische Imperialismus“ ausgemacht, dessen Vertreter die „Hintermänner des Zionismus“ seien. Eine ‚jüdische Verschwörung‘ wurde im Zusammenhang mit dem britischen Imperialismus somit nicht unterstellt. Allerdings eine deutliche Nähe: Denn die ‚jüdische Bourgeoisie‘ war laut der *Roten Fahne* mit dem britischen Imperialismus „auf Leben und Tod verbunden[]“. Im Falle des US-amerikanischen Imperialismus wurde bereits anders argumentiert. Er wurde mit dem erklärt, was man heute ‚jüdische Lobbys‘ nennt: nicht aus sich selbst und strukturell, also als Folge und Ausdruck des Kapitalismus wie bei Luxemburg und Lenin, sondern verschwörungstheoretisch, mit dem „Druck“ der ‚jüdischen Finanzmagnaten“. Zentral war die Gegenüberstellung der ‚arabischen Eingeborenen‘, denen das Land sozusagen ‚gehören‘ würde, gegen die ‚zionistische Bourgeoisie und den zionistischen Fa-

KP = Kommunistische Partei

»Eine ‚jüdische Verschwörung‘ wurde im Zusammenhang mit dem britischen Imperialismus somit nicht unterstellt. Allerdings eine deutliche Nähe: Denn die ‚jüdische Bourgeoisie‘ war laut der Roten Fahne mit dem britischen Imperialismus ‚auf Leben und Tod verbunden‘.«

schismus“, die fremd, ausbeuterisch und böse seien. Diese Feindschaft zu allen Arbeiterinnen und Arbeitern, die „Juden“ wesensmäßig zu eigen sein sollte, wurde durch die Bildbeschriftung weiter verstärkt: Die Faschisten mordeten Arbeiter, und „der Zionismus“ war der „jüdische Faschismus“. Zwischen dem „Stahlhelm“-Freikorps und dem „Zionismus“ sollte kein Unterschied mehr bestehen. „Zionismus“ sollte wie der Nationalsozialismus der Todfeind der Arbeiterinnen und Arbeiter in der KPD sein.

Nach 1930 habe ich keinen Beitrag mehr über Palästina in der *Roten Fahne* gefunden – obwohl die Konflikte in Palästina anhielten und es entsprechend auch Anlässe gegeben hätte, darüber zu berichten.

Aber von einer Korrektur kann keine Rede sein: Die gleichen Verurteilungen des Zionismus finden sich in Otto Hellers Buch *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus* (1931) und in der Erklärung *Kommunismus und Judenfrage* des ZK der KPD. Das ZK erklärte 1932: „Die Kommunisten bekämpfen den Zionismus genauso [sic] wie den deutschen Faschismus, denn auch er will den Proletarier vom Proletarier trennen und sie, sich auf besondere Berufung oder auf besondere geheimnisvolle Gesetze der sozialen Struktur der Juden berufend, in einer Volksgemeinschaft [sic] mit den jüdischen Ausbeutern zu Instrumenten des britischen, des amerikanischen, des französischen und auch des deutschen Imperialismus, zu Instrumenten im Kampf gegen die koloniale Befreiungsbewegung der Araber machen.“

Es fehlte in der Weimarer Republik an Anlässen, den „Zionismus genauso wie den deutschen Faschismus“ zu bekämpfen, denn eine der Nazibewegung vergleichbar große und militante zionistische Gruppierung hat es im Deutschen Reich nicht gegeben. Auch spielten „antizionistische“ Äußerungen in der Weimarer Republik quantitativ noch nicht die gleiche Rolle wie in den Schauprozessen der End-1940er- und 1950er-Jahre oder in der antiimperialistischen Linken ab den 1970er-Jahren.

Qualitativ war die Ausprägung des Antiimperialismus zum „Antizionismus“ gleichwohl bedeutsam: Immer wieder wurde die fetischisierte Vorstellung, die „deutsche Arbeiterklasse“ besitze die Fähigkeit, Werte zu schaffen, die ihr vom Kapital geraubt

würden, nationalistisch und fremden-feindlich aufgeladen, so dass „das Kapital“ als eine fremde, „antinationale“ Macht konstruiert wurde. Mit dem Antiimperialismus und insbesondere mit dem „Antizionismus“ wurde jedoch nicht nur eine Arbeiterklasse nationalisiert, sondern es wurden umgekehrt „nationale Bewegungen“ und so genannte nationale Entitäten ‚klassifiziert‘, als ganzes einer Position im weltweiten „Klassenkampf“ zugeordnet: „die Araber“ als „Arbeiter“, als produktive, „wirkliche Nation“ auf der einen Seite – „die Juden“ als „Kapitalismus“ und „Imperialismus“, „parasitäre“ Wesen, also keine „wirkliche Nation“, auf der anderen Seite. In ihrem eigenen Vokabular war das Ausblenden gesellschaftlicher Widersprüche innerhalb von „Nationen“ „volksgemeinschaftlich“,

und im „antizionistischen“ Antiimperialismus wurde der Abschied von der Kritik von innergesellschaftlichen Konflikten und Klassen unumkehrbar. So wurde gerade der „Internationalismus“ der KPD nationalistisch und antisemitisch.

Um zum Anfang zurückzukommen: Der „Antizionismus“ von links ist keine Folge des Sechs-Tage-Kriegs. Er

ist also auch keine Folge dessen, was der israelische Staat oder einzelne seiner Institutionen oder Vertreter und Vertreterinnen getan oder unterlassen haben. Vielmehr waren die später verwendeten „antizionistischen“ Argumentationsmuster bereits vor 1933 angelegt: Wenn der Staat Israel nach 1945 als unwirklich bezeichnet wurde bzw. nur in Anführungszeichen genannt wurde, dann finden sich Vorformen davon bereits Ende der 1920er-Jahre. Wenn Zionismus mit Imperialismus identifiziert wird, dann agitierten Linke in zumindest auf der Erscheinungsebene gleichen Denkformen, in denen bereits in den 1920er-Jahren gegen den Zionismus gehetzt wurde. Und wenn schließlich nach 1945 die Politik Israels mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wird, dann speist sich das zwar auch durch Motive des „sekundären Antisemitismus“. Aber diese Gleichsetzung konnte sich bereits in den 1920er-Jahren viel einfacher und direkter aus der Identifikation von „Juden“ mit Ausbeutung, verschwörerischer Übermacht, Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus ergeben – 20 Jahre vor der Staatsgründung Israels und mehr als 10 Jahre vor der Shoah.

»Der ‚Antizionismus‘ von links ist keine Folge des Sechs-Tage-Kriegs. Er ist also auch keine Folge dessen, was der israelische Staat oder einzelne seiner Institutionen oder Vertreter und Vertreterinnen getan oder unterlassen haben. Vielmehr waren die später verwendeten ‚antizionistischen‘ Argumentationsmuster bereits vor 1933 angelegt«

Artikel ohne Fußnoten aus der Zeitschrift Phase 2 (50, 2015)

zum Weiterlesen empfohlen:

Olaf Kistenmacher: „Gegen den Geist des Sozialismus“. Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik. ça ira 2023.

Olaf Kistenmacher
2015

»zionist kann man sein«

Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und zum Staat Israel

Mehr als 20 Jahre liegen zwischen den Äußerungen von Pierre-Joseph Proudhon (1809–1865) und Michail Bakunin (1814–1876). Sie wurden erst posthum veröffentlicht. Deswegen ist es umso erstaunlicher, wie ähnlich sie ausfielen. Proudhon entwarf 1847 in seinem Tagebuch einen Artikel über „Juden“, „diese Rasse [...], die alles vergiftet, die alles in sich hereinfrißt, ohne sich jemals mit einem anderen Volk zu vermischen“. Man müsse ihre „Austreibung aus Frankreich“ verlangen, „ihre Synagogen abreißen, ihnen keine Anstellung gewähren, endlich auch ihren Kult aufheben. Es ist kein Zufall, daß die Christen sie Gottesmörder genannt haben. Der Jude ist der Feind der Menschengattung. Man muss diese Rasse nach Asien zurückschicken oder sie ausrotten.“

Bakunin wiederum notierte 1871, dass die „ganze jüdische Welt, die eine ausbeuterische Sekte, ein Blutegelvolk, einen einzigen fressenden Parasiten bildet, eng und intim nicht nur über die Staatsgrenzen hin, sondern auch über alle Verschiedenheiten der politischen Meinungen hinweg, – diese jüdische Welt steht heute zum großen Teil einerseits Marx, andererseits Rothschild zur Verfügung“.

Die Vorstellungen, die sich in diesen privaten Aufzeichnungen fanden, waren im 19. Jahrhundert weitverbreitet. Das Judentum galt den Antisemiten dieser Zeit nicht nur als die Religion, deren Mitglieder

Jesus Christus und damit Gott ermordet hätten, sondern ihr Judenhass richtete sich gegen Jüdinnen und Juden auch als Personifikation einer vermeintlich alles zersetzenden Moderne. Deswegen galt „der Jude“ nicht nur als Repräsentant einer feindlichen Gruppe unter vielen, sondern, wie Proudhon es ausdrückte, als „der Feind der Menschengattung“. In *Système des contradictions économiques ou Philosophie de la misère* (System der ökonomischen Widersprüche) vertrat Proudhon, der „Vater des Anarchismus“, 1846 die Ansicht, „die Juden“ seien „nur dem Mammon treu“ und wollten „über alle herrschen“. Dass Bakunin eine Einheit zwischen Marx und der französischen jüdischen Bankiersfamilie Rothschild imaginierete, war ebenso wenig eine private Phantasie. Im 19. Jahrhundert waren Antisemiten der Meinung, „die Juden“ seien für die gesellschaftliche Entwicklung verantwortlich, in der nur noch das Geld regiere und alle anderen Werte oder Wertvorstellungen verdränge. In diesem Sinne erschienen Kapitalismus und Kommunismus als zwei Seiten einer Medaille. Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht ganz zufällig, dass auch Willhelm Marr, der den Ausdruck „Antisemitismus“ zwar nicht erfunden hat, wie häufiger zu lesen ist, doch der entscheidend dafür verantwortlich war, dass dieser Ausdruck zunächst im Deutschen Reich und dann in ganz Europa populär wurde, in jungen Jahren zur libertären Bewegung gehörte.

Pierre-Joseph Proudhon und Michail Bakunin gehören zu den einflussreichsten Anarchisten.

Rothschild ist der Name einer jüdischen Familie in Deutschland, die vor allem im 19. Jahrhundert im Bankengeschäft aktiv war. Sie dient als Bezugspunkt zahlreicher antisemitischer Verschwörungstheorien.

Willhelm Marr (1819-1904) war Anarchist und Gründer der „Antisemitentliga“, die erste antisemitische politische Vereinigung des Deutschen Kaiserreichs.

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen der anarchistischen Tradition und dem Antisemitismus sowie allgemeiner das Verhältnis zum Zionismus und dem Staat Israel, sind bisher kaum ausführlich behandelt worden. Erst jüngst wurde mit der zweibändigen Textsammlung *Antisemit, das geht nicht unter Menschen. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel*, herausgegeben von Jürgen Mümken und Siegbert Wolf, eine überfällige Diskussion innerhalb der anarchistischen Linken angestoßen. Dabei wird deutlich, dass der Anarchismus zwar einerseits durchaus – wie die gesamte linke Tradition – antisemitische Denkmuster zeigt, andererseits aber nicht wenige VertreterInnen aufweist, die früh den Antisemitismus kritisiert und sich dem Zionismus gegenüber offen gezeigt haben, was sie nicht unerheblich von den Positionen ihrer aktuellen Nachfahren abhebt. Jüdisches

Selbstverständnis und Kritik des Antisemitismus

Einer der „frühesten Historiker des Judenhasses“ kam aus der französischen libertären Bewegung. Er ist heute weitgehend vergessen. Bernard Lazare (1865–1903) veröffentlichte 1894 seine 400 Seiten starke Untersuchung *L'antisémitisme, son histoire et ses causes*, dem weitere Werke folgen sollten. Als Anarchist beschäftigte sich Lazare nicht nur wissen-

»Dabei wird deutlich, dass der Anarchismus zwar einerseits durchaus – wie die gesamte linke Tradition – antisemitische Denkmuster zeigt, andererseits aber nicht wenige VertreterInnen aufweist, die früh den Antisemitismus kritisiert und sich dem Zionismus gegenüber offen gezeigt haben, was sie nicht unerheblich von den Positionen ihrer aktuellen Nachfahren abhebt.«

schaftlich mit der Judenfeindschaft, sondern engagierte sich auch politisch. Er war einer der ersten, die sich in der Dreyfusaffäre für Alfred Dreyfus aussprachen. Der Hauptmann Dreyfus, der wie Lazare aus einer jüdischen Familie stammte, wurde 1894 zu Unrecht des Landesverrats bezichtigt, verurteilt und verbannt. In *L'antisémitisme, son histoire et ses causes*, das im gleichen Jahr erschien, hatte Lazare beschrieben, warum der Vorwurf des Landesverrats bei der jüdischen Minderheit scheinbar plausibel war. Jüdinnen und Juden galten „als die aktivsten Verbreiter der Ideen des Internationalismus“; schon durch „ihre Anwesenheit“, so behaupteten die Antisemiten, würde die jüdische Minderheit „die Idee des Vaterlands, das heißt jede besondere Idee des Vaterlands zerstören“. Damit nahm er, wie Sebastian Voigt in einer aktuellen Studie ausführt, vor mehr als 100 Jahren zentrale Erkenntnisse der heutigen Antisemitismustheorie vorweg.

Anders als viele prominente Kommunistinnen und Kommunisten wie Rosa Luxemburg, Karl Marx oder Leo Trotzki, die Isaac Deutscher in seinem berühmten Aufsatz als „non-Jewish Jews“ bezeichnete, fanden sich unter den anarchistischen Linken mehrere selbstbewusste Jüdinnen und Juden. Die US-amerikanische Anarchistin Emma Goldman (1869–1940) schrieb in ihrer Autobiografie: „Mein Leben war mit dem der Juden verknüpft. Ihr geistiges Erbe war das meine, und ihre Werte waren in meine Existenz eingegangen.“ Über einen Anarchisten, der sich „wie ein Chamäleon“ bemühte, seine Herkunft zu verleugnen, schrieb Goldman: „Vieles an ihm gefiel mir nicht. [...] Schon bei unserer ersten Begegnung erzählte er mir, dass sein Fechtmeister seine germanischen Beine bewundert hätte. ‚Ich halte das nicht für ein großes Kompliment‘, entgegnete ich. ‚Wenn er deine jiddische Nase bewundert hätte, hättest du Grund, stolz zu sein.“ Zur gleichen Zeit, Ende der 1880er-Jahre, registrierte sie antisemitische Äußerungen bei dem von ihr bewunderten Anarchisten Johan Most, der aus Deutschland stammte.

1919 wurden Goldman und ihr Lebensgefährte Alexander Berkman aus den USA ausgewiesen und nach Russland gebracht. Zunächst begeistert von der Revolution, waren sie sehr schnell von der Situation in Sowjetrußland enttäuscht und verließen das Land. In den Reiseberichten, die Berkman und Goldman Mitte der 1920er Jahre veröffentlichten, finden sich auch die Protokolle von Gesprächen mit russischen Jüdinnen und Juden. Einige von ihnen fürchteten einen neuen Antisemitismus. Zur Erklärung, warum das „sowjetische Regime selbst ein fruchtbarer Boden für die giftige Saat des Judenhasses“ sei, gab Goldman die Einschätzung jüngerer Jüdinnen und Juden aus Kiew wieder, dass ein großer Teil der nichtjüdischen Bevölkerung „in den Juden Kommunisten und verantwortliche

Kommissare für Strafexpeditionen, Nahrungsmittelrequisierungen, Militarisierung und Einschüchterung“ sehe. Alexander Berkman machte hingegen die bolschewistische Regierung mit verantwortlich: „Der Hass auf die Bourgeoisie wurde auf die Intellektuellen umgelenkt, die offizielle Propaganda fördert und verstärkt diesen Geist. Sie werden als Feinde des Proletariats, Verräter der Revolution dargestellt – bestenfalls als Spekulanten, wenn nicht als aktive Konterrevolutionäre.“ Es handle sich um mehr als einen „Ausbruch volkstümlicher Ressentiments. Das Feuer wird in Moskau gelegt.“

Auch Erich Mühsam (1878–1934) sprach sich, wie Lazare, Goldman oder Gustav Landauer, als Jude gegen Judenfeindschaft aus. Darüber, dass er seine jüdische Herkunft durchaus emphatisch bejahte, ließ er auch in seinen Tagebüchern keinen Zweifel aufkommen. Dennoch möchte man lieber glauben, dass er seine Ausführungen über „Rassenmischung“

in einem Eintrag aus dem Jahr 1911 ironisch meinte. Auf einer Feier verständigten sich Mühsam und seine Gesprächspartnerin darauf, dass „die Mitglieder aus Mischehen sämtlich gegen die andern minderwertig“ aussehen würden. Mühsam fügte in Parenthese an: „Gestern erfuhr ich, daß Ella Jüdin ist: die erste, die ich je geliebt habe. Wer weiß, ob wir nicht einmal legitime Nachkommen haben werden?“ Doch nicht nur jüdische Anarchistinnen und Anarchisten positionierten sich eindeutig. Rudolf Rocker (1873–1958) sprach sich mehrmals öffentlich gegen Judenfeindschaft aus – auch innerhalb der eigenen Bewegung. Rocker hatte extra Jiddisch gelernt, um in der jüdischen Arbeiterbewegung in London aktiv zu sein und ab 1898 die jiddischsprachige Zeitschrift *Arbaiterfraynt* redaktionell zu betreuen. 1903 waren Rocker und Milly Witkop bei einer Versammlung in London dabei, um gegen das Pogrom von Kiew demonstrierten. Dabei wurde eine Grußadresse des berühmten russischen Anarchisten Pjotr Kropotkin verlesen.

Sozialismus im Kleinen – Anarchismus und Zionismus

Ähnlich wie der französische Anarchist Bernard Lazare wandte sich Moses Hess, der im Deutschen Reich sowohl in sozialistischer wie auch anarchistischer Tradition stand, dem Judentum zu. In seinem großen Werk *Rom und Jerusalem* betonte Hess 1862 das Recht der Jüdinnen und Juden, im „Völkerfrühling“ als Volk gleichberechtigt neben anderen Völkern und „Rassen“ zu bestehen. Dem Judentum kam dabei nach Hess als Volk und als Religion der spezifisch geschichtliche Auftrag zu: „Lehrer der Völker zu werden“.

Was chauvinistisch klingen mag, würde nach Hess' Messianismus in einer weltweiten Harmonie enden, einem Ende jeglicher „Rassenherrschaft“ und der „Gleichberechtigung aller welthistorischen Völker“. Vor diesem Hintergrund sind auch die folgenden Ausführungen zu lesen: „Die ganze bisherige Geschichte bewegt sich in Rassen- und Klassenkämpfen. Der Rassenkampf ist das Ursprüngliche, der Klassenkampf das Sekundäre. [...] Mit dem Rassenantagonismus hört auch der Klassenkampf auf; die Gleichberechtigung aller gesellschaftlichen Klassen folgt jener aller Rassen auf dem Fuße, und ist schließlich nur noch eine wissenschaftliche Frage der Sozialökonomie.“ Hess' Vision war demnach weiterhin ein Ende der Klassenunterschiede, doch sollte es nicht durch eine soziale Revolution erreicht werden, sondern dadurch, dass „der Rassenantagonismus zu Ende“ ginge. Ganz dem sozialistischen Anspruch verbunden, glaubte Hess

im osteuropäischen Judentum „ein neues revolutionäres Subjekt neben dem Proletariat zu entdecken“. Eine Position, die sich auch bei Kropotkin wiederfinden sollte. Hess' Hinwendung zur jüdischen nationalen Befreiung war, wie später bei Theodor Herzl, eine Reaktion auf den zunehmenden Juden Hass, den Hess nicht nur bei den politischen Feinden, sondern auch „bei meinen eigenen Gesinnungsgenossen erfahren“ hat.

Der deutsche Anarchist Gustav Landauer (1870–1919) wurde zwar kein Zionist. Doch 1913 schrieb er in einem Brief: „Zionist' kann man sein, damit ist nichts gegen die Natur des andern, nur etwas gegen die eigene gesagt; Antisemit, das geht nicht unter Menschen.“ Es ist bemerkenswert, dass mit Anni und Georg Hepp, Rocker und Witkop auch mehrere namhafte deutschsprachige Anarchistinnen und Anarchisten Sympathien für den Zionismus entwickelten – trotz ihrer tiefen Ablehnung des Nationalismus. Sie zählten ihn ebenso wie der Parteikommunismus nicht zu den auf Staatsbildung zielenden antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegungen. Allerdings ist das bei ihnen – ganz im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus – positiv gemeint.

Ähnliche Stimmen gab es auch bezüglich der jüdischen Präsenz in Palästina. Emma Goldman kritisierte 1938 in einem Leserbrief die einseitige Parteinahme der sozialistischen und kommunistischen Linken für die arabische Bevölkerung in Palästina. Goldman führte aus, dass nach ihrer Meinung das

»Emma Goldman kritisierte 1938 in einem Leserbrief die einseitige Parteinahme der sozialistischen und kommunistischen Linken für die arabische Bevölkerung in Palästina. Goldman führte aus, dass nach ihrer Meinung das Land denen gehören sollte, die es bestellen und beackern.«

Land denen gehören sollte, die es bestellen und beackern. Niemand könne leugnen, dass die jüdischen Siedlerinnen und Siedler in Palästina auf dem Land arbeiten. „Tens of thousands of them, young and deeply devout idealists, have flocked to Palestine, there to till the soil under the most trying pioneer conditions. They have reclaimed wastelands and have turned them into

fertile fields and blooming gardens. Now I do not say that therefore Jews are entitled to more rights than the Arabs, but for an ardent socialist to say that the Jews have no business in Palestine seems to me rather a strange kind of socialism.“

Gerade in den 1920er-Jahren konnte man glauben, dass sich in Palästina etwas anderes als ein gewöhnlicher Nationalstaat entwickelte. Die *Balfour-Deklaration* von 1917 hatte den Jüdinnen und Juden genau genommen keinen Staat, sondern eine Heimstätte, ein Zuhause – a „home“ – versprochen. Anarchistische Kibbuzim sahen darin eine Chance, eine vollkommen neue Art der Gesellschaft zu etablieren. So gab es bei den Kibbuzim nicht nur kein Privateigentum, auch wurde die Kindererziehung jenseits der

Jiddisch ist die Sprache, die viele Jüdinnen und Juden in weiten Teilen Europas in den letzten tausend Jahren gesprochen haben.

Theodor Herzl (1860-1904) war der Begründer des politischen Zionismus und Autor des Buches „Der Judenstaat“. Den Grund für die Notwendigkeit eines jüdischen Staates sah Herzl weniger religiös begründet, als vielmehr im Antisemitismus, mit dem Jüdinnen und Juden auf der gesamten Welt konfrontiert sind.

»Doch über Israel und Palästina wurde in Deutschland schon viel zu viel geredet. Das Problem liegt hierzulande woanders. Was ansteht, ist eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Gründen der Judenfeindschaft.«

bürgerlichen Kleinfamilie gemeinschaftlich organisiert. Vor allem aber sollten alle Entscheidungen kollektiv getroffen werden. Der jüdische Anarchist Meir Yaari beschrieb den Aufbau des Jischuw 1920 daher in strikter Abgrenzung zum bolschewistischen Staat: „We are at present undergoing two great efforts at human renaissance: one in Russia, where they wish to change human existence through the state, the machine, status, terror and organisation, and the other, here, in this country where the effort is qualitative, small, and difficult. [...] There in Russia, everything is determined through norms. Here we are guided by real life and freedom. There a state, here a community.“ Ab Mitte der 1920er-Jahre prägten allerdings eher sozialistische als anarchistische Vorstellungen das Kibbuzleben.

Eine anarchistische Nahost-Debatte?

In Deutschland ist die Selbstbezeichnung „Anarchistin“, „Anarchist“ oder „libertär“ nach 1945 ausgesprochen unpopulär geworden. Nur eine Minderheit nennt sich selbst so. Dabei lassen sich mit gutem Grund viele radikal- oder basisdemokratische Vorstellungen unter diese Begriffe subsumieren. Und entspricht nicht der deutsche Begriff „Autonome“ dem, was man in den USA heute „anarchists“ nennt? So gefasst, zeigten sich in Hamburg seit den 1980er-Jahren viele Überschneidungen zwischen der antiimperialistischen und der anarchistischen Linken. Mit ihren historischen Vorbildern verband die anarchistische Linke in punkto Israel allerdings wenig. An der Hamburger Hafenstraße prangte lange Zeit der Slogan „Boykottiert ‚Israel‘! Waren, Kibbuzim und Strände. Palästina – das Volk wird dich befreien“, was zeigt, dass autonome Linke wie die Antiimps für den vermeintlichen „Befreiungskampf“ der authentischen „unterdrückten Völker“ schwärmten, während sie den jüdischen Staat als „unechtes“ oder „künstliches Gebilde“ verteufelten.

Folgt man den im zweiten Band von *Antisemit, das geht nicht unter Menschen* veröffentlichten Texten über den Zionismus und Israel, unterscheidet sich die aktuellere Debatte innerhalb der anarchistischen Linken kaum von der in der sonstigen radikalen Linken. Vielleicht beziehen sich heutige Anarchistinnen und Anarchisten häufiger auf die von Martin Buber vertretene Position, dass die arabische Bevölkerung „zur freien Entfaltung ihrer Kräfte keinen arabischen Staat“ und die jüdische keinen jüdischen brauche. Die entsprechenden Rechte könnten „in einem binationalen Gemeinwesen gewährleistet werden, in dem jedes Volk seine spezifischen Angelegenheiten

verwaltet und beide miteinander ihre gemeinsamen“. In den vergangenen Jahren wurde Bubers Vorschlag eines binationalen Staates aber auch von Judith Butler und Micha Brumlik in die Diskussion gebracht. Realistischer ist Josef Luden, der schon 1989 darauf hinwies, dass „viele ‚Radikale‘ innerhalb der PLO [...] nicht nur den Gaza-Streifen und die West-Bank, sondern auch das gesamte Gebiet Israels unter ihre Führung bringen“ wollen. Die Antisemitismus-AG aus Frankfurt am Main erklärte im gleichen Jahr, dass das „im Zionismus vereinzelte biologistische Konstrukt einer ‚jüdischen Rasse‘“ vor allem als eine „selbstaufwertende Gegenoffensive“ gegen den rassistischen Antisemitismus zu verstehen ist. 2013 kritisierte wiederum die *Anarchistische Gruppe Freiburg*, dass „ein von Anarchist*innen häufig vertretener abstrakter Antinationalismus [...] nicht mehr zeitgemäß“ sei. Zwar stelle „jede Form des Nationalismus einen Angriff auf das schöne Leben“ dar. Doch: „Es gibt einen Unterschied zwischen dem deutschen, völkischen Nationalismus, der in der Shoa seinen traurigen Höhepunkt fand, und dem israelischen Nationalismus – dem Zionismus –, der sich als Reaktion auf den modernen Antisemitismus entwickelte.“ Dem gegenüber steht ein Flugblatt der *Anarchists Against the Wall*. Bereits der Name kündigt von einem verkürzten Verständnis von Herrschaft und Unterdrückung – als bestünden diese vor allem in der Sperranlage zwischen Israel und dem Westjordanland, die die *Anarchists Against the Wall* „Apartheidmauer“ nennen, und als wären die Palästinenserinnen und Palästinenser befreit, wenn diese Mauer verschwunden wäre. Ähnlich eintönig verlief ein Vortrag des in Israel lebenden Anarchisten Uri Gordon 2010 in Hamburg. Gordon zeigte die ewiggleichen Bilder von Aktivistinnen und Aktivisten am Sperrzaun, Polizei oder Militär. Dabei könnte gerade der herrschaftskritische Ansatz, für den der Anarchismus ursprünglich steht, das faschistische Regime der Hamas in den Blick nehmen. Doch über Israel und Palästina wurde in Deutschland schon viel zu viel geredet. Das Problem liegt hierzulande woanders. Was ansteht, ist eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Gründen der Judenfeindschaft. Wie die historischen Beispiele Proudhon und Bakunin zeigen, gibt es für anarchistische Linke viel aufzuarbeiten. Es gibt aber auch etwas zu entdecken: Libertäre wie Lazare, die bereits im 19. Jahrhundert den Antisemitismus umfassend erforscht haben, oder Menschen wie Emma Goldman, Erich Mühsam oder Rudolf Rocker, die Judenfeindschaft außerhalb und innerhalb der eigenen Reihen angesprochen und skandalisiert haben.

Jischuw nannte man die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der Staatsgründung Israels 1948.

Martin Buber (1878-1965) war ein österreichisch-israelischer Philosoph, der sich für den Zionismus engagierte.

Seit 2002 baut Israel an einer über 700 km langen Mauer als Sperranlage zwischen Israel und dem Westjordanland. Vorangegangen war dem eine Häufung terroristischer Anschläge im Zuge der „Zweiten Intifada“.

Stephan Grigat
2014

die kommunistische partei in israel

Vorläufer der Kommunistischen Partei in Palästina war die *Miflegat Poalim Sozialistim*, die Sozialistische Arbeiterpartei Palästinas, die sich 1919 von der 1905 gegründeten linkssozialistischen *Poale Zion* (Arbeiter Zions) getrennt hatte. Dem unmittelbar vorausgegangen war der Beginn eines Spaltungsprozesses der Poale Zion in einen rechten sozialdemokratischen und einen linken Flügel, der fortan als Poale Zion Smol agierte.

Dem Selbstverständnis von Poale Zion zufolge sollten Internationalismus und Klassensolidarität zur Verbrüderung der jüdischen Einwanderer mit den arabischen Massen führen. Doch die spezifische Konstellation eines ausgesprochen widersprüchlichen kolonialistischen Antikolonialismus, als welcher der Zionismus dieser Zeit am ehesten charakterisiert werden kann, führte dazu, daß gerade jene, die sich rhetorisch am deutlichsten einer friedlichen Koexistenz mit den Arabern verpflichtet fühlten, real permanent zur Verschärfung der Situation beitrugen. Walter Laqueur hat herausgestellt, daß schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts jene jüdischen Arbeiter, die eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Beziehungen zur arabischen Bevölkerung spielen sollten, den Konflikt entgegen ihren Intentionen eskalierten. (Walter Laqueur: *The History of Zionism*) Die Bestrebungen des Zionismus, ob links oder rechts orientiert, führten zwangsläufig zu einem segregierten Arbeitsmarkt, der die Solida-

rität zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern erheblich behinderte. Die von Marxisten wie Nicht-Marxisten geteilte Vorstellung, eine ökonomische Zusammenarbeit würde zwangsläufig zur Verbesserung der politischen Beziehungen zur arabischen Bevölkerung führen, war auf Grund der Struktur des Konflikts wohl von vornherein unrealistisch. Die Enttäuschung hinsichtlich dieser Hoffnungen war einer der Hauptgründe für die Herausbildung einer eigenständigen antizionistisch-kommunistischen Bewegung im palästinensischen Mandatsgebiet.

Die von Poale Zion abgespaltene Miflegat Poalim Sozialistim hatte zunächst ausschließlich jüdische Parteimitglieder und schwankte zwischen zionistischen und antizionistischen Positionierungen. 1922 findet eine Spaltung statt in *Palästinensische Kommunistische Partei* (PKP), die gemäßigt zionistische, an den Ideen des sozialistisch-zionistischen Theoretikers Ber Borochov orientierte, und gemäßigt antizionistische Anhänger hat, und die *Kommunistische Partei Palästinas* (KPP) unter Joseph Berger-Barzilai, die strikt antizionistisch auftritt. Ihre Hauptagitaktion richtet sich gegen die „zionistische Hölle“.

1923 kommt es zur Wiedervereinigung von PKP und KPP unter dem Namen der ersteren. Im Gründungsprogramm vom Juli 1923 wird der „Kampf gegen den Zionismus“ proklamiert. Es wird zur

„Pflicht“ erklärt, alles zu unternehmen, die arabische Nationalbewegung „zu unterstützen insofern, als sie dem Imperialismus entgegenwirkt“. 1924 wird die PKP durch die Komintern anerkannt. In ihrem Selbstverständnis war sie damit endgültig heraus aus dem „zionistischen Ghetto“. Im selben Jahr kommt es zum Ausschluß der Kommunisten aus der zionistischen Einheitsgewerkschaft Histadrut und zum Verbot der Partei durch die Briten.

Die Anerkennung der PKP durch die Komintern schmerzte vor allem die Poale Zion Smol, die jahrelang vergeblich um die Gunst der Genossen in Moskau warb. Sie verstand sich in allen Fragen als Sprachrohr eines authentischen Bolschewismus und der Positionen des „Heimatlandes aller Werktätigen“ – mit Ausnahme der Frage des Zionismus, bei der man die Führung in Moskau auf dem falschen Weg sah, von dem sie die Aktivisten der Poale Zion Smol mit der Zeit aber schon abbringen würden. Bis in die späten dreißiger Jahre verweigerte Poale Zion Smol die Mitarbeit in den zionistischen Institutionen, allerdings nicht mit einer antizionistischen Argumentation, sondern weil sie diese Institutionen als Instrumente der jüdischen Bourgeoisie betrachtete. Die Vordenker solch eines sozialistischen Zionismus waren Leute wie Nachman Syrkin, der vom jüdischen Proletariat als den „Sklaven der Sklaven“ und als „Proletariat des Proletariats“ sprach, und Ber Borochov, der 1905 auf den spezifisch „negativen Ursprung“ des jüdischen Nationalbewußtseins verwiesen hatte und an den Anfang der siebziger Jahre eine junge Generation linkssozialistischer Juden versuchte anzuknüpfen. Bei den Wahlen des Jishuw im Dezember 1925 erreichte ihre Liste rund acht Prozent der Stimmen – ein Erfolg, der von keiner antizionistisch ausgerichteten kommunistischen Gruppierung später je wieder erreicht wurde.

Die PKP hingegen entwickelte sich schnell zu einer Protagonistin des Antizionismus, die mit den Ideen von Syrkin und Borochov schon bald nur noch wenig anfangen konnte. Die Komintern forderte von der anfangs ausschließlich jüdischen PKP von Beginn an eine Arabisierung der Partei. Doch die Voraussetzungen dafür waren denkbar ungünstig. Die arabische Gesellschaft reagierte mehrheitlich mit Skepsis und Ablehnung auf die zionistische Einwanderung. Den Kommunisten, die doch diejenigen waren, die die Interessen der arabischen Bevölkerung am deutlichsten thematisierten, schlug offener Haß entgegen. Der Zionismus wurde von vielen Arabern mit dem Kommunismus identifiziert. Die Argumentation, der arabische Widerstand gegen den Zionismus sei im reaktionären und imperialistischen Charakter des letzteren begründet gewesen, datiert erst aus den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Bis dahin war es von arabischer Seite üblich, den Zionismus auf Grund seiner angeblich kommunistischen Tendenzen und wegen seines atheistischen Charakters,

letztlich wegen seiner Funktion als Repräsentant der Moderne zu attackieren. Das zeigte sich beispielsweise bei den Ereignissen am 1. Mai 1921, als es, ausgelöst durch kommunistische Aktivitäten in Jaffa, zu Pogromen gegen die „gottlosen jüdischen Bolschewisten“ seitens der arabischen Bevölkerung kam. Die KP war von der offiziellen 1.-Mai-Demonstration ausgeschlossen worden, woraufhin Parteimitglieder Flugblätter in Jaffa verteilten, was zu Riots seitens der arabischen Bevölkerungsmehrheit führte, bei denen fast 100 Personen getötet wurden.

In den zwanziger Jahren schwankten die Kommunisten zwischen einer konsequent internationalistisch-klassenkämpferischen Ausrichtung und Zugeständnissen an das reaktionäre Bewußtsein, das bei großen Teilen der arabischen Bevölkerung in Palästina vorherrschte. In einer Erklärung des ZK der PKP heißt es 1925: „Für die geschlossene Einheit der arabischen und jüdischen breiten Arbeitermassen! Nicht mit der zionistischen Bourgeoisie gegen die armen Massen, auch nicht mit den faschistischen Feudalen auf dem Weg der Pogrome.“ Doch in der Realität zeigte man sich gegenüber den „faschistischen Feudalen“, die maßgeblichen Einfluß auf die arabische Nationalbewegung in Palästina hatten, ausgesprochen nachsichtig. Berger-Barzilai, einer der historischen Führer der Partei, meinte über die arabische Nationalbewegung in einer Rückschau selbstkritisch: „Wir sahen in ihr die Führung der arabischen Massen. Auch wenn sie irrt, hat sie recht – sagten wir verlegen.“ Dennoch kam es 1928/29 zum kurzfristigen Abbruch der engen Beziehungen mit der offen antikommunistisch auftretenden arabischen Nationalbewegung.

Unabhängig von ihrem offiziellen Antizionismus haben viele der jüdischen Parteimitglieder und auch Teile der jüdischen Parteiführung stets Sympathien für die Idee gehabt, eine starke jüdische Gemeinschaft in Palästina aufzubauen. Für die Mehrheit der jüdischen Mitglieder war es schwierig, ihre Loyalität zur Komintern Politik und ihre Sympathien für den Überlebenskampf des Jishuw in Einklang zu bringen. Eine der Reaktionen der Partei auf dieses Dilemma war die Theorie des Jishuwismus, in der nun wieder mit Bezug auf Ber Borochov versucht wurde, zwischen Zionismus und der jüdischen Gemeinschaft in Palästina stärker zu differenzieren und, in Verkenntung der realen Entwicklung, einen Widerspruch zwischen der Herausbildung modern-kapitalistischer Strukturen im Mandatsgebiet und einem dauerhaften Erfolg des Zionismus zu konstruieren. Der Jishuwismus war eine von der Parteiführung entwickelte Theorie, um die anhaltenden Aktivitäten in der jüdischen Gemeinschaft in Palästina vor der Komintern zu rechtfertigen, die schon früh darauf drängte, das „jüdische Ghetto“ zu verlassen, um sich den „arabischen Massen“ zu zuwenden.

Die Kommunistische Internationale (kurz Komintern), auch „Dritte Internationale“ genannt, war ein internationaler Zusammenschluss kommunistischer Parteien zu einer weltweiten gemeinsamen Organisation.

Die Histadrut ist der Dachverband der Gewerkschaften Israels. Sie wurde 1920, und damit fast 30 Jahre vor der israelischen Staatsgründung, in Haifa gegründet und war entscheidend an der Verwirklichung des „zionistischen Projekts“ beteiligt.

Jishuw nannte man die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der Staatsgründung Israels 1948.

Ber Borochov (1881-1917) war Mitbegründer des sozialistisch-zionistischen Weltverbandes der „Poale Zion“, der Gründer der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Poale Zion“ sowie einer der ersten Vertreter der noch jungen Jiddistik.

[Die im Buch vorhandenen Kapitel „Die Pogrome von 1929“, „Der arabische Aufstand“ und „Die KP im Zweiten Weltkrieg“ wurden an dieser Stelle ausgelassen, sind für das Verständnis der Entwicklung der Kommunistischen Partei in Israel jedoch hilfreich.]

Prozionistische Wende

Die Annäherung der PKP an den zionistischen Mainstream wurde bereits 1945 deutlich, als den Parteimitgliedern erlaubt wurde, der zionistischen Einheitsgewerkschaft *Histadrut* beizutreten. Die PKP proklamierte nun den Kampf für einen demokratischen und unabhängigen arabisch-jüdischen Staat, was in etwa dem Konzept des Binationalismus entsprach, wie es schon lange vom linkssozialistischen HaShomer HaZair vertreten wurde. 1946 wird die Rückkehr el-Husseinis in den Nahen Osten völlig richtig als Gefahr für eine Aussöhnung zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung kritisiert. Er werde „seine in Berlin gesammelte Erfahrung dafür ausnutzen, den antiimperialistischen Kampf in eine antijüdische Bahn [...] abzulenken“, hieß es in einem Beitrag der deutschsprachigen Ausgabe von Kol Ha'am.

1947 hielt Andrei Gromyko seine berühmte Rede in der Uno, in der er die sowjetische Unterstützung für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina erklärte. Die Mehrzahl der jüdischen Kommunisten in Palästina begrüßte diese Wende in der sowjetischen Haltung. Die arabischen Kommunisten hingegen gerieten gegenüber ihrer Community in argen Erklärungsnotstand. Dennoch werden sie in der Folge auch diesen Schwenk der sowjetischen Außenpolitik mittragen, der weniger aus einer Einsicht in die Notwendigkeit des Zionismus als aus dem Bestreben, den britischen Einfluß im Nahen Osten zurückzudrängen, erklärt werden muß.

1947 wird die Anerkennung des Projekts eines jüdischen Staates durch die PKP offizielle Parteilinie, was seinen Niederschlag in der Umbenennung in „Kommunistische Partei in Eretz Israel“ findet. In der Folge kommt es zu relativ engen Kontakten zum rechtszionistischen Irgun und zu Lechi. 1947/48 findet die Teilung in die KP Israels und die KP Jordaniens statt. In Adaptierung der Position der Gromyko-Rede unterstützt die israelische KP den Unabhängigkeitskrieg, ruft ihre Mitglieder zur Beteiligung auf und kritisiert die sozialdemokratische Führung des jungen Staates zeitweise wegen ihrer militärischen Zurückhaltung. Im neuentdeckten Patriotismus versucht sie nun alle anderen Parteien zu überbieten. Im Herbst 1949 fordert sie beispielsweise die Einverleibung Jerusalems als Hauptstadt Israels von der sozialdemokratischen Staatsführung, die in dieser Frage vor dem Druck des US-amerikanischen Impe-

rialismus zurückweiche. Nachdem die Sowjetunion jedoch für die Internationalisierung der Stadt eingetreten ist, adaptieren die israelischen Kommunisten auch diese Position, was durch eine scharfe Selbstkritik an der bisher vertretenen Position in *Kol Ha'am* eingeleitet wird.

Die arabisch-kommunistische NBL rang sich mehrheitlich zur Akzeptanz der neuen sowjetischen Position durch. Das hinderte die arabische Linke allerdings nicht daran, weiterhin auf gute Beziehungen zu den Führern der reaktionär-antisemitischen Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft zu setzen. Das *Arab Workers Council* schickte noch im April 1948 ein Beileidsschreiben an den aus Nazi-Deutschland zurückgekehrten Mufti, nachdem mit Abd al-Qadir einer seiner Verwandten während einer militärischen Operation getötet worden war.

Doch der Respekt vor der sowjetischen Außenpolitik überwog die Sympathien für die Bekämpfung der jüdischen Staatsgründung. Die NBL verteilte Flugblätter an ägyptische und jordanische Soldaten, die sie zur Rückkehr und zum Sturz ihrer einheimischen Herrscher aufforderten, und sie organisierte Demonstrationen im heutigen Westjordanland gegen die Anwesenheit von fremden arabischen Truppen im Land. Im Oktober 1948 verabschiedete die NBL gemeinsam mit den kommunistischen Parteien Iraks, Libanons und Syriens ein Communiqué, in dem die arabische Invasion in Palästina verurteilt und die Teilung des Landes unterstützt wurde.

Über ein Vierteljahrhundert, von 1919 bis Mitte der vierziger Jahre, haben die Kommunisten die Gründung eines eigenständigen jüdischen Staates in Palästina bekämpft. Doch in Adaptierung der neuen Politik der Moskauer Zentrale unterzeichnete die PKP 1948 die israelische Unabhängigkeitserklärung, und ihr Generalsekretär wurde eines der 31 Mitglieder des vorläufigen Regierungsrats. Ab Oktober 1948 agierten die Kommunisten als *Miflaga Komunistit Israelit* (Maki). Mit der Gründung der Maki kommt es zur Wiedervereinigung von PKP und NBL. Auch viele der kurzlebigen Abspaltungen, wie die *Hebräischen Kommunisten*, gliedern sich wieder ein, werden allerdings schon Anfang 1949 mehrheitlich ausgeschlossen, woraufhin die meisten von ihnen in der *Mifleget HaPoalim HaMeukhedet* (Mapam) eine neue politische Heimat finden.

»Über ein Vierteljahrhundert haben die Kommunisten die Gründung eines eigenständigen jüdischen Staates in Palästina bekämpft. Doch in Adaptierung der neuen Politik der Moskauer Zentrale unterzeichnete die PKP 1948 die israelische Unabhängigkeitserklärung«

Mapam, die Vereinigte Arbeiterpartei, wurde im Januar 1948 gegründet und war ein Zusammenschluß der linkssozialistischen *Poale Zion Smol*

HaShomer HaZair (*1913) ist eine sozialistisch-zionistische Jugendorganisation. Heute hat sie in Israel 14 000 und außerhalb Israels 4 500 Mitglieder. Sie unterhält gute Kontakte zur „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“.

Mohammed Amin al-Husseini (ca. 1896-1975), (Mufti von Jerusalem), war ein arabischer Nationalist und enger Verbündeter Adolf Hitlers und rekrutierte Muslime für die Waffen-SS. Nach Kriegsende wurde er als Kriegsverbrecher verhaftet, konnte jedoch 1946 nach Ägypten reisen.

Kol Ha'am (1937-1975) war eine hebräisch-sprachige Zeitung, die von der Palästinensischen Kommunistischen Partei gegründet wurde.

Andrei Gromyko (1909-1989) war zeitweise Außenpolitiker der UdSSR.

Irgun (1931-1948) und Lechi waren zionistisch-terroristische Untergrundorganisationen.

NBL = Nationale Befreiungsliga

und des *Hashomer HaZair* mit Teilen der *Abdut Haavoda*, einer linkszentristischen Gruppierung, die in den späteren parteiinternen Auseinandersetzungen zu den ersten Kritikern einer Kooperation mit Islamisten gehörte, wie sie sich etwa in der von der Parteilinken betriebenen Unterstützung für die Muslimbrüder zeigte. Die Mapam schwankte stets zwischen zionistischen und gemäßigt antizionistischen Positionen, zwischen Stalinismus und Linkssozialismus. In der Regel kritisierte die Mapam den mal tatsächlichen, mal vermeintlichen Antizionismus der Maki als „kosmopolitische Attitüde“ und wäre gerne die wahre, weil national verantwortliche kommunistische Partei in Israel gewesen und international als solche anerkannt worden, was ihr aber verwehrt blieb. Maki und Mapam stimmten in der Knesset häufig gemeinsam, arbeiteten in Parteivorfelddorganisationen zusammen, und es kam häufig zu Parteiwechseln einzelner Mitglieder.

Slansky-Prozeß und Sinai-Feldzug

Auch wenn die Unterstützung der israelischen Staatsgründung durch die Stalinisten angesichts der zuvor für über zwei Jahrzehnte vertretenen Positionen als opportunistisch erscheint und vor allem bei den arabischen Parteimitgliedern mehr der Unterwürfigkeit gegenüber den Anweisungen aus Moskau als einer Einsicht in die geschichtliche Notwendigkeit des Zionismus geschuldet war, kann die Beteiligung am israelischen Staatsgründungsprozeß bei gleichzeitiger Bemühung um eine Aussöhnung mit der arabischen Bevölkerung als Phase einer vergleichsweise realistischen, die Erfahrung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik reflektierenden Politik beschrieben werden. Doch schon kurze Zeit später war von solch einem Realismus, der den Kommunisten eine wichtige Rolle bei einer Vermittlung in den absehbaren Konflikten zwischen dem jungen jüdischen Staat und seinen arabischen Nachbarn hätte bescheren können, abermals wenig zu vernehmen. Ende 1948 begannen Rumänien, Ungarn und Polen, die jüdische Auswanderung nach Israel zu beschränken, und stellten Juden wegen „zionistischer Aktivitäten“ vor Gericht. Die Maki schwang sich zur vorbehaltlosen Verteidigung der sogenannten Volksdemokratien auf, was ihr die Kritik ihrer Konkurrenten von der Mapam einbrachte. Anfang 1949 wurden Parteimitglieder, die auf einer Diskussion über die antisemitischen Vorfälle in der Sowjetunion bestanden, aus der Maki ausgeschlossen. Es galt die Maßgabe, daß es in den realsozialistischen Ländern per Definition keinen Antisemitismus geben könne, was in einem Beitrag in der deutschsprachigen Ausgabe von *Kol Ha'am* deutlich zum Ausdruck kommt: „Den entscheidenden Kampf für die Befreiung der Völker Rußlands – unter ihnen das jüdische Volk – hat Lenin zusammen mit seinem genialen Freund Stalin

geführt. [...] Die Große Oktoberrevolution hat den Antisemitismus in Rußland vernichtet und die Judenfrage für alle Zeiten dort gelöst.“

1952 wurde Mordechai Oren vom linken Flügel der Mapam in Prag verhaftet, wegen Spionage und Unterstützung des „imperialistischen Zionismus“ angeklagt und im Rahmen einer großangelegten antisemitischen Kampagne als *missing link* zwischen dem Zionismus und den tschechoslowakischen „Verrätern“ um Rudolf Slansky präsentiert. Nach erbitterten Diskussionen stimmte die Mapam mit 232 zu 49 Stimmen für die Verurteilung des Prager Prozesses als antisemitische Ungeheuerlichkeit.

Doch auch in der Mapam gab es einen stalinistischen Flügel um Moshe Sneh, der selbst noch die Kampagnen im Prager Slansky-Prozeß und wenig später auch bei den nicht minder antisemitischen Moskauer Ärzte-Prozessen verteidigte. Auch die Maki rechtfertigte sowohl den Slansky-Prozeß als auch die Verfolgung der Ärzte in der Sowjetunion. Als in der Knesset im November 1952 eine Resolution zur Verurteilung des Prager Prozesses diskutiert wurde, wartete Meir Wilner für die Maki mit einer Verteidigung der tschechoslowakischen Anschuldigungen auf. Redner, die auf den Antisemitismus in der Tschechoslowakei hinwiesen, wurden nach den Erinnerungen des sozialdemokratischen Staatsgründers von den Stalinisten mit Zwischenrufen unterbrochen. Die Mapam verurteilte zwar die Verhaftung und Anklage Mordechai Orens, konnte sich aber nicht zu einer Solidarisierung mit allen im Rahmen des Slansky-Prozesses Verfolgten entschließen, was von David Ben-Gurion scharf kritisiert wurde.

Moshe Sneh wurde 1953 aus der Mapam ausgeschlossen, versuchte es kurzzeitig mit einer eigenständigen linkssozialistischen Partei und trat 1954 der Maki bei. Seine Rechtfertigung der antisemitischen Kampagne in der Tschechoslowakei wurde von *Al Hamishmar*, der Parteizeitung der Mapam, abgelehnt. Die parteikommunistische *Kol Ha'am* druckte sie umso begeisterter. Die Zeitung der israelischen KP reihte sich damit in die Phalanx jener internationalen Parteipublikationen ein, die, wie etwa die österreichische *Volksstimme*, den Slansky-Prozeß nicht zur Selbstbesinnung und zur Kritik am sowjetischen Antisemitismus nutzten, sondern die antisemitischen Diffamierungen der Angeklagten entweder übernahmen oder legitimierten.

Die antisemitischen Kampagnen in den Ostblockstaaten wurden in Israel sehr aufmerksam verfolgt. Die staatstragende sozialdemokratische MAPAI verurteilte von Beginn an scharf den Antisemitismus in der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, was ihr von den Parteikommunisten als Antikommunismus angekreidet wurde. Während Maki und der stalinistische Flügel der Mapam selbst noch die

Mordechai Oren (1905-1965) war ein führender Vertreter der sozialistisch-zionistischen Bewegung „HaSchomer HaZair“.

Rudolf Slánský (1901-1952) war zeitweise Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Die sogenannte Ärzteverschwörung war ein Ende 1952 von Josef Stalin und einigen Gefolgsleuten erfundenes Komplott von Medizinern vor allem jüdischer Herkunft. Diese hätten angeblich geplant, Stalin und andere Führer der Sowjetunion auszuschalten. Viele angebliche Verschwörer wurden verhaftet und hingerichtet.

Die Knesset ist das Einkammerparlament des Staates Israel.

David Ben-Gurion (1886-1973) rief mit der Verkündung der israelischen Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 den modernen Staat Israel aus. Er war dessen erster Ministerpräsident.

Die „Mifleget Poalei Eretz Jisrael“ (MAPAI) (1930-1968) war eine sozialdemokratische zionistische Partei in Israel.

antisemitischen Kampagnen in den Ostblockstaaten verteidigten, sahen rechtszionistische Aktivisten in Israel die Zeit zum Handeln gekommen: Am 9. Februar 1953 wurde – offensichtlich als Reaktion auf den Slansky-Prozeß und die Ärzte-Kampagne – eine Bombe in der sowjetischen Botschaft in Tel Aviv gezündet.

Die Maki hielt ihre Treue zur Sowjetunion auch aufrecht, nachdem Chruschtschow Ende 1955 erklärt hatte, der israelische Staat habe von Beginn seines Bestehens an seine Nachbarn bedroht und eine feindselige Politik gegen sie verfolgt. Diese abermalige Wende in der sowjetischen Politik war keine leichte Kost für die israelischen Kommunisten. Der Hinweis auf den arabischen Angriff auf den jungen israelischen Staat, der verdeutlicht, daß Chruschtschows Behauptung eine Verkehrung der realen Verhältnisse war, war stets eine wichtige Legitimation sowohl der Maki als auch der Mapam für ihre Unterstützung des zionistischen Aufbaus gewesen.

Die Parteispaltung von Mitte der sechziger Jahre kündigte sich nun bereits an. Während zahlreiche der arabischen Parteiführer nach dem XX. Parteitag der KPdSU forderten, die Anerkennung Israels durch die Sowjetunion als „stalinistischen Fehler“ einzustufen, verabschiedete sich Moshe Sneh, eine der zentralen Figuren zuerst in der Mapam und dann in der Maki, langsam von seinen antizionistischen und strikt prosovietischen Positionen. Er bezeichnete Nasser, den neuen panarabischen Bündnispartner Moskaus, der in den fünfziger Jahren von arabischen Israelis auf 1.-Mai-Demonstrationen als nahender Rächer gepriesen worden war, als „reaktionär“. Führungskader wie Shmuel Mikunis und Ester Vilenska kritisierten die antiisraelischen Reden, die Walter Ulbricht während seiner Nahost-Reisen zur Freude seiner arabischen Gastgeber hielt. Bei der Mapam kam es zu einer deutlichen Absetzbewegung von Moskau, und Ende der fünfziger Jahre trennte sie sich auch zusehends vom Marxismus-Leninismus als ideologischem Rüstzeug. Maki hingegen verteidigte selbst noch den unter der Schirmherrschaft Moskaus eingefädelten Waffendeal zwischen Ägypten und der Tschechoslowakei, der allen Beobachtern die Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik deutlich vor Augen führte.

1956 kam es abermals zu einer jener bemerkenswerten Anpassungsleistungen der israelischen Stalinisten an die Vorgaben aus Moskau, wie man sie bereits von 1929 oder aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs kannte. Anfänglich unterstützte Maki den Sinai-Feldzug als, wie es in *Kol Ha'am* hieß, „Polizeiaktion gegen blutrünstige Marodeure und den Pharaoh vom Nil“. Doch nach nur zwei Tagen hatte die Parteiführung die völlig entgegengesetzte Einschätzung der Sowjetunion übernommen und schwang sich zur Verdammung der „imperialistischen Aggression auf. Die Mapam hingegen unterstützte nach anfänglicher

Kritik deden Sinai-Krieg mit militanter antiimperialistischer Rhetorik und forderte die Annektierung des Gaza-Streifens, wohingegen die Sozialdemokraten der MAPAI ihrem Pragmatismus treu blieben und auf Grund des internationalen, insbesondere US-amerikanischen Drucks den Rückzug aus den eroberten Gebieten vorbereiteten.

Parteispaltung und Verharmlosung des Islamismus

Der seit den zwanziger Jahren existierende Dauerkonflikt zwischen jüdischen und arabischen Parteimitgliedern führte 1965 abermals zur Spaltung der KP. Bekannte arabische Mitglieder wie Emile Tubi und Tawfik Habibi gründeten gemeinsam mit Meir Vilna als Abspaltung von der Maki unter Mikunis und Sneh die *Reshima Komunistit Hadasha* (Rakach, Neue Kommunistische Liste). In der Folge wetterten die beiden über den im einen Fall jüdischen, im anderen Fall arabischen Chauvinismus der Konkurrenz. Maki unterstützte den Sechs-Tage-Krieg 1967 als legitime Selbstverteidigung; Rakach verurteilte ihn als Aggressionskrieg, was ihr die alleinige Anerkennung durch die KPdSU als legitime Bruderpartei und Wahlempfehlungen aus Kairo einbrachte.

Rakach wurde auch von den Neomarxisten der *Israelischen Sozialistischen Organisation*, die fast ausschließlich unter dem Namen ihrer Zeitschrift *Matzpen* („Kompaß“) bekannt ist, vorgeworfen, bei der Kritik nationalistisch-reaktionärer Tendenzen auf arabischer Seite zu zögerlich zu sein, was die Matzpen-Aktivisten bei der Knesset-Wahl 1969 aber nicht davon abhielt, zur Wahl von Rakach aufzurufen, da sie die einzige Partei außerhalb des zionistischen Konsenses sei.

Die hat sich 1975 aufgelöst und ist mit *Tchelet Adom*, der „Blau-Roten-Bewegung“, die Zionismus und Kommunismus vereinbaren wollte, ein Bündnis eingegangen, das als *Moked* (Fokus) zu den Knesset-Wahlen antrat. Für die Wahlen 1977 fusionierte Moked mit unabhängigen Linkssozialisten, Teilen der *Black Panthers* (der linksradikalen Emanzipationsbewegung der orientalischen Juden) und Uri Avnerys *Haolam Hazeh* zu einem Bündnis für Frieden und Gleichheit nameris *Sheli*. Die Rakach tritt seit 1977 als maßgeblicher Teil des Bündnisses *Hazit Democratit Le-Shalom U'le Shivvon* (Hadasch, Demokratische Front für Frieden und Gleichheit) zu den Knesset-Wahlen an. Seit Ende der achtziger Jahre nennt sich Rakach wieder Maki.

Der Streit zwischen arabisch-nationalistischer Orientierung und jener auf jüdisch-arabische Zusammenarbeit, der schon für die dreißiger und vierziger Jahre charakteristisch war, hält bis heute an. 1996 bildete Hadasch eine gemeinsame Liste mit der gleichweise gemäßigt arabisch-nationalistischen *Ba-*

Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894-1971) war Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion – und damit dessen mächtigster Politiker.

Walter Ulbricht (1893-1973) war ein kommunistischer Politiker in der DDR. Von 1950 bis 1971 stand Ulbricht an der Spitze des Zentralkomitees der SED und besaß die höchste politische Entscheidungsgewalt.

lad. 2003 ging sie ein Wahlbündnis mit der arabisch-nationalistischen *Ta'äl* von Ahmat Tibi ein, das von der jüdisch-kommunistischen Minderheit kritisiert wurde, da es drohe, den Koexistenz-Grundsatz der Partei zu beschädigen. Langjährige jüdische Parteimitglieder wie Tarnar Gozansky forderten auch in den letzten Jahren – gegen starke Widerstände in der Partei –, daß die Ausrichtung auf eine jüdisch-arabische Kooperation bei den Wahllisten von Hadasch sichtbar sein und daher zumindest einer der ersten drei Plätze von einem jüdischen Parteimitglied besetzt werden müßte. Hadasch kann bei Wahlen mit zwei bis vier Knesset-Sitzen rechnen, die vor allem durch die 25 bis 30 Prozent der Stimmen zustande kommen, die das Bündnis bei den arabischen Israelis erhält. 2009 konnte Hadasch seinen Stimmenanteil von 2,74 Prozent bei den Wahlen 2006 auf 3,32 Prozent erhöhen und stellte damit vier Parlamentsabgeordnete gegen über drei in der letzten Knesset, darunter den Mathematiker Mohammad Barakeh, der sich 2006 geweigert hatte, seinen Sitz dem Architekten Dov Khenin zu überlassen, damit zumindest ein jüdisches Hadasch-Mitglied in der Knesset säße. 2013 bekam Hadasch 2,99 Prozent und erreichte erneut vier Mandate. Dov Khenin kandidierte dieses Mal auf Platz 3 der Liste.

Eine kritische Aufarbeitung der Parteigeschichte findet kaum statt. In ihrer Stellungnahme zum 60. Jahrestag der israelischen Staatsgründung verweist Maki zwar auf ihre Unterstützung des Teilungsplans 1947/48, erwähnt aber mit keinem Wort den fast 20 Jahre währenden Kampf ihrer Vorläuferorganisationen gegen die Etablierung eines jüdischen Staates im palästinensischen Mandatsgebiet. Tarnar Gozansky hält die Einschätzungen der KP hinsichtlich der arabischen Nationalbewegung aus den zwanziger und dreißiger Jahren heute noch für gelungen. Auch am Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Bolschewisten „proud of the party's history“ und halten unbeirrt an der Legitimationsideologie des Stalinismus, dem Marxismus-Leninismus, fest. Der Historiker Ilan Pappé, der mehrere Jahre bei Hadasch mitarbeitete, ist sich sicher, daß die Ereignisse von 1929 nichts mit Antisemitismus zu tun hatten. Roni Ben Efrat von der Organisation *Da'am*, die nach der zweiten Intifada zu den wenigen linken Gruppen gehörte, die kritische Artikel über den Antisemitismus in der palästinensischen Gesellschaft publizierten, unterstützt bezüglich der Pogrome von 1929 bis heute die Position der Komintern, also die Uminterpretation der antijüdischen Angriffe in einen antiimperialistischen Aufstand. Akiva Orr, in den Fünfzigern KP-Mitglied und 1962 einer der Mitbegründer der Matzpen-Gruppe, sieht in der anfänglichen Charakterisierung der Übergriffe von 1929 als Pogrome einen Fehler der KP-Führung. Auch die Revolte unter Führung des Mufti in den dreißiger Jahren habe nichts mit Antisemitismus zu tun gehabt.

Derartige historische (Fehl-)Einschätzungen korrespondieren mit der Haltung zur Hamas oder zum iranischen Regime in den letzten Jahren. Gozansky meint: „Wir haben Angst vor der israelischen Regierung, nicht vor der Hamas“; „Olmert ist 100mal gefährlicher als Ahmadinejad“, und fordert, wie fast alle radikalen Linken in Israel, einen atomwaffenfreien Nahen Osten statt der „einseitigen Verurteilung“ des iranischen Regimes wegen seines Nuklearprogramms.

Die israelische KP hält zwar am „struggle against Zionism“ fest, der in seiner Gesamtheit als reaktive Ideologie gebrandmarkt wird, begreift aber ihre Politik als Beitrag zu einer Zwei-Staaten-Lösung und verurteilt die suicide bombings als „policy of national suicide by those Palestinians who support it“. Dementsprechend war sie nicht sehr glücklich über den Wahlsieg der Hamas 2006, während radikale Antizionisten ihn als großen Fortschritt feierten. Er sei „sehr gut für alle“, meint Yoav Bar von der Gruppe *Abna' I-Balad* die in Europa Kontakte zu Gruppen wie der *Antiimperialistischen Koordination* unterhält und auch die *Hisbollah* als einen unterstützenswerten antiimperialistischen Kampfverband betrachtet. Ilan Pappé sieht im Sieg der palästinensischen Muslimbrüder bei den Parlamentswahlen 2006 „das einzig Gute, was in den letzten Jahren passiert ist“.

In derartigen Äußerungen setzen sich die fatalen Fehleinschätzungen der arabischen Nationalbewegung und die Verharmlosung des arabischen Antisemitismus aus der Frühzeit der kommunistischen Bewegung in Israel und Palästina fort. Sowohl die Positionierungen in den zwanziger und dreißiger Jahren als auch die aktuellen Einschätzungen sind unter anderem im theoretischen Antisemitismusverständnis begründet, das in der radikalen israelischen Linken vorherrschend war und ist. In der kommunistischen Partei wie auch bei der Mehrzahl der heute aktiven linken und linksradikalen Gruppen ist man über die traditionellen Erklärungsmuster des Marxismus-Leninismus kaum hinausgekommen. Der Antisemitismus wurde und wird nicht als von wahnhaften Projektionen getriebene Sicht auf die Welt kritisiert, sondern lediglich als Herrschaftsinstrument begriffen, das von der Bourgeoisie zur Spaltung der Arbeiterklasse bewußt eingesetzt werde. So wichtig einzelne Aktivitäten der historischen Kommunisten und der aktuellen Linken für die israelische Gesellschaft auch gewesen sein mögen – sowohl die PKP und die Maki als auch die späteren Linksradikalen haben systematisch zur Verharmlosung des Antisemitismus beigetragen. Im Bündnis mit der arabischen Nationalbewegung unter Führung von Amin el-Husseini in den dreißiger Jahren und bei der Verteidigung der stalinistischen Schauprozesse und Kampagnen gegen den „Kosmopolitismus“ in den fünfziger Jahren haben die israelischen Bolschewisten und Stalinisten ihn aktiv unterstützt.

Ehud Olmert (*1945)
war von 2006 bis 2009 Ministerpräsident Israels. 2012 wurde er wegen Untreue von einem Gericht schuldig gesprochen und saß 16 Monate im Haft.



Der Artikel erschien ursprünglich in der Jungle World, Nr. 32/1997.

ca-ira.net/verein/positionen-und-texte/joachim-bruhn-vom-antizionismus-zum-antisemitismus

Zweiter Teil („Nachgeschoben“): Gekürzte Fassung aus

Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten, ça ira 2002, S. 46–51

Joachim Bruhn
1997

vom antizionismus zum antisemitismus

**Der Zionismus ist eine falsche Antwort auf den Antisemitismus.
Er war jedoch die historisch einzig angemessene.**

Alle reden von “Zionismus” statt vom israelischen Nationalismus. Was ist, vor dem Hintergrund eines materialistischen Begriffs der Nation, von Zionismus und Antizionismus zu halten? Und warum ist die Behauptung richtig, daß der Antizionismus nur die Erscheinungsform des Antisemitismus von links darstellt?

I. Staatskritik statt Antizionismus

Was die Uno auf Druck des arabischen und sowjetischen Lagers 1975 als das “rassistische Wesen des Zionismus” verurteilte, ist das Wesen von Staatlichkeit schlechthin: Homogenität und Homogenisierung der Individuen zum Staatsvolk und zum Material von Herrschaft. Der Antizionismus hingegen zeigt ein ebenso merkwürdiges wie doch aufschlußreiches Desinteresse an diesem einzigartigen Vorgang der Konstitution einer bürgerlichen Staatsgewalt ex nihilo, an einem Fall nachholender Staatlichkeit mithin, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die Gründung Israels vollzog wie im Zeitraffer jenen in Europa zweihundertjährigen Prozeß der ursprünglichen Akkumulation an der einheimischen arabischen Bevölkerung nach, ohne allerdings die im Zuge der Kapitalisierung der Agrarwirtschaft erfolgte Freisetzung der agrarischen Subsistenzproduzenten durch die Industrie kompensieren zu wollen. Die Gründung Israels erscheint den bürgerlichen Philosemiten deshalb als das reinste Wunder und den linken Antizionisten als die Grausamkeit

an sich. In ihrer deutschnational sich gerierenden Hochachtung wie in ihrer stalinoid sich empörenden Abscheu wollen diese Kritiker Israels nichts anderes retten als ihre eigene Illusion vom guten, wahlweise nationalen oder sozialen Staat. Die “Künstlichkeit des zionistischen Gebildes”, den der Antizionismus an Israel so beklagt, liegt genau darin, daß der jüdische Staat nicht die falsche Natürlichkeit und nicht das Pseudos des Ursprungs ab ovo reklamieren kann, in deren Schatten die Transformation absoluter in bürgerliche Staatlichkeit sich in Europa vollziehen konnte.

Im Bann der idealistischen Parole vom “Recht auf Selbstbestimmung” behandeln die Antizionisten die Frage der Konstitution von Staatlichkeit wie es noch jede Verfassungs- und Staatslehre tut: als Problem von Recht und Moral. Am liebsten unterhalten sie sich daher über die Gretchenfrage, ob die Juden überhaupt ein “Volk” darstellen und daher ein nationales Recht beanspruchen können, wenden die Kriterien hin und her und kommen doch nie auf die Antwort, daß die politische Einheit eines “Volkes”

Akkumulation =
Anhäufung von Reichtum,
besonders von Produktionsmitteln

sich keineswegs aus sprachlichen, kulturellen, geschichtlichen oder sonstigen Gründen herleitet, sondern aus der Installation politischer Zentralität, die in der Lage ist, Grenzen zu setzen und zu behaupten. Die Kriterien, die der Nationalismus, ob linker oder rechter Gesinnung, für die Existenz eines Volkes beizubringen vermag, sind willkürliche Illustrationen einer bereits installierten souveränen Herrschaft oder einer auf Staatsgründung erpichten Bewegung.

Das Dilemma des Zionismus als nationaler Befreiungsbewegung der Juden liegt darin, die Juden als "Volk" und als Basis legitimer Staatsgewalt konstituieren zu müssen, genauer: wollen zu müssen, d. h. ein "Volk" zu produzieren, dessen „positive“ Gemeinsamkeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts – außer in den Restbeständen religiöser Tradition – in nichts anderem bestand als in der Negativität gemeinsamer vergangener, gegenwärtiger und wahrscheinlich künftiger Verfolgung. Die Gemeinsamkeit der Juden als ein "Volk" konnte weder aus ihrer fraglosen Einheit als Material einer Staatsgewalt abgeleitet, nicht über ihre zweifelloose Synthese als Subjekte einer ... Ökonomie rekonstruiert noch durch ihren unstrittigen Zusammenhang als Bekenner eines Glaubens gestiftet werden. Der objektive Grund ihrer Zusammengehörigkeit als Gemeinschaft der Verfolgten blieb den Juden – organisierten sie sich nun als bürgerliche oder proletarische Assimilationisten, als bürgerliche oder sozialistische Nationalisten – notwendig verborgen.

II. Leistung und Dilemma des Zionismus

Theodor Herzl und die Gründerväter der zionistischen Bewegung ahnten die Virulenz des Antisemitismus besser als der vermeintlich wissenschaftliche Sozialismus. Die Paradoxie, verfolgt zu werden, obwohl man keinen Anlaß dazu gab, der logische Widerspruch, ins Zentrum der gesellschaftlichen Aggression gerückt zu werden, obwohl man keineswegs „schuld“ war, die Absurdität, daß sowohl die kapitalisierten Gesellschaften des Westens als auch, wenn auch aus anderen Gründen, die noch halbasiatischen Gesellschaften des Ostens gleichzeitig zum Schlag ausholten, obwohl nichts an der jüdischen Existenz selbst dazu einlud, aufforderte oder berechtigte – diesen objektiven Widersinn zu begreifen war für sie ausgeschlossen, und die Erkenntnis, daß Staat und Kapital die inneren Widersprüche ihrer ureigenen Konstitution unter der zwar falschen, aber gleichwohl zustellbaren Adresse des Antisemitismus austragen, hätte ihnen nicht das mindeste geholfen.

Auf der anderen Seite blieb der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus, der den Judenhaß immerhin richtig als "gesellschaftlich bedingt" und daher "nur gesellschaftlich aufhebbar" erklärte, immer weit unter dem praktischen Niveau des Zionismus, der den Judenhaß falsch als anthropologisch verursacht und unheilbar ewig deutet. Diese falsche Prognose des Zionismus hat sich nämlich bewährt wie die keines zweiten Nationalismus – denn der Antisemitismus ist zwar an sich keineswegs ewig, aber die kapitalistische Weltgesellschaft treibt mit Macht dazu, ihn zu verewigen: "Der Jude" ist eine Projektion der bürgerlichen Gesellschaft, in dessen Verfolgung sie ihren Antagonismus nach Art einer Ersatzhandlung zu bewältigen sucht. Den Zionismus trifft die Kritik, die jeder nationalen Befreiungsbewegung gilt – allerdings in einer Form, die auf die gesellschaftliche Gestalt der Antisemitenfrage zu reflektieren hat. Jede Kritik des Zionismus als des israelischen Nationalismus hat zu bedenken, daß es unwahrhaftig wäre, die

»Den Zionismus trifft die Kritik, die jeder nationalen Befreiungsbewegung gilt – allerdings in einer Form, die auf die gesellschaftliche Gestalt der Antisemitenfrage zu reflektieren hat.«

einzigste Reaktion, die den Juden auf den notorischen Antisemitismus nach dem Bankrott der bürgerlichen Aufklärung und nach der Pleite der proletarischen Weltrevolution noch blieb, mit besonderer Häme zu denunzieren. Der Zionismus

ist die falsche Antwort auf den Antisemitismus, die sich, grauenhafterweise erst im nachhinein, als die einzige nach dem Zustand der Geschichte vorläufig angemessene erwiesen hat. Dagegen ist die immer noch richtige Antwort – Revolution für die staaten- und klassenlose Gesellschaft – vom Stalinismus zur weltfremden Utopie abseitiger Spinner erniedrigt worden.

Aus dieser Perspektive ist Israel, wenn auch kein Bollwerk, so doch das einzige Notwehrmittel gegen den weltweit grassierenden Antisemitismus. Das Recht eines jeden Juden auf die israelische Staatsbürgerschaft ist zwar alles andere als die Lösung der Antisemitenfrage, aber gleichwohl eine historische Errungenschaft ersten Ranges; zumindest in einer nationalstaatlich verfaßten Welt, in der, wie das Schicksal der Staatenlosen beweist, der Mensch als Mensch gar nichts, als Statsbürger aber immerhin etwas bedeutet. Israels Existenz ist genau aus dem Grunde unverzichtbar, weil die Behauptung, die Juden seien nur eine Religionsgemeinschaft und daher nichts als Bürger der Staaten, denen sie jeweils angehören, schon längst von der Geschichte widerlegt worden ist – zuletzt mit allen Mitteln, deren eine deutsche Volksgemeinschaft fähig ist.

III. Linke und Volksgemeinschaft

Weil der moderne Antisemitismus nach Auschwitz genötigt ist, als Antizionismus aufzutreten, gilt Israel, dem „Judenstaat“, die gewohnte Projektion. Israel ist die ideale Leinwand bürgerlicher und linksalternativer Alpträume, gerade in Deutschland. Was man selber will, wozu man aber einstweilen als unfähig sich erweist, das wird den Israelis als Vorsatz und Tat unterstellt. Nur so wird der penetrante Hinweis darauf, die Israelis fühlten sich als das „auserwählte Volk“, an dessen Wesen die Welt genesen soll, verständlich – an die Sonne will man selber. Die Juden seien es, die die Gleichheit verweigern. In der Denunziation, sie seien elitär und arrogant, kurz: volksfeindlich und gleicher als gleich, kommt ans Licht, daß man selbst zu Höherem sich berufen fühlt und danach giert, sein Licht nicht länger unter den Scheffel stellen zu müssen. Sie haben, was der Antisemit will, sie verhindern, daß er es bekommt: die Blutsbande, die dicker sind als Wassersuppe, nationale Identität, Gemeinschaft im Volk, fraglose Einheit als Eigenschaft von Natur und Rasse, Synthesis von Individuum und Gesellschaft jenseits von allgemeiner Konkurrenz und Futterneid. Die gesellschaftlich um die Vernunft gebrachten, auf ihren bloßen Verstand zurückgeworfenen atomisierten einzelnen sehnen sich nach ihrem Untergang und ihrer Verschmelzung im repressiven Kollektiv, das endlich Ruhe, Ordnung und Überblick schafft. Was dem entgegentritt oder entgegensteht, wird in das „Wesen des Jüdischen“ projiziert, von dem nur loszukommen ist, wenn es ausgetilgt wird.

Zur Projektion gesellt sich der Verfolgungswahn, die politisch gewendete Paranoia. Wer sich selbst in panische Vernichtungsangst halluziniert, der braucht um Anlässe zur Notwehr nicht verlegen zu sein. Die Juden sind ihm die „Gegenrasse“ (Hitler) und ihr staatsförmiges „Gebilde“ das Gegenbild zu ordentlicher Staatlichkeit. Der moderne Antisemitismus ist ein Antisemitismus nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz: Er wird den Juden Auschwitz nie verzeihen und ihnen nie vergeben, daß sie die Deutschen um die Volksgemeinschaft betrogen haben.

Es fällt auf, daß „Zionismus“ im Gebrauch deutscher „Antizionisten“ mehr ist als nur ein Name für den Nationalismus der Juden vor der Gründung Israels und den der Israelis danach. Wenn die israelische Linke gegen den Nationalismus in Gesellschaft und Staat angeht und das Antizionismus nennt, entspricht das der Tradition und ist ein bloßer Name für diese Kritik. In Deutschland und unter den Freunden des homogenen Volkstums generell dagegen ist „Antizionismus“ Anzeichen der Projektion und daher kein Name für eine Sache, die vielleicht auch ganz anders heißen könnte, sondern vielmehr eine Chiffre und ein Code. In ihm schwingt verschlüsselt mit und

wird diskret bedeutet, was unter Linken gedacht und gefühlt wird, was aber nur Rechte öffentlich sich zu sagen trauen. Warum eigentlich distanzieren sich Linke einst von der „Antizionistischen Aktion“ eines Michael Kühnen, ohne jemals den Antizionismus an sich zu kritisieren und obwohl sie selbst den Juden in ihrer Eigenschaft als Zionisten immer den religiösen Machtwahn eines „auserwählten Volkes“ unterstellen anstatt simple Staatsräson? Daß der Zionismus als die nationale Befreiungsbewegung der Juden verstanden wird und sodann als ein in Deutschland unmöglicher Name für den Nationalismus Israels, ist die Vorbedingung jeder Diskussion.

Nachgeschoben:

Der Staat und sein Produkt – die Nation

Nach der Seite der Politik betrachtet, erscheint der Staat als im Prinzip nützliche Anstalt und als der selbstbewußte Ausdruck einer selbstregulativen Gesellschaft, als Instrument und Hebel von Interessen, der ‚als solcher‘ und ‚an sich‘ so neutral ist wie jedes Werkzeug. Demokratie, Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts des Volkes, gibt sich als Gegenteil von Herrschaft und vielmehr als Instanz der Konstitution aller zu Herrschenden. Das allgemeine Wahlrecht ist der praktische Ausdruck einer politischen Synthesis, die die Unfreiheit in der Form der Freiheit setzt – und die daher um die allgemeine Wehrpflicht ergänzt werden muß. Als zu allem ermächtigt Subject seiner Rechte ist das Individuum zugleich das total beschlagnahmte Objekt seiner Pflichten. Die Balance zwischen Rechten und Pflichten zu stiften und den Widerspruch auszuhalten, geht dem Staatsbürger ebenso ganz und gar auf eigene Rechnung und Risiko, wie es dem Wirtschafts-

»Es fällt auf, daß ‚Zionismus‘ im Gebrauch deutscher ‚Antizionisten‘ mehr ist als nur ein Name für den Nationalismus der Juden vor der Gründung Israels und den der Israelis danach.«

bürger überlassen bleibt, den ‚double bind‘: anständig konsumieren und asketisch produzieren, mit sich selbst auszutragen. Im System jedenfalls des demokratischen Staates kann Herrschaft nur als Anmaßung und Willkür verstanden werden. Der schier fügenlose Zweck-Mittel-Zusammenhang wechselseitiger Benutzung und gnadenloser Funktionalisierung der Menschen durch den Menschen, als den Kapital und Souveränität die Vergesellschaftung installieren, treibt die Subjekte dazu, die Unkosten von Freiheit und Gleichheit bewußt agierenden Interessenten zuzuschreiben. Der verdinglichte Zusammenhang des Ganzen wird personalistisch zwangshumanisiert und darin dem Verständnis zubereitet. Der demokratische Zirkel ist geschlagen, die Schlange beißt sich in den Schwanz: Weil alle herrschen, kann keiner mehr schuld sein. Die demokratische Egalität nimmt zur Vorstellung der unberechtigten Autorität Zuflucht, um sich die

Vergesellschaftung ist ein sozialhistorischen Bedingungen unterliegender Prozess, der Individuen in den sozialen Zusammenhang integriert.

Verdinglichung meint, dass die Gesellschaft durch ein apersonales Warenverhältnisses strukturiert ist, in dessen Wesen es liegt, dass alles den Charakter einer „Dinghaftigkeit“ annimmt. In einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung konstituiert diese „Verdinglichungsstruktur“ immer tiefer das Bewusstsein der Menschen, was zur Folge hat, dass die Beziehungen der Menschen untereinander sowie zu den Dingen eine sich verselbstständigende Form der Warenstruktur annehmen.

Egalität ist ein demokratisches Grundprinzip (formaler) politischer Gleichheit.

Welt zurechtzulegen. Zur Polemik gegen das arbeitslose Einkommen gesellt sich die Propaganda gegen das Privileg. Niemand hat das Recht, gleicher als gleich zu sein. Im Resultat begreift der Bürger seine Gesellschaft nicht als bürgerliche, sondern als feudale, und versteht seine Kämpfe nicht als systematisch gebotene Form der Konkurrenz kapitalimmanenter Interessen, sondern als Bewegungen zur Durchsetzung der Gleichheit. Der Fetischcharakter der Staatlichkeit provoziert die Individuen, nach denen zu fahnden, für die beständig Ausnahmen von der Regel veranstaltet werden.

So liegt es im politökonomischen Wesen bürgerlicher Subjektivität, daß dies Subjekt beständig gezwungen ist, seine Integrität zu behaupten und sich selbst zum juristisch verantwortlichen Zurechnungspunkt all seiner Unterlassungen und Taten aufzurüsten. Wie es im Rassismus die Verlockung der Faulheit negativ auslebt, so verwahrt es sich im Antisemitismus gegen den unlauteren Wettbewerb, der die abscheuliche Kehrseite seiner heimlichen Neigung, im Schlaf sein Geld zu verdienen, abgeben muß. Charaktermaske, die der Bürger ist, hat er seine Identität nicht an sich selbst, sondern nur als negative: als den zum Anti seines politökonomischen Selbst halluzinierten Feind. Gegen ‚oben‘ und gegen ‚unten‘ zugleich agierend, einerseits von allen Seiten belagert und andererseits einen Zwei-Fronten-Krieg ausfechtend, halluziniert er sich den omnipotenten Feind, der seine ökonomische Produktivität wie seine politische Loyalität sabotiert. Die Entscheidungsschlacht gegen die faulen Nutznießer produktiver Arbeit muß zugleich gegen die unberechtigten Teilhaber an den Ergebnissen seiner politischen Loyalität geschlagen werden: Wer nicht arbeitet, hat keinen Anspruch auf gute Regierung; wer illoyal ist, kein Recht auf Lebensunterhalt.

Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft erweist sich darin als etwas ganz anderes denn als bloßer ‚Überbau‘. Der Nationalstaat als seine notwendige Existenzform ist mehr als nur ein von der ‚Basis‘ einigermaßen abgehobener oder relativ autonomer, dafür aber gewaltbekehrter Agent von Kapitalisten. Der Staat konstituiert das Kapital im gleichen Verhältnis, wie das Kapital den Staat inauguriert. Als Nationalstaat stellt er den Zwang zur Einheit in Begriffen der Homogenität und in Praktiken der Homogenisierung dar, entweder liberal, als Gleichheit aller im Recht, oder, proletarisch, als Egalität der Arbeit, oder gar, faschistisch, als Gleichheit aller vor Volk und Rasse. Was in Begriff und Sache der Nation angelegt ist: Identität der Subjekte nicht als konkrete Individuen, sondern als Charaktermasken, das gelangt zur Erscheinung nach Maßgabe der Erfordernisse politischer Integration und im Verhältnis zu den Bedürfnissen ökonomischer Akkumulation. Der Nationalismus tritt zum Nationalstaat nicht hinzu, sondern er ist die naturgegebene Weise, die Nation als Ganzes zu reproduzieren. Homogenität, die Gleichartigkeit der Gleichen, erzeugt ihre eigene Logik und treibt in der Krise zum Umschlag in völkische (oder proletarische) Gleichheit.

Was mit der bürgerlichen Gesellschaft seinen Anfang nimmt, der Kampf gegen das von der FAZ offen als „wurzellos“ denunzierte „Weltbürgertum“, das kommt zum Ende in der Vernichtung der ‚Kosmopoliten‘, der sich die nationalen Sozialismen bolschewistischer und völkischer Konfession verschrieben haben. Derart negative Aufhebung der an sich selbst schon kategorial wie praktisch antisemitischen und rassistischen Nation radikalisiert den stummen Zwang zur brüllenden Gewalt. Keinerlei Grund also für Bürger, über Hitler und Stalin sich erhaben zu fühlen, und überhaupt kein Anlaß, die Totalitarismustheorie nicht selbst aus dem totalen Charakter negativer Vergesellschaftung durchs Kapital als notwendig falsches Bewußtsein zu entwickeln – aber Anweisung darauf, Nation als den Widerspruch zur Idee freier Assoziation und Volk als den Widerpart zum freien Verein vernünftiger, das heißt entsubjektiver Individuen zu begreifen.

Nation und Nationalismus haben den Linken nichts anderes zu bedeuten als Gegenstände theoretischer Kritik und praktischer Aufhebung. Nation ist, auf dem Niveau von Weltgesellschaft, das Pendant zur ökonomischen Konkurrenz. Ihre politische Form: Nationalismus, ist nichts anderes als die auch bewußte Anschmiegun an Herrschaft und die absichtliche Aneignung ihres Wesens: Totschlag, Mord, Massaker, Pogrom – an Herrschaft, deren Wesen (und deren Funktionären) es herzlich egal ist, ob ihre Anhänger sie als Herrschaft der ‚Arbeiterklasse‘ oder des ‚deutschen Volkes‘ deuten. Nur Arbeiter, Bürger und Volksgenossen brauchen Vaterland und Muttersprache; und so könnte der Verdacht, dies exakt gegen Null gehende Verständnis für Nation und Nationalismus beweise die Unfähigkeit zur konkreten Negation, so lange in Ruhe ausgesessen werden, bis die bürgerlichen Freunde des ‚Selbstbestimmungsrechts der Völker‘ à la Woodrow Wilson, die proletarischen Sympathisanten des ‚Selbstbestimmungsrechts der Völker‘ à la Lenin und die völkischen Fans dieses ‚Selbstbestimmungsrechts‘ à la Adolf Hitler ihre Meinungsverschiedenheiten beigelegt und ein Konsens-Dissens-Papier vorgelegt haben. Zu fragen ist aber schon jetzt, ob die Leninsche Unterscheidung zwischen „herrschenden“ und „beherrschten“ Völkern mit dem Hitlerschen Antagonismus von „plutokratischen“ und „proletarischen“ Nationen nicht zumindest das eine gemein hat: die Unfähigkeit zum Bruch mit Herrschaft und Ausbeutung.

Weil die Rede vom ‚Volk‘ zu nichts anderem taugt als zur kritischen Kategorie, zur Bezeichnung einer Zusammenrottung von zu Subjekten konstituierten Individuen zu Staatszwecken und damit zum Menschenmaterial von Herrschaft, gehört ihr Gebrauch unter Linken verboten. Und weil die Propaganda für das ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘ fundamental antisemitisch und strukturell rassistisch ist, darum hat sie in der Linken nichts verloren.

Als Fetischcharakter (der Ware) bezeichnete Marx bestimmte Aspekte im komplexen Zusammenhang der kapitalistischen Verkehrung von Subjekt und Objekt. Er besagt, dass nur im Kapitalismus die sozialökonomischen Verhältnisse der Gesellschaftsmitglieder durch Waren und Geld auf eine Weise vermittelt sind, deren Effekte ins Leben von Individuen wie scheinbar „übermächtige, sie willenlos beherrschende Naturgesetze“ eingreifen.

Für Marx fungiert „Charaktermaske“ als Komplementärbegriff zu „Personifikation“. Die Verwerfungen innerhalb kapitalistischer Gesellschaftsformationen sind struktureller Natur und können nicht unterkomplex einzelnen Individuen zur Last gelegt werden. Mit dem Begriff „Charaktermaske“ versucht Marx die strukturelle (soziale, ökonomische) Determination individueller Akteure zu fassen und diese als „Gefangene von Rollen“ und „Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen“ zu kennzeichnen.

Jan Gerber
2010

»nie wieder krieg« versus »nie wieder auschwitz«

Von der Neuen zur deutschen Linken

Die Parole „Nie wieder Krieg“ verweist auf die zentrale Rekonstitutionsverpflichtung der deutschen Linken nach 1945. Sie wurde sowohl als Reaktion auf die Schrecken des Krieges als auch auf die persönlichen Erfahrungen derjenigen, die sich nach 1945 auf Seiten der Linken engagierten, begriffen. So waren zahlreiche Aktivisten der Arbeiterbewegung nach 1933 zwar ins Konzentrationslager oder Zuchthaus verschleppt worden; andere gingen ins Exil. Die zentrale Negativerfahrung der Mehrheit derjenigen, die sich nach 1945 in den diversen linken Organisationen engagierten, war jedoch nicht Verfolgung, Emigration oder Lager, geschweige denn die drohende Vernichtung, sondern die Stalinorgeln der Roten Armee, der Reichseintopfsontag und die alliierten Luftangriffe auf deutsche Städte. Sowohl die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als auch die KPD und die linksradikalen Splittergruppen agierten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dementsprechend zunächst primär unter der Losung „Nie wieder Krieg“. Abgesehen vom Kampf um betriebliche Mitbestimmung galt ihr zentrales Engagement dem Kampf gegen die Wiederbewaffnung und die Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik („Kampf dem Atomtod“ usw.). Auch die Neue Linke, die seit den fünfziger Jahren in Abgrenzung zur „alten“, arbeitertümelnden Linken entstand, fand eine ihrer Traditionslinien in der Ostermarsch-Bewegung für den Frieden. Sie ergänzte die Parole „Nie wieder Krieg“ allerdings bald um die Losung „Nie wieder Auschwitz“. Detlev Claussen erinnerte sich zu Beginn der achtziger Jahre daran, daß das „Nie-wieder-Auschwitz-Postulat“ für viele Protagonisten der Protestbewegung der sechziger Jahre das zentrale „Motiv des Linkswerdens“ gewesen sei.

Indem Joschka Fischer im April 1999 erklärte, daß er nicht nur „Nie wieder Krieg“, sondern auch „Nie wieder Auschwitz“ gelernt habe, verwies er zugleich auf die Konkurrenz der beiden Losungen. Denn auch wenn es gute Gründe für die Parole „Nie wieder Krieg“ geben mag, wird mit ihr in erster Linie die Situation nach dem Ersten Weltkrieg simuliert. So stehen die Blutpumpe von Verdun, die Marne-Offensive oder die Schlacht an der Somme in der Tat für ein sinnloses Gemetzel. Im Unterschied dazu war der Zweite Weltkrieg kein sinnloses, wechselseitiges Massenschlachten weitgehend austauschbarer bewaffneter Haufen. Durch Auschwitz, das sowohl im Rahmen des Krieges als auch entrückt von ihm betrieben wurde, wurden die Welt und die Begriffe, in denen sie gedacht werden muß, entscheidend verändert. Mit Auschwitz war nicht nur gezeigt worden, daß es Schlimmeres geben kann als Krieg; angesichts von Auschwitz und angesichts der Rotarmisten, die das Lager Ende Januar 1945 befreiten, hatten sich Armee und Krieg, wie Wolfgang Pohrt einmal bemerkte, als wahre „Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit“ erwiesen. „Wenn jemals ein Krieg gerechtfertigt war“, so auch Dan Diner, „dann der Krieg gegen Hitler. [...] Welche andere Möglichkeit des Einwirkens bestand einem wild entschlossenen Diktator gegenüber als die Androhung von Gewalt?“ Gerade der Krieg, vor dessen Hintergrund die deutsche Linke die abstrakte Losung „Nie wieder Krieg“ propagierte, war von alliierter Seite mit dem größten Recht der Geschichte geführt worden. Die Parole steht insofern für einen Blick auf den Nationalsozialismus, der seine Besonderheiten nicht wahrzunehmen willens oder imstande ist. Ganz in diesem Sinn wurde das „Bündnis von Mob und Elite“ (Han-

Reichseintopfsontag
= volkswirtschaftlich begründete, kollektiverzieherische Propagandaaktion des NS-Regimes, die zum „regelmäßigen Einfachessen“ als Zeichen der Solidarisation mit der „Volksgemeinschaft“ aufrief

Die Kämpfe an den Flüssen Marne und Somme sowie um die Stadt Verdun gelten als die verlustreichsten Schlachten des ersten Weltkrieges. Die dort offenbar gewordenen Grauen industrieller Kriegsführung haben sich als Trauma tief ins kollektive Bewusstsein Frankreichs und Deutschlands eingebrannt.

nah Arendt), soll heißen: die Integration weiter Teile der Bevölkerung in das System der nationalsozialistischen Verbrechen, von Seiten der deutschen Linken weitgehend gelehnt; der Nationalsozialismus wurde auf eine Extremform des Kapitalismus bzw. eine zugespitzte Variante einer Diktatur über die Arbeiterklasse oder „das Volk“ reduziert. Der Vernichtungsantisemitismus wurde allenfalls als Randerscheinung des Nationalsozialismus betrachtet und unter die allgemeinen Kategorien von Vorurteil, Diskriminierung und Verfolgung subsumiert.

Auschwitz wurde dementsprechend nicht als Kern des NS und der deutschen Kriegsführung, sondern als schreckliches, aber dennoch eher nebensächliches Phänomen begriffen, das sich den außen- und innenpolitischen Zielen „der herrschenden Klasse“, „der Monopolbourgeoisie“ oder wahlweise auch „der Industrie“ unterordnete. Durch diesen Fokus erschien der nationalsozialistische Weltanschauungskrieg als ein imperialistischer Krieg wie jeder andere, der von deutscher Seite lediglich besonders brutal geführt worden sei.

Mit seiner Sentenz vom April 1999 (nicht nur „Nie wieder Krieg“, sondern auch „Nie wieder Auschwitz“) verwies der frühere Sponti Fischer jedoch nicht nur auf zwei aporetische Parolen der Neuen Linken. Er deutete – und aus diesem Grund verdichtet sich das komplexe Verhältnis der deutschen Linken zur nationalsozialistischen Vergangenheit in seiner Aussage – zugleich auf die unterschiedliche Präsenz dieser beiden Losungen auf ihrer Agenda: Der kategorische Imperativ „Nie wieder Auschwitz“ besaß gegenüber der Parole „Nie wieder Krieg“ stets bestenfalls nachgeordnete Bedeutung. Angesichts der linken Theorieproduktion der fünfziger bis achtziger Jahre stellt sich sogar die Frage, ob Detlev Claussens Aussage über den Zusammenhang zwischen der Losung „Nie wieder Auschwitz“ und der Politisierung der Neuen Linken um 1967/68 nicht eine Rückprojektion eines individuellen Politisierungsmotivs auf die gesamte Protestbewegung der sechziger Jahre darstellt. So war der Faschismus, den die Neue Linke in Übereinstimmung mit der „alten“, arbeiterbewegten Linken regelmäßig beschwor – die Bezeichnung „Nationalsozialismus“ wurde bekanntlich vermieden –, ein Faschismus ohne Auschwitz: Die große Bibliographie, die Rudi Dutschke für den SDS erstellte, kam ohne einen einzigen Titel über die Vernichtung der europäischen Juden aus.

Dennoch hat der Hinweis auf den Zusammenhang zwischen dem Holocaust und der Politisierung der Protagonisten der Neuen Linken um 1968 eine gewisse Berechtigung – wenn auch in verdeckter Form. So dürfte die Erinnerung an die Massenvernichtung nicht zuletzt den Bruch der Neuen Linken mit den Bezugsgrößen der „alten“, arbeiterbewegten Linken markieren. Auch wenn die Verlagerung der revolutionären Sehnsüchte auf gesellschaftliche Randgrup-

pen und die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt einem internationalen Trend entsprach, dürfte sie in Deutschland auch als Signal dafür gewertet werden können, daß bei den Aktivisten der Neuen Linken in den sechziger Jahren ein gewisses Bewußtsein davon existierte, daß die Verbrechen des Nationalsozialismus ohne die massenhafte Duldung, Akzeptanz und Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung – einschließlich der Arbeiterschaft – nicht hätten verübt werden können.

Parallel zur proletarischen Wende, die die Protestbewegung in den Jahren nach 1968 vollzog, und zum Rückgriff auf die Kategorien eines leninistisch interpretierten Marxismus – auch die Spontis und Autonomen arbeiteten regelmäßig mit Versatzstücken des Marxismus-Leninismus – verschob sich auch der Fokus des linken Internationalismus. Pfl egte die Neue Linke in der Aufbruchphase um 1967/68 vor allem einen Internationalismus „in einem sehr jüdischen, nämlich kosmopolitischen Sinn“ (Dan Diner), wurden die Rhetorik und Programmatik der Protestbewegung mit stärkerer Orientierung ihrer Protagonisten am marxistisch-leninistischen Weltbild zunehmend von einer Glorifizierung sogenannter „unterdrückter Völker“ geprägt. Zu dieser Idealisierung von „Ethnizität“ gesellte sich – nicht zuletzt bei denjenigen, die sich dem autoritären Parteikommunismus der K-Gruppen verweigert hatten – Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre schließlich die positive Bezugnahme auf Kategorien wie „Kultur“, „Autochthonie“ und „kulturelle Identität“. „In den achtziger Jahren“, so Ulrich Menzel, „folgte der Paradigmenwechsel von der politökonomischen Analyse zur Wiederentdeckung der Kultur.“ Kultur wurde nicht mehr in ihrer gesamten Widersprüchlichkeit wahrgenommen; ihr wurde vielmehr per se ein emanzipatorischer Gehalt und ein Widerstandspotential gegen die kritisierte Vereinheitlichung von Lebensstilen in der kapitalistischen Gesellschaft zugeschrieben. Kapitalismuskritik mutierte so allmählich zur Kritik der Moderne; antikapitalistische Agitation schlug um in antiwestliches Ressentiment; und die vormalige Kritik an Ausbeutung und Unterdrückung wurde oftmals zur Kritik der „Amerikanisierung“.

Während sich die Verherrlichung „unterdrückter Völker“, ihrer Kultur und ihrer „kulturellen Identitäten“ zunächst vor allem auf die Gegebenheiten der Dritten Welt bezog, kam bereits in zahlreichen Schriften der radikalen Linken aus den siebziger Jahren das Bedürfnis zum Ausdruck, die Kategorien des Befreiungsnationalismus auch auf Deutschland anzuwenden. „Über den Umweg der Dritten Welt hat sich ein positiver Bezug zur nationalen Identität, zu Deutschland hergestellt.“ (Dan Diner) In dem Maß, in dem die positive Bezugnahme auf das „deutsche Proletariat“ oder „das deutsche Volk“ – das Zentralkomitee der KPD/ML erhob 1974 die Forderung „Deutschland dem deutschen Volk!“ – zunahm, wurde die

Die „Spontis“ waren außerparteilich organisierte linke Aktivist:innen, die in der „Spontanität der Massen“ das revolutionäre Element der Geschichte ausmachten. Sie grenzten sich mit ihren politischen Aktionsformen bewusst von dogmatischen Gruppen des weltanschaulichen Marxismus-Leninismus ab.

Rudi Dutschke wird als der Wortführer der revolutionären Studentenbewegung in den 1960er-Jahren wahrgenommen. Er verstarb 1979 an den Spätfolgen eines rechtsterroristischen Attentats.

Der 1946 gegründete „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS) war eine (ab 1961) parteiunabhängige sozialistische Hochschulorganisation. Der SDS vertrat einen antiautoritären Sozialismus und prägte maßgeblich die westdeutsche Studierendenbewegung der 60er.

K-Gruppen waren links-autoritäre Gruppierungen, die im leninistisch-kommunistischen Sinne davon überzeugt waren, dass die Revolution eine Kaderpartei benötige. Ideologische Leitfigur der meisten K-Gruppen war Mao Zedong.

KPD/ML = Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (1968-1986)

noch 1968 offen kritisierte NS-Vergangenheit der „ganz normalen Deutschen“ immer weniger thematisiert. Auschwitz wurde verdrängt; der Widerspruch zwischen allgemeiner Kapitalismuskritik („Nie wieder Krieg“) und der Kritik der deutschen Besonderheiten („Nie wieder Auschwitz“), in dem sich die radikale deutsche Linke in den sechziger Jahren zumindest kurzzeitig und partiell bewegt hatte, wurde zur Seite des Allgemeinen hin aufgelöst: „So wenig sich die bundesdeutschen Linken seit den siebziger Jahren für die Opfer der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik interessierten oder sich gar mit den Überlebenden solidarisierten, so wenig befaßten sie sich mit den Tätern. Nur in den kurzen Jahren des Aufbruchs um 1968 quälten sich deutsche Linke ernsthaft mit der Frage, was ihre Eltern ‚damals‘ gemacht hatten, protestierten sie gegen alte Nazis, die wieder an den Universitäten lehrten und gegen den einen oder anderen Politiker, der als ehemaliger Nazi ‚enttarnt‘ wurde.“ (Ingrid Strobl) „Das Motiv des Linkswerdens“, so auch Detlev Claussen, „das ‚Nie wieder Auschwitz‘-Postulat, war Mitte der siebziger Jahre so gut wie vergessen.“

Die linke Verdrängung des Holocaust steht insofern für die Sehnsucht nach „Normalität“. Sie verweist auf das Bedürfnis, sich von der Geschichte zu befreien und unbelastet von der deutschen Vergangenheit als „ganz normale Linke“ in einem „ganz normalen Land“ mit einer „normalen Arbeiterklasse“ und einem „normalen Volk“ agieren zu können. Hinter dem Streichen der Losung „Nie wieder Auschwitz“ von der Agenda der radikalen deutschen Linken bzw. der Weigerung, den Holocaust als den Kern des Nationalsozialismus wahrzunehmen, verbirgt sich der Wunsch, zum *status quo ante*, zur Zeit vor 1933, die gerade in den siebziger Jahren in einigen linken Gruppen bis hin zum Dresscode (Proletariermützen, Kommissarslederjacken usw.) nachgestellt wurde, zurückkehren zu können.

Haßobjekt Israel

Diese Versuche, jenseits der Geschichte zu agieren, spiegelten sich nicht nur in den linksnationalistischen Angriffen auf die „amerikanischen Besatzer“, der Ignoranz des deutschen Vernichtungsantisemitismus‘ oder den reduktionistischen Faschismustheorien der siebziger Jahre wider. Sie kamen zugleich im Verhältnis der deutschen Linken zu Israel zum Ausdruck: Denn egal wie zerstritten die diversen Fraktionen der radikalen Linken auch waren: In der Beurteilung Israels herrschte seltene Einmütigkeit. „Keine westliche Linke“, so konstatierte Moïse Postone vor einigen Jahren, „war vor 1967 so philosemitisch und prozionistisch; wohl keine andere un-

terstützte hingegen später die palästinensische Sache mit solchem Nachdruck und identifizierte sich derartig mit ihr. Der sogenannte ‚Antizionismus‘ war derart emotional und psychisch aufgeladen, daß er die Grenzen einer politischen und gesellschaftlichen Kritik Israels weit überschritt“. Tatsächlich wurde Israel seit dem Sechstagekrieg von 1967 nicht mehr als Staat der Überlebenden des Holocaust betrachtet; die Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern wurden nicht einmal mehr – wie von Linksintellektuellen wie Jean Améry und Michael Landmann immer wieder vehement eingefordert –

»Keine westliche Linke war vor 1967 so philosemitisch und prozionistisch; wohl keine andere unterstützte hingegen später die palästinensische Sache mit solchem Nachdruck und identifizierte sich derartig mit ihr.«

als Kampf zweier nationaler Befreiungsbewegungen um dasselbe Land wahrgenommen. Der sogenannte Nahost-Konflikt wurde vielmehr in ein dualistisches Interpretationsschema, das antiimperialistische Weltbild, eingeordnet, in dem antiimperialistische Befreiungsbewegungen und „der Imperialismus“ einen Kampf zwischen Gut und Böse austrugen. Israel galt ausschließlich als „Brückenkopf des US-Imperialismus im Nahen Osten“ bzw. als „rassistisches und chauvinistisches Staatengebilde“. Darüber hinaus wurde den Israelis immer wieder unterstellt, sie seien selbst zu Faschisten geworden und würden einen „Holocaust an den Palästinensern“ verüben. Im Gegensatz dazu wurden die Palästinenser, ähnlich wie wenige Jahre zuvor der Vietcong, zum Hoffnungsträger der revolutionären Sehnsüchte der radikalen Linken. Innerlinke Kritik am Antizionismus, der Übertragung des antiimperialistischen Weltbildes auf den Nahost-Konflikt, wurde nicht bzw. kaum formuliert. „Wer kritisierte, riskierte, alsbald aus der Gemeinschaft der Neuen Linken ausgegrenzt zu werden.“ (Thomas Haury) Mit Ausnahme der wenigen politischen Organisationen, die sich an der Sowjetunion orientierten – und die gleichfalls vehement israelfeindlich agitierten –, unterstützten nahezu alle Gruppierungen und Strömungen der radikalen deutschen Linken, die sich zum Nahost-Konflikt äußerten, die palästinensischen Forderungen nach einer Zerstörung Israels.

Bereits dieses Verlangen nach der Vernichtung des jüdischen Staates – eine Forderung, die die radikale deutsche Linke für kein anderes Gemeinwesen erhob – verweist darauf, daß das linksradikale Verhältnis zu Israel allenfalls mittelbar von der tatsächlichen israelischen Politik bestimmt wurde. Die Auseinandersetzungen um Israel und den Zionismus kreisten vielmehr um den zentralen Komplex der Schuld; sie waren Ausdruck jener Sehnsucht nach Normalität, die es angesichts von Auschwitz nicht geben kann. Tatsächlich finden die Verbrechen, die der Identifikation mit dem deutschen Volk im Wege stehen, ihre Manifestation vor allem in der Existenz des Staates, der sich als Staat der Überlebenden des Holocaust begreift: „Wer von Israel spricht,“ so Detlev Claus-

Moïse Postone (1942-2018) war ein kanadischer Historiker, Philosoph und Ökonom. Postone beleuchtete den fortwährenden Antisemitismus in der BRD und kritisierte die deutsche Linke für ihr Desinteresse an einer historischen Konfrontation mit dem Dritten Reich. Postone formulierte eine eigene Antisemitismustheorie, in welcher er den modernen Antisemitismus als Variante des „Fetischs“ (s. o.) im Marxschen Sinn betrachtet. In seinem Aufsatz „Antisemitismus und Nationalsozialismus“ betont er, dass die Macht und Gefahr des modernen Antisemitismus darin liege, dass er „eine umfassende Weltanschauung liefert, die verschiedene Arten antikapitalistischer Unzufriedenheit scheinbar erklärt und ihnen politischen Ausdruck verleiht“.

„Việt cộng“ („Vietnamesischer Kommunist“) fungierte als Sammelbegriff für Mitglieder der „Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams“, abgekürzt NFB. Die NFB war eine Guerillaorganisation, die während des Vietnamkrieges in Südvietnam den bewaffneten Widerstand gegen die Regierung und die sie unterstützenden Streitkräfte der Vereinigten Staaten führte.

sen, „thematisiert, ob er will oder nicht, die Massenvernichtung der europäischen Juden.“ Eben dieser Zusammenhang zwischen der Gründung des jüdischen Staates und der deutschen Tat Auschwitz sollte durch die Gleichsetzungen von Zionismus und Nationalsozialismus suspendiert werden. Angesichts der stetig wiederholten Formel „Jude gleich Nazi“ verwies Alain Finkielkraut bereits vor rund dreißig Jahren auf die tatsächliche Funktion der Faschismusvorwürfe an Israel: „Allein der Vergleich an sich ist schon ein Skandal. Man muß um jeden Preis Auschwitz aus dem Gedächtnis der Menschen auslöschen wollen, um einen solchen Vergleich anzustellen. Tatsächlich werden sich an dem Tag, an dem man bewiesen hat, daß die Opfer genauso schuldig sind wie die Henker, die Henker oder die Kinder der Henker erleichtert fühlen.“

Die besondere Aggressivität, mit der insbesondere die radikale *deutsche* Linke die israelische Politik geißelte, basierte dementsprechend weniger auf dem Vorgehen der israelischen Streitkräfte gegen die Palästinenser. (Immerhin ignorierte die radikale deutsche Linke zahllose Bürgerkriege, die weitaus blutiger als die Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästinensern waren.) Sie entsprang vielmehr dem Bedürfnis, endlich auch einmal die Juden als Täter vorzuführen und damit die Deutschen indirekt entlasten zu können. Israel diente vielmehr als Projektionsfläche für die Vergangenheitsbewältigung des Kollektivs, dem sich auch die linken Antizionisten unerschwerlich verbunden fühlen. Der Kampf gegen den Zionismus, der von linksradikaler Seite geradezu obsessiv mit dem Kampf gegen den Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde, wurde „zum Ausdruck des lang ersehnten Kampfes gegen die nationalsozialistische Vergangenheit – allerdings frei von Schuld“. (Moishe Postone)

Eine geistig-moralische Wende

Zu Beginn der achtziger Jahre kam es zu ersten Verschiebungen des vergangenheitspolitischen Koordinatensystems, in dem sich die radikale Linke bis dahin bewegt hatte. Einerseits wurde der „schlafähnliche Zustand“ (Moishe Postone), in dem sich die deutsche Gesellschaft bis dahin in Bezug auf Auschwitz befunden hatte, 1979 durch den mehrteiligen Fernsehfilm *Holocaust* erschüttert. Mit diesem Film, der Reaktionen in einem bis dahin kaum bekannten Ausmaß hervorrief, tauchte die bis dato weitgehend verborgene Vergangenheit wieder an der Oberfläche, soll heißen: im aktuellen historischen Bewußtsein, auf. Andererseits kam – quasi als gegenläufiges Moment – die sozialdemokratische Reformära, die in der öffentlichen Wahrnehmung für einen neuen, kritischeren Umgang mit der deutschen Geschichte gestanden hatte, an ihr Ende. Bereits Helmut

»Die besondere Aggressivität, mit der insbesondere die radikale deutsche Linke die israelische Politik geißelte, basierte weniger auf dem Vorgehen der israelischen Streitkräfte gegen die Palästinenser.«

Schmidt (SPD) hatte einen weitaus unsensibleren Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als sein Vorgänger Willy Brandt – erinnert sei an Brandts Kniefall im Warschauer Ghetto im Dezember 1970 – erkennen lassen. Die Verkündung der „geistig-moralischen Wende“ durch die christlich-liberale Koalition unter Helmut Kohl (CDU) markierte schließlich den Versuch, einen Schlußstrich unter die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, die im Kontext der Studentenrevolte und der sozial-liberalen Ostpolitik zumindest zaghaft begonnen zu haben schien, zu ziehen. Bereits im Sommer 1981, anderthalb Jahre vor dem Regierungswechsel, hatte der israelische Ministerpräsident Menachem Begin dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt aufgrund seines Dienstes in der Wehrmacht eine indirekte Verwicklung in den Holocaust vorgeworfen. Schmidt, so Begin, habe aufgrund dieser Tätigkeit sein Recht verwirkt, Israel, den Staat, dessen Politik auf die Rettung jüdischen Lebens ziele, zu kritisieren. Daraufhin erhob sich in der Bundesrepublik eine Welle der Empörung, die nicht nur von Anhängern der SPD, sondern auch von Angehörigen der damaligen Oppositionsparteien und Personen aus dem Spektrum der extremen Rechten getragen wurde. „Manche Politiker und manche einfachen Leute“, so Micha Brumlik kurz nach den Auseinandersetzungen, „sprachen da in Erklärungen, Leserbriefen oder in privaten Gesprächen mit Stimmen, die aus der offiziell für bewältigt erklärten Vergangenheit kamen.“

In ihrer Gesamtheit markieren die offiziellen Versuche, einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit zu ziehen, jedoch auch den Beginn einer zaghaften Verschiebung des Verhältnisses der Formeln „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Auschwitz“ innerhalb der radikalen Linken. Eine Minderheit entdeckte die Texte Jean Amérys, der den Antizionismus schon Ende der sechziger Jahre als neuen „Antisemitismus von links“ dechiffriert hatte, und einige der Aufsätze Theodor W. Adornos und Max Horkheimers, an denen sich ein Teil der Protestbewegung von 1968 politisiert hatte, wieder. Wolfgang Pohrt und Eike Geisel polemisierten seit Beginn der achtziger Jahre gegen die Verdrängung des Holocaust im Bewußtsein der Deutschen und kritisierten die parteiübergreifende Sehnsucht nach Normalität. Und die ISF veröffentlichte 1984 ein Buch, in dem die Friedensbewegung, um deren Gunst sich seinerzeit nahezu alle Fraktionen der Linken bemühten, u. a. als nationale Erweckungsbewegung kritisiert wurde.

Jean Amery (1912-1978) war ein österreichischer Schriftsteller sowie Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. 1969 veröffentlichte er den Essay „Der ehrbare Antisemitismus“, in dem er sich mit dem fortbestehenden Judenhass nach 1945 und insbesondere einem auf Israel projizierten Antisemitismus in linksintellektuellen Kreisen auseinandersetzte.



Revolutionäre Zellen
1991

gerd albartus ist tot

Gerd Albartus war Aktivist bei den von 1970 bis 1990 aktiven *Revolutionären Zellen* (RZ), einer militant-autonomen Gruppe, die ähnlich wie die Rote Armee Fraktion (RAF) terroristisch agierte, ihre Anschläge jedoch anonym verübte. Die RZ beteiligte sich unter anderem 1976 gemeinsam mit der *Völkfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP) an der Entführung eines Flugzeuges von Athen nach Entebbe, durch die sie die Freilassung von 53 Inhaftierten in Israel, Deutschland, Frankreich und der Schweiz erpressen wollten. Als Geiseln hielten die Terroristen nur die jüdischen Insassen des Flugzeugs fest, alle anderen Insassen ließen sie frei. Das israelische Militär stürmte später den Flughafen und erschoss alle Geiselnnehmer, was zu internen Konflikten in den RZ führte.

Gerd Albartus war ein besonders fanatisches Mitglied der RZ. 1977 platzierte er eine Brandbombe am Aachener Kino *Gloria-Palast* weil dort ein Film über die Flugzeugentführung in Entebbe gezeigt wurde. Nur weil der Zeitzünder versagte, kam es zu keiner Explosion. Nach langer Haft in Deutschland ging Albartus 1987 nach Palästina, vermutlich, um sich dem dortigen „Widerstand“ gegen Israel anzuschließen. In Palästina wurde er von seinen „Genossen“ zum Tode verurteilt und erschossen. Der auf diese Ereignisse rückblickende Text „Gerd Albartus ist tot“ wurde im Dezember 1991 von den ehemaligen RZ-Mitgliedern veröffentlicht und versucht, die unauflösbaren Widersprüche eines linken Antizionismus kritisch zu reflektieren

Gerd Albartus ist tot. Er wurde bereits im Dezember 1987 erschossen, nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war. Wir haben die Nachricht erst etliche Zeit später bekommen. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß Gerd von einer Reise zu der Gruppe nicht zurückgekehrt war, weil er von den Hausdurchsuchungen, Fahndungen und Verhaftungen im Dezember 1987 wußte und befürchtete, bei einer Einreise in die BRD ebenfalls festgenommen zu werden. Versuche, über seinen Verbleib etwas in Erfahrung zu bringen, blieben entweder unbeantwortet oder bestätigten uns in dieser Vermutung. Wie die meisten seiner Freundinnen und Freunde, die sich um ihn sorgten, waren wir uns mit zunehmender Dauer seines Wegbleibens gewiß, daß er die Gelegenheit zum Anlaß genommen hatte, um sich der seit seiner Knastzeit verschärften polizeilichen Überwachung und Schi-

kane zu entziehen. Er war, davon waren wir überzeugt, abgetaucht, zwar nicht in unserem Rahmen, aber an einen gesicherten Ort und in einem politischen Zusammenhang, dem er nahestand.

Daß es nochmals gedauert hat, bis wir uns endlich durchgerungen haben, unser Wissen um seinen Tod öffentlich zu machen, liegt an uns. Die Suche nach einer Antwort, die der Ungeheuerlichkeit des Anlasses auch nur einigermaßen angemessen gewesen wäre, in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gehabt hätte, ohne daß es den Falschen trifft, ist ins Leere gegangen.

Bemühungen, über die bloße Nachricht in einem Stück Zeitung hinaus eine Form zu finden, die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird, sind fehlgeschlagen. Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich die Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen.

Natürlich gab und gibt es auch Kontroversen, wem mit einer Veröffentlichung gedient ist. Der Vorwurf wurde laut, daß wir lediglich dem Zeitgeist Tribut zollen und ausgerechnet in einem Moment reinen Tisch machen, wo die Abrechnung mit linker Geschichte fast schon eine Frage des guten Geschmacks ist. Der Text würde uns auf die eigenen Füße fallen, weil damit doch bloß die sattsam bekannten Klischees über die Spirale der Gewalt innerhalb bewaffneter kämpfender Gruppen zusätzlich Nahrung erhielten. Überdies wurde vor einer Schwächung der Palästina-Solidarität gewarnt. Eine derartige Nachricht, so differenziert sie auch vorgetragen würde, müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen, und wir selbst auch keine detaillierten Informationen über die konkreten Zusammenhänge beisteuern könnten. Dies aber sei vor dem Hintergrund des Golfkriegs und einer politischen Debatte, die sich auf die blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zugespitzt habe, ein Signal in die verkehrte Richtung. Und schließlich müsse uns bewußt sein, daß eine derartige Veröffentlichung eine Welle von Reaktionen auslösen würde, deren ganzes Ausmaß wir weder überschauen noch verantworten könnten.

Wir haben uns über all diese Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen, als die offen geführte Kontroverse um unsere internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden.

Es geht uns auch nicht um Enthüllung oder Anprangerung, selbst wenn wir nicht verhindern können, daß von dem Text in einer Weise Gebrauch gemacht werden wird, der uns jetzt schon anwidert. Die Befürchtung, wir könnten der falschen Seite Munition

liefern, teilen wir nicht. Diese Seite war gerade in der jüngsten Zeit nicht schlecht gewappnet, und wo ihr die Munition ausging, konnte sie sich in den Archiven der Stasi nach Belieben bedienen. Wer uns eins auswischen will, braucht nicht auf unsere Vorgabe zu warten, sondern entscheidet selbst, wann die Gelegenheit günstig ist – egal, ob es stimmt. Und falls wir den Bullen tatsächlich neue Erkenntnisse offenbaren, so hat dies allenfalls zur Folge, daß ein Ziel-fahndungskommando aufgelöst werden kann.

Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der Unseren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht. Wir wollen endlich, endlich dem grausig-grotesken Zustand ein Ende bereiten, daß seine Angehörigen, Freunde und Freundinnen weiterhin in der falschen Gewißheit leben, er sei, wenn auch weg und unauffindbar, in Sicherheit.

Für uns steht Gerd's persönliche Integrität außer Frage. Über die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges Argument gibt, das seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben – sie liegen jenseits seiner Person.

Im Gegenteil – es gehört zu den makaberen Parodien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstandes durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstandes begreift. Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerd's Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen haben. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, überschauen wir nicht.

Gemeint ist die Zeit nach der gescheiterten Gefangenbefreiung Ende Juni 1976. Damals hatte ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried „Bonni“ Böse angehörten, einen Airbus der Air France in seine Gewalt gebracht und die Freilassung von mehr als 50 GenossInnen gefordert, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen gefangen gehalten wurden. An Bord der Maschine, die in Tel Aviv gestartet und auf dem Flug nach Paris in Athen zwischengelandet

war, bevor sie von dort aus nach Entebbe umdirigiert wurde, befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa 100 israelische Staatsbürger oder Juden anderer Nationalität. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen worden waren, verlängerte das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Diese Zeitspanne nutzte die israelische Regierung, um eine militärische Lösung vorzubereiten. In der Nacht zum 4. Juli 1976 überfiel eine Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und bereitete der Geiselnahme ein blutiges Ende. Das Kommando kam dabei ums Leben, von den Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, kein einziger frei.

Es hat Jahre gedauert, ehe wir diesen Rückschlag verkraftet hatten. Unter dem Eindruck des Verlustes der Freunde waren wir zunächst unfähig, die politische Dimension der Katastrophe zu ermessen, die Entebbe für uns bedeutete. Anstatt wahrzunehmen, was uns vorgehalten wurde, nämlich daß wir als Organisation an einer Operation teilhatten, in deren Verlauf israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität ausgesondert und als Geisel genommen worden waren, beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion und ihrer gewaltsamen Beendigung. Das Kalkül des Regimes sollte nicht aufgehen.

Um zumindest die Option der Befreiung anderer GenossInnen offenzuhalten, mußten wir handeln und durften uns nicht von den alarmierenden Nachrichten über den Ablauf der Geiselnahme und die Rolle unserer GenossInnen darin blockieren lassen.

Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer Kriegsführung wie die Behauptung, daß sich die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgetan haben. Wir kannten Brigitte und Bonni als Antifaschisten und wußten um ihre Motive, sich an der Aktion zu beteiligen. Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen; eine Diskussion über Fehler wehrten wir ab, als ob Solidarität nicht prinzipiell das Richtige umfaßt, daß einzelne GenossInnen Fehler machen.

Ähnlich vordergründig blieb die Diskussion, wo es um die Suche nach Gründen für das Scheitern der Aktion ging. Zu mehr als Manöverkritik waren wir nicht imstande. Wir beklagten, daß die ursprünglichen Planungen und Absprachen nicht eingehalten worden waren und daß der faktische Ablauf auf den Kopf gestellt hätte, was eigentlich vorgesehen war. Wir kritisierten, daß die Aktion, die aus unserer Sicht einzig und allein einen pragmatischen Zweck verfolgte, nämlich die sofortige Freilassung, im Verlauf ihrer Dauer mehr und mehr den Charakter einer Propaganda-Aktion angenommen hatte, die sich vor

allem Idi Amin zu nutze zu machen verstanden hätte. Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen nach der Landung in Entebbe bloß die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden. Wir fanden uns schließlich ab mit den Verweis auf die besondere Dynamik militärischer Operationen, auch wenn unser Vertrauen in eine direkte internationale Zusammenarbeit als besondere Qualität eines praktischen Antiimperialismus an seine Grenzen gestoßen war.

Daß die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht, obwohl Stoßrichtung und Verlauf der Aktion eine deutliche Sprache sprachen. Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren, soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrunde legten, spielten in diesem Fall keine Rolle. Die Selektion erfolgte entlang völkischer Linien. Daß die einzige Geisel, die die Flugzeugentführung nicht überlebte, ausgerechnet eine ehemalige KZ-Inhaftierte war, ging

zwar nicht unmittelbar zu Lasten des Kommandos, lag aber nichtdestoweniger in der Logik der Aktion. Was gut ein Jahr später, im Fall Mogadischu, selbst unter Linksradiakalen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich daß eine willkürliche Gruppe deutscher UrlauberInnen zur

»Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfes zu eigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß.«

Verhandlungsmasse wurde, darüber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte. Die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundgebiet betritt, wissen muß, welches Risiko er auf sich nimmt und daß er dieses selbst zu verantworten habe, war blutiger Ernst geworden.

Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren. Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tages-Krieges geschrieben hatte: „Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein.“ Der schwarze September der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den

israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Auschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfes zu eigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an Vietnam geschulten Antimperialismus, mit denen er nicht zu ermessen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker. Am Patriotismus der Palästinenser kritisierten wir ebenfalls dieses Pathos, obwohl uns nicht zuletzt die Geschichte Israels ein warnendes Beispiel hätte sein müssen, daß die Verwirklichung der palästinensischen Maximalforderungen nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern lediglich deren Verewigung unter anderen Vorzeichen bedeuten würde. Leid und durchlebte Verfolgung bieten keinen Schutz davor, daß Menschen zu Ungeheuern werden, sobald sie sich als Staatsvolk zusammenballen. Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen. So begrifflich die Schlußfolgerungen waren, die die Palästinenser aus ihren Erfahrungen der Vertreibung und Verfolgung gezogen hatten – wir konnten sie in der Konsequenz nicht teilen, ohne in einen unauflösbaren Widerspruch zu unserer Geschichte wie zu unserem politischen Selbstverständnis zu geraten. Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser war umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den Terror und die Grausamkeiten des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen. Das Ausmaß an historischer Amnesie und moralischer Desintegration, das in dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielten dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen oder aber die Tatsache, daß wir mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil der historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel all diese Gründe auch sein mögen – sie entschuldigen nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, Fehler, die nicht hätten passieren dürfen.

Wir können nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir all dies bereits damals, in den ersten Monaten nach Entebbe so gesehen hätten. Statt in einer grundlegenden Debatte Logik, Ablauf und Resultat der Aktion einer schonungslosen Analyse zu unterziehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere Praxis zu ziehen, gaben wir uns mit halberziger Kritik zufrieden. Die naheliegende Konsequenz, wieder an dem anzuknüpfen, wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich die Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande, zogen nur einige.

Dennoch ist auch richtig, daß die Erfahrung von Entebbe tiefe Spuren hinterlassen hat. Der markige Satz von der Karawane, die weiterzieht, während die Hunde bellen, war mehr Spruch, als daß er unsere Realität beschrieb. Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanent schwelender Treibsatz fort, der uns immer wieder selbstkritische Diskussionen abverlangte, in denen wir an der Wahrheit nicht vorbeikamen. Die mehr unterschwellige als offene Auseinandersetzung hatte nicht nur Brüche in persönlichen Freundschaften zufolge, sie hat auch an den Fundamenten unseres politischen Konzepts gerührt. Selbst wenn wir nicht im einzelnen auseinanderhalten können, in welchen Punkten die Erfahrung eine ursächliche Rolle gespielt hat oder wo sie lediglich den Hintergrund zu völlig anderen Diskussionen und Entscheidungen abgab – daß sie zentrale Bedeutung in der Bestimmung jener Positionen hatte, die unsere Politik in den folgenden Jahren geprägt haben, steht außer Frage. So berechtigt es also ist, uns einen Mangel an Bewußtsein zum Vorwurf zu machen, so falsch wäre es, zu negieren, daß sich Entebbe – und sei es nur in Form des schleichenden Giftes einer Lebenslüge – dauerhaft in unserem politischen Selbstverständnis niedergeschlagen hat.

Daß wir seitdem nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen. Wo das Thema auf der Tagesordnung stand, haben wir nach westdeutschen Stellen gesucht, die von der Politik Israels profitier-

ten. Die Behandlung palästinensischer Flüchtlinge durch die bundesdeutschen Asylbehörden verfolgten wir genauer als das Drama der Aufstandsbekämpfung in den besetzten Gebieten. Statt mißverständlicher Aktionen haben wir gar keine Aktionen gemacht, wenn wir Bedenken hatten, ob sie vielleicht antijüdisch waren oder zumindest so ausgelegt hätten werden können. Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns eher dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität und unser Leben in diesem Land zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen, wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht.

Eine weitere Konsequenz war der allmähliche Rückzug aus den internationalen Kontakten. Allmählich, weil es alte, auch emotionale Verbindungen gab und weil wir uns selbst schwer taten, mit jenen Begriffen und ideologischen Konstruktionen zu brechen, die eine Aktion in Entebbe überhaupt möglich gemacht hatten. In diesem Prozeß hat sich ein Politikverständnis artikuliert und geformt, das sich fundamental von dem der Gruppe unterschied, mit der wir bis dahin zusammengearbeitet hatten.

Differenzen, die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen beziehungsweise unserem Metropolenstatus zugeschrieben hatten, erwiesen sich nun als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand. Der Anspruch aus unterschiedlichen Positionen heraus solidarisch zu handeln, stieß an seine Grenzen.

Die Zusammenarbeit mit jener Gruppe basierte auf einem Begriff von Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte. Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jun-

gen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebährdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Masseneleid einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich – kurz gesprochen – die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach – all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befrei-

»Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert.«

ungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationwerdung neue Kämpfe ausbrachen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfes selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment lang ihre Bedeutung verloren hatte.

Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte, waren es doch gerade jene, die als Kader unter den Bedingungen des Krieges die Instanzen und Formen zukünftiger Ausbeutung und Zurichtung schufen. Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternehmen, die Kontrolle über die Frauen und die Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mußten den Mythos des Volkskrieges auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen – einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten. Wir mußten – kurzum – brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung, das von Beginn an die Politik der Komintern bestimmte und das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus Anfang der siebziger Jahre eingehandelt hatten.

Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammen gekämpft haben, sondern das – sicherlich sehr pauschale –

Resümee einer Erfahrung. Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem auf Seiten ant imperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch zu den Schwierigkeiten, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben. Immer wieder kommt der Moment, wo das, was die eine Gruppe für unbedingt richtig und notwendig hält, in den Augen der anderen schädlich und falsch ist. Daraus ergeben sich trotz des Anspruchs auf Gemeinsamkeit im Handeln und Geschlossenheit vor dem Gegner schärfste Auseinandersetzungen, die bis zur Selbstzerfleischung reichen können. Über den Ausgang solcher Kontroversen innerhalb des revolutionären Lagers aber entscheiden nicht der gute Wille und die bessere Absicht, darüber entscheiden – wie sonst auch – die Machtverhältnisse.

Gerd hatte in der Zeit nach Entebbe im Knast gesessen. Er war bei dem Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Film über die Flugzeugentführung seinerzeit lief, von einer Observationsgruppe beobachtet und einen Tag später – im Januar 1977 – verhaftet worden. Vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht wurde er wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in den RZ zu fünf Jahren Knast verurteilt. Als er Ende 1981 wieder rauskam, traf er bei uns auf eine gänzlich veränderte Situation. Den Bruch, den wir mit diesem Teil unserer Geschichte vollzogen hatten, hat er für sich nie akzeptiert.

Er teilte die Kritik anderer GenossInnen, mit denen es aufgrund der von uns beschlossenen Loslösung aus den internationalen Verbindungen harte Auseinandersetzungen gab, die bis zur Trennung gingen. Die Reduktion auf den eigenen Zusammenhang empfand er als Schwächung, die Betonung der politischen Differenz als Spaltung. Der Preis, den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antiimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen wie der Erhaltung der Option auf Gefangenenbefreiung, der Sicherung von Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich. Es sei eine Fiktion zu glauben, die RZ könnten aus eigener Kraft den Aufgaben nachkommen, die wir uns gestellt hätten. Überdies werde der Bruch einen Verlust an subjektiver Radikalität zur Folge haben; er sei jetzt schon

eher unserer Kleinmütigkeit als einer wirklichen Notwendigkeit geschuldet. Für den trügerischen Vorteil einer „reinen Weste“ hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen. Unsere „Selbstkritik“ in Sachen Entebbe und danach sei Dokument verlogener doppelter Moral, die nur haltbar sei, weil wir andere Realitäten aus unserer Wahrnehmung vollkommen ausblendeten. Es sei ein verkehrtes Wunschbild und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär seien und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten. Politik funktioniere nicht nach den Maßstäben zwischenmenschlicher Moral. Der Bruch, so prophezeite er uns, würde das rasche Ende der RZ einleiten.

Gegenüber unserer Entscheidung hielt Gerd fest an der Idee eines unmittelbaren Bezugs auf den palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt, weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiven Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm in der ganzen Widersprüchlichkeit bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden. Er versuchte, der Unterschiedlichkeit von Zielsetzungen und Anforderungen in seiner Person gerecht zu werden. Trotz der Widersprüche, die sich daraus zwischen ihm und uns ergaben, empfanden wir es auch als Stärke, daß er in Gegensätzen denken und Spannungen aushalten konnte, die sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz und Gebrochenheit metropolitaner Subjektivität ergeben. Wo wir uns auf das scheinbar sichere Terrain einer politischen Praxis zurückgezogen hatten, die wir für überschaubar hielten, suchte er umfassendere Lösungen. Wo uns Zweifel, Fragen, Unsicherheiten zurückhielten, schlug er sich durch nach dem Motto: „Scheißegal, muß laufen.“ Er bewahrte die alten Kontakte, weil er es wollte und weil er sich den GenossInnen dort gegenüber in der Verantwortung wußte, vielleicht aber auch in der unausgesprochenen Erwartung, daß wir uns eines Tages eines Besseren besinnen würden und er die abgebrochenen Kontakte wieder knüpfen könnte. Wenn wir ihn auf eine definitive Entscheidung festnageln wollten, hat er sich entzogen. Er beharrte auf seinem eigenen Weg – gegen totalitäre Gruppenansprüche, gegen alle Vereinnahmungsversuche, von welcher Seite denn auch. Er hat sich verweigert, wo der schmale Grat von Verbindlichkeit hin zu Reglementierung überschritten wurde. Wir hatten unsere Schwierigkeiten damit und haben ihn trotzdem gerade deswegen geliebt. Die Art und Weise, wie er seine Überzeugung lebte, hat uns immer auch fasziniert, gerade weil sie uns in der Form fremd war.

Er ließ sich auf keine Sache absolut zwingen, selbst wenn sie ihm noch so richtig erschien. Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen.

Dem Puritanismus und Rigorismus mancher Linken, die irgendwann darüber lamentieren, daß sie einen Teil ihres Lebens der Revolution geopfert haben, mißtraute er zutiefst. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetigkeit erweckt haben mag, war die Lust, in Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. Was links und rechts dabei herunterfällt, könnte sich später als unentbehrlich und nicht ersetzbar erweisen. Die Vereinbarung von scheinbar Gegensätzlichem und die Selbstbehauptung gegen alles, was andere und anderes ausschließt, war seine Antwort auf die Frage, wie ein Leben im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen unter metropolitanten Bedingungen überhaupt möglich ist.

Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten. Er arbeitete als Angestellter der Grünen im Europaparlament und verfaßte Reportagen für den WDR, in denen er sich gleichermaßen mit Fragen der Sicherungsverwahrung wie dem verbotenen Glücksspiel oder Triathlon auseinandersetzte. Er engagierte sich in der Knastgruppe, schrieb und besuchte gefangene GenossInnen, wirkte mit bei der Gründung der Zeitung „Bruchstücke“ und pflegte in einträglicher Weise seine Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen, die inzwischen auf freiem Fuß waren. Er lebte offensiv als Schwuler, organisierte Veranstaltungen zum Thema Aids und genoß die Schwulenszene auf Ibiza. Er veröffentlichte Texte über die Politik Israels und übernahm Aufgaben, die sich aus seinen internationalen Kontakten ergaben. Er lebte mitten in der Düsseldorfer Politszene und entzog sich ihr, wenn ihm der legale Handlungsrahmen zu eng wurde. Er kritisierte die Halbherzigkeit der RZ und half uns vorbehaltlos, wo es in seinen Möglichkeiten stand. Er hat bei vielen Erwartungen geweckt und zwangsläufig nur einen Teil erfüllt. Wer ihn ganz wollte, wurde immer auch enttäuscht.

Als Gerd im November 1987 zu einem Treffen mit der Gruppe fuhr, tat er dies auf eigenes Drängen. Die Tatsache, daß ihm unmittelbar nach seiner Ankunft der Prozeß gemacht wurde, muß ihn vollkommen unvorbereitet getroffen haben. Er kann sich keines Fehlers, keines Versäumnisses bewußt gewesen sein. Andernfalls hätte er die Reise mit größeren Bedenken angetreten, weil er sich über den Kodex und die Regeln in der Gruppe keinerlei Illusionen machen konnte und sie akzeptierte.

Wir wollen keine Spekulationen anstellen über die Beweggründe derer, die seinen Tod zu verantworten haben. Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen.

Unter Bedingungen, die von der Logik des Krieges diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung, dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung. Wo das alltägliche Leben von militärischen Angriffen, von permanentem Ausnahmezustand, von Ausgangssperren, Verhaftungen und Folter bestimmt werden, sind die Fronten klar. Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropolitanten Herkunft geschuldet sind, dort muß die Frage nach der eigenen Person fast lächerlich klingen. Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt. Vom Zweifel an der Loyalität zum Vorwurf des Verrats aber ist es nur ein kleiner Schritt, samt der mörderischen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Und dennoch finden wir eine solche Erklärung falsch, sie ist vordergründig und kurzsichtig. Sie legitimiert eine bewußte Entscheidung mit dem Zwang der Verhältnisse und erklärt die zu Opfern ihrer Handlung, die sie doch begangen haben. Die Erfahrung der Grausamkeit des Gegners enthebt niemanden der Verpflichtung, zu jedem Augenblick Auskunft über die Mittel und Methoden geben zu können, die er selbst anwendet. Der leichtfertige Spruch von der Entwertung des Lebens unter den Bedingungen des Krieges, mit dem wir nach Erklärungen für Vorgänge suchen, die für uns unfafbar sind, ist ein Zynismus, der von den Bildern der Leidtragenden Lügen gestraft wird. Zudem suggeriert er im konkreten Fall, daß das, was in die Verantwortung einer einzelnen Gruppierung fällt, für den palästinensischen Widerstand in seiner Gesamtheit gilt. Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen.

Nein: Die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer politischen Programmatik, deren einziger Gehalt die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist. Die Geschichte ist voll von Beispielen revolutionärer Organisationen oder Bewegungen, die unter vergleichbar brutalen Bedingungen kämpfen mußten, ohne daß sie sich – unter Berufung auf die Niedertracht des Gegners – dessen Methoden zu eigen gemacht haben. Daß dies der geringere Teil ist, daß die Mehrzahl der bolschewistischen Parteien und nationalen Befreiungsorganisationen nach der Devise verfahren ist, daß der Zweck die Mittel heilige und gegen den Feind alles erlaubt sei, wenn es nur der Sache dient, ist kein Gegenargument. Es ist dies eine politische Auseinandersetzung, die ihre historischen Bezugspunkte in der Pariser Kommune

Es gibt verschiedene unbestätigte Mutmaßungen, was der Grund für die Erschießung Albartus' war. Für möglich gehalten wurde die Ablehnung von Albartus' offen gelebten Homosexualität oder der Vorwurf, des Verrats (als Spitzel für das Ministerium für Staatssicherheit).

ebenso wie in der Oktoberrevolution oder im Spanischen Bürgerkrieg hat. Wo der Sieg zum Maßstab aller Dinge wird, werden nicht nur die besten, sondern auch die schlimmsten Kräfte frei.

Wer die Macht, koste es, was es wolle, erringen und sie um jeden Preis verteidigen will, untergräbt sie im selben Moment. Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommunisten jahrzehntelang gegenüber den „romantischen Verlierern“ aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. Daß sich hier auch eine Männerwelt austobt, daß es immer auch darum geht, obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie die Ansprüche von unten abzuschirmen, und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt, können und wollen wir nicht länger ignorieren. Weil wir dies gelernt haben und weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der der Komintern sehen, verwehren wir uns gegen alle beschönigenden Reden, die sich auf die Gesetze des Krieges berufen. Bestimmte Regeln sind möglicherweise andernorts erklärlich, aber sie verschaffen sich Geltung, weil dem eine bewußte politische Entscheidung vorausgeht. Wir können sie uns nicht nur nicht zueigen machen, weil wir unter anderen Bedingungen kämpfen, sondern weil sie in diametralem Gegensatz zu unseren eigenen Bestrebungen und Utopien stehen. Der Tod von Gerd macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keinerlei Vermittlung möglich ist.

Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt darüber entsetzen, wo sie uns selbst ereilt, ist eine Kritik, die wir uns gefallen lassen müssen. Wir haben keine Entschuldigung dafür. Erst der Tod von Gerd hat uns für das Ausmaß der Tragödie empfindsam gemacht, die es bedeutet, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet werden. Er war Anlaß, uns all der tausenden, bekannten und namenlosen GenossInnen zu erinnern, die ihr Leben gelassen oder gelitten haben, weil sie des Verrats beschuldigt wurden oder einfach nur zwischen die Mühlsteine eines innerorganisatorischen Machtstreits geraten waren. Ein Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt ist sein Tod jedoch nicht. Das Wissen um die Gewalt in den eigenen Reihen ist uns Grund zum Einhalt, zur Trauer, zur Verzweiflung, nicht aber eine willkommene Gelegenheit, um das Handtuch zu werfen und unseren Frieden mit den Verhältnissen zu schließen. Wer uns so versteht und meint, wir würden nun, wo es einen der unseren getroffen hat, in das Horn derer blasen, für die Terror schon immer ein normales Mittel des politischen Geschäfts war, befindet sich auf dem Irrweg. Die Selbstgefälligkeit und Heu-

chelei jener Bürger, die gerade jetzt genußvoll in den Wunden revolutionärer Bewegungen wühlen und sich darin überbieten, Spuren für ihren moralischen Verfall ausfindig zu machen, während sie geflissentlich übersehen, auf welchen Leichenbergen der von ihnen geschätzte westliche Wohlstand und das als Schlachtruf zu neuen Ehren gekommene System der Demokratie errichtet sind, stoßen uns lediglich ab.

Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab. Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben. Zur Disposition steht jenes leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat und unser politisches Denken stärker bestimmt, als uns oftmals bewußt ist. Der Rekurs auf die Geschichte kann die Schwierigkeiten, vor denen wir hier stehen, ebensowenig lösen wie der emphatische Bezug auf die weltweiten Kämpfe. Gerade weil revolutionäre Politik in einem Land wie der BRD so isoliert ist, muß sie sich immer wieder eines sozialen Ortes versichern, will sie mehr sein als der bloße Ausdruck der subjektiven Befindlichkeit ihrer Akteure oder der schwache Abglanz ideologischer Konstrukte. Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu bloßer Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehen, sondern an Forderungen orientierten, die ihren Ursprung in anderen Bedingungen haben, davon zeugt nicht zuletzt dieses Kapitel unserer Geschichte.

1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview gesagt: „Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den [...] viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder.“ Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklungen zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. Daß wir jahrelang zu Entebbe geschwiegen haben, lag nur in der Logik des Arguments. Zugleich war dieses Schweigen jedoch auch das beredete Eingeständnis, daß wir uns in eine Sackgasse manövriert hatten: Was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die anti-imperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist.



Gekürzte Fassung. Vollständiges Interview:
ca-ira.net/verein/positionen-und-texte/bruhn-who-are-the-anti-germans

Übersetzung aus dem Englischen durch antifa désaccord krefeld

Joachim Bruhn
2005

wer sind die anti-deutschen?

Interview von Stephen Cheng

Was war der „Kommunistische Bund“?

Ich glaube, es ist unmöglich zu verstehen, was der *KB* war, ohne den Maoismus zu verstehen – um genau zu sein: die mao-stalinistische Bewegung, die nach Chruschtschows Geheimrede von 1956 entstand. Von da an müssen wir drei verschiedene Fraktionen des Mao-Stalinismus unterscheiden: Erstens – Gruppen wie die illegale *KPD/ML* (Ernst Aust) oder die späte *KABD* (Willi Dickhut – heute *MLPD*); zweitens – Gruppen wie die *KPD/AO* („Aufbauorganisation“) oder der *KBW*, die aus bestimmten Fraktionen des *SDS* hervorgingen; drittens – der *KB*, eine Organisation, die von Mitgliedern des *SALZ* Hamburg, einem jungen Arbeitersozialzentrum (Ebermann / Trampert), gegründet wurde. Alles in allem waren diese Gruppen auf ihre eigene Art und Weise törichte Mao-Stalinisten: Die erste Gruppe war das Ergebnis einer Spaltung innerhalb des Kerns der illegalen Kommunistischen Partei. Historisch gesehen waren ihre Kader Leute, die den Kampf gegen den Hitlerfaschismus verloren hatten, ohne die Gründe für ihre Niederlage zu hinterfragen, insbesondere ohne über den Antisemitismus nachzudenken. Die zweite Fraktion waren ehrgeizige Akademiker, eine Fraktion, die – echte Kautskyianer – hoffte, ihre Zukunft auf der Lehre des Klassenkampfes aufzubauen. Die dritte Fraktion war zutiefst von der antiautoritären Revolte angesteckt, wollte aber die Revolte auf leninistische Art und Weise organisieren.

Alle diese Fraktionen des Mao-Stalinismus wollten die Interessen der Arbeiterklasse monopolisieren, indem sie sie zu ihrem eigenen Privateigentum machten. Sie alle wollten Kader produzieren. Die erste

Fraktion mit einer klassischen „Thälmann“-Haltung: dieses verdammte Zentralkomitee von kleinen Dimitroffs wollte alles entscheiden; die zweite Fraktion auf eine quasi wissenschaftliche Art: Der „wissenschaftliche Sozialismus“ muss als Geschenk der Intellektuellen den Arbeitern gebracht werden, die dritte Fraktion mit einer Politik, die ich „Movementismus“ nennen würde. Der *KB* war eine antidogmatische, dogmatische Gruppe. Um dies zu erklären, genügt es, sich daran zu erinnern, dass die deutsche Mao-Tse-Tung-Ausgabe in vier Bänden über den Pekinger Fremdsprachenverlag erschien. Die *KB* gab einen fünften Band in Eigenregie heraus, der einige nicht sakrosankte Schriften enthielt: Inhaltlich waren diese Schriften die gleiche alte Geschichte, aber formal war dies ein antiautoritärer Akt, den die anderen Mao-Stalinisten missbilligten – für mich unterstreicht diese kleine Episode das Wesen der *KB*: Diese Gruppe war mao-stalinistisch und antizionistisch wie die anderen, ihre Mitglieder waren Politiker wie die anderen. Sie waren Anhänger von Lenins „nationalem Selbstbestimmungsrecht“ (vor allem in Palästina) und rigide Gegner der Kritischen Theorie Adornos und der Staats- und Parlamentarismuskritik von Johannes Agnoli.

Andererseits war der *KB* die angenehmste mao-stalinistische Organisation. Diese Gruppe hatte – in den 70er-Jahren – starke Verbindungen zur spontanen antidogmatischen Linken; dennoch war der *KB* eine avantgardistische Organisation des Mao-Stalinismus inmitten der antidogmatischen Linken. Diese Genossen waren Vermittler, eine Tatsache, die für die Rekonstruktion der Ursprünge der grünen Partei von Bedeutung ist.

Nikita Chruschtschow (1894-1971) war von 1953 bis 1964 der Erste Sekretär der KPdSU. Nach dem Tod Josef Stalins leitete er mit seiner 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU gehaltenen „Geheimrede“ die Entstalinisierung der Sowjetunion ein.

Karl Kautsky (1854-1938) war ein österreichisch-tschechischer marxistischer Theoretiker und galt als Vermittler zwischen reformorientierter SPD-Partei und der radikalen Linken.

Georgi Dimitroff (1882-1949) war ein bulgarischer Politiker der Bulgarischen Kommunistischen Partei und Begründer der Dimitroff-These.

Wie wurde die Gruppe K im Kommunistischen Bund zu einem Vorläufer der antideutschen Strömungen?

Ich weiß es nicht. Zunächst hoffte ich, dass diese Wendung eine Entwicklung von der antiautoritärsten Gruppe, die in den Kader der marxistisch-leninistischen Politik eingebettet war, hin zu einer antidogmatischen, materialistischen und „adornitischen“ Sicht der Dinge bedeuten würde. Jahrelang habe ich diese Hoffnung für real gehalten, aber jetzt befürchte ich, dass die Politikverdrossenheit einiger Genossen, insbesondere von Justus Wertmüller, die kritische Subversion in Deutschland erdrückt. Heute glaube ich: Einmal KB, immer KB – die K-Gruppen-Sozialisation hat einen besonderen Typus und Charakter von Militanten hervorgebracht, deren gesellschaftliche Bestimmung in der Vermittlung, nicht in der Subversion liegt, deren Utopie es ist, die Volksfront zu schaffen, früher gegen den Faschismus, heute zur Rettung Israels. Das Problem ist, dass es unmöglich ist, fortschrittliche Liberale zu finden, mit denen man zusammenarbeiten kann, weil Liberale in Deutschland keinen politischen Einfluss haben und nie hatten, nicht heute und nicht in den 30er-Jahren. Die Spaltung des KB war vergeblich, und die Redaktion der *Bahamas* ist in Wirklichkeit die letzte funktionierende Ortsgruppe der ehemaligen Ebermann/Trampert'schen Arbeitervorhut.

Wie ist die ISF entstanden?

Die Gründungsgruppe des ISF (*Initiative Sozialistisches Forum*) gehörte 1981 dem *Sozialistischen Büro* (SB) an, das seiner Freiburger Ortsgruppe angehörte; später kamen einige Genossen aus der trotzkistischen Organisation (GIM – *Gruppe Internationale Marxisten*) und einige gewaltfreie Anarchisten (GAF – *Gewaltfreie Aktion Freiburg*) hinzu. Die SB (*Sozialistisches Büro*) wurde 1968 gegründet, gegen (Mao-) Stalinismus, Sozialdemokratismus, Antisemitismus, Antizionismus, die RAF usw. Die Zeitschrift der SB – *Links. Sozialistische Zeitung* – existierte bis 1994. Zur SB gehörten Leute wie Detlev Claussen, Micha Brumlik und (!) Rudi Dutschke.

Für mich – geboren 1955 in einer kleinen, aber sehr bürgerlichen Stadt, gut erzogen durch die Jugendzentrumsbewegung, später organisiert in der KPD/AO und engagiert im antimilitaristischen Kampf – fand meine persönliche Erleuchtung statt, als ich 1975 mit der SB in Kontakt kam: Da war es: das Erbe der Frankfurter Schule. In der ML-Bewegung waren Adorno & Co. unbekannt und niemand hatte etwas von Hans-Jürgen Krahl gelesen, und die Rätekommunisten gab es nicht; und Ideologie galt als Manipulation, und Alfred Sohn-Rethel gab es nicht; und Freud war ein gewöhnlicher weißer männlicher eurozentrischer Spießer und die PLO war die Zentrale der Weltrevolution.

Dann änderten sich die Dinge. Der deutsche Faschismus wurde nicht mehr im Sinne von Dimitroffs These verstanden, sondern unter dem Begriff Nationalsozialismus. Wir lasen Günter Anders *Antiquiertheit des Menschen*, um uns selbst zu provozieren, wir studierten die Kritik der politischen Ökonomie mit ein wenig Hilfe von Hans-Georg Backhaus, und wir lernten unsere Lektion in Staats- und Politikkritik durch die Schriften von Johannes Agnoli (sie alle wurden später Autoren unseres *ça ira*-Verlages).

Wir bereiteten uns durch Versuch und Irrtum auf die 80er-Jahre vor. Erstens: der Gründungsprozess der grünen Partei, zweitens: die alternative (und esoterische) Bewegung, drittens: die erste Friedensbewegung 1982/83, viertens: die Hausbesetzerbewegung und die nicht-proletarische autonome Bewegung, fünftens (in den späten 80er-Jahren): die Krise und der Zusammenbruch des Stalinismus, den wir als eine Form des Staatskapitalismus analysierten. 1981 verließen wir die SB, als diese Gruppe sich nicht entscheiden konnte, ob sie an der Gründung der grünen Partei teilnehmen sollte oder nicht. Wir hielten an der These von Agnoli fest, während Joachim Hirsch, ein anderer wichtiger Theoretiker der SB, eine Theorie des „radikalen Reformismus“ entwickelte, die eine Form des linken Parlamentarismus legitimierte. Genau zu diesem Zeitpunkt begann Wolfgang Pohrt zu publizieren. Das war die zweite Erleuchtung: Der Nachweis, dass kritische Theorie kein akademisches Unternehmen ist, sondern in der Tradition des ursprünglichen Marxschen Kritikbegriffs betrieben werden muss: Denunziation, Polemik – *verum est index sui et falsum*, Sprichwort von Spinoza, bevorzugt und oft zitiert von Adorno. Hans-Jürgen Krahl erklärte, Kritik sei die theoretische Vorwegnahme der Revolution, und Pohrt, ein ehemaliges Mitglied des SDS Frankfurt, unterstützte diese Auffassung. Wir versuchten, in ihre Fußstapfen zu treten und ahmten diese Form der Kritik nach, und in den späten 80er-Jahren beschäftigten wir uns mit der Kritik am bewaffneten Kampf der RAF und der Kritik am Abdriften der politischen Linken in den Antizionismus. Der Antisemitismus – von der gesamten deutschen Linken mit ihrem Begriff des Nationalsozialismus an den Rand gedrängt – rückte in den Mittelpunkt unserer kritischen Bemühungen.

Die deutsche Wiedervereinigung veränderte alles. 1983 gründeten wir den *ça ira*-Verlag, um die Kontinuität des Linksradikalismus zu unterstützen, d. h.: der Vernichtung des Leninismus, Stalinismus etc. pp. als Barrikaden gegen die Revolution Vorschub zu leisten. Unsere Kritik am Antisemitismus/Antizionismus folgte den gleichen Absichten. Nun wurde Deutschland aus einer neuen Perspektive zu unserem Problem. Unsere erste Hinwendung zur „antideutschen“ Kritik war die Kritik an der deutschen Wiedervereinigung, aber wir begannen auch einige Aktionen in Solidarität mit der anarchistischen Opposition in der DDR im Januar 1990.

adornitisch = Adjektiv zur Beschreibung des Denkens von Theodor W. Adorno.

Die Frankfurter Schule ging aus dem Institut für Sozialforschung (IfS) in Frankfurt am Main hervor. Sie umfasst eine Gruppe von Philosophen und Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen, die als Begründer und/oder Vertreter der Kritischen Theorie begriffen werden. Gegenstand dieser ist die ideologiekritische Analyse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, das heißt: die Aufdeckung ihrer Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen und die Hinterfragung ihrer Ideologien mit dem Ziel einer vernünftigen Gesellschaft mündiger Menschen.

ML = Der Marxismus-Leninismus war die offizielle Staatsdoktrin der Sowjetunion.

In der Dimitroff-These wird der Faschismus als „terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ definiert. Dimitroff zieht die Schlussfolgerung, dass „bürgerliche Demokratie“ und Faschismus zwei verschiedene Ausprägungen des Kapitalismus seien, diese Herrschaftsformen also auf der gleichen ökonomischen Basis beruhen würden.

Einigen Quellen zufolge haben ISF-Autoren und -Redakteure die Bahamas „dominiert“. Wie kam es dazu, wenn man davon ausgeht, dass es überhaupt wahr ist?

Ich glaube nicht, denn die ISF (eine Gruppe von nur fünf bis acht Genossen) – um die Jahrhundertwende mit der Redaktion von *Kritik & Krise* und der Leitung des *ca in a*-Verlags sowie der Organisation lokaler Antipolitik überfordert – bot an, eine gemeinsame Redaktion zu gründen, aber die *Gruppe K* war auf den esoterischen Namen ihrer Zeitschrift fixiert und lehnte deshalb unser Angebot ab. Später gab es viel Zusammenarbeit, gemeinsame politische Interventionen und persönliche Freundschaft – aber der Lokalismus der Berliner Gruppe war zu stark, um eine gemeinsame Organisation aufzubauen. Um es noch einmal zusammenzufassen: Die ISF hat die *Bahamas* nie dominiert, aber beide Gruppen wurden lange Zeit als „Zentrum der antideutschen Ideologieproduktion“ denunziert. Nach einigen Konferenzen – 1999 in Berlin, 2002 in Freiburg („Wert, Kapital, Kritik“) und Berlin („Israel ist unsere Sache“) – war damit Schluss, als die Berliner Gruppe die nationale antideutsche Koordination zerstörte und den Volksfront-Politikansatz erneuerte.

Wie würde die ISF ihre eigenen politischen Ansichten, Sympathien oder ihre Ideologie beschreiben?

Siehe oben: „Wie hat die ISF Gestalt angenommen?“ Festzuhalten bleibt, dass die ISF – beeinflusst von Alfred Sohn-Rethels Kritik am Zusammenhang von Wert- und Denkform – eine besondere Kritik an den linken Intellektuellen entwickelt hat (z. B. unser Buch *Der Theoretiker ist der Wert* von 2001 gegen Robert Kurz und die *Krisis*-Gruppe). Diese Kritik basiert auf der gesellschaftlichen Spaltung zwischen dem funktionalen und dem phänomenologischen Status der Dinge, d. h. zwischen Tauschwert und Gebrauchswert, die die gesamten Axiome der Philosophie und des Denkens im Allgemeinen ausmacht, insbesondere die Spaltung zwischen Sein/Existenz/Funktion und Erscheinung/Phänomen. Die soziale Praxis der Intellektuellen als Theoretiker besteht darin, zwischen den Polen dieser Antinomie zu vermitteln – in der Perspektive der ISF liegt hier die eigentliche Quelle der Ideologie, und die „historische Mission“ unserer Gruppe besteht in der Umwandlung der Intellektuellen in Kritiker. Für uns hängt innerhalb der Sozialphilosophie alles von einer reflektierten Lesart des Marxschen *Kapitals* ab, die – erstens – aus einem anti-ontologischen Begriff der sozialen Synthese besteht: Das Kapital ist nicht die Hauptform der Selbstentfremdung der Arbeit, Marx

»Die ‚historische Mission‘ unserer Gruppe besteht in der Umwandlung der Intellektuellen in Kritiker.«

ist nicht der Theoretiker der Arbeiterbewegung: die Gesellschaft wird als negatives, sich selbst bewegendes und sich selbst reproduzierendes Subjekt durch den Wert erzeugt. Darin besteht unser Gegensatz zur leninistischen, sozialdemokratischen, operaistischen und postmodernen Ideologie. Zweitens: Dieser Begriff des Wertes schließt den Begriff der Ideologie und der Politik ein. Sie sind ko-konstitutiv, keine „Überstrukturen“. Nicht zuletzt führt uns dieser Begriff des Staates zu einer besonderen Kritik des Antisemitismus und des Antizionismus. Unsere These zu Israel, die erstmals 1990 als Ergänzung zu *Kritik & Krise* veröffentlicht wurde, ist inzwischen als Buch erschienen, das, bereits in der 6. oder 7. Auflage, zu einer der Hauptschriften der kommunistischen Solidarität mit Israel geworden ist.

Wie kam die Kampagne „Nie Wieder Deutschland“ zustande? Welche Gruppen und Einzelpersonen waren daran beteiligt? Wie viele von ihnen können mit Fug und Recht als antideutsch bezeichnet werden?

In Frankfurt waren 20.000 Militante auf der Straße. Ich schätze, dass die Hälfte von ihnen das schwarz-rot-goldene Banner des besseren Deutschlands („Neues Deutschland“) im Osten trug.

Die absolute Mehrheit waren gewöhnliche Linke, d. h. Leute ohne jegliche Kritik am Staatskapitalismus, Leninismus etc. pp, die für das fragwürdige Recht auf nationale Selbstbestimmung schrien, aber diese ostdeutschen Manifestationen à la „Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr“ hassten. Sie blieben der Nation verhaftet; sie waren geblendet von der Form der Nation. Dies war ein Selbstwiderspruch, der sie lähmte: Diese Demonstration war zugleich der letzte Karneval des Dogmatismus – so viele DKP-, KPD/ML-, MLPD- und andere stalinistische Mumien habe ich seit vielen Jahren nicht mehr gesehen. Wussten Sie, dass das Symbol der offiziellen kommunistischen Partei, der DKP, die deutsche Flagge war? Es war wirklich eine „D „KP.

(Nebenbei bemerkt: Lassen Sie mich eine kleine Geschichte erzählen, um den Prozentsatz der antideutschen Kommunisten auf dieser Kundgebung zu verdeutlichen: Anfang 1990 veröffentlichten wir eine Nummer unserer *Kritik & Krise* mit dem Titel: *Nie wieder Deutschland*. Daraufhin lud mich eine linke „antidogmatische“ Studentengruppe (*Linke Liste*) der Frankfurter Universität ein, auf der Abschlusskundgebung auf dem Römerplatz eine Rede zu halten, unter der Bedingung, dass ich meine Rede am Vortag einem Kader dieser Gruppe – Andreas Fanizadeh, später bekannt als Mitglied der Redaktion von *Die Beute*,

Zusammenhang von Wert- und Denkform: siehe „Verdinglichung“ auf S. 36.

Die Ontologie bezieht sich auf die Studie des Seins und der Existenz und sucht nach den grundlegenden Prinzipien und Strukturen der Realität. Aus marxistisch-materialistischer Perspektive wird die Ontologie oft als abstrakt und idealistisch angesehen, da sie nicht die materiellen Bedingungen berücksichtigt.

(Selbst)entfremdung beschreibt einen Prozess, in dem Individuen aufgrund der kapitalistischen Produktionsweise und gesellschaftlichen Verhältnisse ihre eigenen menschlichen Eigenschaften, Fähigkeiten und Produkte entfremden oder ihrer entfremdet werden.

Als Postmoderne versteht man eine kulturelle, intellektuelle und soziale Strömung, welche die Relativität von Wahrheit betont. Im Kern hinterfragt sie die Vorstellung eines (linearen) historischen Fortschritts, was zwar zu einem kritischen Diskurs über Macht, Identität und Wissen führen kann, im radikalen Relativismus jedoch dazu neigt, objektive Wahrheit gänzlich zu unterminieren und die Möglichkeit auf individuelle und gesellschaftliche Emanzipation zu verneinen.

»Für uns ist die aktive Solidarität mit Israel ohne eine materialistische Kritik der deutschen und kapitalistischen Gesellschaft nicht denkbar. Deshalb wenden wir uns gegen die Versuche, die Solidaritätsbewegung mit Israel in eine ‚Völkerfreundschaft‘ umzuwandeln, wie sie z. B. von der ‚Deutsch-Israelischen Gesellschaft‘ organisiert wird.«

einer echten Foucaultschen Zeitschrift – vortragen musste. Meine These war, dass die antideutsche Linke allen antizionistischen Tendenzen entgegenzutreten müsse, und ich entwickelte das mit einem Überblick über diese Gruppen im Rhein-Main-Gebiet. Fani-zadeh zensierte diese Untersuchung und ich konnte meine Rede nicht halten, weil er argumentierte: Wir müssen den Hauptfeind bekämpfen, und meine Kritik würde nur zu Spaltung und unnützer Polemik führen.)

Wie war Jürgen Elsässer mit den antideutschen Strömungen verbunden? Was hat ihn dazu bewogen, sein Engagement zu beenden? Was sind seine heutigen Ansichten?

Ich kannte ihn seit seinem Studium in Freiburg in den frühen 80er-Jahren, seit der Hausbesetzerbewegung und seiner Präsenz in der örtlichen KB-Gruppe. Er war – und ist – ein leninistisches Chamäleon, dessen Gedanken um die Vermittlung zwischen sozialer und nationaler Befreiung kreisen. Er teilt das gleiche Schicksal mit Justus Wertmüller, auch wenn sie sich in ihrer Artikulation und Perspektive unterscheiden. Elsässer war Pro-Zionist, bis er meinte, der Zionismus müsse die Synthese von nationaler und sozialer Befreiung der Juden sein, insofern die Juden seinen linken Leninismus befriedigen müssten, aber Scharon enttäuschte ihn. Sohn-Rethels Rekonstruktion des Verhältnisses von Wertform und Denkform, d. h. des Begriffs der materialistischen Kritik, war ihm nie bewusst. Er wollte immer ein origineller Denker sein, autonom und inmitten und auf der Achse der Mediation. Seine Sozialutopie ist die gleiche wie die von Wertmüller, aber Elsässer ist viel skrupelloser. Seine tatsächliche politische Position ist eine eigenwillige Form des Nationalbolschewismus, in Zukunft wird er sich zwischen einem der Strasser-Brüder entscheiden müssen.

Wann, wie und warum hat sich eine reaktive Position gegen Antisemitismus in eine aktive Pro-Israel-Haltung gewandelt?

Bitte erklären Sie mir, warum eine „Position gegen Antisemitismus“ „reaktiv“ sein sollte? Die erste Kritik des ISF am Antisemitismus in den späten 80er-Jahren war gleichzeitig eine Kritik am Antizionismus. Nach der Lektüre von Moishe Postones

grundlegendem Essay – der 2005 von *ça ira* neu aufgelegt wurde – betrachteten wir den Antisemitismus und die Massenvernichtung der Juden als Schlüssel zu jeder Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft, kritisierten Postone aber auch für sein mangelndes Verständ-

nis des Staatsbegriffs. Wir veröffentlichten die gesammelten Schriften von Johannes Agnoli (*Kritik des Staates und der Politik*), für den die Politik ein Teil der „Basis“ und nicht – in der traditionellen Sichtweise – ein „Überbau“ ist. Deshalb argumentieren wir, dass Antisemitismus nicht ohne Antizionismus existieren kann – seit dem ersten Aufkommen des eliminatorischen Antisemitismus in Deutschland (siehe Hitlers Rede 1920 im Münchner *Bürgerbräu*) war Antisemitismus auch Antizionismus. Während der Antisemitismus auf dem Phantasma des unproduktiven Juden beruht, basiert der Antizionismus auf dem Phantasma der Juden als einer Nation, die nicht in der Lage ist, einen gut organisierten Staat („Volksstaat“) zu gründen. Hitler entwickelte diese Ideologie gleichzeitig mit den geopolitischen Aspekten der nazifaschistischen Bewegung – dem zukünftigen Bündnis mit den Arabern gegen die Briten und die Juden in Palästina.

Unsere „aktive Pro-Israel-Haltung“ ist das Ergebnis all dessen und ist in unserer Broschüre *Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Israel und die linksdeutsche Ideologie*, erstmals erschienen 1990, zuletzt in einer überarbeiteten und erweiterten Auflage 2003 dokumentiert. Für uns ist die aktive Solidarität mit Israel ohne eine materialistische Kritik der deutschen und kapitalistischen Gesellschaft nicht denkbar. Deshalb wenden wir uns gegen die Versuche, die Solidaritätsbewegung mit Israel in eine „Völkerfreundschaft“ umzuwandeln, wie sie z. B. von der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft* organisiert wird (siehe dazu unser Flugblatt *Karl Marx, Israel und die Militanz der Vernunft* auf der ISF-Website), d. h. eine Art „Volksfront“ zu organisieren. Es ist schade, aber das ist die Tendenz seit dem *Bahamas*-Kongress im Juni 2003 in Berlin, wo sie Redner wie Hannes Stein (ein Redakteur der Springer-Zeitschrift *Die Welt*) und einen der Organisatoren der Frankfurter Gruppe *Honestly Concerned* (eine aktive Pro-Israel-Lobby, die gegenüber Israel wie eine *Amnesty International* für Juden agiert) eingeladen haben.

Wie haben sich die antideutschen Strömungen seit ihren post-kommunistischen Bund/Gruppe K-Ursprüngen entwickelt?

Lassen Sie mich sagen, dass fünfzehn Jahre eine sehr lange Zeit sind (!). Heute gibt es keine Stadt und kaum eine größere Stadt, in der sich nicht irgendeine

Michelle Foucault (1926-1984) war ein französischer Philosoph, der eine historische Methode zur Erforschung gesellschaftlicher Diskurse erarbeitete. Foucault entwickelte einige Schlüsselideen, die später von postmodernen Theoretiker:innen aufgegriffen wurden; die Zuordnung Foucaults zur Postmoderne bleibt jedoch umstritten.

Jürgen Elsässers (*1957) publizistisch-aktivistische Laufbahn begann als Journalist innerhalb der deutschen Linken. Von 1975 bis 2008 war er Autor, Redakteur und Mitheerausgeber verschiedener Printmedien wie „Arbeiterkampf“, „Bahamas“, „Jungle World“, „junge Welt“, „konkret“ und „Neues Deutschland“. Seit der Finanzkrise 2008 tritt er offen als antisemitischer Rechtspopulist in Erscheinung, verlegt das verschwörungstheoretische und geschichtsrevisionistische „Compact“-Magazin und ist eng mit dem völkisch-identitären „Institut für Staatspolitik“ verbunden.

Ariel Scharon (1928-2014) war von 2001 bis 2006 Ministerpräsident Israels.

Gregor (1892-1934) und Otto Strasser (1897-1974) waren NSDAP-Politiker vor der Machtergreifung der Nazis.

»Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Antideutschen ihr subversives Potential verlieren und sich zu einer Fraktion einer neuen linken Staatspolitik entwickeln.«

Gruppe als „antideutsch“, „antideutsch-kommunistisch“ und so weiter bezeichnet. Es gibt eine Vielzahl von Websites und Print-Zeitschriften, vor allem im Ruhrgebiet mit einer starken Gruppe von jungen Arbeitern und engagierten Autodidakten. Das ist ein unbestreitbarer Fortschritt. Andererseits hat diese Bewegung ihren Fokus auf die Aufgabe, Ideologiekritik zu üben, und damit ihre aufklärerische Kraft verloren. In gewissem Sinne ist diese Bewegung zu einem Diener der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft* geworden. Es gibt eine Tendenz, das Ziel einer weltweiten staaten- und klassenlosen Gesellschaft durch eine Art demokratischer Politik zu ersetzen. Wenn man sich zum Beispiel die Rede von Matthias Küntzel im Januar 2007 in Berlin ansieht: „Deutschland muss sich entscheiden“ – vor zehn Jahren wäre eine solche Beschwörung unter schallendem Gelächter begraben worden. Ein anderes Beispiel ist Wertmüllers Rede in Frankfurt im Juni 2006: „Unter bestimmten Umständen ist es legitim, die deutsche Flagge zu zeigen“ – so auch hier. Mein Urteil bleibt also zwiespältig.

Was die ISF betrifft, so sind wir immer noch fünf bis acht Genossen, wir organisieren immer noch zweimal im Monat öffentliche Diskussionen und es gelingt uns, viele Bücher zu produzieren und zu verbreiten. Die allgemeine Perspektive hängt von den antideutschen Reaktionen auf den nächsten Konflikt in der internationalen Politik gegenüber Israel ab: die Iran-Affäre. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Antideutschen ihr subversives Potential verlieren und sich zu einer Fraktion einer neuen linken Staatspolitik entwickeln.

Ein Interviewpartner bezeichnete den „frühen“ Antideutschen als eine scheinbar vorübergehende „Selbstkritik“, bei der die Opposition gegen den deutschen Nationalismus Vorrang vor dem Klassenkampf hatte. Wie konnte aus einer scheinbaren Korrekturmaßnahme einiger deutscher linker Strömungen eine spezifische Form antideutscher Ideologie entstehen?

Ich verstehe Ihre Frage nicht. In der Tradition der Kritischen Theorie beschäftigte sich die ISF mit einer wirklich neuen Auffassung der kapitalistischen Gesellschaft, die in sich selbst die barbarische Kraft trägt, die nach dem „Schwarzen Freitag“ zum Nationalsozialismus führte. Um es klar zu sagen: Adornos Kritische Theorie war für mich nie „Selbstkritik“ der deutschen Linken, sondern Materialismus aus gesellschaftlicher Notwendigkeit. Der „Klassenkampf“ wurde durch die reale Subsumtion der Arbeit unter

das Kapital zerstört und wurde auch durch den Nationalsozialismus zerstört. Die transzendierende Kraft der Negation innerhalb der Arbeiterbewegung war zu Ende und die Arbeiterklasse Teil des übergreifenden Kollektivs der Massenmörder geworden. „Linker“ zu sein, bedeutet nicht mehr, sich am sogenannten Klassenkampf zu beteiligen, der sich – siehe die Analyse der frühen Operaisten – in einen Motor der Selbstreproduktion des Kapitals verwandelt hat.

Was Sie als „antideutsche Ideologie“ (Robert Kurz) bezeichnen, ist ein Verhalten, das aus der Unfähigkeit resultiert, die ganze Negativität, die die Kritische Theorie hervorbringt, zu ertragen: das Bedürfnis nach Ontologisierung und positivem Denken ist zu stark. Und ich verstehe Ihre Frage noch aus einem anderen Grund nicht. Sie schrieben „deutscher Nationalismus“ – aber so etwas gibt es nicht. „Nationalismus“ ist keine Sache der Politik. In Deutschland sind Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus das eigentliche Wesen des Staates, das „Wesen“ der politischen Souveränität. Dieser Staat ist das „positive“ Ergebnis des Massenmordes, und er verkörpert dies in all seinen Strukturen – siehe Gerhard Scheit: *Die Meister der Krise*, ça ira 2001 und auch mein Buch, *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation*. Dieser Staat ist nicht zu verstaatlichen oder zu demokratisieren, sondern abzuschaffen.

Seit wann ist der Begriff des Klassenkampfes bei den Antideutschen in den Hintergrund getreten?

Leo Löwenthal, ein Genosse von Theodor W. Adorno, wurde einmal die gleiche Frage gestellt. Er antwortete: Nicht ich bin ein Verräter der Arbeiterklasse, sondern die Arbeiterklasse hat mich verraten und die Revolution auch. Für mich ist das zentrale Thema der „Antideutschen“, wie man Revolution in einem gesellschaftlichen Zustand denken kann, in dem die Arbeiterklasse ihr eigenes, genuines früheres Telos aufgegeben hat. Das (symbolische) Datum dieses Verrats scheint mir der 20. Januar 1942 zu sein, der Tag der Wannseekonferenz – ein Tag, an dem die ultimative Notwendigkeit der Weltrevolution der Arbeiter mit der totalen Abwesenheit der Arbeiterklasse zusammenfiel, was ihre totale Integration in das System der „Volksgemeinschaft“ anzeigt. Am 20. Januar änderte sich der Begriff der Klasse und des Klassenkampfes endgültig. Seitdem ist der Klassenkampf eine Ideologie – siehe den Aufsatz von Theodor W. Adorno: *Reflexionen zur Klassentheorie*, geschrieben 1942.

Ideologie als das „notwendig falsche Bewusstsein“ (Adorno) ist nicht nur das Resultat der politisch-ökonomischen Bedingungen, sondern gleichermaßen mitverantwortlich für seine Aufrechterhaltung. Ideologiekritik meint die Aufdeckung ideologischer Motive und deren Ursachen, die mit der Kritik der politischen Ökonomie einhergeht.

Matthias Küntzel (*1955) ist ein deutscher Politikwissenschaftler, der von 1991 bis 1995 Redaktionsmitglied bei der „Bahamas“ war. 2002 veröffentlichte er sein Buch „Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg“ im Ça ira Verlag.

Der 25. Oktober 1929 („Schwarzer Freitag“) gilt als einschneidender Tag für die Weltwirtschaftskrise.

Die Wannseekonferenz war eine geheime Besprechung mehrerer Nationalsozialisten am 20. Januar 1942 mit dem Ziel, die Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung Europas zur Vernichtung in den Osten zu organisieren.

Wie viele Antideutsche haben begonnen, sich eine scheinbar radikale Form des klassischen Liberalismus zu eigen zu machen? Was hat sie zu dieser Entwicklung geführt?

Es gibt keine Umfrage und ich habe auch keine Umfrage gemacht, aber ich denke, der Grund ist ein völliger Mangel an materialistischem (nicht: marxistischem) Denken und Wissen. Deshalb wurde die Dialektik zwischen Liberalismus und autoritärem Staat außer Kraft gesetzt – siehe Herbert Marcuse: *Der Kampf gegen den Liberalismus in der autoritären Staatsauffassung* (1934), siehe auch Adornos Aphorismus, dass kein anderer Bourgeois auf die dunkle Seite des Liberalismus hingewiesen hat wie Hitler (1944).

Eine Berliner Gruppe namens *Freunde der offenen Gesellschaft* (Popper) rekrutiert sich aus ehemaligen Mitgliedern der *Bahamas* und der *Antideutschen Kommunisten Berlin* – diese Gruppe hat die antideutsche Kritik in einen neuen Antitotalitarismus verwandelt. Ich denke, es ist das gesellschaftliche Schicksal linker Intellektueller, mit allen Mitteln originell, kreativ und avantgardistisch zu sein. Ich kenne einige Leute, die früher fanatische Vegetarier mit einem starken wahnsinnigen Antrieb waren, aber sie haben immer ihre akademische Orientierung behalten. Ich denke also, dass es notwendig ist, die soziale Struktur der Antideutschen zu untersuchen, um eine tiefgreifende Selbstkritik an dieser Tendenz zu entwickeln. Dazu gehört sicher auch – wie Horst Pankow, ein ehemaliges Mitglied der *Bahamas*, vor drei Jahren feststellte – die von den *Bahamas*-Mitarbeitern eingeleitete Wende von der radikalen Aufklärung zur politischen Propaganda. In letzter Konsequenz kann ich mir nicht vorstellen, dass das Gehirn, das die Frankfurter Schule anprangert, sich der ideologischen Mittel von Hayek und Co. bedient.

Stimmt es, dass eine linke Pro-Israel-Position, ob moderat oder hardline, nicht nur auf die antideutschen Strömungen beschränkt ist? Wenn ja, ist dies eine Folge des Einflusses der antideutschen Kritik?

Nein. Im Oktober 2006 erklärte Angela Merkel, dass die Existenz Israels zum Kern der deutschen „Staatsräson“ gehört. Dieser Standpunkt bedeutet, dass das neue Deutschland die Juden als klassische „Schutzjuden“ betrachtet und versucht, einen Deal zu machen, um sie zu funktionalisieren. Dies wird seit Jahrzehnten von der

DIG (*Deutsch-Israelische Gesellschaft*) vorbereitet, die ein sehr starker ideologischer Staatsapparat ist (Althusser). Völlig dem Staatsfetischismus verhaftet – alle Bundestagsparteien sind in ihrem Vorstand vertreten – vertritt die DIG die geopolitischen Bestrebungen Deutschlands in Bezug auf den Nahen Osten mit besonderem Augenmerk auf Israel, während die *Deutsch-Arabische Gesellschaft* (ehemaliger Präsident: Jürgen Möllemann) das Gleiche in Bezug auf die Muslime vertritt. Einige antideutsche Aktivistinnen, wie z. B. Matthias Küntzel, engagieren sich in diesen DIG-Strukturen und finden dort ein großes Publikum – aber diese Antideutschen argumentieren nicht materialistisch.

Haben sich einige antideutsche Strömungen auf den politischen Mainstream zubewegt?

Ja, absolut. Es gibt Fraktionen, deren Politikertum ihre Kapital- und Staatskritik überlagert hat. Ich glaube, dass dieses Phänomen das Ergebnis ihrer früheren Zugehörigkeit zum KB ist: Von Ebermann/Trampert/Elsässer mit Liebe. Justus Wertmüller hatte sein persönliches Coming-out schließlich auf der Frankfurter Kundgebung im Juli 2006, als er die Bedingungen definierte, wann man Deutschlandfahnen zeigen darf und wann nicht. Für sie muss Kommunismus in Politik münden, nicht: Antipolitik, Interessenbündelung ist ihr Ziel und Heil. Die Einladung des außenpolitischen Sprechers der CDU-Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden, zur Berliner Kundgebung setzt eine fatale Entwicklung fort, die im Juni 2003 mit der Einladung von Hannes Stein, Herausgeber der *Springer-Welt*, zu einem *Bahamas*-Kongress in Berlin begann. Dieses Datum markiert die Scheidung der „antideutschen“ Bewegung. Früher war „antideutsch“ die Konsequenz aus dem Kommunismus („antideutsche Kommunisten“) – nun hielt der Vertreter und Sprecher der „Bahamas“ auf der Berliner Veranstaltung, Thomas von der Osten-Sacken, eine Rede auf einem Kongress gegen totalitäre Utopien, organisiert von den *Freunden der offenen Gesellschaft* und der *Friedrich A. Hayek-Stiftung*. Kennen Sie Hayeks Buch *Der Weg zur Knechtschaft* (1947)? Es ist eigentlich ein Milton Friedman-Manifest. Hayek ist der wahre Jesus des Ultra-Kapitalismus. Wie hat Johannes Agnoli gesagt? Die Politik ist stärker als der Mensch.

Karl Popper (1902-1994) war liberaler Philosoph und Begründer des Kritischen Rationalismus. In seinem Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ sah er vom Faschismus wie vom Kommunismus eine gleichermaßen totalitäre Gefahr für die offene Gesellschaft ausgehend.

Friedrich August von Hayek (1889-1992) und Milton Friedman (1912-2006) gelten als die relevantesten neoliberalen Theoretiker.

»Im Oktober 2006 erklärte Angela Merkel, dass die Existenz Israels zum Kern der deutschen ‚Staatsräson‘ gehört. Dieser Standpunkt bedeutet, dass das neue Deutschland die Juden als klassische ‚Schutzjuden‘ betrachtet«



Der Text „Reclaiming the word ,apartheid“ wurde 2017 durch das Kollektiv „Africans for Peace“ veröffentlicht. Die Erstveröffentlichung der deutschen Übersetzung (von Swetlana Hildebrandt) erfolgte in der Zeitschrift des „Informationszentrums 3. Welt“.
africansforpeace.com/reclaiming-word-apartheid
iz3w.org/artikel/apartheid-vorwurf-israel-suedafrika

**Nkululeko Nkosi
(Africans for Peace)
2007**

wir fordern das wort »apartheid« zurück!

**Warum die Gleichsetzung von Israel
mit dem rassistischen Südafrika falsch ist.**

Im August 2001 kam es im südafrikanischen Durban bei der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus zu hässlichen Szenen: Israelische und jüdische Delegierte waren heftigen Beschimpfungen durch andere KonferenzteilnehmerInnen ausgesetzt. Deren Begründung lautete, Israel sei ein rassistischer Apartheidstaat, dessen Angehörige nichts auf einer antirassistischen Konferenz verloren hätten. Die Gleichsetzung von Israel mit dem Apartheidstaat Südafrika findet bis heute weltweit große Resonanz, sie ist eine der zentralen Argumentationsfiguren des globalen BDS-Bündnisses (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen). Im Neuen Südafrika ist die radikale Ablehnung Israels sogar eine Mehrheitsposition, insbesondere im Umfeld des ANC (African National Congress).

Umso bemerkenswerter ist die Initiative Africans for Peace, die mittels der jüngst erschienenen Publikation „New Perspectives on Israel and Palestine“ eine Revision des antizionistischen Weltbildes anstrebt. Als „unabhängiges Kollektiv von Studierenden, DozentInnen und AktivistInnen“ wollen die Africans vor Peace Diskussionen um friedliche Konfliktlösungen vorantreiben und dabei afrikanische Sichtweisen einbringen. Einige ihrer Mitglieder reisten nach Israel und Palästina und reflektierten anschließend selbstkritisch ihre bisherigen Ansichten zu Israel. Wir dokumentie-

ren hier leicht gekürzt einen Beitrag aus der Publikation. ANC-Mitglied Nkululeko Nkosi weist darin den Apartheidvorwurf gegen Israel aus einer südafrikanischen Perspektive zurück.

Fast ein Jahrhundert lang bestimmte die Apartheid Südafrika durch die Institutionalisierung der Rassentrennung, sie war die Grundlage unseres politischen Systems. „Apartheid“ ist ein Wort aus dem Afrikaans und bedeutet „Getrenntheit“. Für unsere Eltern und Großeltern waren die Jahre der Apartheid eine Quelle für tief sitzende individuelle Traumata. Ihre Generationen waren gezwungen, in diesem teuflisch diskriminierenden System zu leben. Diejenigen, die im Post-Apartheid-Südafrika aufgewachsen sind, können dieses rassistische Erbe noch heute deutlich spüren.

Gerade deshalb, weil wir SüdafrikanerInnen genau wissen, was Apartheid bedeutete, haben wir die Pflicht zu hinterfragen, ob es ein angemessenes Wort ist, um den Israel-Palästina-Konflikt zu beschreiben. Das heißt im Klartext: Da niemand den Schmerz und die Schrecken der Apartheid besser kennt als wir, sind wir es, die der Welt signalisieren sollten, wann es angemessen ist, das Wort zur Beschreibung einer Situation zu verwenden – und wann nicht.

Realitäten der Apartheid in Südafrika

Apartheid bedeutete in Südafrika die Aufrechterhaltung von Rassismus als ein System von Gesetzen und Reglementierungen. Es war ein rechtliches Mittel der Weißen Minderheit, die sich auf weniger als zehn Prozent der Bevölkerung belief, ihre ökonomische und politische Überlegenheit zu stabilisieren. Zugleich wertete die Apartheid sowohl die Identität als auch die Würde der Schwarzen Bevölkerung herab: Schwarzen und anderen nicht-weißen Bevölkerungsgruppen wurden Landrechte, Wahlrecht, Redefreiheit und letztlich das Recht auf freie Selbstentfaltung vorenthalten.

Die Wurzeln der Apartheid reichen bis ins Jahr 1913 zurück, als der so genannte „Land Act“ verabschiedet wurde, drei Jahre nachdem die Buren und die britische Kolonialmacht die Unabhängigkeit Südafrikas vereinbart hatten. Nach diesem Gesetz wurde die Schwarze Bevölkerungsmehrheit gezwungen, ausschließlich in so genannten „Native Reserves“ zu leben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der Südafrika in eine tiefe ökonomische Krise gestürzt hatte, gewann die *National Party* die Parlamentswahlen (an der nur weiße WählerInnen teilnehmen durften) mit dem Versprechen, die Rassentrennung zu formalisieren und auszuweiten. Zum ersten Mal fiel nun das Wort „Apartheid“. Der designierte Premierminister Hendrik Verwoerd, aus dessen Feder die Apartheidgesetze stammen, äußerte dabei explizit, dass es darum ging, die an sich schon sehr starke Rassentrennung des Landes noch weiter zu forcieren: „Warum sollten die Bantu-Kinder (Schwarzen) in Mathematik unterrichtet werden, wenn sie diese niemals praktisch benutzen werden? Das ist doch absurd. Bildung sollte an die Chancen und die Lebensumstände eines Menschen angepasst werden.“ Für Verwoerd und andere RassistInnen gehörten Schwarze Menschen ganz „natürlich“ an den unteren Rand der sozialen Hierarchie.

In den folgenden Jahren wurde eine Reihe weiterer Gesetze verabschiedet, welche die Apartheid weiter verfestigten, etwa indem verhindert wurde, dass Weiße und Schwarze Menschen in den gleichen Gegenden leben durften. Darunter waren folgende Gesetze: Der *Population Registration Act* (1950) als Basis der Apartheid teilte die SüdafrikanerInnen in drei getrennte, ungleiche Gruppen ein: Weiße, Schwarze und Coloureds. Der *Prohibition of Mixed Marriages Act* (1949) verbot Ehen zwischen Menschen unterschiedlicher „Rassenzugehörigkeiten“. Der *Sexual Offences Act* (1957) untersagte sexuelle Kontakte zwischen Weißen und Schwarzen sowie Homosexu-

alität. Und laut dem *Suppression of Communism Act* (1950) zählte jegliche Form des Widerstandes gegen die Rassentrennung zum „Kommunismus“.

Diese Zusammenstellung von Apartheid-Gesetzen ist nur ein Auszug, jedoch wird deren repressives Wesen mehr als deutlich. Ihr primäres Ziel war es, die weiße Vorherrschaft im Land auszubauen, indem nicht-weißen Menschen grundlegende Menschenrechte verwehrt wurden. Es gab keine Schwarzen PolitikerInnen oder RichterInnen, folglich lag also die gesamte politische Macht in den Händen der Weißen. Als gesellschaftliches System war die Apartheid omnipräsent, sie erkannte weder Privatsphäre noch Individualität an. Sie und nicht persönliche Präferenzen bestimmten, wer mit wem in Verbindung stand, zusammenarbeitete, befreundet war oder eine Liebesbeziehung entwickelte. In diesem Sinne kann die Apartheid als eine Form des Totalitarismus interpretiert werden.

Was die Apartheid vor allem von den Schwarzen wollte, war ihre Arbeitskraft – so billig wie möglich. Dies beruhte auf Verwoerds Ansicht, dass Schwarze Menschen den Weißen unterlegen seien und wurde durch eine Bildungspolitik fortgeführt, die Schwarze am gesellschaftlichen Aufstieg hinderte. Durch den *Bantu Education Act* wurde der Unterricht für Schwarze SchülerInnen auf Afrikaans abgehalten – eine Sprache, die diese weder sprachen noch verstanden. Die meisten Schulen für Schwarze hatten weder sanitäre Anlagen noch Strom. An diesen Schulen wurde den SchülerInnen vermittelt, dass sie als Schwarze nichts Besseres in ihrem Leben zu erwarten hätten.

»Gerade deshalb, weil wir SüdafrikanerInnen genau wissen, was Apartheid bedeutete, haben wir die Pflicht zu hinterfragen, ob es ein angemessenes Wort ist, um den Israel-Palästina-Konflikt zu beschreiben.«

Selbstverständlich nahmen die Schwarzen diese Unterdrückung nicht einfach hin. Es gab viele Proteste und Aufstände gegen die Regierung und ihre Institutionen.

Der sicherlich bedeutendste fand am 16. Juni 1976 statt, als tausende SchülerInnen in Soweto, einem ausgedehnten Township bei Johannesburg, auf die Straße gingen, um gegen den zwangsverordneten Unterricht auf Afrikaans zu demonstrieren. Die Polizei ging hart gegen die Demonstrierenden vor. 600 Menschen wurden erschossen und mehr als 3000 verletzt, was landesweite Proteste und letzten Endes die Abschaffung der Apartheid gut zwanzig Jahre später nach sich zog.

Jedoch weitete die Regierung das Apartheidregime und die damit verbundenen Verfolgungen vor allem der kritischen Presse nach den ersten Aufständen in Soweto noch aus. So wurden etwa das *Drum Magazine* und *Daily Dispatch* verboten, nachdem diese eine Kampagne zum Mordfall des Anti-Apartheid-Aktivist Steve Biko lanciert hatten. Die Einschränkung

Steve Biko (1946-1977) gilt als Begründer der Black-Consciousness-Bewegung in Südafrika. Aufgrund seines politischen Aktivismus wurde Biko mehrfach verhaftet und schließlich so schwer gefoltert, dass er im Polizeigewahrsam verstarb.

der Pressefreiheit war ein verzweifelter Versuch des Apartheidregimes, kritische Stimmen sowohl für die BürgerInnen im eigenen Land als auch für die Öffentlichkeit im Ausland unhörbar zu machen.

Unhaltbare Vergleiche mit Israel

Schon seit über 50 Jahren wird Apartheid-Südafrika mit Israel verglichen. Ursprünglich geschah dies aber nicht durch Schwarze SüdafrikanerInnen oder PalästinenserInnen, sondern die UdSSR, die aus geopolitischen Gründen die arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen Israel rhetorisch unterstützen wollte. 1975 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, in der Zionismus mit Rassismus gleichgestellt wurde und dementsprechend Südafrika in einem Atemzug mit Israel genannt wird. Auch wenn diese Resolution 1991 wieder außer Kraft gesetzt wurde, ist dieser Vergleich nach wie vor präsent und wird durch Veranstaltungen weiter gepflegt, zum Beispiel mit der jährlich weltweit stattfindenden Israel-Apartheid-Woche.

Es ist allgemein bekannt, dass der Israel-Palästina-Konflikt vor allem religiöse und territoriale Dimensionen hat. Bei der Apartheid ging es vor allem um die Dominanz einer „Rasse“, nicht um Religion oder Nationalität. Im Gegensatz zur Apartheid haben arabische BürgerInnen Israels die gleichen Rechte und Freiheiten wie jüdische BürgerInnen. Bei meinem letzten Besuch in Israel konnte ich feststellen, dass die israelische Regierung anders als Südafrika nicht absichtlich versucht, bestimmte Gruppen voneinander zu isolieren. Während meines Besuchs habe ich intensiv mit PalästinenserInnen und Israelis gesprochen und diskutiert. Dabei stellte ich fest, dass sie alle ein sehr ausgeprägtes Bedürfnis haben, in Frieden Seite an Seite als NachbarInnen zu leben. Demgegenüber verachteten während der Apartheid die Weißen BürgerInnen Südafrikas die Schwarzen und tun es zum Teil bis heute.

Manche behaupten, dass zumindest der Vergleich der palästinensischen Autonomiegebiete mit den sogenannten südafrikanischen Bantustans funktioniere. Bantustans waren mehr oder minder autonome Gebiete für Schwarze, die vom Apartheidregime ge-

schaffen wurden. Allerdings sollten diese verarmten Landstriche nicht mit eigenständigen Staaten verwechselt werden. Trotz einiger struktureller Ähnlichkeiten hinkt der Vergleich aus mehreren Gründen. In den 1970ern lebten ungefähr vier Millionen Schwarze in den Bantustans. Die Regierung plante letzten Endes, alle Schwarzen des Landes dorthin anzusiedeln. Nichts annähernd Vergleichbares wurde je von der israelischen Regierung angedacht, die stets betont, dass sie die PalästinenserInnen nicht auf unbestimmte Zeit regieren möchte.

Außerdem waren die Verhältnisse in den Bantustans wesentlich schlechter als in den palästinensischen Autonomiegebieten, nicht zuletzt, weil ausländische Regierungen die Bantustans nicht anerkannten und somit auch nicht wirtschaftlich oder anderweitig unterstützten. Die palästinensischen Autonomiegebiete werden hingegen international als zukünftiger souveräner Staat anerkannt und haben dementsprechend internationale Hilfsgelder in Milliardenhöhe erhalten.

In Israel wird – anders als im Südafrika der Apartheid – die Wahrheit nicht unterdrückt. Für den Befreiungskampf war zentral, was der Welt von den zensierten Medien über die Verhältnisse in Südafrika mitgeteilt wurde. Die Antwort des Apartheidregimes war, die Pressefreiheit einzuschränken und jeglichen Dissens zu unterbinden. In Israel hingegen werden die Pressefreiheit und die Rechte von JournalistInnen verteidigt und geschützt. So unterstützte zum Beispiel der Oberste Gerichtshof in Israel die Journalistin Ilana Dayan, die in ihren investigativen Fernsehberichten einen ehemaligen Offizier belastete, der 2004 ein palästinensisches Mädchen umgebracht hatte. Seiner Klage wegen Rufmordes wurde nicht statt gegeben. Im Südafrika der Apartheid hätte es nie ein ähnliches Urteil zugunsten einer Journalistin gegeben. Im Gegenteil, das Presserecht enthielt eine Reihe von Verbots- und Einschüchterungsparagrafen, die auch angewandt wurden.

Im Gegensatz zu den Schwarzen während der Apartheid können die AraberInnen in Israel wählen, sie haben ihre eigenen RepräsentantInnen und InteressenvertreterInnen in politischen Debatten. 2015 gewann die von PalästinenserInnen dominierte

Die so genannte Israel Apartheid Week findet seit 2005 weltweit an 55 Universitäten statt, darunter Berlin, Stuttgart, Oxford, Cambridge sowie Soweto und Johannesburg. Organisiert wird die Woche meist von Palästina-Solidaritätsgruppen oder Unigruppen, die zum Boykott von Israel aufrufen.

»Im Gegensatz zu den Schwarzen während der Apartheid können die AraberInnen in Israel wählen, sie haben ihre eigenen RepräsentantInnen und InteressenvertreterInnen in politischen Debatten. 2015 gewann die von PalästinenserInnen dominierte Vereinte Liste 13 Sitze in der Knesset und ist somit drittstärkste Kraft im Land.«

»AraberInnen genießen in Israel mehr Freiheit als in Palästina, besonders dort, wo die Hamas Angst verbreitet. Genauso wie in Zeiten der Apartheid werden die Rechte der Frauen in Palästina nicht respektiert. Damals war die Verfügungsgewalt Schwarzer Frauen über ihr Eigentum an die Zustimmung eines Mannes geknüpft. Während der Apartheid stand Homosexualität unter Gefängnis- oder Geldstrafe; Israel war hingegen eines der ersten Länder, das die Rechte der gesamten LGBT-Community anerkannte.«

Vereinte Liste 13 Sitze in der Knesset und ist somit drittstärkste Kraft im Land. Diese Partei ist dafür bekannt, eine der schärfsten KritikerInnen der israelischen Regierung zu sein. Die israelische Politik lässt also Opposition und Kritik zu, ohne mit Verboten oder Gefängnis zu drohen.

Im Südafrika der Apartheid hatten Nichtweiße weder ein Wahlrecht noch eine gewählte politische Repräsentation. Im Gegensatz zu den BewohnerInnen der Bantustans haben die PalästinenserInnen ihre eigene unabhängige Regierung, die sie selbstverständlich selbst wählen. Im Südafrika der Apartheid wurden alle RepräsentantInnen der Nichtweißen von der Regierung in Pretoria ernannt und waren dieser Rechenschaft schuldig. Daher lautete eine der Hauptforderungen der Anti-Apartheid-Bewegung *one person, one vote*.

In Südafrika konnten Schwarze von Gleichberechtigung nicht einmal träumen. Die Apartheid war so engstirnig, dass es unvorstellbar gewesen wäre, dass ein Schwarzer Richter einen Fall bearbeitet, der auch eine Weiße Person betrifft. Ob Busse, Parks, öffentliche Toiletten oder Bänke, ihre Benutzung wurde durch Apartheidgesetze geregelt, die dafür sorgten, dass Weiße und Schwarze nicht die gleichen Orte nutzen konnten. Die Regierung hätte es verhindert, dass eine Schwarze Person einen einflussreichen Posten bekleidet, wohingegen in Israel sehr wohl AraberInnen in den höheren Rängen des politischen, gesellschaftlichen und militärischen Lebens zu finden sind.

Ein Projekt der Entwürdigung

Israel schützt sowohl Freiheit als auch Diversität. AraberInnen genießen in Israel mehr Freiheit als in Palästina, besonders dort, wo die Hamas Angst verbreitet. Genauso wie in Zeiten der Apartheid werden die Rechte der Frauen in Palästina nicht respektiert. Damals war die Verfügungsgewalt Schwarzer Frauen über ihr Eigentum an die Zustimmung eines Mannes geknüpft. Während der Apartheid stand Homosexualität unter Gefängnis- oder Geldstrafe; Israel war hingegen eines der ersten Länder, das die Rechte der gesamten LGBT-Community anerkannte.

Bitte stiehlt uns also nicht das Wort Apartheid! Für Schwarze SüdafrikanerInnen bedeutete Apartheid mehr als nur systematische Diskriminierung unserer Bevölkerungsgruppe. Es war ein Projekt, das zum Ziel hatte, einer spezifischen „Rasse“ ihre Geschichte, Kultur, Würde und Menschlichkeit zu entreißen. Wer das Wort Apartheid benutzt, um die israelisch-palästinensische Patt-Situation zu beschreiben, führt das Projekt der Entwürdigung Schwarzer SüdafrikanerInnen fort, indem die Einzigartigkeit des Rassismus und des Hasses, mit dem wir damals konfrontiert wurden und den wir mit viel Blut und Tränen überwinden konnten, negiert wird. Sicherlich ist das Gefühl, von einer anderen Gruppe diskriminiert und unterdrückt zu werden, auch für den Israel-Palästina-Konflikt von Bedeutung. Aber es unterscheidet sich doch sehr stark von dem juristisch-institutionell legitimierte Rassismus, der auf dem Konstrukt weißer Überlegenheit basiert, das einst mein Land regierte.

Stephan Grigat
2014

zionistische und antizionistische sorge

Anders als in den postnazistischen Gesellschaften, in denen „Israel-Kritik“ eine der gängigen Äußerungsformen des Antisemitismus darstellt, sorgen sich in Israel noch die radikalsten Kritiker des Zionismus in aller Regel ernsthaft um die Zukunft ihrer Gesellschaft. Selbst jemand wie Warschawski spricht bezüglich Israel vom „Verfall einer Gesellschaft, die die meine ist“ und attestiert dieser Gesellschaft, in der Vergangenheit trotz aller widrigen Umstände ein erstaunliches Maß an Zivilisiertheit hervorgebracht zu haben. In den frühen Texten der Matzpen-Gruppe kommt regelmäßig die Angst zum Ausdruck, der jüdischen Bevölkerung in Israel könne bei einer fehlenden Aussöhnung mit der arabischen Bevölkerung ein ähnliches Schicksal blühen wie den französischen Kolonialisten in Algerien – nur mit schwerwiegenden deren Konsequenzen, da die Juden kein „Mutterland“ haben, in das sie zurückkehren könnten. Dementsprechend ging es der Organisation in den frühen Konzeptionen noch um „eine Legitimierung der israelischen Existenz jenseits ihrer zionistischen Entstehungs- und Gründungsgeschichte“ (Lutz Fiedler), wovon in Äußerungen wie jenen von Warschawski zum Jom-Kippur-Krieg allerdings nicht mehr viel zu vernehmen ist.

Auch bei Zuckermann, der Warschawski vorhält, daß seine „Radikalkritik der jüdischen Nationalstaatlichkeit keine Entsprechung im kritischen Verhältnis zur

etatistischen Ausrichtung der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung“ aufweist, findet sich die explizite Sorge um den Fortbestand des zionistischen Projekts – obwohl er sich mittlerweile zum Verteidiger von Hisbollah-Sympathisanten wie Norman Finkelstein gemausert hat, wodurch diese Sorge unglaublich wird. Doch selbst noch in seinen jüngsten Publikationen, in denen Zuckermann seine Kritik an der israelischen Gesellschaft und insbesondere an proisraelischen Positionen in Europa nur mehr im Tonfall schriller Hysterie formuliert, führt er als Grund für seine wüsten Angriffe auf die Netanjahu-Regierung die Befürchtung an, daß „Israels Politik das Land in eine historische Sackgasse treibt, welche das gesamte zionistische Projekt bedroht, ihm womöglich gar den Ruin bescheren könnte“.

Linksradikale in Israel sind in der Regel nicht von jener moralisierenden, auch heute noch das Bedürfnis nach Schuldabwehr bedienenden Bösartigkeit getrieben, wie man sie von vielen deutschen oder österreichischen Linken und aus zahlreichen Statements der europäischen Außenpolitik kennt, sondern sie sind häufig von einem naiven, sich aber durch die Zurückhaltung bei der Kritik an arabischen Untaten selbst desavouierenden Humanismus motiviert, der dem Vormarsch der antiisraelischen Front durch seinen grenzenlosen Idealismus und seine zwanghafte wie zwangsläufige Abstraktion von der anti-

Michel Warschawski (*1949) ist ein antizionistischer israelischer „Friedensaktivist“. 1989 wurde er wegen Unterstützung der Terrorgruppe PFLP verurteilt.

Matzpen („Kompass“) war der Name einer israelischen sozialistischen Zeitschrift.

Der Jom-Kippur-Krieg (6.10.1973-25.10.1973) wurde von Ägypten, Syrien und weiteren arabischen Staaten gegen Israel geführt.

Moshe Zuckermann (*1949) ist ein israelisch-deutscher Soziologe und Kritiker der israelischen Politik.

»In der israelischen Geschichte kann man sehen, daß die Gesellschaft vieles von dem adaptiert hat, was in den sechziger Jahren nur von Linksradikalen postuliert oder kritisiert wurde. Das heißt jedoch keineswegs, daß sich Vergleichbares mit den Positionen der heutigen antizionistischen Linken in Israel wiederholen wird oder wiederholen sollte.«

semitischen Bedrohung Vorschub leistet. So sehr ein Nachgeben gegenüber dem Antisemitismus seitens jüdischer Israelis eine reale Gefahr darstellt, so unverzichtbar ist dieser naive Humanismus innerhalb Israels. Die israelische Gesellschaft braucht ihre Linke, allein schon als Korrektiv. Es liegt in der Natur der Sache, daß ein großer Polizei- und Militärapparat mitunter unmenschliche Praktiken hervorbringt – auch, wenn er einer Gesellschaft durch die feindseligen Nachbarn aufgezwungen wird. Schon um dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, Israel solle ein „Licht unter den Nationen“ sein, bedarf es der permanenten gesellschaftlichen Kontrolle von Militär und Polizei. Eine radikale Linke ist dafür schon deswegen notwendig, weil die gemäßigte Linke immer dazu neigt, über bestimmte Mißstände zu schweigen. Der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli hat darauf hingewiesen, daß „nur Fundamentalopposition daran interessiert ist, politische und gesellschaftliche Mißstände schonungslos aufzudecken. Die konstitutionelle Opposition wird immer innerhalb eines eng gesteckten Rahmens bleiben: Mißstände werden nur aufgedeckt, sofern dies den Regierungswechsel begünstigt oder die periodische Mandatsverteilung beeinflusst.“

In der israelischen Geschichte kann man sehen, daß die Gesellschaft vieles von dem adaptiert hat, was in den sechziger Jahren nur von Linksradikalen postuliert oder kritisiert wurde. Das heißt jedoch keineswegs, daß sich Vergleichbares mit den Positionen der heutigen antizionistischen Linken in Israel wiederholen wird oder wiederholen sollte. Angesichts der Positionierungen von Vertretern der *Kommunistischen Partei* in den letzten Jahren ist derartiges ausgesprochen unwahrscheinlich: Der Generalsekretär der *Maki*, Muhammad Nafá'a, hat 2011 Bashar al Assad und das iranische Regime für ihre Unterstützung des „heldenhaften libanesischen Widerstands“, also der Hisbollah und ihrer Verbündeten, gelobt. Andere kommunistische Gruppen wie beispielsweise *Da'am*, versuchten sich daraufhin in Abgrenzung zum von der *Maki* dominierten Bündnis *Hadasch* mit einer Kritik am syrischen Regime zu profilieren, in der Assad in erster Linie für seinen angeblichen Verrat am Antiimperialismus attackiert wurde, weil er die „Aggressionen“ Israels einfach hinnehme. Es ist kaum zu befürchten, daß eine antizionistische Linke mit derartigen Positionen ihren Einfluß in der israelischen Gesellschaft ausbauen kann.

Anders verhält sich das mit der dezidiert zionistischen Linken, die allerdings im deutschsprachigen Raum von antizionistischen Israel-Hassern nur allzu gerne als Stichwortgeber verwendet wird, wie es zuletzt dem

liberalen israelischen, religiös linkszionistischen Autor Gershom Gorenberg mit seinem Buch mit dem gelinde gesagt effekthascherischen Titel *Israel schafft sich ab* geschehen ist. Doch Gorenberg geht es, anders als der kleinen Schar antizionistischer israelischer Linker und ihrer großen globalen Fangemeinde, nicht darum, den israelischen Staat zu delegitimieren und die internationale Gemeinschaft der Israel-Basher mit Munition zu versorgen, sondern er argumentiert für eine Reformulierung des zionistischen Grundgedankens und für ein Art Neugründung Israels. Insofern ist es völlig unverständlich, daß sich Micha Brumlik in seinem Plädoyer für die Auflösung Israels in eine binationale Struktur geradezu euphorisch auf Gorenberg bezieht.

Was bei deutschen „Israel-Kritikern“ als Bemäntelung ihrer antiisraelischen Ressentiments fungiert, ist bei Gorenberg ein nachvollziehbares Motiv für seine Kritik: die Sorge um die Zukunft des jüdischen Staates, die er durch die fortdauernde, ausgesprochen kostspielige Besetzung der Westbank und durch die von diversen israelischen Regierungen geförderte Ausbreitung unterschiedlicher Spielarten eines militanten religiösen Extremismus bedroht sieht.

Gorenberg war lange Redakteur des renommierten Magazins *Jerusalem Report* und schreibt für Zeitungen wie *Haaretz* und *New York Times*. Seine bisherigen Bücher haben die Debatten in Israel und im englischsprachigen Raum maßgeblich beeinflusst. Das auf Englisch unter dem Titel *The UnMaking of Israel* publizierte Buch ist über weite Strecken eine instruktive Reflexion der Widersprüche, die im Zionismus notwendigerweise angelegt sind, und eine meist überzeugende Kritik sowohl am radikalisierten nationalreligiösen Teil der Siedlerbewegung, der mittlerweile im Offizierskorps der Armee wichtige Funktionen besetzt, als auch an den Ultraorthodoxen, deren Einfluß in der israelischen Gesellschaft in den letzten Jahren merklich zugenommen hat. Letzteres hat zu einer veritablen Gegenbewegung von säkularen, aber auch von orthodox-religiösen Israelis wie Gorenberg geführt, die sich für eine konsequente Trennung von Religion und Staat einsetzen.

The UnMaking of Israel prangert die im Rahmen der mannigfaltigen staatlichen Unterstützung für die nationalreligiösen Siedler erfolgte partielle Ausgliederung von Elementen der Sicherheits- und der Bildungspolitik an die Siedlerbewegung an, also die Übertragung von Verteidigungs- und Erziehungsaufgaben an „ein ideologisches Lager, das pragma-

Baschar Hafiz al-Assad (*1965) ist diktatorischer Präsident Syriens.

Micha Brumlik (*1947) ist ein deutscher Publizist und ehemaliger Leiter des Fritz-Bauer-Instituts. 2021 unterschrieb er die Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus, die von anderen Antisemitismusforscher:innen vielfach kritisiert wurde.

tische Beschränkungen als Mangel an Glauben auf-faßte“ und die eigene Agenda über jene des Staates stellt. Gorenbergs detaillierte Schilderung der Besatzungsrealität, die von all jenen ignoriert werden muß, die sich nur so lange zur Unterstützung Israels in der Lage sehen, wie sie ihr kindisch idealisiertes Bild der israelischen Staatsgewalt aufrechterhalten können, verdeutlicht, welche Probleme das militärische und politische Agieren im Westjordanland für das Selbstverständnis des israelischen Staates mit sich bringt. Insbesondere seine Hinweise auf jene Fälle völlig unzureichender Ahndung der Gewalt-taten von Siedlern gegenüber Palästinensern bis hin zum Mord zeigen, wie sehr der israelische Staat seine Souveränität in einigen Aspekten untergräbt und ganz und gar nicht im Sinne von David Ben-Gurions Mamlachtiyut handelt.

Gorenberg erlaubt sich den Luxus, konsequent aus der Perspektive der israelischen Gesellschaft zu argumentieren. Er abstrahiert weitgehend von den feindlichen Nachbarn und vollkommen von den Debatten, die in Europa über Israel geführt werden. Schon deswegen wird das Buch von jenen Feinden Israels begierig aufgegriffen, die souverän über den dezidierten Zionismus Gorenbergs hinwegsehen, um nur ja wieder einen jüdisch-israelischen Kron-zeugen mehr bei ihrer Delegitimierung Israels an-führen zu können – was der Autor durch eine ganze Reihe mißverständlicher Formulierungen auch noch befördert, und so ist es kein Wunder, daß das Buch in der „Jungen Welt“ und anderen antizionistischen Kampfblättern nachdrücklich empfohlen wurde.

Aber Gorenberg argumentiert nicht gegen den Zio-nismus, sondern zu seiner Verteidigung. Im Wider-spruch zu antizionistischen Propagandisten wie Ilan Pappé weist er anhand von Dokumenten der Jewish Agency von 1947 und '48 nach, daß es keine Direktiven zur großflächigen Vertreibung der arabischen Be-völkerung gegeben hat, sondern ganz im Gegenteil detaillierte Planungen; wie das lokale Gesundheits und Bildungswesen für die arabische Minderheit in einem zukünftigen israelischen Staat organisiert werden könnte. Entgegen der antizionistischen Hetze hebt er die Fortschritte hervor, die Israel seit seiner Gründung in so gut wie allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen gemacht hat. Als ein bis heute demokratiepolitisch wegweisendes Urteil führt er die Entscheidung des im israelischen rechtsstaat-lichen Gefüge zentralen Obersten Gerichtshofs an, mit dem der Regierungsbeschluß zur Schließung der kommunistischen Parteizeitung *Kol Ha'am* Anfang der fünfziger Jahre revidiert wurde.

Gorenberg wendet sich nachdrücklich gegen jede Form einer „Einstaatenlösung“, von der die Israel-Hasser des BDS mit Judith Butler als ihrem inter-nationalen Aushängeschild heute träumen und die von Micha Brumlik, der während seines Studiums in Jerusalem Ende der sechziger Jahre bei Matzpen ak-

tiv war, ebenfalls wieder in die Diskussion gebracht wurde. Gorenberg betont, daß Israel auch bei einem Rückzug aus der Westbank nicht darauf verzichten müßte, sich als jüdischer Staat zu definieren, und fordert, bei aller Kritik sowohl an Diskriminierungen arabischer Israelis als auch an der viel zu selten thematisierten Selbstethnisierung ihrer politischen Führungsfiguren, die Armee „unter jüdischer Hege-monie zu belassen“, während Brumlik eine „einheit-liche Armee“ eines zukünftigen arabisch-israelischen Staates fordert. Entgegen den antizionistischen Phantasien der Protagonisten eines „postnationalen Zeitalters“ will Gorenberg, daß der israelische Staat bei der Einwanderung auch in Zukunft zwischen Juden und Nicht-Juden unterscheidet. Während er also das Rückkehrgesetz des israelischen States als einen Kern des Zionismus verteidigt, wendet er sich völlig zu Recht gegen das „Rückkehrrecht“ der pal-ästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen, dessen Umsetzung zwangsläufig das Ende des jüdi-schen Staates bedeuten würde.

Brumliks Absage an eben diese Essenz drückt sich in der Forderung aus, Einwanderung in ein zukünftiges binationales Staatswesen solle „nur nach arbeits-marktspezifischen beziehungsweise humanitären Gesichtspunkten“ geregelt werden, „nicht mehr nach ethnischen Kriterien“, die in Wirklichkeit im heutigen Israel keine „ethnischen“, sondern vom Antisemitismus aufgenötigte Kriterien sind. Schon in *Krise des Zionismus* forderte Brumlik vom Dias-pora-Judentum, es „sollte sich[...] den Verzicht auf das israelische Rückkehrgesetz abverlangen“, betonte gleichzeitig aber doch, daß „die schlichte Selbstbe-hauptungsvariante des Zionismus“, des Rückkehrge-setzes aus dem Jahr 1950 zwingend bedarf, nach wie vor gewichtige Argumente für sich“ hat. 2013 richtete er sich dann jedoch mit den binationalen Vor-stellungen Martin Bubers, von denen Brumlik weiß, daß ihnen zu Lebzeiten stets die Ansprechpartner auf der arabischen Seite fehlten, ohne daß er plausi-bel machen kann, warum das heute anders sein sollte, gegen diese „Selbstbehauptungsvariante“ – die keine „Variante“ ist, sondern den Kern eines jeden Zio-nismus ausmacht, der sich angesichts der perennieren-den antisemitischen Bedrohung weigert, in idealisti-schen Utopien Zuflucht zu suchen.

Im Gegensatz zu Brumlik hat Gorenberg ein leiden-schaftliches Plädoyer für die Wiederbelebung jener linkszionistischen Tradition geschrieben, die Israel in den ersten Dekaden nach der Staatsgründung maßgeblich geprägt hat. Für solch eine Reaktivierung unter den heutigen Bedingungen müsse sich die israelische Gesellschaft von ihrer „Ersten Repu-blik“, bei der es um die Etablierung von Staatlichkeit in einer feindlichen Umwelt ging, endgültig verabschieden und die Gründung einer „Zweiten israeli-schen Republik“ in Angriff nehmen. Vieles von dem, was in der prästaatlichen zionistischen Praxis richtig und in der Phase der Staatsgründung notwendig

Für David Ben-Gurion (erster Minister-präsident Israels) fasste der Begriff Mamlachtiyut die immerwährende Spannung zwischen der Gründung des Staates Israel als einem geordneten und begrenzten institu-tionellen Projekt und der Auffassung vom Staat als einem Mittel in einem erhabenen Erlösungsprozess zusammen.

Die Jewish Agency for Israel (*1929) ist eine zionistische Non-Profit-Migranten-organisation, die seit der Unabhängigkeits-erklärung Israels 1948 in erster Linie für die Einwanderung verantwortlich ist.

BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) = Kampagne zum Boykott Israels

Diaspora = Zerstreu-ung von Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt

Martin Buber (1878-1965) war ein österreichisch-is-raelischer jüdischer Religionsphilosoph und Vertreter einer binationalen Ein-Staaten-Lösung.

gewesen sei, erweise sich heute als kontraproduktiv. Das, was Ben-Gurion mit seinem Mamlachiyut beabsichtigt hat, habe der Zionismus bis heute nicht erreicht: „den Übergang von einer Revolution zur Institution, von einer Bewegung zum Staat“. Zur Abwendung jener Gefahren, denen Gorenberg den israelischen Staat auf Grund seiner eigenen Politik ausgesetzt sieht, fordert er die Wandlung Israels und des Zionismus von „einer nationalen Befreiungsbewegung hinzu einem liberalen Nationalstaat“.

Hier kommt jene Sehnsucht nach Normalität zum Ausdruck, die im Zionismus im allgemeinen, insbesondere aber in seinen linken Spielarten immer eine wichtige Rolle gespielt hat. Doch dort, wo diese Sehnsucht das Wissen darüber verdrängt, daß es diese Normalität auf Grund des historischen und des gegenwärtigen Antisemitismus nicht geben kann, wird das Grundmotiv des Zionismus in Frage gestellt und einer gefährlichen Ignoranz gegenüber der antisemitischen Bedrohung Tür und Tor geöffnet. Das ist auch das Problem bei Gorenberg. Das Unverständnis für das Wesen des Antisemitismus kommt bei ihm beispielsweise darin zum Ausdruck, daß er die Agitation des israelischen Außenministers Avigdor Liebermann gegen Araber mit dem Antisemitismus auf eine Stufe stellt.

Gorenberg kritisiert zu Recht die „lautstarken, schamlosen Anstrengungen“ von Fraktionen der politischen Rechten, israelische Araber „wie Staatsfeinde statt wie Mitbürger zu behandeln“, aber er erwähnt mit keinem Wort, daß sich ein Teil der israelischen Araber wie Staatsfeinde verhält. Selbstmordattentätern hilft, die Hisbollah unterstützt und mit dem *Islamic Movement* bzw. der Partei Ra'am regelmäßig eine islamistische Gruppierung in die Knesset wählt. Weder die Hamas noch die Förderung des Terrors und der antisemitischen Propaganda durch die Fatah, weder die akademische Delegitimierung des jüdischen Staates noch die internationale Mobilisierung gegen Israel, weder die arabischen Vernichtungsdrohungen noch das iranische Regime mit seinem Nuklearwaffen- und Raketenprogramm spielen bei Gorenberg eine Rolle.

Der von pragmatischen Rechten und Teilen der pragmatischen Linken in Israel heute gleichermaßen favorisierte Unilateralismus, also ein einseitiger Abzug aus der Westbank ohne Verhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, stellt für Gorenberg keine Option dar: „Damit Israel die militärische Kontrolle des Westjordanlands sicher beenden kann, braucht es ein Friedensabkommen mit einer stabilen – und hoffentlich demokratischen – palästinensischen Republik.“ Da aber auch er nicht angeben kann, woher die plötzlich kommen sollte, erwähnt

er die Möglichkeit, daß eine Räumung der Siedlungen nicht zu einer Entspannung der Situation führt, argumentiert aber, daß eine Aufgabe der Siedlungen selbst in diesem Fall im Interesse Israels wäre, um die „Besatzung auf ihr bloßes Gerippe, auf das militäri-

»Hier kommt jene Sehnsucht nach Normalität zum Ausdruck, die im Zionismus im allgemeinen, insbesondere aber in seinen linken Spielarten immer eine wichtige Rolle gespielt hat. Doch dort, wo diese Sehnsucht das Wissen darüber verdrängt, daß es diese Normalität auf Grund des historischen und des gegenwärtigen Antisemitismus nicht geben kann, wird das Grundmotiv des Zionismus in Frage gestellt und einer gefährlichen Ignoranz gegenüber der antisemitischen Bedrohung Tür und Tor geöffnet.«

sche Minimum zu reduzieren“. Das Argument, die Siedlungen dienten der israelischen Sicherheit, hält er für anachronistisch; sie seien heute für die Armee vielmehr eine „zusätzliche Bürde“. Die Vorstellung, die Siedlungen seien ein Trumpf in späteren Verhandlungen, hält er für illusionär: „Die Siedlungen stärken Israels Verhandlungsposition nicht, sondern zerstören im Gegenteil seine Glaubwürdigkeit. [...] Unterdessen zersetzt die Anstrengung, sie zu erhalten, den Staat und macht den Albtraum einer Einstaatenlösung wahrscheinlicher.“

Gorenberg kann eindrucksvoll darlegen, daß es zahlreiche Gründe gibt, einen Rückzug aus den besetzten Gebieten zu befürworten. Die ebenso zahlreichen Einwände gegen solch einen Rückzug werden von ihm hingegen kaum diskutiert oder gar nicht erst erwähnt. Er weicht entscheidenden Problemen aus, blendet das internationale Umfeld, in dem Israel agieren muß, fast vollständig aus und zeigt sich gegenüber dem Charakter des islamischen und arabischen Antisemitismus auffallend naiv. Seine Darstellung der Schwierigkeiten, die aus der aktuellen Situation für die israelische Gesellschaft, für die Zukunft des Zionismus und für das Selbstverständnis des Judentums aus der Sicht eines, wie er sich auf seinem Blog selbst beschreibt, „left-wing, skeptical Orthodox Zionist Jew“ entstehen, verdient dennoch auch in der deutschsprachigen Nahost-Diskussion Beachtung. So sehr sich die europäischen Antizionisten auch über seine Kritik an der gegenwärtigen israelischen Politik in der Westbank freuen mögen – seine Intention steht in schroffem Gegensatz zu den Wunschträumen jener, die auf eine Abschaffung des jüdischen Staates erpicht sind. Und doch könnte durch die geradezu zwanghafte Abstraktion von der antisemitischen Bedrohung, die Gorenberg zumindest in seinem letzten Buch betreibt, auch er *contre coeur* seinen Beitrag dazu leisten.

Avigdor Liebermann (*1958) gilt als rassistischer Hardliner in der Außen- und Innenpolitik Israels.

Die „Vereinigte Arabische Liste“ (Ra'am) ist eine antizionistische Partei in Israel, welche die Interessen der arabischen Israelis vertritt. Ihre Wähler:innen sind fast ausschließlich muslimisch.

Die Fatah ist die im Westjordanland herrschende palästinensische Partei (Gaza wird hingegen von der Hamas regiert). In ihrer Verfassung von 1964 setzte sich die Fatah u. a. die „Ausrottung der ökonomischen, politischen, militärischen und kulturellen Existenz des Zionismus“ als Ziel.

Gekürzte Fassung ohne Fußnoten aus dem Sammelband:

Ingo Elbe, Robin Forstehäusler, Katrin Henkelmann, Jan Rickeremann, Hagen Schneider, Andreas Stahl:

Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik. Tiamat 2022

Ursprünglich erschienen in:

Alvin Rosenfeld (Hg.): *Contending with Antisemitism in a Rapidly Changing Political Climate*, Indiana University Press 2021

Übersetzung: Niklas Wunsch

Balázs Berkovits
2021

israel als weißer, siedlerkolonialistischer staat in den aktivistischen sozialwissenschaften

In den letzten Jahrzehnten konnte man mit zunehmender Intensität Zeuge einer groß angelegten Produktion von Texten werden, die unter die gemeinsame Überschrift ‚akademischer Antizionismus‘ gruppiert werden könnten. Diese Texte stellen den Ertrag bestimmter Disziplinen dar, die zu einer Art ‚aktivistischer‘ Sozialwissenschaft gehören: Critical Whiteness Studies, Critical Race Studies, Colonial Settler Studies und so weiter. Dieses Phänomen wirft folgende Fragen auf: Welche Auffassung haben diese Disziplinen von ‚jüdischem Weißsein‘ und welche Vorstellung von ‚israelischem Siedlerkolonialismus‘? Wie und weshalb taucht das ‚jüdische Problem‘ in diesen kritischen Arbeiten wieder auf und welche sind die methodologischen und diskursiven Mittel, mit denen sie ihre Kritik auszuführen versuchen?

Die Critical Whiteness Studies und die Juden

Die Critical Whiteness Studies haben sich als akademische Disziplin mit einer aktivistischen Agenda etabliert, die darauf abzielt, das Weißsein als Standardfarbe, als ‚neutral‘ im Kontrast zu People of Color infrage zu stellen. Das Weißsein blieb lange Zeit ungeprüft und unhinterfragt, sogar in kritischen Analysen des Rassismus; dabei ist es auch ein soziohistorisches Produkt, das gemäß dem von den Critical Whiteness Studies vorangetriebenen Programm entessenzialisiert werden muss. Das Schreiben der

Sozialgeschichte verschiedener Minderheiten, die in verschiedenen Perioden in den Vereinigten Staaten in Erscheinung traten, wird als Mittel zu dieser Entessenzialisierung verstanden. Aber wie haben verschiedene, ursprünglich nicht-weiße Minderheiten (einschließlich der Juden) den Status des Weißseins erreicht? Karen Brodtkins *How Jews Became White Folks*, die Pionierarbeit über die ‚Weißwerdung‘ von Juden, interpretiert die jüdische Akkulturation und Assimilation in den Vereinigten Staaten unter dem Aspekt der Farbe [„color“]. Nach einer Erzählung, die von einem sozialhistorischen Rahmen ausgeht, wurden Juden nicht immer als ‚weiß‘ betrachtet, da sie unter Diskriminierung litten, sind jedoch allmählich weiß geworden, in einem Prozess, der sich über mehrere Jahrzehnte erstreckte und am Ende des Zweiten Weltkrieges weitgehend abgeschlossen war. Also beschreibt ‚Weißsein‘ als Deutungskonzept die erfolgreiche Integration bestimmter Minderheitsgruppen, einschließlich der Juden, während derer die Diskriminierung gegen sie allmählich aufhört oder abnimmt.

Aber das Weißsein soll in den Critical Whiteness Studies auch eine Position der Herrschaft und des Privilegs ausdrücken, wodurch es nicht mehr ein bloß interpretativer Begriff ist, sondern zu einem kritischen wird. ‚Weiß‘ ist keine natürliche oder essenzielle Kategorie, da es das Produkt eines historischen Prozesses ist; aber es ist auch nicht neutral, da es sich vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskriminie-

People of Color =
Bezeichnung für
Personen, die von
Rassismus betroffen
sind.

zung der schwarzen Bevölkerung und anderer People of Color konstituiert. Es ist weder ein deskriptiver noch schlicht ein interpretativer, sondern vielmehr ein kritischer Begriff. Das bedeutet, dass die Gesamtheit der weißen Menschen aufgrund der in der Gesellschaft verankerten rassifizierten Strukturen von ihrer Herrschaftsposition profitiert und an der Unterdrückung mitschuldig ist.

Dies ist eine interessante und wichtige Perspektive, obwohl sie zahlreiche Zweifel hinsichtlich der Ziele ihrer Kritik im Allgemeinen aufwirft; sie wird sogar noch problematischer, wenn sie versucht, jede andere Quelle von Diskriminierung und Verfolgung, die nicht zur Farblinie [„color line“] gehört, auszulöschen. Zum Beispiel werden in diesem begrifflichen Rahmen die besonderen Merkmale des Antisemitismus – das heißt jene, worin er sich vom Rassismus unterscheidet – bedeutungslos. In der Tat ist die Interpretation des Antisemitismus als bloß andere Form des Rassismus eines der methodologischen Hauptprinzipien der Whiteness Studies, die sich mit Juden und jüdischer Assimilation befassen, was damit zu tun hat, dass ‚Farbe‘ nicht allein als eine wahrnehmbare Qualität gedacht wird, sondern als ein sich historisch wandelndes Kennzeichen des Grades der Diskriminierung.

Dennoch wird dieses stillschweigend angewandte methodologische Prinzip als empirischer Befund erachtet – als ob die Geschichte der Juden in den Vereinigten Staaten dem Muster der Assimilation jeder anderen ‚weiß gewordenen‘ ethnischen Gruppe gefolgt wäre, im Sinne einer makellosen Integration in die herrschende weiße Mehrheit. Deshalb, weil sie jetzt als ‚weiß‘ betrachtet werden, werden Juden angeblich keinen Rassismus mehr erfahren, da sie jetzt auf der sicheren und herrschenden Seite der Farbgrenze [„color divide“] ihren Platz haben. Juden sind nicht das Zielobjekt von Rassismus oder, falls sie es doch manchmal sind, kann dies nicht als ‚systemischer‘ Typ von Rassismus betrachtet werden. Mithin werden Juden innerhalb dieses diskursiven Rahmens aus dem multikulturellen Raum anderer beherrschter ethnischer Gruppen ausgeschlossen und werden aus demselben Grund, nach einer totalisierten binären Logik, Teil der herrschenden und unterdrückenden Mehrheit. Allerdings kann dieses Abgleiten in die moralisch-kritische Bedeutung des ‚Weißseins‘ in Bezug auf Juden nur durch das absichtsvolle Übergehen der jüdischen Geschichte und Erfahrung zu Wege gebracht werden. Deshalb ist Weißsein als ein auf Juden angewandter kritischer Begriff das Resultat einer theoretischen Überdeterminierung, und da der interpretative Gehalt allmählich verblasst, weicht er einer kruden Kritik. Es ist ziemlich klar, dass es das Ziel von Brodkins Buch ist, den interpretativen Gehalt zu verdunkeln oder gar auszulöschen, um eine kritische binäre oder buchstäblich eine Schwarzweiß-Teilung zu erreichen.

Dass Juden als weiß und als Teil der Mehrheit betrachtet werden, ist eine diskursive Situation, zu der bestimmte akademische Disziplinen – nicht nur die Critical Whiteness Studies, sondern auch die Postcolonial Studies, Colonial Settler Studies und andere verwandte Felder – erheblich beitragen. Deshalb können die Minderheitserfahrungen der Juden innerhalb dieser Disziplinen nicht einmal in Betracht gezogen werden. Wie Bryan Cheyette, ein Literaturtheoretiker, der dem Mehrheitspostkolonialismus aufgeschlossen und zugleich kritisch gegenübersteht, es unter Bezugnahme auf einen Artikel von Willi Goetschel und Ato Quayson ausgedrückt hat, könnte die jüdische Erfahrung der Moderne, indem sie einige „fruchtbare Vorlagen“ liefert, zur Interpretation vieler Themen beitragen, die für die Postcolonial Studies höchst wichtig sind. Diese Themen reichen von verschiedenen Bedingungen in Bezug auf Minderheit, Diaspora, Rasse, Ethnie und Kolonie bis zu allen Arten von Erfahrungen kultureller Differenz und Hybridität. Das Problem ist freilich, „dass die Postcolonial Studies noch nicht von den Gemeinsamkeiten mit den Jewish Studies geprägt sind“ und, was noch wichtiger ist, dass diese „fruchtbaren Vorlagen“ durch supersessionistisches Denken sogar negiert werden.“

Diaspora = Existenz religiöser, nationaler, kultureller oder ethnischer Gemeinschaften in der Fremde

Israel als weiße Kolonie

Die theoretisch und politisch überdeterminierte Konzeption des jüdischen Weißseins gewinnt derzeit zweifelsohne an Popularität und macht somit noch mehr Karriere, wann immer Rassismusforscher Israel zum Gegenstand der Analyse machen. Ich hinterfrage die Weise, in der diese Art von aktivistischer Wissenschaft die angenommene Verbindung zwischen Kolonialismus und Weißsein im Hinblick auf Israel interpretiert. Die Kritik des Weißseins in Bezug auf Israel kann in zwei verschiedene Richtungen entwickelt werden, die beide dem Begriff bereits innewohnen (wie er von Weißseinsforschern gefasst wurde). Eine Weise, die Kritik zu betreiben, ist es, Widerspruch zu erheben gegen die ‚Juden als weiße Herrscher‘ (kraft ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihres internationalen Ansehens), während die andere die ‚Juden als weiße Rassisten‘ herausstellt. Aus diesen Perspektiven ist es angeblich Israel, das am überzeugendsten demonstriert, dass die Juden wirklich weiß sind, oder dass sie durch den Zionismus und/oder durch die Schaffung eines genuinen Siedlerstaates nach europäischem Modell weiß geworden sind.

Entweder die Position des Staates im Nahen Osten oder seine Position in der Welt demonstriert, was Weißseinsforschern, die sich mit jüdischer Assimilation befassen, bereits klar war, nämlich dass Juden Herrschende [„dominators“] sind – das heißt weiß. Wie der bedeutende Rassismusforscher David Theo Goldberg es ausdrückte: Israelis, als westliche Im-

perialisten, „besetzen die strukturelle Position des Weißseins im Nahen Osten“. Der Zionismus ist eine europäische weiße Bewegung, die in der Absicht operiert, die Ureinwohner des Nahen Ostens zu kolonisieren und zu zivilisieren:

„Die zionistische Vision für Israel [...] repräsentiert den Modernisierungsimperativ in einer Region, die als noch immer von der biblischen Rückständigkeit ihrer arabischen Bewohner gekennzeichnet angesehen wird.“ (David Theo Goldberg: *The Threat of Race. Reflections on Racial Neoliberalism*)

Dies veranschaulicht den ersten in diesem Rahmen definierten Sinngehalt des Weißseins. Der zweite Sinngehalt rückt in den Vordergrund, wenn Goldberg darlegt, dass die Juden infolge ihrer Behandlung der Palästinenser weiß geworden seien, welche in dieser Bildsprache die Position der schwarzen Menschen einnehmen. Das bedeutet, dass der jüdische Name gänzlich von der Bezeichnung weiß verdunkelt wird: Israelis sind nur weiß und nichts anderes, während Palästinenser nur schwarz sind; oder die Israelis sind Nazis, während die Palästinenser die wahren Juden sind, denn diese beiden binären Gegensätze scheinen für Goldberg äquivalent zu sein:

„Palästinenser im Besonderen, und Araber im Allgemeinen, werden wie eine unterworfenen Rasse behandelt, direkt. Geschlagen im Namen entwertender Stereotype, konzentriert in Lagern im Namen der allgemeinen Sicherheit, vertrieben im Namen biblischen Rechts [...], getötet im Namen der vergeltenden Gerechtigkeit.“ (Ebd.)

Die Schlagworte dieser Zitate – „unterworfenen Rasse“, „konzentriert in Lagern“, „vertrieben“, „getötet“ – werfen deutlich die Nazi-Analogie auf, ohne dass der Autor irgendeine empirische Analyse oder wenigstens Beispiele liefert. Diese Art von Kritik ist nichts anderes als die imaginäre Entwicklung des Weißseins, eine freie Assoziation, basierend auf dem kritischen Begriff und angewandt auf den Fall Israels.

Die kanadische Rassismusforscherin Abigail Bakan geht sogar noch weiter als Goldberg, zumindest in ihrer theoretischen Leichtfertigkeit, indem sie eine Verbindung zwischen in den Vereinigten Staaten weiß werdenden Juden (übernommen von Brodtkin) und einer „jüdisch-zionistischen Hegemonie“ konstruiert:

„Ich behaupte, dass nach dem Zweiten Weltkrieg ein transnationaler historischer Wendepunkt eingetreten ist, der das Scheitern früherer Versprechen jüdischer Emanzipation und den gleichzeitigen Aufstieg des Zionismus zu einer Position der Hegemonie markierte, was mit Veränderungen in der Klassen- und Rassen- [„racial“] Konfiguration des ‚Jüdischseins‘ koinzidierte. Die enge Verbindung des Zionismus mit dem jüdischen Weißsein in den Vereinigten Staaten

schrieb diese Ansprüche speziell den aschkenasischen (europäischen) jüdischen Bevölkerungen zu und überschritt sich mit der Idee von Israel als einem abstrakten ‚jüdischen‘ Raum.“ (Abigail B. Bakan: *Race, Class, and Colonialism. Reconsidering the Jewish Question*)

Es überrascht nicht, dass Bakan keine Details diese angebliche Beziehung betreffend anbietet, denn wenn sie es täte, müsste sie einräumen, dass zionistische Ideologien und die Besiedlung schon auf dem Weg waren, lange bevor die Juden in den USA ‚weiß wurden‘ (sollten wir diesen Rahmen nur um des Arguments willen einstweilen akzeptieren). Aber selbst wenn wir die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zumindest bis zur Gründung des Staates und etwas darüber hinaus berücksichtigen, ist es nicht der Fall, dass amerikanische Juden und insbesondere die USA als eine Supermacht (die sogar zögerlich darüber waren, ob sie ihn anerkennen sollten) eine entscheidende Rolle im Leben des neuen Staates spielten.

In anderen Teilen ihres Aufsatzes behauptet Bakan, dass es der Akt der Staatsgründung gewesen sei, durch den die Juden weiß geworden seien – das Verlassen der Diaspora durch die Gründung Israels habe einen weiß machenden Effekt auf die Juden gehabt. Wiederum:

„Dieser Übergang zum Weißsein befähigte die diasporischen Juden, ein vormals ungekanntes Niveau an Einfluss und Status zu erlangen, was in scharfem Kontrast zur historischen Normalisierung der jüdischen Unterdrückung, und dem modernen Antisemitismus, in der westlichen Welt steht.“ (Ebd.)

In dieser Darstellung sind Juden also entweder unterdrückte Opfer des Antisemitismus oder hegemoniale Herrscher, wenn sie ihren eigenen Staat gründen und westliche „globale geopolitische Interessen“ ausweiten, die mit einem „spezifischen Typ ‚jüdischen Weißseins‘“ verbunden sind, den Bakan „Weißsein mit Erlaubnis“ [„whiteness by permission“] nennt. Bakan ist fast schon nostalgisch über den guten alten europäischen Antisemitismus, der die Juden in ihren unterdrückten Minderheitspositionen hielt. Wichtiger ist aber, dass wir hier dieselbe absolute Binarität vorfinden wie bei Brodtkin, diesmal jedoch sogar ohne die geringste Absicht, historische Beweise zu liefern.

Bakan verwendet das Weißsein demnach weniger als kritischen Begriff denn als offene Anklage, sogar mit antisemitischen Untertönen, umso mehr, als die Perspektive, wie wir sehen, eine weltgeschichtliche Dimension gewonnen hat und weil Juden als westlichen Interessen hörig beschrieben werden, im Austausch für ihren neuen, höheren Status („Weißsein mit Erlaubnis“). Vielsagend ist auch, dass Bakan von der Notwendigkeit spricht, die „Judenfrage“ zu reformulieren, die sie für etwas Objektives hält. Ihr zufolge ist die „Judenfrage“ heute mit „spezifischen

Konfigurationen an der Schnittstelle von Rasse, Klasse und Kolonialismus“ verbunden, womit sie sich auf Israel bezieht. In dieser Beschreibung ist die ‚Judenfrage‘ nach Israel/Palästina ausgewandert, wo Juden Palästinenser auf rassistischer Basis unterdrücken und kolonisieren (das wäre das Weißsein im zweiten Sinne), indem sie das Schema der Weiß-schwarz-Teilung wiedereinführen.

„Weißsein ist eine relationale Kategorie, welche die Rassifizierung des nicht-weißen ‚Anderen‘ einschließt. Im Nahen Osten war der ‚Anderer‘ offensichtlich der orientalisierte Palästinenser. Im Westen hingegen waren dieser ‚Anderer‘ gemeinhin ortsansässige rassifizierte Völker, insbesondere die schwarze Bevölkerung der USA.“ (Ebd.)

Wenn aber die ‚Judenfrage‘ als etwas Objektives betrachtet wird, das in unserer Epoche durch die Konfrontation mit Israel gelöst werden muss, dann ist sie auch empfänglich dafür, rückwirkende historische Legitimität zu gewinnen. Dieser Rahmen suggeriert, dass mit der Existenz Israels die ‚Judenfrage‘ (oder vielmehr das ‚Judenproblem‘) lediglich in einem anderen Gewand wiederauftaucht und dass erst jetzt offensichtlich wird, was die Juden schon immer charakterisiert hat: Sie sind Herrscher und Ausbeuter, es sei denn, sie werden in einer Minderheitsposition gehalten. Daher lässt sich das Fortbestehen der ‚ewigen Judenfrage‘ aus Bakans Ideen ableiten, selbst wenn ihre anfängliche Intention es nur war, die ‚Judenfrage‘ im Hinblick auf Israel und den Zionismus zu stellen. Vermutlich wäre die Lösung der auf diese Weise gestellten ‚Judenfrage‘ die Entjudaisierung Palästinas. Bakan ist in ihren sprachlichen Formulierungen radikaler als andere, da sie, womöglich unabsichtlich, vergangene antisemitische Diskurse rückwirkend legitimiert; die Substanz ihrer Ideen lässt sich gleichwohl in den Texten der meisten antizionistischen Kritiker in der Wissenschaft finden.

Zionismus und Kolonialismus

Goldberg und Bakan behalten einen eher theoretischen Fokus auf Fragen des Rassismus und des Weißseins in Bezug auf Israel bei, ohne tatsächlich empirische Forschung zu betreiben; aber es gibt das weite Feld der Colonial Studies sowie der Settler-Colonial Studies, die vermeintlich auf historischen Befunden aufbauen, in denen die aktivistische Agenda und die theoretische und politische Überdeterminierung auf den ersten Blick weniger evident sind. Bei näherer Prüfung wird jedoch klar, dass diese Überdeterminierungen auch diese eher ‚historischen‘ Disziplinen prägen, was sie in gleichem Maße aktivistisch macht. Wie Zeev Sternhell es in seiner Streitschrift gegen Gabriel Piterbergs Buch *The Returns of Zionism. Myths, Politics and Scholarship in Israel* in sehr höflicher Weise formulierte: „Die extreme Politisierung

»Wenn aber die ‚Judenfrage‘ als etwas Objektives betrachtet wird, das in unserer Epoche durch die Konfrontation mit Israel gelöst werden muss, dann ist sie auch empfänglich dafür, rückwirkende historische Legitimität zu gewinnen.macht werden.«

des antizionistischen Diskurses und seine beträchtliche Präsenz in den Medien haben der Forschung nicht genützt.“ Genau genommen haben sie der Forschung nicht nur nicht genützt, sondern es scheint, dass die Forschung, oder vielmehr eine bestimmte akademische Textproduktion, häufig allein dem antizionistischen politischen Kampf dient.

Der Gebrauch bestimmter Begriffe als Kampfbegriffe (wie etwa Apartheid, Kolonialismus, Zionismus, Indigenität und Siedlungen) war auch das Thema einer Ausgabe der Israel Studies mit dem Titel *Word Crimes*. Diese löste einen hitzigen Streit aus (ausgetragen im *Fathom Journal*), da einige antizionistische Kritiker der Meinung waren, dass die dort veröffentlichten Artikel die Redefreiheit infrage stellten, indem sie Kritik unterdrückten und sogar kriminalisierten. Wie Gershon Shafir es ausdrückte:

„Indem sie andere Analysen und Interpretationen dieser Wörter ausschließen, bedrohen die Herausgeber und Beiträger die Freiheit von Wissenschaftlern, sich an uneingeschränkten und unzensierten Debatten zu beteiligen; sie stellen eine Bedrohung für den akademischen Betrieb und die akademische Freiheit selbst dar.“ (Gershon Shafir: *Response to Cary Nelson*)

Dieses Gegenargument geht, indem es sich irreführend (um nicht zu sagen heuchlerisch) auf das Prinzip der Redefreiheit beruft und eine extreme Politisierung der Debatte unterstützt, nicht nur an der Frage vorbei, sondern projiziert auch den eigenen Ansatz auf den Gegner. Weiterhin ist es nicht überraschend, dass Shafir sich nicht auf das eigentlich vorliegende Problem einlassen will, das sich als die ausschließlich normative und delegitimierende Verwendung einstmals analytischer Begriffe (von denen er zu denken scheint, sie hätten ihren analytischen Gehalt bewahrt) beschreiben lässt. Einfach ausgedrückt, wird unter dem Deckmantel von Analyse und Interpretation eine politische Agenda verfolgt, die gewiss schlecht für die Forschung ist und ebenso schlecht für die Politik. Wie John Strawson es in seiner Antwort auf Shafir in Bezug auf den Begriff des Kolonialismus formulierte:

„Die Beschreibung Israels als ‚kolonialer Siedlerstaat‘ ist nunmehr häufig in Gebrauch. Sie wird nicht bloß als wissenschaftliche Nomenklatur gebraucht, sondern hat politische Implikationen. Viele ziehen den Schluss, dass Israel, wenn es ein kolonialer Siedlerstaat ist, illegitim ist, nicht hätte gegründet werden dürfen und deshalb vielleicht aufhören sollte zu existieren.“ (John Strawson: *A Personal Reflection*)

Das ist genau die Krux des Themas: Die akademische Forschung über Israel hat vielfach allmählich den wissenschaftlichen Ehrgeiz verloren, indem sie sich ein allein politisches Ziel zu eigen gemacht hat – die Bezeichnung eines Staates als ‚Kolonie‘ ist für diese theoretisch-politische Kriegsführung förderlich, da sie grundsätzlich die Illegitimität dieses Staates einschließt und seine Auflösung verlangt.

Diese Tendenz wird durch die Position, die Piterberg in einer Debatte mit Sternhell über das koloniale Wesen des Zionismus eingenommen hat, gut illustriert. Sternhell macht in seiner Kritik an Piterbergs Buch Folgendes geltend:

„Wenn das jüdische Palästina der Mandatsära auf keinem der charakteristischen Merkmale einer kolonialen Gesellschaft beruhte – der Ausbeutung einheimischer Arbeitskräfte; der Konfiszierung der natürlichen Reichtümer des Landes; einem Monopol der politischen Macht, das zwei verschiedene Klassen von Einwohnern schuf, Bürger und andere, die keine Rechte hatten –, konnte es keine koloniale Gesellschaft sein. Die Wahrheit war eher das Gegenteil: Um eine Nation zu bilden, formten die Juden Palästinas sich zu einer eigenständigen und geschlossenen Gesellschaft.“ (Zeev Sternhell: *In Defense of Liberal Zionism*)

Piterberg antwortet zunächst mit der Bekräftigung jener Charakteristiken, die man üblicherweise mit dem Kolonialismus verbindet:

„Von dem Moment an, als das Ziel des Zionismus die Umsiedlung europäischer Juden in ein von einer europäischen Kolonialmacht kontrolliertes Land wurde, zur Schaffung einer souveränen politischen Einheit, konnte er nicht mehr ‚nur‘ als ein mittel- oder osteuropäischer Nationalismus verstanden werden; er war unweigerlich auch ein Kolonialismus weißer Siedler.“ (Gabriel Piterberg: *Settlers and their State. A Reply to Zeev Sternhell*)

Außerdem wurde diese koloniale Besiedlung ihm zufolge nicht bloß auf einem „von einer Kolonialmacht kontrollierten“ Territorium realisiert, sondern auch „unter den Bajonetten einer Metropolenkolonialmacht“, was auf Großbritannien als das Mutterland des jüdischen Staates anspielt. Es ist wohlbekannt, dass dies nicht der Fall war, wie sogar Piterberg selbst später in seinem Aufsatz stillschweigend anerkennt, wenn er eine begriffliche Unterscheidung zwischen

»Wenn das jüdische Palästina der Mandatsära auf keinem der charakteristischen Merkmale einer kolonialen Gesellschaft beruhte – der Ausbeutung einheimischer Arbeitskräfte; der Konfiszierung der natürlichen Reichtümer des Landes; einem Monopol der politischen Macht, das zwei verschiedene Klassen von Einwohnern schuf, Bürger und andere, die keine Rechte hatten –, konnte es keine koloniale Gesellschaft sein.«

„Metropolenkolonialismus“ und „Siedlerkolonialismus“ (die nicht seine eigene Erfindung, sondern den Settler Colonial Studies entlehnt ist; siehe unten) einführt. Es ist letzterer Terminus, der die zionistische Kolonisierung charakterisieren sollte, wohingegen Sternhells Argumente nur im Hinblick auf den ersteren als gültig betrachtet werden könnten. Anstatt aber Sternhells Argumenten entgegenzutreten, geht diese Formulierung an der Frage vorbei. Gewiss tendierten die Siedlungen in der Siedlerkolonisierung dazu, allmählich von der Metropole unabhängig zu werden, und wurden danach nicht mehr von einem imperialen Zentrum aus verwaltet. Zweifellos haben die „europäischen Siedler [...] die Kolonie im Laufe der Zeit zu ihrem nationalen Erbe zu machen gesucht“, aber das sagt, anders als Piterberg unterstellen will, nichts über die zionistische Besiedlung aus, da in diesem Fall nie eine Metropolenkolonialmacht hinter dem Unternehmen stand.

Nach diesem taktischen Schachzug versucht Piterberg, andere Aspekte des Siedlerkolonialismus zu entwickeln, wobei er insbesondere auf die Arbeiten von Shafir Bezug nimmt, der ihm zufolge das koloniale Paradigma durch die Einführung neuer Subkategorien erneuert hat; und er erwähnt auch das Paradigma des „vergleichenden Siedlerkolonialismus“, das heute immer mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht. Schließlich schlägt Piterberg auch eine politische Lösung vor, die seiner Ansicht nach nicht auf die gewaltsame Vernichtung des jüdischen Staates abzielt, sondern vielmehr auf seine „friedliche“ Auflösung durch die Beendigung dessen, was er „jüdische Vorherrschaft“ [„Judaeo-supremacy“] nennt:

„Wofür ich argumentieren würde, ist die Entzionisierung des einzigen Staates, der nun de facto seit 43 Jahren zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer existiert hat – mehr als doppelt so lange wie Israel innerhalb der Grünen Linie –, sodass er zu einem modernen Staat werden kann, der auf etwas basiert, das dem allgemeinen Wahlrecht ähnelt, statt auf jüdischer Vorherrschaft zu gründen.“ (Ebd.)

Welche neuen Einsichten können wir also bei Gershon Shafir in Hinsicht auf den Zionismus als Kolonialismus gewinnen? In seinem Aufsatz, der als eine späte Zusammenfassung seines Buches von 1989 betrachtet werden kann, zählt Shafir zunächst richtigerweise die einzigartigen Merkmale der zionistischen ‚Kolonisierung‘ auf, die sie als sehr unwahrscheinliche Kandidatin für die Qualifikation als Kolonie erscheinen lassen: das Fehlen einer kolonialen Metropole, die zur Auswanderung ermutigt hätte, die Tatsache, dass die Zionisten nicht von wirtschaftlichen Interessen geleitet wurden, die Tatsache, dass sie kein Land besetzten, sondern

Das Gebiet des heutigen Israels, Palästinas und Jordaniens wurde nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg durch Großbritannien verwaltet (1917-1947). Zur Zeit des britischen Mandatsgebiets migrierten viele in Europa verfolgte Jüdinnen und Juden ins heutige Israel.

es vielmehr erwarben, die Tatsache, dass ein Großteil von ihnen Flüchtlinge waren, denen es an wirtschaftlichen Mitteln mangelte, und die Tatsache, dass sie sich keiner Vertragsknechtschaft oder Sklavenarbeit bedienten, sondern in den ersten Phasen der Besiedlung billige lokale Arbeitskräfte einsetzten. Shafir räumt ferner ein, dass „die Zionisten die rigide ethnische oder rassische Hierarchie ablehnten, die für die Plantagen- und ethnische Plantagenkolonie typisch war“; gleichwohl argumentiert er, dass nicht alle kolonialen Modelle von dieser Unterscheidung geprägt waren. Dann geht er dazu über, den „echten“ kolonialen Charakterzug des Zionismus zu identifizieren: die „Eroberung der Arbeit“, die in seinem Modell den Ausschluss der Palästinenser aus der Arbeiterschaft bedeutet. Dieser Ausschluss sollte durch die Schaffung einer ethnisch homogenen Gesellschaft eine Gesellschaft ohne Palästinenser schaffen.

Diese Diagnose erlaubt es uns, den Sinn einer von Shafirs anfänglichen Aussagen zu verstehen: „Die Frage, vor der die jüdischen Immigranten in Palästina standen, war, ob sie die Palästinenser aus ihrer Gesellschaft ausschließen oder sie zu einer niederen ökonomischen Kaste machen wollten.“ Das ist die Dichotomie, auf der er sein ganzes nachfolgendes Argument aufzubauen beabsichtigt. Derweil er sein Argument entfaltet, bricht diese Dichotomie jedoch sowohl begrifflich als auch empirisch in sich zusammen.

Welche Seite der Dichotomie wurde verwirklicht? Shafir zufolge wählten die Zionisten schließlich die erstere Lösung: Sie unterwarfen die Palästinenser nicht ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, sondern beschlossen, dass sie selbst arbeiten sollten, und zogen die Trennung zwischen sich und den Palästinensern vor. Shafir denkt, dass dies auch erklärt, weshalb die Zionisten bei ihrer Aneignung von Territorium eher moderat waren – sie waren bereit, ihre territorialen Ambitionen angesichts demografischer Besorgnisse um der jüdischen Exklusivität willen zu beschränken, weswegen sie den Teilungsplan für Palästina akzeptierten.

„Um den Anteil der jüdischen Bevölkerung pro Einheit Land zu erhöhen, so erkannten die Anführer der Arbeiterbewegung, würde das von den Juden in Besitz genommene Territorium begrenzt werden müssen.“ (Gershon Shafir: *Zionism and Colonialism. A Comparative Approach*)

Ist dies indes nicht eine seltsame Art der Kolonisierung? Stattdessen hätten die Zionisten sich für mehr Landnahme entscheiden können, für die Unterwerfung der palästinensischen Bevölkerung oder sogar für deren Verdrängung oder Vertreibung (speziell im Lichte des späteren Paradigmas des Siedlerkolonialismus, das behauptet, dass ethnische Säuberung und die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung der zionistischen Kolonisierung inhärent seien).

Allerdings, so Shafir weiter, habe sich diese Konzeption der Selbstbeschränkung in Hinsicht auf das Territorium nach 1967 gänzlich gewandelt. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte die Aneignung von Land nicht mehr durch Kauf, sondern durch Eroberung; in Kombination damit wurde der Arbeitsmarkt auf Palästinenser aus dem Westjordanland ausgedehnt. Offenkundig hatte Israel, wie auch Shafir einräumt, als „universalistischer Staat“ (Shafirs Bezeichnung) bereits nach seiner Gründung den Arbeitsmarkt auf israelische Araber ausgedehnt. „Wirtschaftlichen Separatismus“ gab es nicht mehr. (Natürlich erwähnt Shafir niemals die Tatsache, dass der Krieg von 1967, der zur Eroberung führte, nicht von Israel begonnen worden war.)

Gewiss ist es ziemlich merkwürdig zu behaupten, dass sowohl begrenzte territoriale Ansprüche als auch gesteigerte territoriale Ambitionen Merkmale des Kolonialismus seien, noch dazu jene einer und derselben kolonialen Bewegung, und ebenso zu behaupten, dass sowohl die Ausbeutung der lokalen Arbeitskräfte als auch ihr Gegenteil, die Nichtausbeutung, die zur Trennung der beiden Völker führt, koloniale Kennzeichen seien, die ein Gebilde un-zweideutig als kolonial qualifizieren. Und obwohl Shafir darauf erpicht ist, mehrere Perioden des „israelischen Siedlerkolonialismus“ zu unterscheiden, was wahrscheinlich eine minutiöse empirische Beschreibung sein soll, weisen all diese letztlich in dieselbe Richtung: die Absicht zu beweisen, dass der Zionismus durch und durch kolonialistisch ist und sich im Wesentlichen nicht von anderen Unternehmungen unterscheidet, die wir im Allgemeinen als kolonial bezeichnen.

Somit ist der Kolonialismus das Eine, das immerwährende Wesenszüge besitzt, und der Zionismus das Andere, während beide zugleich ein und dasselbe sind, ungeachtet der mannigfachen vom Zionismus dargebotenen Unterschiede. Wenn im spezifischen Fall des zionistischen Kolonialismus derselbe als eine Sache und zugleich als ihr Gegenteil verstanden wird, dann verwundert es kaum, dass all jene Phänomene, die mit der Geschichte des Zionismus zusammenhängen, innerhalb eines „einheitlichen theoretischen Rahmens“ interpretiert werden sollen:

„Meine Absicht in diesem Kapitel war es, mit den gebräuchlichen Rahmenkonzepten zur Analyse der israelischen Gesellschaft aufzuräumen, die ihre Geschichte zwischen zwei luftdicht versiegelten und getrennten Perioden aufteilen: der Prä- und der Post-1967-Ära. Zu diesem Zweck schlage ich vor, einen einheitlichen theoretischen Rahmen zu verwenden, der auf den kolonialen Dimensionen der israelischen Gesellschaft und auf ihrer heute fortschreitenden, wenngleich noch immer sehr partiellen Dekolonisierung basiert.“ (Ebd.)

Kaste = religiös begründete und legitimierte hierarchische Einordnung und Abgrenzung gesellschaftlicher Gruppen

Jedoch wird dieser „einheitliche theoretische Rahmen“ nicht als Resultat theoretischer Reflexion eingeführt; vielmehr wird er schlichtweg behauptet. Wie und weshalb könnte man den Umfang der Kategorie des Kolonialen auf den zionistischen Fall ausweiten? Und warum wird die Kategorie selbst durch diese Eingliederung nicht substanziell modifiziert? Ist ‚Kolonie‘ ein wittgensteinscher Prototyp, der nützlich dabei ist, Familienähnlichkeiten zwischen Fällen wahrzunehmen? Oder ist es ein weberscher Idealtypus, der bei historischen Vergleichen hilfreich ist? Gewiss keines von beiden, denn Prototypen und Idealtypen sind keine essenzialisierten Kategorien – sie sind methodologische Werkzeuge, mit denen sich Vergleiche zwischen diversen Phänomenen der empirischen Realität anstellen lassen, während die Kategorie weder methodologisch noch politisch fetischisiert wird. Shafir fährt fort:

„Ich biete [...] eine theoretische und begriffliche Perspektive, die die kontinuierliche Zentralität der Kolonisierung im Zionismus herausstellt und gleichzeitig den Veränderungen, die, unter neuen Umständen, im Rahmen der Besiedlung stattgefunden haben, angemessenes Gewicht verleiht.“ (Ebd.)

Was wir hier in Shafirs Fall vor uns haben, ist eine seltsame Methodologie: Heterogenität wird nicht geleugnet, sondern scheinbar offenbart; dennoch wird sie dem totalisierenden Begriff des ‚Kolonialen‘ subsumiert, welcher seinerseits unverändert bleibt und dadurch die üblichen moralischen und politischen Konnotationen vermittelt. Bleibt solch einer ausgeweiteten Kategorie irgendein interpretativer Wert erhalten, während ihre kritische Intention und ihre politische Bedeutung unberührt zu sein oder sogar bekräftigt zu werden scheinen? Das ist mehr als zweifelhaft.

Israel in den Settler Colonial Studies

Das sich schnell entwickelnde akademische Feld der Settler Colonial Studies ist die bislang jüngste akademische Unternehmung zur Aussonderung Israels als, in den Worten von Ilan Pappé, „der letzten verbleibenden aktiven siedlerkolonialen Bewegung oder des letzten solchen Projekts“. Die Interpretation Israels als Kolonie ist nichts Neues; palästinensische und marxistische Autoren (wie etwa Faez Sayegh, Maxime Rodinson und Edward Said) haben seit den Sechzigern über Enteignung und Kolonisierung geschrieben. Der Diskurs über Israel als Kolonie wurde in den Schriften der israelischen neuen Historiker (wie etwa Benny Morris und Pappé) und der kritischen Soziologen (wie etwa Baruch Kimmerling und Shafir) fortgesetzt. Ein Großteil des akademischen Schrifttums über Israel hat es sich zur Berufung gemacht zu beweisen, dass der Zionismus eine weiße Siedlerbewegung sei, die zunächst zu einem kolonialen und nunmehr zu einem Staat der ‚Apartheid‘ geführt habe.

Die Anzahl der Arbeiten über Israel als Siedlerkolonie ist in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren signifikant angewachsen. Die akademische Zeitschrift *Settler Colonial Studies*, 2010 von Lorenzo Veracini gegründet, hat bereits drei Sonderausgaben über Israel veröffentlicht; insgesamt behandelt fast ein Drittel der Artikel aus diesen zehn Jahren ausschließlich Israel, und sicherlich erwähnen es noch viele mehr wenigstens in sogenannter vergleichender Perspektive.

Es scheint, dass die Behandlung Israels als siedlerkolonialer Staat die ultimative Rechtfertigung dafür liefern soll, es für die Kritik auszusondern, und auch dafür, den palästinensischen Kampf in all seinen Formen als antikoniale Bewegung zu legitimieren. Diese Darstellung Israels soll akzentuieren, dass es sich um einen Kampf nicht zwischen konkurrierenden Nationalismen handle, sondern zwischen dem Eroberer auf der einen Seite und dem Besiegten, dem Vertriebenen, dem Besetzten auf der anderen. Es ist der koloniale Rahmen, der einen notwendigen binären Gegensatz schafft, die absolute Ungleichheit der Machtverhältnisse und das Bild von Siedlern als illegitimen Eindringlingen, die danach streben, die Einheimischen zu eliminieren. In dieser Hinsicht können wir von einigen recht allgemeinen Postulaten, um nicht zu sagen Axiomen sprechen, die von solchen Analysen übernommen werden und die ein unveränderliches und essenzialisiertes Schema zu konstituieren scheinen.

Das Paradigma des Siedlerkolonialismus geht von dem aus, was seine Adepten eine „Schlüsselunterscheidung zwischen Kolonialismus und Siedlerkolonialismus“ nennen:

„[Ersterer] ist um eine Logik der Ausbeutung herum organisiert, während Letzterer durch eine Logik der Eliminierung charakterisiert ist. Im Gegensatz zum Kolonisator, der von der Arbeit der Kolonisierten profitieren will, begehrt der Siedlerkolonisator stattdessen ihr Land und die Eliminierung der Einheimischen, die er zu ersetzen versucht.“ (Rachel Busbridge: *Israel-Palestine and the Settler Colonial Turn. From Interpretation to Decolonization*)

Laut Patrick Wolfe, der neben Veracini als ein Begründer des Paradigmas betrachtet wird, ist diese eliminatorische Logik dem Siedlerkolonialismus inhärent und darin absolut primär. In seinen zahlreichen Aufsätzen betont Wolfe, dass der Siedlerkolonialismus eine „Struktur“ sei – das heißt, er sei permanent in Raum und Zeit – und bleibe unverändert, bis die Dekolonisierung stattfindet: Im

„systematischen Verständnis des Siedlerkolonialismus als historisches Programm der Eliminierung stellt sich nicht nur die Notwendigkeit von Gewalt als dem Projekt innewohnend heraus. [...] Die Gewalt verschwindet nicht. Tatsächlich bleibt sie in Post-frontier-Symp-

Ludwig Wittgenstein (1889-1951) war ein bedeutender österreichischer Philosoph. Sein Begriff der Familienähnlichkeit trägt der Problematik Rechnung, dass Verschwommenheit und Unschärfe von Begriffen ihre Kategorisierung erschweren. Prototypen sind typische Vertreter von Kategorien, anhand derer Nähe auch Begriffe dieser Kategorie zugeordnet werden können (Familienähnlichkeit), ohne dass dazu hinreichende Kriterien angegeben werden.

Max Weber (1864-1920) war ein deutscher Soziologe. Sein Begriff Idealtypus reduziert Ausschnitte der Realität auf ihre (häufig überzeichneten) wesentlichen Aspekte, um so ein theoretisches Idealbild des Gegenstandes, fernab der empirischen Realität, zu erhalten.

Essentialismus = philosophische Auffassung, dass es ein Wesen oder eine wahre Natur einer Sache gibt, das bestimmt, definiert, erklärt und begründet, was dieses der Art nach ist, und warum es sich notwendigerweise so verhält, wie es sich verhält

tomen wie etwa disproportionalen Inhaftierungsraten unter den Einheimischen und zonalen Polizeieinsätzen allgegenwärtig und manifest.“ (Patrick Wolfe: *Recuperating Binarism. A Heretical Introduction*)

In der Einleitung zu einer der Sonderausgaben von *Settler Colonial Studies* zu Israel können wir lesen:

„Durch die Linse des Siedlerkolonialismus gesehen ist die Nakba von 1948 nicht einfach eine Vorbedingung für die Schaffung Israels oder das Ergebnis früher zionistischer Ambitionen; die Nakba ist kein singuläres Ereignis, sondern ist heute in der fortdauernden Unterwerfung der Palästinenser durch die Israelis manifestiert.“ (Omar Salamanca, Mezna/Rabie Jabary/Qato, Sobhi Kareem/Samour: *Past is Present. Settler Colonialism in Palestine*)

Nach Lorenzo Veracini nimmt das siedlerkoloniale Paradigma Israelis und Palästinenser nicht als simple Gegner wahr, sondern Letztere als die Einheimischen, die Ersteren als den Siedlern gegenüberstehen. Damit soll ein „diskursiver Umsturz der vorausgesetzten Machtverhältnisse“ erreicht werden; allein es scheint, dass dieses Bestreben nicht auf das diskursive Feld beschränkt ist. Wolfe legt dar, dass wir es hier mit einer „Nullsummenlogik“ zu tun hätten, „wonach Siedlergesellschaften, trotz all ihrer internen Komplexitäten, einheitlich die Eliminierung einheimischer Alternativen verlangen“, und wenn er sich auf Kritiken dieser Konzeption bezieht, behauptet er, dass die Ablehnung dieser binären Logik nichts weniger sei als die verzerrte Perspektive eines Siedlers. Ähnliche Formulierungen gibt es im Überfluss: Pappé zum Beispiel, der an Radikalität anscheinend nicht übertroffen werden will, zieht gleich, indem er exakt dieselben Termini benutzt, die sich bei Wolfe und Veracini finden:

„Ich sehe das gesamte Projekt des Zionismus als eine Struktur, nicht bloß als ein Ereignis. [...] Solange die Kolonisierung nicht vollendet ist und die einheimische Bevölkerung durch eine nationale Befreiungsbewegung Widerstand leistet, ist eine jede solche Periode, die ich mir ansehe, nur eine Phase innerhalb derselben Struktur. [...] Also schlage ich vor, über Dekolonisierung zu sprechen, nicht Frieden. Ich schlage vor, über die Änderung des Rechtsregimes zu sprechen, welches das Leben von Israelis und Palästinensern regiert.“ (Ilan Pappé: *How Israel Turned Palestine into the Biggest Prison on Earth*)

Folglich sollte man Pappés Ansicht nach von einer inhärenten eliminatorischen Logik als einer dauerhaften, unveränderten Struktur von Enteignung und Unterdrückung sprechen, während man sich von dem Rahmen konkurrierender Nationalismen lösen und die ganze Geschichte des Zionismus (sowohl als Programm wie auch als Praxis) von ihren Anfängen

an, ungeachtet von Konflikten, Kriegen und territorialen Veränderungen, Religionen und Fundamentalismen (Letztere werden nicht einmal erwähnt) als koloniales Projekt auffassen sollte. Und am wichtigsten ist es festzuhalten, dass der Sechs-Tage-Krieg nichts Neues gebracht habe – die Schaffung des Staates 1948 und die Gebietsgewinne von 1967 sollen derselben Logik gefolgt sein, da beide Produkte derselben zugrunde liegenden Struktur gewesen sein sollen. In diesen Ansätzen ist von den Palästinensern praktisch nie die Rede: Entweder sie kommen in der Analyse nicht vor oder sie werden, wenn sie vorkommen, allein als passive Opfer dargestellt. [...]

Wie ist all dies mit Rücksicht auf die wissenschaftliche Methodik zu beurteilen? In einem seiner Aufsätze über wissenschaftliche Objektivität bezieht Max Weber sich auf „den Grundgedanken der auf Kant zurückgehenden modernen Erkenntnislehre: daß die Begriffe vielmehr gedankliche Mittel zum Zweck der geistigen Beherrschung des empirisch Gegebenen sind und allein sein können“. Daher sollten die theoretischen Mittel niemals mit den Zielen der Analyse verwechselt werden: „Begriffe sind, mit an-

»Mithin ist es in diesem Fall in der Tat der Begriff, der den absoluten Endpunkt der Analyse bildet, auf die eine Handlung folgen sollte, und zwar eine vollständig von dem Begriff geprägte Handlung.«

deren Worten, Werkzeuge und nicht der Endpunkt der Analyse.“ Webers Methode der Idealtypen ist eine perfekte Illustration dessen, was er mit begrifflichen Werkzeugen meint, die fortwährend modifiziert werden müssen, da sie an der empirischen Realität gemessen werden. Indes muss man kein Weberianer sein, um diese fundamentale Unterscheidung wertzuschätzen und die Verdinglichung von Begriffen, die Binaritäten und die falschen Analogien zurückzuweisen, die in den Critical Whiteness Studies, Settler Colonial Studies und anderen Feldern der aktivistischen Sozialwissenschaft benutzt werden. Aber die irrige Methodik hat in diesen Analysen eine klare Funktion – nämlich einen bestimmten symbolischen Gebrauch der Ausdrücke ‚Weißsein‘, ‚Kolonie‘ und ‚Siedlerkolonie‘, der in sich ein unzweideutiges moralisches Urteil enthält. Mithin ist es in diesem Fall in der Tat der Begriff, der den absoluten Endpunkt der Analyse bildet, auf die eine Handlung folgen sollte, und zwar eine vollständig von dem Begriff geprägte Handlung. Wie Bryan Cheyette es ausdrückt: „Das Abrutschen in die krudesten Formen des analogischen Denkens [...] illustriert genau, was verloren geht, wenn kritisches Denken durch Aktivismus ersetzt wird.“ Das „befreiende Handeln“ wird die Theorie finden, die am besten zu ihm passt, und umgekehrt – eine „befreiende Forschungsagenda“ wird das politische Handeln in unzweideutiger Weise prägen.



Ursprünglich hätte der Text im Sammelband „Beyond Frenemies“ erscheinen sollen. Weil in diesem jedoch auch Texte mit einer Pro-BDS-Position erscheinen sollten, zogen mehrere Autorinnen und Autoren ihre Texte kurzfristig zurück, dazu zählt auch Karin Stögner, die ihren Text stattdessen auf [hagalil.com](https://hagalil.com/veroeffentlichte) veröffentlichte. (hier gekürzt) hagalil.com/hat-intersektionalitaet-ein-problem-mit-antisemitismus

Karin Stögner
2022

hat intersektionalität ein problem mit antisemitismus?

Das Konzept der Intersektionalität hat seit den 1990er-Jahren stetig an Einfluss gewonnen und dient in vielen westlichen feministischen und antirassistischen Bewegungen und Organisationen als Grundlage für globale Solidarität. Seine Grundannahme ist, dass Feministinnen nicht die Augen vor anderen Formen der Unterdrückung verschließen sollten. Eine intersektionale Sichtweise erkennt an, dass in der modernen Gesellschaft verschiedene Formen der Unterdrückung und Diskriminierung nicht getrennt, sondern gleichzeitig auftreten und dass sie miteinander verwoben sind. Nicht so offensichtlich ist jedoch, welche Formen der Unterdrückung in den Rahmen der Intersektionalität fallen. Meistens wird das Spektrum auf den klassischen Dreiklang von race, class, gender zurückgeführt, in jüngerer Zeit auch auf Diskriminierung aufgrund von Alter, Behinderung oder Religion (insbesondere bezogen auf den Islam), während Antisemitismus selten Beachtung findet. Im Gegenteil schließen queere, antirassistische und feministische Initiativen wie *Women's March on Washington*, *Chicago Dyke March* oder *Black Lives Matter* routinemäßig jüdische Erfahrungen mit globalem Antisemitismus aus, etwa als Linda Sarsour, ehemalige Organisatorin des *Women's March*, behauptete, dass Zionismus und Feminismus sich widersprechen würden

Dieser Beitrag widmet sich diesen merkwürdigen Allianzen zwischen manchen Strömungen des intersektionalen Feminismus und israelbezogenem Antisemitismus. Merkwürdig nenne ich diese Allianzen deshalb, weil Feminismus vom Grundverständnis her emanzipatorisch ist, während der Antisemitismus den Inbegriff der antiemanzipatorischen Reaktion und Rebellion darstellt. Wie also gehen diese beiden Momente ineinander? Ist es nicht merkwür-

dig, wie in intersektionalem Aktivismus die Stärkung von Frauen- und LGBTIQ-Rechten in Israel oft reflexartig als Pinkwashing und Homonationalismus diffamiert wird und wie Rufe nach Boykotten von LGBTIQ-Veranstaltungen in Israel laut werden, die in vielen Regionen der Welt aufgrund homophober Politik gar nicht möglich sind?

Zum Teil resultieren diese verqueren Verbindungen aus blankem Antisemitismus der Akteur:innen, die diesen als Opposition zu Kolonialismus und Imperialismus maskieren. Das Problem, das Intersektionalität mit dem Antisemitismus hat, geht jedoch tiefer und hängt ursächlich mit einem weitgehend ungeklärten Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus zusammen. Wird Antisemitismus in intersektionalen Analysen deshalb wenig berücksichtigt, weil er zu strikt mit Rassismus zusammengedacht wird, oder vielleicht, weil er das zu wenig wird? Diese Fragen lassen sich vorweg mit einer Variation eines feministischen Paradoxons beantworten, nämlich dass wir die Lebenslagen und Lebensverhältnisse von Frauen und Männern nicht begreifen, wenn wir sie nur über die Kategorie Geschlecht in den Blick nehmen, und ebenso wenig, wenn wir sie nicht auch über die Kategorie Geschlecht betrachten. Auf den Antisemitismus gemünzt können wir sagen, dass wir seine Komplexität nicht verstehen, wenn wir ihn nur als eine Form des Rassismus sehen, dies aber ebenso wenig tun, wenn wir ihn nicht auch als eine Form des Rassismus erkennen.

Dass der Antisemitismus insbesondere im intersektionalen Feminismus häufig nicht verstanden wird, hängt damit zusammen, dass Rassismus auf die herrschaftliche Dichotomie von Weiß und Schwarz reduziert wird. Gleichzeitig werden Jüdinnen und Ju-

Pinkwashing = Vorwurf (an Israel), durch die Akzeptanz und Förderung der LGBTIQ-Community von ihren Verbrechen ablenken zu wollen

den mit Whiteness identifiziert und damit aus dem antirassistischen Kampf ausgeklammert. Aber der Antisemitismus verläuft nicht entlang der color line; Jüdinnen und Juden sind nicht weiß im Sinn dessen, was Weißsein und damit verbundene Privilegien implizieren: nämlich die Norm zu repräsentieren und dadurch unsichtbar zu sein und in Sicherheit leben zu können. Wird der Whiteness-Frame auf die jüdische Minderheit angewandt, impliziert das eine Bestätigung antisemitischer Verschwörungsmymen, wie z.B. dem übermäßigen Einfluss von Juden in Wirtschaft, Politik und Medien. Jüdinnen und Juden erscheinen als die „Super-Weißen“, womit der globale Antisemitismus aus den antirassistischen intersektionalen Analysen und Praktiken ausgeklammert wird. Die Unterscheidung zwischen Rassismus und Antisemitismus sollte also auch nicht zu strikt gezogen werden, weil sonst die Gemeinsamkeiten aus dem Blick geraten und der Antisemitismus erst recht aus dem intersektionalen Analyserahmen fällt: Juden werden nicht als eine Minderheit wahrgenommen, die seit Jahrhunderten rassistisch verfolgt wird. Stattdessen wird das Bild umgedreht: Sie erscheinen als weiße Elite und der Zionismus als rassistische Ideologie. Auf einer derart verzerrten ideologischen Grundlage kann der Antisemitismus dann sogar als oppositionell und tadellos antiimperialistisch erscheinen. [...]

Generell lässt sich beobachten, dass Intersektionalität in antiisraelischem Aktivismus immer mehr zu einer single-issue-policy zusammenschrumpft und daher zutiefst antiintersektional ist. Das heißt dass Fragen geschlechtlicher und sexueller Selbstbestimmung, einst grundlegend im intersektionalen Paradigma, für Fragen der nationalen Selbstbestimmung instrumentalisiert werden. Dass also ein „Palästina“ zu einer feministischen Angelegenheit erklärt wird, ohne die Geschlechterverhältnisse in der palästinensischen Gesellschaft und den Antifeminismus und die Homophobie der palästinensischen politischen Akteure zu thematisieren. Das ist das eigentliche Pinkwashing.

Als weitere Schwierigkeit, den Antisemitismus innerhalb des Intersektionalitätsrahmens zu analysieren, kommt hinzu, dass der Antisemitismus nicht nur im Hinblick auf die Kategorie der „Rasse“ ambivalent ist, sondern auch hinsichtlich der anderen Kategorien, die für Intersektionalität zentral sind. Das Besondere am Antisemitismus ist, dass er Juden und Jüdinnen als umfassend unzuordenbar behandelt und sie jenseits von Identitätskategorien ansiedelt. So wurde Jüdinnen und Juden unterstellt, die klar gezogenen Grenzen zwischen den Geschlechtern zu verwischen, die Geschlechtsidentität aufzulösen und die Geschlechterrollen und die geschlechtsspezifische

Arbeitsteilung umzukehren. Folglich wurde die Frauenemanzipation auch als jüdische Intrige gegen die Einheit des Volkes gedeutet. Aufgrund der ihnen zugeschriebenen Zwischenstellung in Bezug auf Geschlecht und Sexualität werden Juden bis heute als Bedrohung für die Einheit von Kultur und Gemeinschaft gesehen. Auch in Bezug auf Klasse ist der Antisemitismus uneindeutig. Er identifiziert Juden und Jüdinnen mit der vermittelnden ökonomischen Zirkulationssphäre, d.h. mit Handel, Bank- und Geldgeschäften. Ihre ökonomische Zwischenposition lässt ihre Klassenlage mehrdeutig und unklar erscheinen: Als Bourgeois traf sie das Klischee, dass ihnen vorgeblich echtes und aufrichtiges Unternehmertum fehlen würde – Juden repräsentierten nur die negativen Auswirkungen des Kapitalismus. Jüdischen Stimmen der Arbeiterklasse wurde unterstellt, sie seien von körperlicher Arbeit entfremdet.

Aufgrund dieses antikategorialen Charakters des Antisemitismus ist er für dominante intersektionale Ansätze, die von der Interdependenz stabiler Kategorien ausgehen, kaum fassbar. Jüdinnen und Juden erscheinen als umfassend unzugehörig zu jedweden Identitätskriterien, die in Intersektionalität immer wichtiger werden. Sie repräsentieren Anti-Identität und damit die Gefahr der Auflösung von Identität. Intersektionale Identitätspolitik gehen deshalb am Antisemitismus vorbei.

Aber wird Intersektionalität angemessen reformuliert, kann auch der Antisemitismus zu einem Ausgangspunkt intersektionaler Analyse werden. Denn er ist selbst eine intersektionale Ideologie, indem er mit sexistischen, homophoben, rassistischen, ethnozentrischen, nationalistischen und antinationalen Momenten operiert und diese Momente sich in ihm durchdringen. Darüber hinaus spiegelt der Antisemitismus globale ökonomische Klassenverhältnisse und die nationalstaatliche Ordnung in einer pathologisch verzerrten Weise wider und maskiert sich als Kapitalismus- und Imperialismuskritik. So wird deutlich, dass sich auf der ideologischen Ebene Rassismus und Nationalismus, Sexismus und Homophobie sowie die verzerrte Sicht auf die globale Klassengesellschaft im modernen Antisemitismus durchdringen. Die konsequente Analyse dieser ideologischen Überschneidungen kann dem aktuellen Trend zur Fragmentierung, zum regressiven Partikularismus und zum „Identitätshausarrest“ (Vivian Teitelbaum) entgegenarbeiten. Derart reformuliert wird Intersektionalität zu einem Rahmen für die Analyse der großen Zusammenhänge, die unsere Gesellschaft konstituieren und zu einem Narrativ, das die Notwendigkeit einer reflektierten Universalität begreiflich macht und die Enge selektiver Empathie und restriktiver Identitätspolitik durchbricht.

»Aufgrund dieses antikategorialen Charakters des Antisemitismus ist er für dominante intersektionale Ansätze, die von der Interdependenz stabiler Kategorien ausgehen, kaum fassbar.«

regressiv = rückschrittlich
Partikularismus = Bestreben einer Bevölkerungsgruppe nach Durchsetzung der konkreten eigenen Interessen gegenüber dem Allgemeinen
regressiver Partikularismus = Untergliederung der politischen Forderungen in so viele Untergruppen, dass keine gemeinsamen, universalistischen Forderungen gestellt werden können und der Blick auf den Zusammenhang verschiedener partikularer Interessen verstellt wird

Alex Gruber
2023

revisionismus von links

Der „multidirektionale“ Angriff auf das
Holocaustgedenken und den jüdischen Staat

Laut Eigenauskunft ist das *Goethe-Institut* das „weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland“, das der Pflege „der internationale[n] kulturelle[n] Zusammenarbeit“ verpflichtet ist und sich „für die Verständigung zwischen Deutschland, Europa und der Welt ein[setzt]“, während sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Parteistiftung der Bundestagspartei *Die Linke* dem „Engagement für Frieden und Völkerverständigung, für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander“ verpflichtet fühlt. Just diese beiden sowohl staatstragenden als auch zivilgesellschaftlich aktiven Organisationen waren es, die am 9. November 2022, dem 84. Jahrestag des Novemberpogroms, in Tel Aviv eine Veranstaltung mit dem Titel *Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust, Nakba und deutsche Erinnerungskultur* veranstalten wollten, auf der die Autorin Charlotte Wiedemann ihr neues Buch *Den Schmerz der anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis* präsentieren sollte. Darin sollte es um das „politisch umkämpfte Terrain“ des „Erinnern[s] in Israel“ gehen, wo Juden „den Fokus auf den Holocaust“ richteten, während sich Palästinenser „hingegen auf das Schicksalsjahr 1948“ konzentrierten, „als Hunderttausende Opfer von Flucht und Vertreibung durch jüdische Kämpfer wurden – arabisch als Nakba (Ka-

tastrophe) bezeichnet „. Nach Protesten, unter anderem vom israelischen Außenministerium, dem israelischen Botschafter in Deutschland, Ron Prozor und dem Direktor von Yad Vashem, Dani Dayan, wurde die Veranstaltung erst vom 9. auf den 13. November verlegt, um dann auf unbestimmte Zeit verschoben zu werden. Zugleich reichte das Goethe-Institut eine scheinheilige Entschuldigung nach, ihm sei „die Erinnerung an die Shoah und das Gedenken der Opfer“ ein großes Anliegen, weswegen es auch bedaure, „dass die Wahl des Datums einer Panel-Diskussion aktuell zu Irritationen geführt hat“.

Während der allzu verräterische, weil die Vernichtung der europäischen Juden unmittelbar mit den Auswirkungen des arabischen Kampfes gegen Israels Staatsgründung parallelesierende Untertitel – *Holocaust, Nakba und deutsche Erinnerungskultur* – gestrichen wurde, blieb die in der Ankündigung vorgenommene Verbindung auf einer etwas stärker vermittelten Ebene – hier handelt es sich um die Parallelisierung der Erinnerung, die den jüdischen „Fokus auf den Holocaust“ und das palästinensische Augenmerk auf „Flucht und Vertreibung durch jüdische Kämpfer“ auf eine Stufe stellt – erhalten. Daran änderte auch die vom Goethe-Institut nachgeschö-

Yad Vashem heißt die staatliche israelische „Gedenkstätte des Holocausts und des Heldenmuts“ in Jerusalem. Sie gilt als die bedeutendste Gedenkstätte, die an die nationalsozialistische Judenvernichtung erinnert und sie wissenschaftlich dokumentiert.

»Israel soll zu einem im Kontinuum der Gewaltgeschichte der Moderne stehenden Kolonialstaat gemacht werden.«

bene Erklärung nichts, die neben Wiedemann für das Podium eingeplanten Mitdiskutanten, Bashir Bashir und Amos Goldberg, seien „anerkannte Experten auf dem Feld der Erinnerungskultur und der Versöhnungspolitik“; genauso wenig wie die pflichtschuldige Versicherung, Wiedemann stelle natürlich „die Besonderheit der Shoa nicht in Frage“.

Wer es für nötig hält, solche Beteuerungen explizit formulieren zu müssen, der glaubt sich selbst nicht. So sagten auch die beiden Herausgeber Michael Wildt und Susan Neiman in einem SPIEGEL-Interview zu ihrem unlängst erschienenen Buch *Historiker Streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, ihre Intention sei zwar die „Infragestellung der Singularität des Holocausts“, weil aber zugleich „jedes Ereignis ... in mancher Hinsicht singulär und präzedenzlos“ sei, müsse man entschieden feststellen: „Niemand in dieser Debatte will den Holocaust einebnen.“ Wohl nicht umsonst ruft Wildts Versicherung, die der SPIEGEL zum Titel des Interviews erhoben hat, die Assoziation mit Walter Ulbrichts berühmt-berüchtigtem *Versprechen* wach: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ Ginge es, wie wiederum das Goethe-Institut in seiner Vorstellung Wiedemanns schreibt, wirklich nur darum, „in Bezug auf die Erinnerungspraktiken in Deutschland“ von der Notwendigkeit der Entwicklung „ein[es] Bewusstsein[s] für die kolonialen Verbrechen der Kaiserzeit“ überzeugt zu sein und daran arbeiten zu wollen, bedürfte es – sei es nun am Jahrestag der Reichspogromnacht, sei es an jedem der weiteren 364 Tage des Jahres – weder einer Parallelisierung von NS-Judenvernichtung und israelischem Unabhängigkeitskrieg noch einer Versicherung, die Beschäftigung mit den deutschen Kolonialverbrechen diene nicht der Relativierung des Holocaust. Warum sollte sie auch?

Es sei denn, den an der Diskussion Beteiligten wäre, wie unbewusst auch immer, selbst klar, dass es ihnen exakt darum geht: dass die Art und Weise, in der die kolonialen Verbrechen mit dem Holocaust und – in weiterer Folge – mit der israelischen Staatsgründung in Beziehung gesetzt werden sollen, genau aus dem Bedürfnis gespeist wird, die Stellung des Holocaust in der Geschichtsschreibung und der Erinnerungspolitik zu relativieren, um so das Existenzrecht des jüdischen Staates bestreiten zu können. Israel soll

zu einem im Kontinuum der Gewaltgeschichte der Moderne stehenden Kolonialstaat gemacht werden, der – Stichwort: *Nakba* – eine verbrecherische Vergangenheit habe wie die USA bei der Ausrottung der indigenen Bevölkerung und der Versklavung der Schwarzen, Südafrika bei seiner Apartheidpolitik oder Deutschland bei seinen Völkermorden an Nama, Herero, Osteuropäern und Juden.

Deutlich wird dies, wenn mit Amos Goldberg einer der vom Goethe-Institut geladenen Diskutanten der lautgewordenen Kritik mit der Formulierung entgegentreten wollte, es gehe der geplanten Veranstaltung nicht darum, „Vergleiche zwischen dem Holocaust und der Nakba zu ziehen“, sondern um die Verarbeitung katastrophaler Erinnerungen an Ereignisse, „die sich in einer Situation des Konflikts, der Besatzung und der Apartheid stark voneinander unterscheiden“. Für diese anti- oder postkolonialistisch argumentierenden Einwände mögen sich die erinnerten Ereignisse an der Oberfläche zwar so stark voneinander unterscheiden wie die europäische Besiedelung Nordamerikas oder Südafrikas, die nationalsozialistische Vernichtung des europäischen Judentums oder die kriegerischen Auseinandersetzungen im Zuge der israelischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Zugleich jedoch soll das zugrundeliegende Feld, auf dem sich diese unterschiedlichen Ereignisse abspielen, doch immer dasselbe sein, das durch dieselben Vektoren aufgespannt wird – sodass es notwendigerweise keine prinzipiellen Unterschiede mehr geben kann: Die unter dem Begriff Holocaust gefasste Judenvernichtung soll ebenso „Konflikt, Besatzung und Apartheid“ geschuldet sein wie die Nakba genannte Staatsgründung des jüdischen Staates samt ihrer Flucht und Vertreibung einschließenden Auswirkungen auf die arabische Bevölkerung des britischen Mandatsgebiets Palästina, die in nicht geringen Teilen das Resultat der prinzipiellen Ablehnung jüdischer Souveränität durch die arabischen Akteure, ihrer Verweigerungshaltung gegenüber jedem Kompromiss und ihrem bewaffneten Kampf gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen des Jischuw waren.

Jischuw nannte man die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der Staatsgründung Israels 1948.

Homolog argumentiert der kamerunische Historiker und Politikwissenschaftler Achille Mbembe, an dessen Einladung zum deutschen Kulturfestival *Ruhrtriennale* sich eine heftige Diskussion über das Verhältnis von Postkolonialismus, *Israelkritik* und Antisemitismus entzündete, wenn er das Apartheidregime in Südafrika und die Shoah als „zwei emblematische Manifestationen“ desselben „Trennungswahns“ beziehungsweise derselben „permanenten Trennungs- und Differenzierungsarbeit“ begreifen möchte. Die (rassistische) Einteilung und Trennung stellt für Mbembe die modernere Staatlichkeit in all ihren unterschiedlichen Ausprägungen gleichermaßen zugrundeliegende Substanz dar – wenngleich der Nationalsozialismus die auf die Spitze getriebene Manifestation der grundlegenden Trennung repräsentiere und damit als „radikalste Konsequenz einer gewalttätigen Aussonderung und Unterwerfung“ zu begreifen sei, wie Fabian Wolff in einem ZEIT-Essay den Ausführungen Mbembes sekundiert.

Dieselbe auf Trennung beruhende Souveränität, die sich im „Nazi-Staat“ (Mbembe) Ausdruck verleihe, liege, wenn auch in geringerer Intensität, auch Kolonialismus und Apartheid zugrunde, womit die

»Die antisemitische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik hingegen verweist auf keinen solchen außerhalb ihrer selbst liegenden Zweck mehr, sie war ‚autonomer Selbstzweck‘, für den jede nachgeschobene Begründung nur eine Rationalisierung darstellt, mit der er seine ‚eigene Zwecklosigkeit‘ bemäntelt«

Shoah zum „Teil einer kolonialen Gewaltgeschichte“ (Wolff) gemacht und in dieser aufgehoben, also in ihrer Spezifik zum Verschwinden gebracht wird. Im so gestifteten Kontinuum von westlichem Kolonialismus und NS-Vernichtungspolitik soll es zwar graduelle Unterschiede und verschiedene Intensitäten der „Trennungsarbeit“ und „Aussonderung“ geben, mehr aber auch nicht. Bedenkt man, dass Mbembe Israel der „kolonialen Gewalt und Besetzung“ bezichtigt, für die die „Metapher der Apartheid“ nicht ausreicht, um ihr „Trennungsprojekt zu erfassen“, wird endgültig klar, was das Ziel der Veranstaltung ist: Israel in die „Gewaltgeschichte Europas“ (Neiman / Wildt) einzugliedern und es damit zu delegitimieren und zum Gegner zu erklären, der überwunden werden müsse: „Wenn der Holocaust die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts war, dann ist die Palästinafrage der größte moralische Skandal unserer Zeit“, schrieb Mbembe schon 2014 in einem Kommentar.

Der jüdische Staat soll nicht nur als Staat dargestellt werden, der das Erbe des „Trennungswahns“ von Kolonialismus, Apartheid und Nationalsozialismus angetreten habe, und in dem die Opfer von einst zu den Tätern von heute geworden seien, wie Mbembe in seinen Betrachtungen zu einer Israelreise im Jahr 1992 schreibt; auch soll die Shoah in ihrer Spezifik relativiert werden, mit allen daraus erwachsenden Konsequenzen, die zu erzielen ja den inneren Triebgrund der Angriffe auf das Holocaustgedenken ausmachen. Weil auch die von links kommenden Revisionisten eine dumpfe Ahnung davon haben, welchen Einschnitt die Judenvernichtung in die an Gewalt wahrlich nicht arme Moderne bedeutet, müssen sie das Skandalon, dem sie sich nicht stellen wollen, um jeden Preis einebnen und wegarbeiten. Koloniale Verbrechen – Vertreibung und Ermordung, um Siedlungsgebiete zu gewinnen und sich anzueignen; Militäreinsätze und -exzesse, um Aufstände niederzuschlagen und Widerstand zu brechen; Versklavung, um sich Arbeitsvermögen direkt anzueignen –, so sehr sie sich beizeiten selbständigten, dienten doch immer noch einem außerhalb ihrer selbst liegenden Zweck: der Aneignung und Akkumulation von Reichtum derjenigen, die die Verbrechen verübten. Die antisemitische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik hingegen verweist auf keinen solchen außerhalb ihrer selbst liegenden Zweck mehr, sie war „autonomer Selbstzweck“, für den jede nachgeschobene Begründung nur eine Rationalisierung darstellt, mit der er seine „eigene Zwecklosigkeit“

(Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*) bemäntelt.

Dies macht die im Kolonialismus ausgeübte Gewalt nicht weniger schlimm, jedoch macht es für das kritische Begreifen der Verbrechen einen Unterschied, ob diese Gewalt eingesetzt wurde, um der herrschaftsförmig organisierten Reichtumsproduktion zu dienen – oder ob sie Mittel der objektiv völlig wahnhaften Vorstellung war, die Vernichtung der jüdischen „Gegenrasse“ würde die Welt von (Fremd-) Herrschaft und Ausbeutung erlösen. Weil der nationalsozialistischen Ideologie kein Gran Vernunft mehr zuzusprechen ist, weil die Judenvernichtung das endgültige Umschlagen von Vernunft in Wahn verkörpert, das alle Vorstellungen von Fortschritt und Sinnhaftigkeit in der Geschichte dementiert; deswegen stellt sie für diejenigen, die Auschwitz unbedingt in ein Ereignis umdeuten möchten, aus dem man etwas lernen könne: in einer „Wegmarke des Fortschritts“ (Niklas Machunsky), der ein „sei's noch so ausgelagter Sinn“ (Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik*) abzupressen sei, solch eine Zumutung

Achille Mbembe (*1957) ist ein kamerunischer Theoretiker des Postkolonialismus. Er unterstützt die Israel-Boycott-Bewegung und verglich Israels Innenpolitik mit dem Apartheidsystem Südafrikas und dieses mit dem Holocaust.

Fabian Wolff (*1989) ist ein deutscher Publizist, der seine antiisraelische Haltung mit seiner jüdischen Identität begründete. 2023 wurde bekannt, dass Wolff nicht wie behauptet jüdischer Abstammung ist, was die mediale „Kostümjuden“-Debatte auslöste.

und solch ein Hindernis dar, das sie um jeden Preis relativieren und wegarbeiten müssen, weil es sie an die Vergeblichkeit ihres Unterfangens erinnert – was sie den Juden und ihrem Staat nicht verzeihen können und wollen.

Dementsprechend soll mit der Einebnung der Besonderheit und Spezifik der Judenverfolgung auch die Legitimität für die Existenz Israels wegfallen: Wäre der Antisemitismus nur eine Diskriminierungsform und die Shoah nur ein Genozid unter vielen, so die hinter den Nivellierungsversuchen stehende Vorstellung, dann wäre die Konsequenz, die die Zionisten allerspätstens aus der Judenvernichtung zogen: dass das allgemeine Menschenrecht die Juden nicht schützen konnte, und dass es eines jüdischen Nationalstaates bedarf, um eine mögliche Wiederholung von Auschwitz zu verhindern, hinfällig. Nicht nur ist diesem antizionistischen Gedankengang zufolge einem wahrhaften Universalismus zum Durchbruch zu verhelfen, um eine Welt ohne partikularistische Ab- und Aussonderungen zu schaffen, sondern der jüdische Staat, eben weil er sich als Schutzmacht der Juden definiert, soll diesem Projekt der Vereinigung und „Weltreparatur“ (Mbembe) entgegenstehen, ja vielmehr noch: Israel gilt als rassistisch, weil es sich die antisemitische Behauptung einer Besonderheit und *Auserwähltheit* der Juden aneigne, sie ins Positive wende und zum Grund seines Glaubens mache, es könnte zu seiner Verteidigung über alle Rechte und Leichen hinweggehen. Susan Neiman, die zugleich ein verzerrtes Bild der Debatte über die Präzedenzlosigkeit der Judenvernichtung zeichnet, wenn sie behauptet, diese bestünde darin, „den Holocaust zum moralisch schlimmsten Ereignis der Geschichte [zu] machen“, bringt dies auf den Punkt, wenn sie im Zuge ihrer Entsorgung der Spezifik des Judenhasses auch die spezifische Notwendigkeit jüdischer Nationalstaatlichkeit entsorgen und durch eine universalistische Verpflichtung ersetzen möchte: „Viele Juden meinen heutzutage, dass sowohl unsere moralische Pflicht wie unsere besten Überlebenschancen in der solidarischen Anerkennung der Verbrechen liegen, die andere Völker erlitten haben.“

An die Stelle des Zionismus und seines Beharrens auf der von ihm aus dem Antisemitismus gezogenen Konsequenz, einen sicheren Hafen für Juden zu schaffen, gelte es eine „multidirektionale Erinnerung“ zu setzen, die „an der Zentralität des Holocaust rüttelt“ (Neiman / Wildt) und an der Stellung, die dieser in der offiziellen Erinnerungskultur innehat. Nicht zuletzt zu sehen ist dies an der autoritären Rebellion gegen die Erinnerungspolitik und deren institutionelle Resultate – wie etwa den Anti-BDS-Beschluss des deutschen Bundestages –, die die Vertreter der „multidirektionalen Erinnerung“ durch die Bank seit einigen Jahren führen, weil sie sich von diesem in ihrem *Menschenrecht auf Israelkritik* gängelt fühlen. So reagierte Charlotte Wiedemann auf die Verschiebung ihres Vortrags durch das in die Kritik geratene Goethe-Institut in Tel Aviv mit einer entrüsteten Klage, in der sie sich „bestürzt über die Schwäche und Nachgiebigkeit der dt. Einrichtungen in Israel“ zeigte. Ihre geplante Parallelisierung von Holocaust und Nakba versuchte sie als „Testfall“ zu verkaufen, „wie Deutschland mit der verschärft rechten Stimmung nach den Wahlen“ in Israel umgehe. Weil Berlin wegen seiner Hörigkeit dem zionistischen Narrativ gegenüber jedoch Schwäche gezeigt habe und durch Wiedemanns Lackmустest in Sachen „demokratischer Werte“ gefallen sei, forderte die linke Revisionistin dann abschließend auch nicht weniger als eine „dringende Neujustierung“ der „deutschen Israelpolitik“.

2020 beschloss der deutsche Bundestag die Verurteilung der antisemitischen BDS-Kampagne (Boycott, Divestment and Sanctions) zum Boykott Israels. Der Beschluss legte fest, keine Räumlichkeiten der BDS-Bewegung zu Verfügung zu stellen sowie ihr keine finanzielle Förderung zukommen zu lassen.

»Dementsprechend soll mit der Einebnung der Besonderheit und Spezifik der Judenverfolgung auch die Legitimität für die Existenz Israels wegfallen: Wäre der Antisemitismus nur eine Diskriminierungsform und die Shoah nur ein Genozid unter vielen, so die hinter den Nivellierungsversuchen stehende Vorstellung, dann wäre die Konsequenz, die die Zionisten allerspätstens aus der Judenvernichtung zogen: dass das allgemeine Menschenrecht die Juden nicht schützen konnte, und dass es eines jüdischen Nationalstaates bedarf, um eine mögliche Wiederholung von Auschwitz zu verhindern, hinfällig.«

Dan Diner (Hg.) (1988, 288 Seiten)

Zivilisationsbruch: Denken nach Auschwitz. (Sammelband) Fischer

Matthias Küntzel (2002, 180 Seiten)

Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg. ça ira

Initiative Sozialistisches Forum (2002, 188 Seiten)

Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie. ça ira

AG Antifa/Antira im StuRa der Uni Halle (2004, 137 Seiten)

trotz und wegen Auschwitz. Antisemitismus und nationale Identität nach 1945. Unrast

Detlev Claussen (2005, 288 Seiten)

Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Fischer

Michael Brenner (2009, 128 Seiten)

Geschichte des Zionismus. C.H.Beck

Jürgen Mümken, Siegbert Wolf (2014, 273 Seiten)

„Antisemit, das geht nicht unter Menschen“. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel (Band 2). Verlag Edition AV

Stephan Grigat (2014, 184 Seiten)

Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung. konkret

Ulrike Marz (2014, 440 Seiten)

Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran. Lit

Benz, Wolfgang (2019, 128 Seiten)

Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der Jüdischen Verschwörung. C.H.Beck

Nathan Weinstock (2019, 480 Seiten)

Der zerrissene Faden: Wie die arabische Welt ihre Juden verlor. ça ira

Georges Bensoussan (2019, 192 Seiten)

Die Juden der arabischen Welt. Die verbotene Frage. Hentrich & Hentrich

Matthias Küntzel (2019, 272 Seiten)

Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand. Hentrich & Hentrich

Samuel Salzborn (2019, 452 Seiten)

Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Nomos

Klaus Holz, Thomas Haury (2021, 424 Seiten)

Antisemitismus gegen Israel. Hamburger Edition

Peter Longerich (2021, 563 Seiten)

Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. bpb

Steffen Klävers (2021, 226 Seiten)

Decolonizing Auschwitz? Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung. bpb

Olaf Kistenmacher (2023, 156 Seiten)

„Gegen den Geist des Sozialismus“. Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik. ça ira

Nicholas Potter, Stefan Lauer (Hg.) (2023, 246 Seiten)

Judenhass Underground. Antisemitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen. (Sammelband) Hentrich & Hentrich

zum
historischen verhältnis
der radikalen linken
zum zionismus

»wie hältst du's mit israel?«